DM 6,– Österreich 50,– öS Schweiz 6,– sfr Nr. 11 November 1987 E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland:

Gefragt sind Stolz, Selbstvertrauen und Mut zur Vertretung der eigenen Interessen

Bonn, Moskau, Washington:

Kein Vertrauen in ein vereinigtes Deutschland

Weltregierung:

Wie die USA den Kreml finanzierten

USA:

Schulden wachsen immer schneller

Naher Osten:

Israels Profite beim Waffenhandel

US-Dollar:

Prognose für 1988: Im Sommer ein Dollar gleich 1,58 DM



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

Verlag DIAGNOSEN GdbR, Untere Burghalde 51,
D-7250 Leonberg, Telefon (071 52) 26011

Herausgeber und Chefredakteur: Ekkehard Franke-Gricksch

Redaktion: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan

Layout: Grafik Design Team

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitschrift »The Spotlight«, einer wöchentlichen populistischen Zeitschrift aus Washington. Im Rahmen dieses Abkommens werden eine Reihe nationaler und internationaler Beiträge übernommen und in die deutsche Sprache übertragen. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Corporation, 300 Independence Ave., S. E. Washington, D. C. 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 6,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE kann im Abonnement bezogen werden. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen oder der Verlag DIAGNOSEN, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

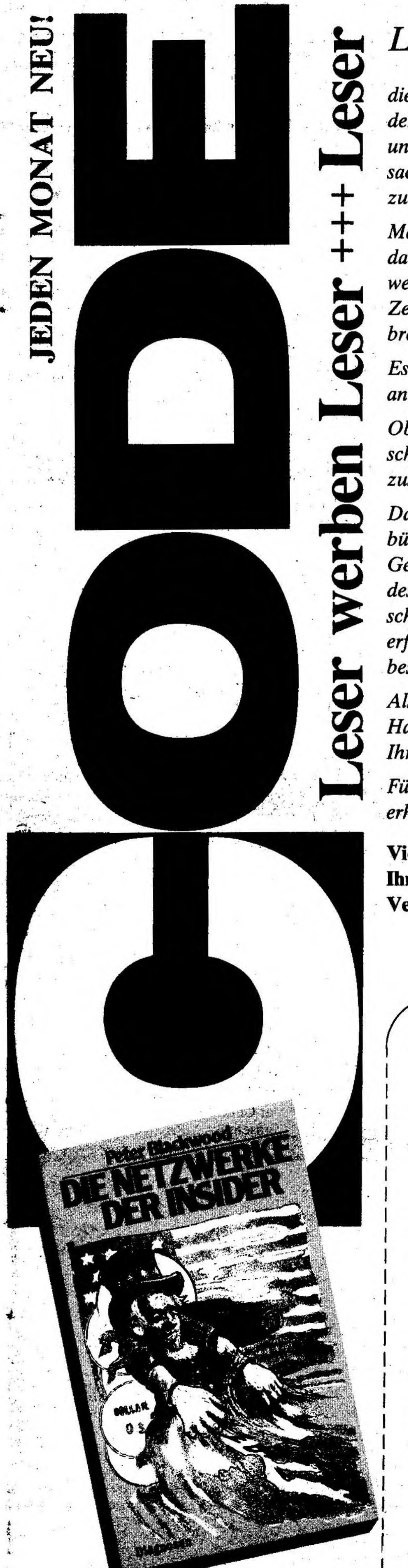
Vertrieb Handel im In- und Ausland: Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Anzeigenverwaltung: Access Marketing GmbH, Feldbergstraße 2, D-6240 Königstein 2, Telefon (0 61 74) 70 30.

Gesamtherstellung: Greiserdruck
Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 25. November 1987 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.



Lieber CODE-Leser,

diese Zeitschrift versucht einen geistig-politischen Wandel in Deutschland einzuleiten. Denn trotz der schlimmen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts und trotz aller demokratischen Rechte und Pflichten hält es die Mehrzahl der Deutschen heute nicht für erforderlich, sich um eine sachlich fundierte politische Überzeugung zu bemühen oder gar sich zu einer solchen öffentlich zu bekennen, sofern sie den herrschenden Auffassungen widerspricht.

Man freut sich wie ein Kind an den materiellen Konsumwerten unserer Gesellschaft, soweit man daran beteiligt ist, und denkt mehr an das Heute als an das Morgen. Inmitten schicksalsschwerer weltpolitischer Spannungen lebt man in einem spießbürgerlichen Behagen, das nur von Zeit zu Zeit – wenn die Drahtzieher die Deutschen wie Puppen bewegen – durch Angstträume unterbrochen wird.

Es sieht aber nicht so aus, als werde dieses Behagen noch lange andauern. Die Welt von heute ist anders als die Welt von gestern, und die Welt von morgen wird nicht mehr die von heute sein.

Ob es sich um Wirtschaftsfragen, Probleme des Dollars, der NATO, der Europäischen Gemeinschaft, der dritten Welt oder des Zionismus handelt, kein Volk wird von diesen Fragen und damit zusammenhängenden Entscheidungen stärker berührt als das deutsche.

Das Herannahen der großen weltpolitischen Entscheidungen zwingt auch politisch träge Bundesbürger, sich Gedanken über ihr Morgen zu machen. Das führt sie aber von selbst zu dem Gestern, zu der Frage, ob die Führung der Bundesrepublik in ihrer Politik dem Lebensinteresse des deutschen Volkes aufs beste dient oder Irrwege im fremden Auftrag geht, ob die bundesdeutsche Demokratie der sachlichen Meinungsbildung über politische Ziele und Methoden den erforderlichen Spielraum gewährt und wie es bei uns überhaupt um Demokratie und Freiheit bestellt ist.

Als Leser von »CODE« kennen Sie bereits viele Zusammenhänge und die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »CODE« werden könnte.

Für Ihre Mühe wollen wir Sie gern entschädigen: Wenn Sie uns einen Abonnenten nennen, erhalten Sie als ***Prämie das Buch von Peter Blackwood »Die Netzwerke der Insider«.***

Vielen Dank
Ihr
Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 60,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 60,– DM anbei (Ausland: DM 72,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Die Netzwerke der Insider«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE
Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland



Konrad Adenauer besaß kein Vertrauen in das deutsche Volk, für ihn war die Eingliederung in den Westen wichtiger als die Wiedervereinigung.

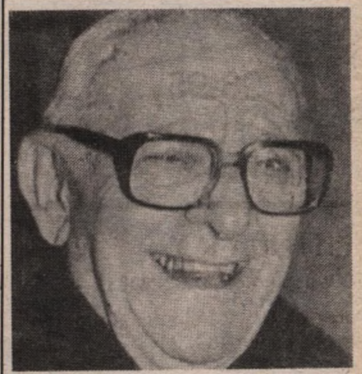
Finanzen

Weltregierung



Robert McNamara ist ein typischer Vertreter der Insider: Er war US-Verteidigungsminister, Präsident der Weltbank, Vorsitzender des CFR und der Bilderberger.

Sowjetunion

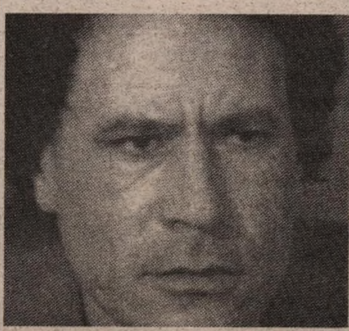


Armand Hammer ist ein Freund des Kommunismus aus der Zeit, als Lenin mit der sowjetischen Revolution siegte.

Nr. 11 November 1987



Abraham Sofaer wird überall dort in der US-Politik eingesetzt, wo ihn die israelische Lobby braucht



Oberst Muammar al Gaddafi ist ein fanatischer Anhänger des Islams und Nationalist.

Deutschland

Ein geteiltes Deutschland ist das beste

Frank Falkenberg

»Verheerend, wenn es jemals bekannt würde!« lautete die Überschrift über einen Bericht der Deutschen Presse-Agentur, als es tatsächlich bekannt wurde. Der Untertitel dazu lautete: »Top-secret-Dokument sagt aus: Westliches Bündnis war Adenauer wichtiger als Wiedervereinigung.«

Der vollständige Text der Meldung der Deutschen Presse-Agentur lautete: »Nach einem jetzt freigegebenen britischen Dokument, von dem das ›Deutsche Sonntagsblatt nach eigenen Angaben vom Abteilungsleiter am Deutschen Historischen Institut in London, Josef Foschepoth, eine Kopie erhielt, hat der frühere Bundeskanzler Konrad Adenauer gegen freie Wahlen in ganz Deutschland interveniert. In der neuesten Ausgabe der in Hamburg erscheinenden Wochenzeitung wird das Dokument zitiert, nach dem der erste deutsche Bundeskanzler Tendenzen der britischen Regierung, auf sowjetische Angebote für freie Wahlen in ganz Deutschland positiv zu reagieren, durch eine drastische Demarche unterband.

Adenauer hatte kein Vertrauen

Adenauer habe den deutschen Botschafter in London, Herwarth von Bittenfeld, beauftragt, dem Staatssekretär im Foreign Office, Ivone Kirkpatrick, eine streng vertrauliche Mitteilung zu machen. In der als ›top secret‹ klassifizierten Aufzeichnung des britischen Staatssekretärs vom 16. Dezember 1955 heißt es unter anderem über die Ausführungen des deutschen Botschafters:

›Dr. Adenauer habe kein Vertrauen in das deutsche Volk. Ihn treibe die Furcht um, daß, wenn er erst einmal von der Bühne abgetreten sei, eine künftige deutsche Regierung sich mit den Russen auf einen Handel einlassen könnte, und zwar auf deutsche Kosten. Folglich sei er (Adenauer) der Meinung, daß die Eingliederung Westdeutschlands in den Westen wichtiger sei als die Vereinigung Deutschlands.‹

Konrad Adenauer trieb immer ein gegen die deutsche Einheit gerichtetes Doppelspiel, und seine Enkel setzen die gleiche, gegen die Wiedervereinigung gerichtete Politik fort.

Über die Geheimhaltungsbedürftigkeit der Demarche Adenauers heiße es in dem Dokument: ›. . . daß es natürlich ganz verheerend für seine (Adenauers) politische Stellung sein würde, wenn die Ansichten, die er (der Botschafter) hier mit solcher Offenheit mitgeteilt hat, jemals in Deutschland bekannt würden.‹«

Soweit der Inhalt der Meldung der Deutschen Presse-Agentur.

Das »Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt« veröffentlichte im März 1986 dann einen Beitrag vom bereits genannten Zeitgeschichtlicher Josef Foschepoth, Leiter des Forschungsbereichs »Nachkriegsgeschichte« am Deutschen Historischen Institut in London. Er hat die zu Anfang des Jahres 1986 freigegebenen britischen Akten gesichtet und dabei die streng vertrauliche Mitteilung Adenauers gefunden. Der Beitrag von Foschepoth trug die Überschrift »Dreigeteilt? Ja, bitte!« und führt das aus, was in der Meldung der Deutschen Presse-Agentur zusammengefaßt wurde.

»Tradition« von 1919 und 1923

Das machiavellistische Doppelspiel Adenauers geschah 1955 nicht zum ersten Mal, sondern hat eine Tradition und geht weit zurück. Schon nach dem Ersten Weltkrieg erstrebte er einen separaten Rheinstaat. Bereits 1919 gab er diesbezüglich recht Eindeutiges kund, wobei er letztlich aber offenließ, ob er einen Rheinstaat noch innerhalb eines föderalistischen deutschen Staatenbundes wollte oder außerhalb des Reiches.

Über seinen neuen Vorstoß im Jahr 1923 aber geben die »Akten der Reichskanzler« unmißverständlich Auskunft: Adenauer dachte an einen Separatstaat außerhalb des »Mutterlandes« (Originalton: Adenauer).

Darüber kann man Genaues lesen im Buch »Bonn besser als Weimar?« von Martin Jenke – erschienen 1985 im Verlag M. Jenke, Teichstraße 75, D-3400 Göttingen.

Was Jenke im Kapitel »Reichskanzler Stresemann und der Kölner Oberbürgermeister Adenauer« über deren Auseinandersetzung vom 25. Oktober 1923 in Hagen aktenkundig darlegt – wobei die »Akten der Reichskanzler« unwiderleglich sind –, ist, wie ein Rezensent schrieb, sensationell:

»Während des Ruhrkampfes propagierte Adenauer die Bildung eines westdeutschen Separatstaates und die Zerschlagung des Deutschen Reiches, ausgehend von einer Ideologie, die nach 1945 voll zum Tragen kam. Martin Jenke ist es gelungen, bisher unveröffentlichtes Dokumentarmaterial auszugraben und ans Tageslicht zu bringen, so zum Beispiel den Verlauf der Gipfelkonferenz deutscher Politiker am 25. Oktober 1923 in Hagen.«

Adenauer, der laut »Le Monde« vom 13. Juni 1955 »zwar immer von der Wiedervereinigung spricht, aber niemals daran denkt«, setzte sein machiavellistisches Doppelspiel nach dem

Zweiten Weltkrieg als Bundeskanzler in vollendete Tatsachen um. Darüber schrieb Professor Hellmut Diwald in seinem Werk »Geschichte der Deutschen«:

»Kein westdeutscher Politiker neben dem Kanzler führte so häufig das Wort ›Deutschland‹ im Mund und meinte es in Wirklichkeit so wenig. Die unversöhnliche Starrsinnigkeit seiner Politik des Westkurses besaß freilich ihre Schlüssigkeit unter den Maßstäben von Adenauers persönlich-rheinischem Separatistenrecht. Daraus erklärt sich auch die Erhöhung Bonns zur politischen Hauptstadt der Bundesrepublik, dieser Staatsgründung, die letztlich nichts anderes darstellt als eine entlang des Rheins gruppierte große Provinz, deren politischer Kreislauf sich an dieser Linie ausrichtet. So behielt schließlich der Separatist Konrad Adenauer aus den Jahren 1919 bis 1923 die Oberhand.«

Ein »Höhepunkt« im Jahr 1952

Bereits vor 1955 gab es im wiedervereinigungsfeindlichen Doppelspiel einen »Höhepunkt«, nämlich in Adenauers Verhalten zur berühmten Stalin-Note vom 10. März 1952. Der sowjetische Alleinherrscher hatte damals in aller Öffentlichkeit den Westmächten und Bonn ein wiedervereinigtes, militärisch blockfreies Deutschland vorgeschlagen – etwa nach der Art der 1955 verwirklichten Österreich-Lösung.

Stalin sagte in einer nachgeschobenen Note auch freie Wahlen in Deutschland zu. Ohne auszuloten, was hinter dieser Note steckte, und um der Reaktion der Westmächte zuvorzukommen, erklärte Adenauer wenige Tage darauf, am 16. März 1952, in einer öffentlichen Rede in Siegen, diese Stalin-Note sei »ein Fetzen Papier«.

In seinem schon 1981 veröffentlichten Buch »Verheimlichte Tatsachen« hat Martin Jenke diesem ganzen Treiben ein aufschlußreiches Kapitel gewidmet, das die Überschrift trägt »Gab es 1952 eine Chance?«.

Darin wird ein Artikel der amerikanischen Tageszeitung »New York Times« vom 30. März 1952 mit folgenden Worten zitiert: »Sowohl die Westmächte wie der Bundeskanzler sind daher in der schwierigen Lage, in Worten die deutsche Einheit zu preisen, während sie gleichzeitig Tag und Nacht daran arbeiten, die Eingliederung Westdeutschlands in Westeuropa durchzuführen, die alle Hoffnungen auf eine friedliche Einigung in nächster Zukunft begraben wird.«

Und am 28. April 1952 stand ebenfalls in der »New York Times«: »Den Deutschen wurde jetzt die Wahl angeboten zwischen der Vereinigung ihres geteilten Landes und der Vereinigung eines Teiles ihres Landes mit dem Westen – wobei eben die letzte Alternative bedeutet, daß Deutschland für unabsehbare Zeit geteilt bleibt, es sei denn, daß irgendwelche unvorhersehbaren Umstände das ganze Weltbild ändern.«

»Eines Tages ... eine Explosion!«

Erstaunlich, was renommierte westliche Zeitungen auch in den weiteren fünfziger Jahren über das Wirken Adenauers äußerten. Zitieren wir einige Stellen aus dem Kapitel »Positiver und negativer Neutralismus« aus Jenkes Buch »Verheimlichte Tatsachen«:

»Im Jahr 1959 ging die Genfer Konferenz der vier Mächte von USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich über die Bühne (11. Mai bis 5. August 1959). Auch da legten die Westmächte keinen realistischen Plan zur Wiedervereinigung vor. Nachfolgend ein paar Auszüge aus einer Vielzahl von westlichen Pressestimmen, die damals noch recht offen die Deutschlandfrage behandelten. Infolge der zunehmenden Teilung unseres Landes und der offenbaren Zufriedenheit der deutschen Bevölkerung und vor allem der deutschen Presse damit rühren später die ausländischen Blätter dieses Kernproblem weniger an – warum sollen sie deutscher als die Deutschen sein?«

Jenke bringt dann einige Beispiele. Er zitiert die britische Wochenzeitung »The Observer« vom 10. Mai 1959: »Dr. Adenauer hat das Bündnis Westdeutschland mit der Nato stets der deutschen Wiedervereinigung vorgezogen. Es gibt zweifellos einige Leute in Westeuropa und Osteuropa, die das Beibehalten der deutschen Teilung vorziehen würden. Aber diejenigen, die dieser Ansicht auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges sind, müssen dann darauf gefaßt sein, die Rote Armee dauernd an der Elbe im Herzen Europas zu haben. Man kann kaum glauben, daß dies im Interesse Englands oder Frankreichs oder Polens und Ungarns liegt. Darüber hinaus wird ein geteiltes Deutschland stets eine Gefahrenquelle sein.«

Der »Manchester Guardian« schreibt am 15. Mai 1959: »Indem die Westmächte sich weigern, das Problem des militärischen Status' eines wiedervereinigten Deutschlands ins Auge zu fassen, haben sie es den Russen allzu leichtgemacht, die fairen und vernünftigen Teile ihres Planes abzulehnen.«

Die Pariser Zeitung »Le Monde« vom 16. Mai 1959 urteilt: »Man kann deshalb nur bedauern, daß die westlichen Regierungen nicht dem Rat einiger ihrer Experten gefolgt sind und Moskau nicht einfach die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage militärischer Neutralisierung Mitteleuropas vorgeschlagen haben.«

Die britische Zeitung »News Chronicle« vom 27. Juni 1959 meint: »Adenauer, ein Katholik und ein Rheinländer, ist zuweilen westlicher als der Westen. Neutralisierung, dieses unschuldig klingende Wort, das viele Deutsche und Ausländer verlockte, hat keinen Reiz für ihn. Um es zu vermeiden, ist er bereit, viele Opfer zu bringen, selbst die Verlängerung der deutschen Spaltung.«

Verrat am Nationalgefühl

Walter Lippmann, der damals bekannte Leitartikler der amerikanischen Zeitung »New York Herald Tribune« schreibt in der Ausgabe vom 9. April 1959: »Dr. Adenauer weiß, daß Wiedervereinigung keine nützliche Politik ist, und es ist kein Geheimnis, daß er als alter Rheinländer im Herzen nicht für eine enge politische Union mit den Preußen und Sachsen blutet. Was Dr. Adenauer mißtrauisch ansieht und was er fürchtet, ist deutscher Nationalismus, der in seiner angesehensten Form von Bismarck herstammt.

Macmillan und Adenauer und de Gaulle sowie Chruschtschow stimmen darin überein, daß die zwei Deutschlands vorerst nicht wiedervereinigt werden. Ich für meinen Teil liebe diese Situation nicht. Ich gehöre zu der Minderheit, die seit langem einwendet, daß das deutsche Nationalgefühl die Teilung Deutschlands nicht hinnehmen wird, daß eines Tages und in irgendeiner Weise die Westdeutschen sich mit Ostdeutschland und der Sowjetunion einigen werden, um ihr Land zu vereinen. Der Plan für ein politisch neutrales Deutschland und für das Herauslösen der nicht-deutschen Truppen ist inspiriert worden von dem Wunsch, eine ordentliche Regelung des Problems der deutschen Wiedervereinigung zu finden – um einen unordentlichen Handel zu verhindern, herbeigeführt durch eine Explosion des enttäuschten deutschen Patriotismus.«

Im Anschluß an diese Zitate aus ausländischen Zeitungen schreibt Jenke in seinem Buch »Verheimlichte Tatsachen«: »Übrigens war in jenen Jahren sogar weit mehr als die Hälfte der bundesrepublikanischen Bevölkerung für eine gesamtdeutsche Blockfreiheit, leider ohne eine parteipolitische und publizistische Vertretung zu haben. Ein weiteres Beispiel dafür, was alles unter ›Bonner Demokratie‹ seit Jahrzehnten möglich ist.«

Ausgehend von der eingangs zitierten Meldung der Deutschen Presse-Agentur vom 13. März 1986, wonach Adenauer 1955 den Briten gegenüber ganz offen der Eingliederung Westdeutschlands in Westeuropa den Vorzug vor der Wiedervereinigung Deutschlands gegeben hat, wobei es aber »ganz verheerend für seine politische Stellung sein würde«, wenn seine Ansichten »jemals in Deutschland bekannt würden«, haben wir in einem Rückblick auf die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg und auf die Jahre von 1952 bis 1959 gesehen, daß sich Adenauer immer treu geblieben ist.

Wer einen Baum spaltet und behauptet, das diene seiner Gesundung, seinem Wuchs, seiner Stärke und seinem Überleben, der sagt bewußt die Unwahrheit, denn so dumm kann niemand sein. □

Bundesrepublik

Was die Deutschen brauchen

Hans W. Schimmelpfeng

Obwohl die einstigen Bundesgenossen und heutigen Gegner in Washington und Moskau unverblümt und intensiv für den nächsten Weltkrieg rüsten, darüber reden, schreiben und dazu alle erdenklichen Pläne schmieden, hetzten sie derweil gemeinsam und ungeniert gegen das deutsche Volk, indem sie ihm ganz allein vorwerfen, zwei Weltkriege vom Zaune gebrochen zu haben.

Dieser unverfrorene Schwindel – von den Satellitennaturen in den deutschen Teilstaaten unterstützt – erreicht nach über 40 Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges einen Höhepunkt. Jahr für Jahr feiern die Sieger die Aufteilung der Welt in zwei Machtblöcke, gedenken nicht im entferntesten der ungeheuerlichen Kriegsverbrechen der Alliierten und sind keineswegs bereit, die begangenen Verbrechen und die territorialen und materiellen Eroberungen wiedergutzumachen beziehungsweise zurückzugeben.



Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg macht trotz anderer Beteuerungen immer mehr Schulden.

Was tun die hauptschuldigen Weltherrscher?

Das eroberte und geteilte mitteleuropäische Deutschland ist als Schauplatz der nächsten kriegerischen Weltauseinandersetzung vorgesehen und vorbereitet. Die Front geht mitten durch dieses Land, es ist mit furchtbarsten Waffen jeder Art beladen und seine Soldaten stehen beiderseits der Teilungsgrenze unter dem Oberbefehl der verfeindeten Weltmächte.

Zweifellos wäre der täglich drohende und mögliche Krieg längst ausgebrochen und nicht nur in Europa wäre eine Atomwüste, wenn einer der Kontrahenten sich einen Sieg ohne eigene Untergangsgefahr hätte ausrechnen können. Nach jahrzehntelangem Wettrüsten, das keine Entscheidung brachte, ist es nun mehr denn je nötig zu prüfen, ob es noch eine Rettung gibt.

Eine Rettung könnte deshalb möglich sein, weil die neuen Kriegsverbrecher kaum noch hoffen können, beim Einsatz ihrer Weltvernichtungswaffen das eigene Leben zu retten. Die gewaltige Konzentration aller lebenswichtigen Güter und Kräfte der Erde und aller Erfindungen, die segensreich sein könnten, auf die Rüstung, führt jetzt schon zu schwerer Vernachlässigung von Lebensnotwendigkeiten und zur Naturzerstörung, daß Afrika Wüste wird, und daß die Naturwidrigkeiten in den noch florierenden Weltteilen auch ohne Krieg das Schlimmste befürchten lassen.

Man denke – neben vielem anderen – daran, daß das Leben in den Meeren stirbt und daß niemand weiß, wie man die vom wachsenden Atommüll drohenden Gefahren für alles Leben auf Dauer abwenden kann.

Was aber tun in dieser Zeit der Weltgefahren die hauptschuldigen Weltherrscher?

Wer hat die Übermacht?

Sie suchen in endlosen Scheinverhandlungen für ihren Rüstungswettkampf Zeit zu gewinnen und betreiben derweil einen gewaltigen Papier- und Propagandakrieg, in dem jeder dem anderen die Schuld für das Versagen in der Weltpolitik und für die stets drohende Kriegsgefahr zuschiebt.

Als nach langen Verhandlungen 1979 in Wien das SALT-II-Abkommen von Jimmy Carter und Leonid Breschnew unterzeichnet worden war, trat es nicht in Kraft, weil in den USA die Ratifizierung durch den Kongreß unterblieb. Inzwischen wurde und wird weiterverhandelt.

Jetzt hat der neue Kreml-Chef Michail Gorbatschow einen Vorschlag zur Raketen-Null-Lösung verkündet. Washington zögert mit einer Vereinbarung mit der Behauptung, russische Überrüstung aufholen zu müssen, weil man dem Kreml nur mit einer »Politik der Stärke« imponieren könne, das heißt also: Nur mit einer militärischen Übermacht.

Wer hat nun die Übermacht? Das ist für uns eine unnütze Frage. Der Bundesbürger wird derart von der hier veröffentlichten Weltpropaganda westlichen Stils überschwemmt, daß er sich kein unabhängiges Urteil bilden kann. Wer auch die Agitation der anderen Seite zur Kenntnis nimmt, kommt zu dem Ergebnis, daß der Vergleich aller Waffensysteme zu Wasser, in der Luft und auf dem Land und neuerdings auch im Weltraum das Bild einer verbrecherischen Wahnsinnsrüstung ergibt, bei der es einerlei ist, ob der Westen oder Osten auf Einzelgebieten und bei einzelnen Waffengattungen die Übermacht hat. Nachprüfen können wir die sich widersprechenden Behauptungen sowieso nicht. Uns alle zu vernichten, würde ein Bruchteil davon schon genügen.

Unter diesen Umständen rückt für alle Betroffenen die Frage, ob ein Überleben überhaupt noch möglich ist – von Sicherheit kann keine Rede mehr sein –, derart in den Vordergrund, daß die zwischen den Supergerüsteten bestehenden ideologischen Unterschiede und die Verschiedenheit der Gesellschafts- und Wirtschaftsformen zwar nicht gleichgültig werden, aber ins zweite Glied rücken.

Es ist jetzt anzustreben, daß die von den Siegermächten zu Hilfskräften degradierten deutschen Volksteile beiden Weltmächten die Unterwürfigkeit kündigen und sich weigern, ihren Raum, ihre Menschen und ihre Hilfsmittel der weiteren Kriegsvorbereitung zur Verfügung zu stellen.

In der Bundesrepublik haben die Kreise, die ernsthaft den Ausstieg aus der Kriegspolitik anstreben, die Loslösung von westlicher wie von östlicher Militarisierung zu fordern und politisch zu betreiben, ohne damit nach Westen wie nach Osten ein Feindbild zu verbinden.

Wir brauchen wieder Stolz

Von allen Medien ist zu fordern, daß sie ihr Satellitentum einstellen, ihre verächtliche und permanente Hetze gegen das eigene Volk und seine neuere Geschichte unterlassen, den Mut zur historischen Wahrheit fassen und die Interessen des Volkes vertreten, dem sie ihre Produkte auch in Zukunft verkaufen möchten.

Die Methode, zur Aufrechterhaltung der Unterwürfigkeit bei jedem Thema, ob es hinpaßt oder nicht, ohne Beweisführung was von Lidice, Dachau oder Oradour hineinzumischen, ohne zugleich auch die blutigen Massenverbrechen am deutschen Volk gegenüberzustellen, hängt immer mehr Lesern und Hörern zum Halse heraus.

Daß man die umfangreiche Literatur der Geschichte unserer Zeit, die unser Volk verteidigt, fast nur über Versandbuchhandlungen beziehen kann, weil unsere Sortimentsbuchhändler nicht den Mut haben, sie in ihre Schaufenster zu stellen, ist auch ein Zustand, dem abzuhelfen ist.

Alles in allem: Wir brauchen wieder Stolz, Selbstvertrauen und Mut zur Vertretung eigener Interessen – man nehme sich hierbei ein Beispiel an Israel –, um bei uns dem kulturellen Niedergang im Hollywoodstil, dem wirtschaftlichen Chaos – Marke EG –, dem kräfteverschwendenden Wettrüsten und der steigenden Kriegsgefahr einen Riegel vorzuschieben.

Ist es etwa nicht besser, den beiderseitigen Rückzug der Besatzungstruppen mit ihren sämtlichen Waffen aus unserem Land zu fordern, statt ihren zu unserem Untergang führenden Aufmarsch mit unserem Geld, unseren eigenen Waffen und unseren Soldaten – womöglich auch noch weiblichen – gehorsamst und mit unwahren Behauptungen von »Schutzmacht«, »Sicherheit« und dergleichen zu fördern?

Das heißt also, wir haben eine Friedensbewegung zu entfachen. Das ist zwar nicht neu, aber sie muß ein anderes Gesicht haben als die lahmen und wirklichkeitsfremden Versuche, die unter einem rötlichen Grün angestellt werden und die durch einige recht schräge Punkte des grünen Parteiprogramms kompromittiert werden.

Was sich da heute grün nennt, besitzt nicht die Qualifikation, als Friedensbewegung ernst genommen zu werden. Zu dieser Friedensbewegung ist der gesamte deutsche Raum aufzufordern, das heißt die Bundesrepublik, die DDR und Österreich.

Österreich ist auf diesem Weg längst vorausgegangen, die DDR und die BRD haben das nachzuholen. Sie können, ohne daß dabei vorerst die ideologischen Streitpunkte überhaupt behandelt werden müssen, beispielgebend voranschreiten und werden dann im übrigen Europa und Teilen der Welt freudigen Widerhall hervorrufen.

Selbständigkeit im Existenzkampf

Wenn unser Volk der Gefahr entgehen will und auch dem Frieden und dem Wohlergehen der Welt dienen möchte – zum Beispiel sinnvoll geplante Entwicklungshilfe statt Almosenverstreuung –, muß es seine Kräfte zusammenfassen, statt sie als Dauer-Zahlmeister seiner Ausbeuter in alle Welt zu verschleudern.

Auf dem jetzigen Weg muß, bei immer höherer Verschuldung, die auch noch durch Überfremdung gesteigerte Arbeitslosigkeit überhandnehmen und unsere Wirtschaft unter den ständigen Eingriffen der sogenannten »Europäischen Gemeinschaft« und des US-amerikanischen Wirtschaftsimperialismus zusammenbrechen.

Um die nötige Selbständigkeit im Existenzkampf zu gewinnen, brauchen wir allerdings auch eine neue politische Führung, die unter Demokratie nicht Parteienkonkurrenz im Kampf um die innere Macht versteht, sondern Dienst am Volk.

Wir brauchen an der Spitze der Bundesrepublik eine Führung, die entsprechend dem Grundgesetz gesamtdeutsche und damit gesamteuropäische Interessen vertritt, statt uns durch einseitige Bindung an den Westen in den sicheren Untergang zu führen.

Im inneren Leben der BRD stehen die Zeichen immer mehr auf Sturm. Die Bundesfinanzen sind ruiniert, da nützt auch Herrn Stoltenbergs Sparsamkeit nicht mehr. Die Reserven der sozialen Einrichtungen sind verpulvert, die Kassen leer. Das Kultur- und Gesellschaftsleben versumpft im amerikanischen »way of life«. Die innere Unsicherheit wächst den Ordnungsorganen über den Kopf. Drogenhandel und das internationale Verbrecher-Milieu ergreifen Besitz von der Bundesrepublik. □

Revisionismus

Lehren der Weimarer Republik

Frank Falkenberg

Vor 66 Jahren, am 20. März 1921, fand die denkwürdige Abstimmung in Oberschlesien statt. Wer erfährt heute noch in den Schulen und Universitäten, in den Massenmedien und von den Bonner Parteien ein tatsachengetreues Bild jener Zeit, ja der Weimarer Republik insgesamt?

Es ist das außerordentliche Verdienst von Martin Jenke, in seinem Buch »Bonn besser als Weimar? – Gustav Stresemann als Beispiel, in der Bundesrepublik wäre er nur ein Außenseiter«, gleich eine dreifache Aufklärung zu geben: Zum ersten die Weimarer Republik in der Person ihres größten Politikers – des langjährigen Außenministers Gustav Stresemann – genau zu schildern. Zum zweiten die weitverbreitete immer wieder rätselhaft erscheinende Frage zu beantworten, wie es zum Ende der Weimarer Republik kam. Zum dritten in der Gestalt von Gustav Stresemann der heutigen wirren Politik ein wegweisendes Vorbild zu zeigen.

Eine Umkehrung der Tatsachen

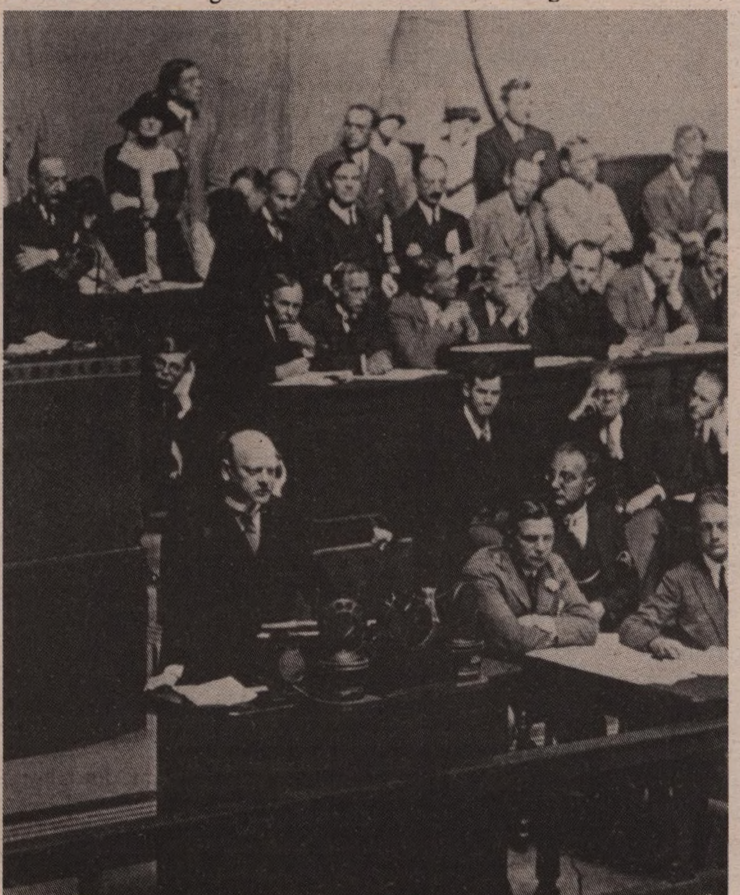
Über die Vorgänge von 1921 lesen wir: Am 5. Mai 1921 »präsentierten die Westmächte in Berlin ein Ultimatum mit dem Verlangen, ihnen 132 Milliarden Mark als Reparation zu zahlen. Außerdem wurde die Kriegsschuldlüge gegen Deutschland wiederholt und die Verurteilung angeblicher deutscher Kriegsverbrecher gefordert. Frist zur Annahme des Ultimatums: sechs Tage. Drohung: Andernfalls Einmarsch ins Ruhrgebiet. Natürlich lehnte Stresemanns Fraktion dieses Ultimatum einmütig ab, während sich im Reichstag eine ›Weimarer Mehrheit‹ für die Annahme von 220 gegen 172 Stimmen fand.

Der Führer der deutschen Volkspartei (Stresemann), der den Grundsatz vertrat, materielle Opfer seien für den Verbleib deutschen Landes beim Reich zu akzeptieren, begründete diese Ablehnung des alliierten Ultimatums unter anderem wie folgt: ›Die Versuche, eine Zusicherung darüber zu erlangen, daß im Fall der Annahme des Ultimatums neben anderen Forderungen vor allem der Besitz Oberschlesiens gewährleistet werde, haben leider bis zur Stunde zu keinem uns beruhigenden Ergebnis geführt.‹

Vorausgegangen war am 20. März 1921 die Abstimmung in Oberschlesien, bei der sich (trotz polnischen Terrors unter Korfanty, geduldet von französischen Besatzungstruppen) eine Mehrheit von 60 Prozent für das Deutsche Reich und 40 Prozent für Polen erklärte. Dennoch wurde das Land zerrissen, um Polen die wichtigsten Teile des von Deutschen aufgebauten Industriegebietes zuzuschanzen; obwohl gerade in den großen Städten des Kohlereviers die Stimmen für Deutschland weit überwogen – in Kattowitz beispielsweise, dem Zentrum, mit fast 86 Prozent.

Immer wieder kämpfte Stresemann damals und auch später bis zu seinem Tod gegen derlei Unrecht – auch gegen die Wegnahme des Korridors, wo die Westmächte wohlweislich eine Abstimmung gar nichts erst zuließen.

Es ist deshalb, wie wir noch genauer sehen werden, geradezu eine Umkehrung der Tatsachen, wenn ausgerechnet Politiker wie Brandt und Scheel, die mit ihren zweideutigen Ostverträgen ohne jeden Zwang ein Viertel des Deutschen Reiches abschreiben wollten – das Verfassungsgericht schob einen Riegel vor –, es wagten, als Wahrer des Gedankengutes von Stresemann aufzutreten.«



Außenminister Dr. Gustav Stresemann vor dem Völkerbund: »Die Menschheit hat ein Recht darauf die Wahrheit zu erfahren.«

Stresemanns politische Ziele

Einen Monat vor Paraphierung des Locarno-Vertrages (16. Oktober 1925) schreibt Reichsaußenminister Stresemann am 7. September 1925 einen später bekanntgewordenen geheimen Brief an den von ihm verehrten Kronprinz Wilhelm, worin er die Ziele seiner Außenpolitik klarlegt.

Wir zitieren wieder aus Jenkes Buch: »Die deutsche Außenpolitik hat nach meiner Auffassung für die nächste absehbare Zeit drei große Aufgaben: Einmal die Lösung der Reparationsfrage in einem für Detuschland erträglichen Sinne und die Sicherung des Friedens, die die Voraussetzung für eine Wiedererstarkung Deutschlands ist.

Zweitens rechne ich dazu den Schutz der Auslandsdeutschen, jener 10 bis 12 Millionen Stammesgenossen, die jetzt unter fremdem Joch in fremden Ländern leben. Die dritte Aufgabe ist die Korrektur der Ostgrenzen: die Wiedergewinnung von Danzig, vom polnischen Korridor und eine Korrektur der Grenzen in Oberschlesien. Im Hintergrund steht der Anschluß von Deutsch-Österreich.«

Zur gleichen Zeit – am 14. September 1925 – beschrieb Stresemann in einem Zeitungsbeitrag, im »Hamburger Fremdenblatt«, den Versailler Vertrag und kam dabei auch wieder auf die Grenzfrage zu sprechen: »Denn das ist ja gerade die diabolische Art des Versailler Diktates gewesen, daß sie in allen Ecken und Enden Unfrieden zwischen Deutschland und allen seinen Nachbarn geschaffen hat. Von allem anderen abgesehen, suchte sie Feindschaft zu legen zwischen Frankreich und Deutschland (Elsaß-Lothringen), Belgien (Eupen-Malmedy), Dänemark (Nordgrenze), Polen (Danzig, Korridor, Oberschlesien), Tschechoslowakei (Deutschböhmen und Verhinde-

rung des Anschlusses), Litauen (Memel). Dazu alle die Unterdrückungen Deutschstämmiger, die Streitpunkte mit Jugoslawien und Rumänien schaffen, genau so wie die Südtiroler Frage eine brennende Wunde für die deutsche Seele ist.«

England dachte einmal anders

Jenkes Buch bringt jeweils nach genauer Zitierung von Stresemanns Reden und Artikeln dann stets hochaktuelle Vergleiche mit der heutigen Zeit und kommt dabei zum Resultat, »daß Weimar längst noch nicht Bonn war«. Aus der Fülle dieser Vergleiche – beispielsweise Kriegsschuldlüge, Märchen von deutschen Verbrechen, Kampf um Besatzungsfreiheit, Bewahrung der Bismarckschen Linie einer Reichspolitik zwischen West und Ost – sei hier wegen der Erinnerung an die oberschlesische Abstimmung vor 66 Jahren nur die Problematik der damaligen Grenzen berührt, wobei es damals im Osten noch nicht um Ostpreußen, Pommern und ganz Schlesien ging, sondern »nur« um den Streifen von Danzig bis Ost-Oberschlesien.

Allein dazu ist das Buch eine Fundgrube, wobei die Einteilung in einzelne Kapitel und das Personen- und Sachregister eine leichte Hilfe zum Auffinden der betreffenden Stellen sind. Hierzu das folgende Zitat:

»Wie sehr Polen 1939 zum bloßen ›Schaukelpferdchen‹ Englands geworden war, ergibt sich daraus, daß London in den zwanziger Jahren die deutsch-polnische Grenze noch als änderungsbedürftig angesehen hatte im Sinne Deutschlands. Außenminister Stresemann schreibt dazu am 13. März 1925 in der ›Kölnischen Zeitung‹:

»Man hat heute in weiten Kreisen der Weltöffentlichkeit Verständis dafür, daß die Grenzziehung im Osten – sehr euphemistisch ausgedrückt – das schwächste Werk des Versailler Vertrages sei, für das man auch seitens der Alliierten sich nicht für alle Ewigkeit zu irgendeinem Schutz und Trutz verbinden könnte. Man ist sogar in der englischen Presse sehr viel weiter gegangen, und ich weiß nicht, ob diese Sekundantendienste uns in dieser Situation sehr nützlich gewesen sind. Daß der ›Manchester Guardian‹ schrieb, England werde die Ostgrenze niemals garantieren, war sehr gut, soweit man daraus sah, daß Deutschland nicht allein sich dagegen wehrte.

Aber die ›Times‹ geht weiter. Der ›Times‹-Artikel konnte in Warschau gar nicht anders verstanden werden als eine Aufforderung dazu, freiwillig auf den Korridor zu verzichten, freiwillig sich mit Deutschland über die beiden Fragen in Verbindung zu setzen, von denen man in England annimmt, daß sie geregelt werden müssen. Das ist die Korridorfrage und die oberschlesische Frage. Die ›Times‹ haben Polen zugeredet, es sei besser, sich mit einem mächtigen Nachbarn freundschaftlich durch eine große Geste zu verständigen, als mit ihm in Feindschaft zu leben.«

Daß Stresemann im Einklang mit dem gesamten deutschen Volke stand, die Grenze zu Polen nicht anzuerkennen, stellte der Außenminister auch vor dem Plenum des Reichstages am 18. Mai 1925 fest: ›Es gibt niemand in Deutschland, der anerkennen könnte, daß die in flagrantem Widerspruch mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gezogene Grenze im Osten eine für immer unabänderliche Tatsache sei. Es kann deshalb für Deutschland auch keine Regelung der Sicherheitsfrage in Betracht kommen, die eine nochmalige Anerkennung dieser Grenze in sich schlösse.‹«

Richtungsweisende Worte für heute

Jenke schreibt in diesem Zusammenhang: »So einig sich der Berliner Reichstag in der Ablehnung der damaligen deutsch-polnischen Grenze war, und zwar von linken Kommunisten bis rechten Deutschnationalen, so geschlossen – außer drei Trotzkisten – verabschiedete er 1926 den Berliner Vertrag mit der Sowjetunion. Während im Jahr zuvor 292 Abgeordnete (gegen 174) den Locarno-Vertrag befürwortet hatten. Das entsprach der Volksmeinung; denn dem Berliner Vertrag haftete im Unterschied zum Locarno-Vertrag nicht das Odium des ›Verzichts‹ an – das aber war damals ein verrufenes Wort.

Im heutigen ›Rumpf-Deutschland‹ (wie es Botschafter a. D. Allardt bezeichnet) kommt es offenbar nicht mehr darauf an, daß nach Versailles mit dem Verlust des Korridors, Danzig und Ost-Oberschlesien nun auch auf ganz Ostpreußen, Pommern und Schlesien (um nur diese Gebiete im Vergleich zu erwähnen) verzichtet wird. Ja, um das Super-Versailles noch ›superber‹ zu machen, verzichtet man auch seit Installierung einer Bonner Regierung auf jede zielstrebige Politik zur Wiedervereinigung wenigstens mit Mitteldeutschland.«

Am 21. September 1926 erklärte Reichsaußenminister Stresemann vor der deutschen Kolonie in Genf: »Nicht das materielle Leben ist das Entscheidende, sondern die politische Freiheit der Nation. Wir können arm und doch eine große Nation sein. Das ist nicht das Entscheidende, ob der eine einen schlechteren Rock trägt als der andere, sondern ob er freien Charakters ist und stolz jedem anderen ins Auge sehen kann. Wir wollen den anderen Nationen frei und stolz ins Auge sehen, wenn wir wieder einen freien Boden in Deutschland haben, und ich hoffe, daß wir in Genf einen Schritt vorwärtsgekommen sind zur Erreichung dieses Zieles.«

Jenke schreibt in seinem Buch: »Wahrlich richtungsweisende Worte, die der heutigen Bundesrepublik Deutschland ins Stammbuch geschrieben werden müßten: ›Wir wollen den anderen Nationen frei und stolz in die Augen sehen, wenn wir wieder freien Boden in Deutschland haben.‹«

Auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei in Köln am 2. Oktober 1926 erklärte Stresemann:

»Es ist allerdings ein schriller Nachklang zu dieser Politik der allgemeinen Befriedigung, den ich im Interesse der erhofften Verständigung tief bedauere, wenn neuerdings auf der Gegenseite von hoher verantwortlicher Seite (Poincaré) der Öffentlichkeit wieder die alten Behauptungen von der alleinigen Kriegsschuld der Mittelmächte und den systematischen Grausamkeiten des deutschen Generalstabs verkündet worden sind. Die Aufklärung der Völker über die wahren Vorgänge ist zu weit fortgeschritten, als daß derartige Behauptungen noch jetzt gewagt werden dürften. Wir brauchen sie um so weniger zu fürchten, wenn die Behauptungen sich aus einer Stellungnahme zu allen diesen Fragen erklären, deren fast zwangsläufige Parteilichkeit vor aller Welt offen zutage liegt.

Wir sind bereit, uns jedem unparteiischen Gerichtshof zu stellen, der die Ursachen des Weltkrieges untersucht. Wer gleich guten Gewissens ist wie wir, folge unserem Beispiel. Die Menscheit hat ein Recht darauf, die Wahrheit zu erfahren, und niemand wird sich diesem Wunsch der Menschlichkeit nach einem unparteiischen Schiedsspruch auf die Dauer widersetzen können.«

Jenke schreibt im Anschluß daran: »Warum stellt heute Bonn nicht eine solche Forderung, von unparteiischer internationaler Stelle die Ursachen des Zweiten Weltkrieges untersuchen zu lassen? Dabei hat aber die Forderung nicht mit 1939 und auch nicht mit 1933, sondern mit dem Versailler Diktat von 1919 zu beginnen.

Niemand spricht heute in der Öffentlichkeit beipielsweise auch von Warschaus Unersättlichkeit nach 1918, obwohl die geschichtlichen Tatsachen jedem Zeitgeschichtler und eigentlich auch jedem Bonner Politiker bekannt sein sollten, daß nämlich Polen nach dem Begehr und dem Erhalt des Korridors, Posens und Ost-Oberschlesiens auch noch die ukrainischen und weißrussischen Gebiete östlich der Curzon-Linie und das litauische Wilna-Gebiet raubte, so daß 1921 bei einer polnischen Gesamtbevölkerung von zirka 27 Millionen Menschen mehr als ein Drittel Minderheiten waren (Ukrainer, Weißrussen, Deutsche, Litauer und Juden).

Man stelle sich einmal zum Vergleich vor, Deutschland mit etwa 60 Millionen Menschen hätte noch 30 Millionen fremdländische Minderheiten im Staate regiert und unterdrückt!« □

Das Buch von Martin Jenke »Bonn besser als Weimar?« ist im Eigenverlag erschienen und beim Autor in Göttingen, Teichstraße 75, zu bestellen.

Banker-Journal

Meldepflicht für Kredite in USA?

Der aussichtsreiche amerikanische Präsidentschaftskandidat der Republikaner, Jack Kemp, will einen Gesetzentwurf einbringen, demzufolge Bankkredite an ein »zwangsbewirtschaftetes Land« meldepflichtig sein werden und der Präsident umfangreiche Machtbefugnisse über derartige Kredite bekommt.

Ein »zwangsbewirtschaftetes Land«, zum Beispiel die Sowjetunion, könnte daran gehindert werden, eine amerikanische Bank zu kaufen oder ähnliche Finanzmanöver durchzuführen.

Kemp betonte: »Der Sowjetblock erhält jetzt Kredite mit Niedrigzinssätzen für nicht-spezifische Projekte oder Handelstransaktionen mit Zinsen, die niedriger sind, als ein kleiner Geschäftsmann in Amerika zahlen muß. Diese Kredite können für jeden beliebigen Zweck eingesetzt werden, auch zur Finanzierung eines militärischen Angriffs im Ausland oder Unterdrückung im Inland.«

US-Präsident Ronald Reagan und das amerikanische Außenministerium haben sich einstimmig gegen einen solchen Gesetzentwurf ausgesprochen. □

Brasilien kapituliert vor den Bankern

Der brasilianische Präsident Joé Sarney hat vor, den Weg für eine neue Vereinbarung mit ausländischen Banken zu ebnen, indem er die Democratic Movement Party (PMDB) spalten will, die ihn im Jahre 1984 gewählt hat. Obwohl Sarneys Fraktion der Partei einen Frontalangriff auf die Währungspolitik des Finanzministers Carlos Bresser Pereira bei der Parteiversammlung im Juli verhindern konnte, wiederholte sie ihr Engagement für eine Erhöhung der Reallöhne, eine Agrarreform, Schuldenbegrenzungen auf Kapitalumwandlungen und den Schutz der nationalen Souveränität vor der Überwachung durch den Internationalen Währungsfonds (IWF).

Die Banken verlangen ein eindeutiges politisches Mandat für Sparmaßnahmen, bevor sie über Brasiliens 110 Milliarden Dollar an Schulden neu verhandeln wollen. Sarney kann dem nicht nachkommen. Doch er machte eine Geste des guten Willens, indem er Fernao Bracher, den vom früheren Finanzminister Dilson Funaro wegen dessen Opposition gegen das Schuldenmoratorium vom 20. Februar 1987 gefeuerten Zentralbankpräsidenten, in seine Kommission zur Verhandlung der Auslandsschulden aufnahm.

Sarney versucht eine neue Regierung aus jenen Opportunisten zu bilden, die die Militärregierung unterstützten, bis klar war, daß die PMDB sie schlagen würde, sowie aus zahlreichen einflußreichen Agenten des amerikanischen Geheimregierungs-Netzwerks, bekannt unter dem Namen »Projekt Demokratie«.

Trotz Sarneys Kapitulation vor den Banken kämpfen die traditionelle PMDB und Funaro darum, das nationalistische Programm der Partei in Brasiliens neue Verfassung aufzunehmen. □

General Motors schafft neue Anreize

Der größte Autohersteller der Vereinigten Staaten hat neue große Anreize geschaffen, um Fahrzeugbestände infolge stagnierender Umsätze abzubauen. General Motors startete mit seinem Kaufanreizplan im August mit Nachlässen in Höhe bis zu 2000 Dollar, um Bestände zu reduzieren, die sich jetzt auf weit über 70 Tage erstrecken. Ein 62-Tage-Vorrat wird als normal angesehen.

Andere amerikanische Automobilproduzenten haben das gleiche Problem mit stagnierenden Umsätzen und haben ihre eigenen Verkaufsanreizprogramme geschaffen – selbst Mercedes-Benz, dessen Bestand sich jetzt auf 50 Tage beläuft, während 37 Tage als normal angesehen werden.

BMW bietet zum ersten Mal in den Vereinigten Staaten niedrige Zinssätze von nur 6,9 Prozent. In den letzten Monaten haben auch verschiedene japanische Autohersteller wie Mazda und Subaru Verkaufsanreizprogramme geschaffen.

American Motors, die im Juni von Chrysler aufgekauft wurden, setzten ihr Finanzierungsprogramm »zwei Jahre ohne Zinsen« fort. Händlerberichten zufolge reizen jedoch selbst diese Programme die Kunden nicht zum Kauf. □

Exxon kauft Goodyears Oil

Exxon, die weltgrößte Ölgesellschaft im Besitz des Rockefeller-Clans, verkündete, daß sie Öl- und Gasreserven des Reifenherstellers Goodyear für 650 Millionen Dollar kaufen werde.

Goodyear ist dabei, sich stark auf den Hauptkern seiner Geschäftstätigkeit zu konzentrieren, um eine Übernahme durch britische Finanzkreise abzuwehren. Der Celeron-Zweig, den Goodyear dabei ist abzustoßen, verfügt über etwa 100 Millionen Barrel Öl und Gegenwerte in Öl in Kalifornien und vor der amerikanischen Westküste.

Exxon hat inzwischen über 1,5 Milliarden Dollar für den Erwerb von mehr als 300 Millionen Barrel amerikanischer Öl- und Gasreserven seit dem Jahr 1984 ausgegeben. □

Drexel, Burnham Lambert beteiligt an Spielcasinos?

Wie die Londoner »Financial Times« berichtete, läuft gegen die schweizerisch-belgische »Schrottpapier«-Firma Drexel, Burnham Lambert von seiten der New-Jersey-Spielbank-Kommission eine Untersuchung wegen ihrer starken Beteiligung an Casinos in Atlantic City in den USA.

Drexel, die Ausverkäufe an der Wall Street mittels »Schrottpapieren« finanziert haben, hat dem Bericht zufolge für Golden Nugget, Ceasar's World und Bally Wertpapiere im Wert von über zwei Milliarden Dollar garantiert. Die Untersuchung wird für Drexel, Burnham »als eine Art Peinlichkeit« beschrieben. Sie stehen bereits im Mittelpunkt einer ausgedehnten Untersuchung durch die Börsenaufsichtsbehörde und das US-Justizministerium wegen möglichen Insider-Handels. □

Banker mobilisieren Kommunisten gegen Garcia

Die Abgeordnetenkammer Perus hat das von Alan Garcia vorgelegte Gesetz zur Verstaatlichung der Handelsbanken genehmigt. Doch das Gesetz muß noch vom Senat gebilligt werden, und die Gruppe der Banken unter Führung von Senator Manuel Ulloa, dem ehemaligen Premierminister und Vertreter der Chase Manhattan Bank, mobilisiert alles, um es zu blokkieren.

Die Maßnahme wurde vom Präsidenten in dem Bemühen angekündigt, die Geldwäscherei von Drogenhandelsgeldern und Kapitalflucht zu verhindern. Doch als ein Richter eine einstweilige Verfügung gegen die Verstaatlichung erließ, legte Garcia das Gesetz der gesetzgebenden Versammlung zur Abstimmung vor.

Im Senat, wo Garcias APRA-Partei weniger Stimmen hat als im Unterhaus, steht ein harter Kampf bevor. Da die APRA fast genau die Hälfte der Stimmen im Senat hat, hängt die Verabschiedung des Gesetzes von den Stimmen der vereinigten Linken ab. Die Kommunistische Partei versucht Garcia zu bezirzen, indem sie als Bedingung für ihre

Unterstützung Amnestie für im Gefängnis sitzende Terroristen und die Verstaatlichung von Firmen fordert, die angeblich mit dem Bankenkartell in Verbindung stehen.

Ulloas Tageszeitung »Expreso« beschuldigt Garcia der Anstachelung des »Klassenkampfs«, und Manuel D'Ornellas, der Top-Leitartikler der Zeitung, meint, Garcia selbst sei für den bevorstehenden Coup d'Etat verantwortlich.

Der politische Kampf wird in den Straßen ausgetragen mit täglichen Massendemonstrationen von beiden Seiten. Bankenvertreter haben sogar eine Versammlung abgehalten, in der Garcias Sturz verlangt wurde. Garcia hält in ganz Lima Versammlungen ab und will seine Kampagne auch bis in die abgelegenen Städte im Dschungel ausweiten. In seinen Reden unterscheidet er zwischen Industriekapital, das die Entwicklung des Landes fördert, und Finanzkapital, das sich von Wucher und Rauschgifthandel nährt. □

Nordkorea stellt Zahlungen ein

Zum ersten Mal seit Beginn der Schuldenkrise im Jahr 1982 haben zwei westliche Bankenkonsortien unter der Federführung von Morgan Grenfell und der australischen ANZ-Bankengruppe das kommunistische Korea davon in Kenntnis gesetzt, daß es sich in Zahlungsverzug befindet und daß demnächst gerichtliche Schritte zur Beschlagnahmung seines Vermögens im Ausland unternommen werden könnten.

Es geht dabei um eine relativ geringe Summe in der Größenordnung von 770 Millionen Dollar, wie es in einem Artikel der »New York Times« heißt. Auf der Suche nach Vermögenswerten, die beschlagnahmt werden können, haben die Gläubiger nach eigenen Angaben Büros nordkoreanischer Firmen in Paris und Wien ausfindig gemacht und fügten hinzu, daß auch Schiffe, die westliche Häfen passieren, in Frage kämen. □

Korruptionsskandal in Jugoslawien

Dreiundsechzig Banken in Jugoslawien werden vielleicht zur Schließung gezwungen als Folge eines Finanzskandals, der in der jugoslawischen Presse als der »größte Schlag für die jugoslawische Wirtschaft seit der Nachkriegszeit, die Spitze eines landesweiten Eisbergs finanzieller Korruption« bezeichnet wird.

Es geht um ein agro-industrielles Unternehmen, Agrokomerc, in der vorwiegend moslemischen Republik Bosnien, das beschuldigt wird, ungedeckte Schuldscheine in Höhe von 500 Millionen Dollar ausgegeben zu haben. Die Firma war in einige geplante Industrieprojekte verwikkelt und die Schwierigkeiten, in denen sie sich jetzt befinden, werden wahrscheinlich zu Arbeiterunruhen führen.

Unterdessen warnte Vizepräsident Zemljaric in einer gemeinsamen Sitzung des jugoslawischen Parlaments, daß einige der Schuldenzahlungen an das Ausland angesichts der anhaltenden finanziellen Schwierigkeiten eingestellt werden müssen. Etwa 76 Prozent der 17,8 Milliarden Dollar betragenden Schulden Jugoslawiens werden in den nächsten fünf Jahren fällig.

»Unter den Bedingungen der immer restriktiver werdenden Weltfinanzmärkte«, sagte er, »würde dies eine normale Produktion in der jugoslawischen Wirtschaft sicher unmöglich machen und die technologische Entwicklung des Landes behindern. Diese Gründe machen es erforderlich, daß das Tempo unserer Schuldenrückzahlung neu angeschaut wird. Deshalb werden sämtliche Aspekte der Auslandsliquidität Jugoslawiens und seiner Beziehungen zu allen Gläubigerklassen überprüft und die Entwicklungsanforderungen und Exportmöglichkeiten untersucht. Vorgespräche über diese Fragen haben mit den Handelsbanken und einigen Gläubigerregierungen und mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) begonnen.« □

Die Schuldenbombe der Philippinen

Die philippinische Präsidentin Corazon Aquino hat dem Druck nachgegeben und die Öl-Preiserhöhung von 20 Prozent um 8 Prozent zurückgenommen. Demonstranten, die gegen den Anstieg protestierten, hatten eine Schnellstraße blockiert, während streikende Arbeiter das öffentliche Verkehrsnetz in vier philippinischen Provinzen lahmlegten. Die Proteste waren seither der stärkste Ausdruck der Unzufriedenheit in der Öffentlichkeit mit der Leistung von Präsidentin Aquino, die jetzt zwei Jahre im Amt ist.

Trotz dieser Ankündigung rief die May First Movement (Bewegung 1. Mai), die Verbindungen zur kommunistischen New People's Army hat, zu einem Generalstreik auf. Obwohl es ihr nicht gelungen war, die versprochenen zwei Millionen Anhänger zu mobilisieren, so wurden doch immerhin die Schulen geschlossen und viele Büros und Fabriken in den Städten arbeiteten nur mit halber Kraft.

Die Preiserhöhung soll vom Kabinett Aquino bereits im März beschlossen worden sein, doch wurde sie erst nach den Wahlen im Mai verkündet.

Mrs. Aquino sagte, ein gesetzlicher Höchstbetrag für den Schuldendienst oder eine Begrenzung der zur Bezahlung von Auslandsschulden zu verwendenden öffentlichen Gelder sei eine »positive« Antwort auf die Schuldenkrise des Landes. Sie gelobte, daß die Sicherung des Wohlstandes der Bevölkerung und das Wirtschaftswachstum gegenüber der Zahlung der Schulden Priorität hätten.

Die philippinische Präsidentin appellierte auch an die Auslandsgläubiger des Landes, »die Probleme der Philippinen zu erkennen. Das Überleben des philippinischen Volkes hängt von den besseren Bedingungen für ein Schulden-Umstrukturierungsprogramm des Landes ab.« □

USA werden immer abhängiger von den Sowjets

Laut eines Leitartikels der amerikanischen Wochenzeitung »Barrons« hat die Entscheidung Amerikas, Südafrika Wirtschaftssanktionen aufzuerlegen, zu einem enormen Anstieg im Kauf strategisch wichtiger Mineralstoffe von der Sowjetunion geführt.

Die US-Importe von Chromerz aus der UdSSR haben monatliche Zahlen von 6440 Bruttoregistertonnen erreicht, verglichen mit durchschnittlich 479 Bruttoregistertonnen zwischen den Jahren 1981 und 1985.

Die Importe von Antimon, das wichtig ist für die Herstellung von Geschossen, Computern, Sonar- und Radaranlagen, sind seit dem Jahr 1981 um das 98fache gestiegen.

Die amerikanische Kongreßabgeordnete Helen Bentley brachte dieses Thema im US-Repräsentantenhaus zur Sprache und erklärte: »Das alles geschieht natürlich nur, weil wir Südafrika Sanktionen auferlegt haben, und wir sehen Südafrika heute als einen größeren Feind an als die Sowjetunion, und ich denke, wir sollten lieber entscheiden, wer der wirkliche Feind ist, und das rasch.«

US-Senator Steven Symms brachte dieses Problem auch vor den Senat und wies darauf hin, daß der amerikanische Präsident nach dem vom Kongreß verabschiedeten Anti-Apartheid-Gesetz dazu ermächtigt ist, solche Bestimmungen des Gesetzes aufzuheben, die zu einer stärkeren Abhängigkeit der USA von der Sowjetunion oder Ostblockländern führen würden.

»Wer hat von diesen Sanktionen profitiert?« fragte er. »Wem haben wir damit geholfen? Sicherlich sollte dieses Gesetz den Schwarzen in Südafrika helfen. Viele schwarze Südafrikaner haben dagegen ihre Arbeitsplätze verloren, weil Amerika Anlagekapital zurückgezogen hat. Den kommunistischen Diktatoren, den Leuten mit den Sklavenlagern, das sind jene, denen wir geholfen haben.« □

US-Dollar

Das Auf und Ab geht bis 1988

C. Gordon Tether

Der amerikanische Dollar wird auf den internationalen Märkten in gewissen Abständen immer wieder absinken, bis er im ersten Quartal des Jahres 1988 einen »realistischeren Wert« erreicht haben wird.

Die Zusammenarbeit unter den Zentralbanken zur Rettung der wichtigen Währungen, die sich in Schwierigkeiten befinden, ist dieser Tag deutlich uneffektiv – um nicht zu sagen regelrecht unklug. Oft bekommt es dadurch zu zusätzlichem Verkauf der geschwächten Währung, indem die Devisenmärkte auf internationaler Ebene über die Aussichten alarmiert werden. Das Ergebnis ist, daß angesichts der unzureichenden Möglichkeiten der Behörden im Verhältnis zur Höhe der Gelder, die über die Märkte fließen, die offizielle Initiative rasch begraben ist und folglich aufgegeben werden muß – mit unvermeidlichem Gesichtsverlust.

Die ruhigeren Gewässer des Dollar

Angesichts dieser Tatsache läßt sich sagen, daß die vereinte Anstrengung der Zentralbanken der Vereinigten Staaten, Japan Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland sowie anderer führender europäischer Länder zum Stop des Dollar-Sturzes überraschend gut auf die Beine kam. Trotz der Versicherungen vieler Experten, daß es zum unmittelbaren Scheitern verurteilt sei, reagierten die Märkte in deutlichem Ausmaß in der erhofften Art und Weise.

In den sechs Monaten bevor der Dollar-Sturz im zweiten Quartal dieses Jahres gestoppt wurde, hatte er im Vergleich zu den zwei stärksten Weltwährungen eine weitere Abwertung in der Größenordnung von zehn Prozent erfahren: nämlich in bezug auf den japanischen Yen und die Deutsche Mark. In den darauffolgenden Monaten festigte er sich deutlich gegenüber beiden.

Es scheint als hätte der Aufwärtstrend eine noch größere Wirkung zeitigen können, wenn es die amtlichen Stellen nicht für zweckmäßig gehalten hätten, ihn innerhalb gemäßigter Grenzen zu halten, um der Vorstellung keinerlei Vorschub zu leisten, der Dollar würde wieder ernsthaft überbewertet.



Als es hingegen so auszuschauen begann als käme der Dollar länger als nur vorübergehend in »ruhigere Gewässer«, nahmen die Dinge eine Wende zum Schlechteren hin. Nicht nur sein Aufschwung kam zum Stillstand, sondern er kehrte sich bald in sein Gegenteil um.

Es gibt keinerlei klare Beweise dafür, daß das Vertrauen in den Dollar stark gelitten hat unter der weltweiten Sorge über den Einfluß verstärkter US-Intervention auf die Politik im Persischen Golf und deren Auswirkung auf die amerikanische Wirtschafts- und Finanzlage. Eine Zeitlang schienen die Märkte sogar die Haltung einzunehmen, daß die Auswirkungen des eskalierenden Streits in diesem Winkel der Erde eher anderen Währungen schaden würden als dem Dollar.

Wie tief muß der Dollar fallen?

Die größte Schuld kann offensichtlich der Veröffentlichung der monatlichen amerikanischen Außenhandelsstatistiken gegeben werden. Ihre klare Botschaft ist, daß sich die Lücke in der Außenhandelsbilanz unerwarteterweise beunruhigend langsam schloß – und dies ungeachtet der Unterstützung, die vom Fall des Dollar auf eine realistischere Stufe hätte kommen sollen.

Es ist schwerlich erkennbar, daß sich diese negativen Aussichten in der amerikanischen Außenhandelsbilanz in unmittelbarer Zukunft ändern werden. Daraus folgt, daß die Bemühungen der Zentralbanken, den Dollar zu stabilisieren, wahrscheinlich eher eine Anstrengung gegen den Strom zu schwimmen sind, bis es unwiderlegbare Anzeichen dafür geben wird, daß der Dollar wirklich eine ausreichend niedrige Stufe erreicht hat, so daß er einen entscheidenden Beitrag zur seit langem nötigen Verbesserung in der amerikanischen Außenhandelsbilanz leisten kann.

Wie tief noch muß der Dollar fallen, so scheint es angebracht zu fragen, bevor man sagen kann, daß er wirklich einen tragbaren Wert erreicht hat? In den jüngsten monatlichen Analysen der Lloyds Bank, einer der Banken-Giganten von internationalem Rang mit Sitz in Großbritannien, wird vorausgesagt, daß er bis zum zweiten Quartal 1988 auf Werte von etwa 1,58 gegenüber der Deutschen Mark und 125 gegenüber dem japanischen Yen abgesunken sein wird. Mit diesen Zahlen läge er etwa 15 Prozent unter den Werten, die existierten, als der Aufschung Mitte des Jahres zu Ende ging.

Verglichen mit der Position als die Überbewertung in den achtziger Jahren ihren Höhepunkt erreichte, hätte er damit eine Abwertung in der Größenordnung von 30 bis 40 Prozent erfahren.

Dies würde den Dollar auf etwa den gleichen Wert im Verhältnis zu anderen wichtigen Währungen zurückbringen wie er ihn vor dem großen Dollar-Boom hatte, der charakteristisch war für die ersten Jahre der Reagan-Regierung.

Eine Kur für die kranke US-Handelsbilanz

Seither ist auf dem Gebiet der Weltwirtschaft eine Menge passiert. Es ist also nicht absolut sicher, daß die Rückkehr zu den Werten der Wechselkurse, die damals existierten, den Dollar auf einem echt realistischen Wert zurückbringen würden.

Eine Untersuchung des Kaufkraftverhaltens des Dollar, der Deutschen Mark und des Yen in den dazwischenliegenden Jahren weist jedoch darauf hin, daß die Erholung der Wechselkurse in den Jahren 1979 und 1980 nicht ernsthaft – wenn überhaupt – zu einer Überbewertung des Dollar führte. Kurz gesagt, es sollte der amerikanischen Industrie eine echte Gelegenheit geben mit dem Kränkeln der amerikanischen Zahlungsbilanz fertig zu werden – insbesondere macht es die Unzulänglichkeit der Exporte und die interne Preisstruktur den einheimischen Produzenten nahezu unmöglich, auf eigenem Boden mit den ausländischen Erzeugnissen zu konkurrieren.

Das heißt natürlich nicht, daß es automatisch eine vollständige Lösung für die Lücke in der Außenhandelsbilanz der USA liefern würde. Doch es besteht eine berechtigte Hoffnung, daß das Problem damit auf einen vernünftigen Maßstab reduziert wird – etwas, was durch die ganzen achtziger Jahre hindurch bis jetzt noch nicht der Fall war. □

Banker

Fluch des Machtspiels

C. Gordon Tether

Die Finanzexperten schreiben seit einiger Zeit immer wieder über die Vorteile einer Internationalisierung der Aktienmärkte. Doch die weltweite, schlagartige Verschiebung in den Aktienwerten durch die jüngsten Entwicklungen am Persischen Golf haben die andere Seite der Medaille gezeigt.

Das Big Business hat seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, als man erkannt hatte, das nichts seinen Interessen besser dienen würde, unermüdlich darauf hingearbeitet, sämtliche Hindernisse für das Wachstum im internationalen Finanzverkehr zu beseitigen.



Der Weg zum Weltmarkt

Das erste Ziel waren landesweit auferlegte Beschränkungen in den Bewegungen liquider Mittel unter den Ländern – dem sogenannten heißen Geld. Dieser Teil des Programms war Mitte der siebziger Jahre – zumindest was die wichtigeren Industrieländer angeht – praktisch abgeschlossen.

Als nächstes kam die Internationalisierung des Bankenverkehrs. Die Banken – kleine und große – erhielten die Freiheit, über ihre traditionellen Landesgrenzen hinauszugehen und auf internationaler Ebene zu operieren, und sie begannen bald, dies größtenteils weitgehend voll auszunutzen.

Ermutigt und unterstützt durch diese Erfolge, richtete das Big Business nun seinerseits die Aufmerksamkeit auf die Internationalisierung des Aktien- und Wertpapiergeschäfts.

Ab Beginn der achtziger Jahre erhielt dies einen starken Aufschwung, gestützt durch das Argument, daß die nationalen Finanzinstitutionen ihren Banken weit mehr Spielraum würden geben müssen, wenn diese sich gegen zunehmenden Wettbewerb hinsichtlich Aktienmärkte von ausländischen Konkurrenten behaupten müßten.

In den letzten Jahren war dieser Feldzug von praktisch vollständigem Erfolg gekrönt, teilweise gefördert durch eine derart tiefgreifende Umformung der staatlichen Bestimmungen und Regelungen auf diesem Gebiet, daß der Begriff der »große Knall« angebracht wäre. Die Wertpapier-Institutionen in allen führenden Industrieländern sind heutzutage tatsächlich so stark auf internationaler Ebene tätig, daß man ohne Übertreibung hier von einem einzigen Weltmarkt sprechen kann.

Eine gute Revolution?

Allgemein gesagt ist die Öffentlichkeit hier von den Politikern und Finanzexperten ermutigt worden, dies als eine Revolution mit erheblichen Vorzügen anzusehen. Obwohl, so hieß es, es auch wahrscheinlich sowieso nicht hätte vermieden werden können, weil es einfach nötig ist, »mit der Zeit zu gehen«, und es sollte dazu führen, daß die Räder der Wirtschaft weltweit reibungsloser laufen und damit das Wohlergehen der Menschheit generell fördern.

Die Realität ist bei weitem nicht so einfach – und auch bei weitem nicht so beunruhigend. Die Theorie, daß die Liberalisierung der Bewegungen des heißen Geldes sich als ein mehr oder weniger ungetrübter Segen für die Menschheit erweisen würde, wurde rasch verworfen durch die Auswirkungen, die sie auf den Devisenmärkten schuf. Insbesondere führte es zu nahezu ununterbrochener Turbulenz, die ihrerseits wiederum zu häufigen und oft ungerechtfertigten Verzerrungen in den internationalen Werten der betroffenen Währungen führte.

Wir mußten nicht lange warten, um zu sehen, wie die internationale Liberalisierung des Börsenverkehrs ähnlich unwillkommene Nebeneffekte hervorrufen kann. In diesem Fall diente das ungewöhnlich laute Säbelrasseln am Persischen Golf als Katalysator.

Obwohl der Machtkampf dort von Anfang an eine Menge Publizität anzog, schien es – zumindest in den Anfangsstadien – unwahrscheinlich, daß er auf den Börsenmärkten der Welt mehr als einen leichten Windstoß verursachen würde.

Innerhalb weniger Tage, nachdem das Weiße Haus seine Entscheidung verkündet hatte, daß es militärisch eingreifen werde, um die Dinge am Golf auszusortieren, war der Aktienweltmarkt wie verwandelt. Der bisherige Trend der Preise in Richtung auf einen stetigen Anstieg war nicht nur zu einem entschiedenen Stillstand gekommen, an einigen Orten wie zum Beispiel Großbritannien und Japan fielen sie sogar in beunruhigender Weise.

Der unkontrollierbare Einfluß von außen

Unter dem alten System, das heißt, als die Internationalisierung der Wertpapierbörsen noch Zukunftsmusik war, wurde das Verhalten der Aktienmärkte weitgehend von dem Denken der Investoren im Inland bestimmt. Jetzt werden sie darüber hinaus auch noch von dem bestimmt, was in einer Vielzahl anderer Länder vor sich geht.

Somit könnten die Abwärtsbewegungen, die an vielen Wertpapierbörsen nach der jüngsten Zunahme der Spannungen am Persischen Golf einsetzten, sehr wohl durch die Änderung der Haltung der Investoren in entfernten Ländern herbeigeführt worden sein. □

Harry Oppenheimer

Der Gewinner in Südafrika

Samuel P. Foner

Wenn ein Schwarzer in Südafrika in der Bergbauindustrie arbeitet, sind seine Chancen recht groß, daß Harry F. Oppenheimer sein Brötchengeber ist. Und wenn schwarze Arbeiter kürzlich von ihrem Arbeitsplatz in den Diamant- oder Goldminen entlassen wurden, sind die Chancen recht groß, daß es auf Anweisung des erwähnten Mr. Oppenheimer geschah.

Das hängt mit vielen Dingen zusammen. Der Streik in den vielen Bergwerken Südafrikas ging durch die Medien. Dabei wurde auch berichtet, daß viele der streikenden Bergarbeiter gefeuert worden sind und neue Leute ihren Platz eingenommen haben. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß Oppenheimer einer der stärksten Antreiber der Unruhen der Schwarzen im südlichen Afrika gewesen ist – vorher in Rhodesien (dem jetzigen Zimbabwe) und derzeit in seinem eigenen Land Südafrika. Er ist es hauptsächlich, der linksextreme Organisationen und deren ideologische Sache finanziell unterstützt einschließlich der kommunistischen Progressive Party.

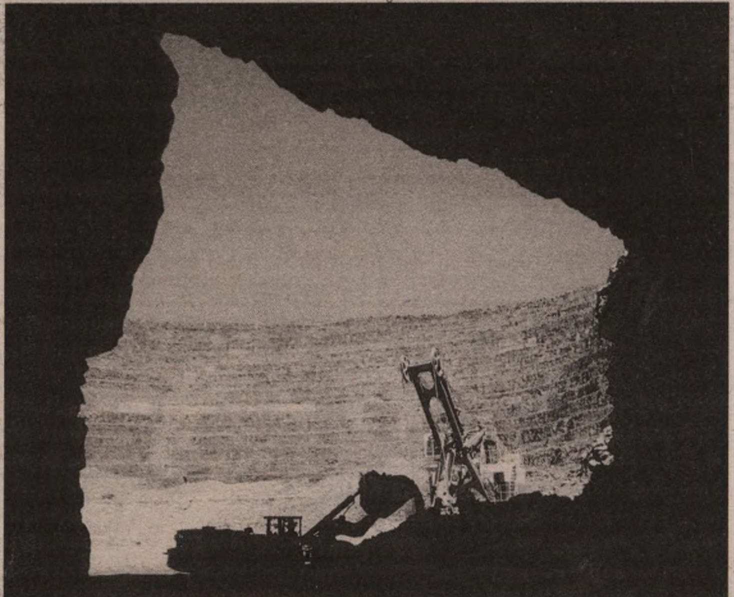
Der König der Mineralstoffe

Mit anderen Worten, die Organisation der Schwarzen, die die schwarzen Bergarbeiter zu Streiks gegen die Bergwerke der Weißen führen, werden von Oppenheimer finanziert – dem auch die Bergwerke gehören.

In einer Wirtschaft, in der Mineralstoffe an aller erster Stelle stehen, ist der 78jährige Oppenheimer der König der Mineralstoffe. Seine Geschäftsinteressen in zwei miteinander verflochtenen, familienbeherrschten Unternehmenszweigen – De Beers und die Anglo American Corporation –, beides im wesentlichen diversifizierte Investmentgesellschaften –, reichen in Firmen mit einer Gesamtkapitalhöhe von über 16 Milliarden Dollar hinein. Es sind der Welt größten Diamantenhersteller und bei weitem die größten Goldproduzenten weltweit.







Der Oppenheimer-Clan ist der Welt größter Diamantenhersteller und kontrolliert in Ost und West den Handel mit diesen Edelsteinen.

Obwohl Oppenheimer sich in den letzten Jahren formell von den Posten als Vorsitzender der beiden großen und stark miteinander verflochtenen Unternehmen zurückgezogen hat, die er lange innehatte, ist seine große Macht doch erhalten geblieben. Die Familien-Investmentgesellschaft, E. Oppenheimer & Sohn, die über acht Prozent der Anglo American Corporation-Aktien besitzt – genug für eine Hegemonie in dem einzigartigen strukturierten Unternehmen, wenn nicht für eine Kontrolle im amerikanischen Sinne –, stellt die Basis dar.

Die Familie ist auch auf Direktionsposten und Positionen in der Führungsebene liberal vertreten – der Ehemann von Tochter Mary, der Amerikaner Hank Slack, und der Ex-Ehemann Gordon Waddell sind beide im geschäftsführenden Vorstand der Anglo American Corporation vertreten. Der Sohn und Erbe, Nicky, 41 Jahre alt, ist stellvertretender Vorsitzender von Anglo und De Beers und wird wohl den Vorsitz in einer der beiden oder in beiden Firmen übernehmen.

Die Aktivitäten des Oppenheimer-Imperiums

Das Oppenheimer-Imperium ist weltweit mit einer Beschäftigtenzahl von über 250 000 Leuten tätig. Achtzig Prozent seiner Aktivitäten liegen in Südafrika, wobei die wirtschaftliche und kulturelle Tragweite dort verglichen wird mit der von General Motors und IBM in den Vereinigten Staaten zusammengenommen.

Diese Tatsachen führen zwangsläufig zu weiteren Fakten über die Beschäftigungslage in Südafrika. Oppenheimers Mannschaft von Streikbrechern besteht aus illegalen Einwanderern. Wie die Vereinigten Staaten hat Südafrika ein großes Problem mit illegaler Einwanderung: in Südafrika aus dem Norden, in den Vereinigten Staaten aus dem Süden.

Die Gründe dafür sind im wesentlichen die gleichen. Die Mexikaner sind der Meinung, daß irgendein Job in den Vereinigten Staaten besser ist als kein Job in Mexiko, und die Schwarzen meinen, daß irgendein Job in Südafrika besser ist als kein Job in den sogenannten Frontlinien-Staaten, jenen, die an Südafrika angrenzen.

Wer gewinnt? Oppenheimer natürlich. Die illegalen Einwanderer sind mit weniger Geld für ihre Arbeit in den Bergwerken zufrieden, als die streikenden Arbeiter. Die letzteren werden gezwungen, in die sogenannten Homelands zurückzugehen, wo Jobs und oft auch Essen sowie Unterkunft nicht so leicht verfügbar sind wie für die Bergarbeiter.

Die illegalen Einwanderer arbeiten für Oppenheimer und halten ihren Mund, während die linkextremen Organisationen weiterhin mit Oppenheimer-Mitteln operieren. □



Kredite

Der neue Plan der Banker

Martin Burns

Das Thema Dritte-Welt-Schulden ist seit dem Jahr 1982 eines der aktuellsten und brennendsten, als damals Mexiko drohte, die Zahlungen seiner Außenschulden, die zu jenem Zeitpunkt bei 80 Milliarden Dollar lagen – und heute 102 Milliarden Dollar betragen und ständig weiter steigen –, einzustellen. Kurz darauf kam eine ähnliche Notlage in vielen anderen Ländern ans Tageslicht und das Establishment hat die letzten fünf Jahre mit dem Versuch verbracht, diese Krise einzudämmen.

Die grundlegende Wahrheit dieser Krise ist die, daß die Erlöse aus den Krediten an die dritte Welt entweder von korrupten Politikern und Bankern gestohlen oder in wirtschaftlich unrentable Entwicklungsprojekte gesteckt worden sind. Jetzt sind nur noch die Schulden übriggeblieben. Was kann man da tun?

Die Banker sind des Spiels überdrüssig

Bis jetzt hat sich das Establishment »durchgewurstelt« durch Aufstellung neuer Schuldenrückzahlungspläne, durch Kapitalisierung der Zinsen und Kreditneuvergaben nur bis zu einer solchen Höhe, die den Schuldnern die Zinszahlungen ermöglichen, und gelegentlich durch wichtige Einfuhren. Das ist langfristig jedoch sowohl für den Kreditgeber als auch für den Schuldner nicht zufriedenstellend.

Es ist unbefriedigend für den Kreditgeber, weil neue Kredite und kapitalisierte Zinsen bedeuten, daß sich die Geldmenge an offenbar nicht kreditwürdige Schuldner weiter erhöht. Es ist unbefriedigend für die Kreditnehmer, weil ihre Schulden weiter steigen, ohne daß sie einen Vorteil daraus ziehen können, und schlimmer noch, es fließen damit Devisen ab, da die Zinszahlungen die neuen Kredite übersteigen.

Es scheint so, als sei das internationale Banken-Establishment des Spiels überdrüssig. Es will sein Geld zurück, und zwar jetzt und sofort. Stagnierende Warenpreise und übermäßiger kommerzieller Grundbesitz gefährden sein Kreditportefeuille in den Industrieländern. Selbst eine nur geringe Rezession könnte den Wert Hunderter von Milliarden Dollar an »Schrottpapieren« auslöschen, die zur Finanzierung der gegenwärtigen Welle von Unternehmenszusammenschlüssen und Käufen benutzt werden.

Sie richten ihre Aufmerksamkeit auf die Dritte-Welt-Schuldner, die ihren Bilanzen aus den roten Zahlen helfen sollen.

Dieser neue Akzent, den die Banken auf die Rückzahlung der Schulden aus der dritten Welt setzen, wird deutlich in einem Artikel, der erstmals in einer Publikation des zur Linken tendierenden Carnegie-Rats über Ethik und internationale Angelegenheiten von Lord Peter Bauer veröffentlicht worden ist. Lord Bauer ist emeritierter Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Londoner School of Economics und sein Artikel wurde in der amerikanischen Zeitschrift »New Republic« abgedruckt.

Die neuen Sklaven der Banker

Bauer diskutiert zwar nicht das zugrunde liegende Problem zu hoher Schulden in der dritten Welt, doch es wird deutlich, daß er mit großer Hingabe die Rolle eines auf Provisionsbasis arbeitenden Schuldeneintreibers oder eines Beamten der Steuerbehörde spielt, der auf Beförderung aus ist. Sein Ausgangspunkt lautet, daß die »Schuldner in der dritten Welt leicht ihren Verpflichtungen nachkommen könnten«.

Wie genau werden diese unglücklichen Länder jetzt das zahlen, was zu zahlen sie bisher nicht in der Lage waren? Es ist wirklich ganz einfach: »Die Schuldner können immer zahlen, da Regierungen ihren Bürgern Steuer auferlegen. Im allgemeinen verfügen sie auch über erhebliche absetzbare Vermögenswerte und sie können das Vermögen ihrer Bürger beschlagnahmen.«

Lord Bauer führt dann einige dieser Vermögenswerte auf: Die Reserven und Raffinerien der venezuelanischen und mexikanischen staatlichen Ölgesellschaften sowie Perus 1,2 Milliarden Dollar an Devisenreserven.

Dann versichert Bauer seinen liberalen Lesern, daß die dritte Welt in Wirklichkeit überhaupt nicht arm ist. Das Pro-Kopf-Einkommen beträgt in Venezuela 3400 Dollar pro Jahr, in Mexiko 2000 Dollar und in Brasilien 1700 Dollar, und diese egoistischen Brasilianer haben im Jahr 1985 eine Million Automobile gekauft, anstatt das Geld den Bankern zu geben.

Was ist mit den ärmeren Ländern wie Tansania und Peru? Nun, sollen sie einfach ihre Volkswirtschaften ausländischer Investition öffnen und gleichzeitig ihre Sparmaßnahmen erhöhen?

Es gibt nur wenige Dinge in der Establishment-Presse, die mich stutzig machen, doch bei dem Artikel von Lord Bauer war das der Fall. Etwas derart Arrogantes und Empfindungsloses habe ich noch nie gelesen.

Hier wird davon ausgegangen, daß den vorrangigen Anspruch auf die laufende Produktion in der dritten Welt nicht die Bürger haben, die sie erarbeiteten, sondern die Banken im Ausland, die ihrem Staat das Geld geliehen haben.

Die Farmer und Arbeiter in Mexiko und Brasilien müssen sich ihre magere Produktion besteuern und ihr dürftiges Vermögen beschlagnahmen lassen, damit die Banker – deren Kredite buchstäblich aus der Luft gegriffen wurden – bezahlt werden können.

Die Politiker fürchten noch Konsequenzen

Es spielt dabei keine Rolle, daß ein Drittel der brasilianischen Arbeiter weniger als 60 Dollar im Monat verdient. Es spielt dabei auch keine Rolle, daß zwischen 1981 und 1986 die Reallöhne in Mexiko um 40 Prozent gesunken sind und daß diese Länder dabei noch viel besser dastehen als der Rest der Schuldner aus den Ländern der dritten Welt.

Ein altes afrikanisches Sprichwort lautet: »Der Junge mit dem vollen Bauch sagt zu dem Jungen mit dem leeren Bauch ›Sei guten Mutes‹.«

Die »Jungen in der dritten Welt mit dem leeren Bauch« sollten in der Tat guten Mutes sein; sie sollten ab sofort ihre Schuldenzahlungen einstellen und Lord Bauer sowie seinen Bankerfreunden dabei sagen, sie sollen »dahin gehen, wo der Pfeffer wächst«.

Das sollten sie tun, doch sie haben es bisher noch nicht getan. Dafür gibt es einen wichtigen Grund.

Lord Bauer und andere Kommentatoren des Establishments drohen mit wirtschaftlicher und politischer Isolation, falls irgendein Land es wagen sollte, die Zahlungen seiner Schulden einzustellen. Es würden keine neuen Kredite mehr vergeben, nicht einmal Warenkredite, das Auslandsvermögen würde beschlagnahmt und der Zugang des Landes zu den Weltmärkten, selbst auf Cash-Basis, würde verweigert.

Die Politiker in der dritten Welt fürchten diese Konsequenzen und bedienen deshalb weiter ihre Schulden, was dazu führt, daß ständig weiter Devisen abfließen.

Tatsache ist, daß nichts von alledem eintreten würde. Mit einem Mindestmaß an Vorbereitung sollte ein Land der dritten Welt in der Lage sein, die Zahlungen

Kredite

Der neue Plan der Banker

einzustellen und ungeschoren davonzukommen, ähnlich einer Einzelperson, die persönlichen Konkurs anmelden muß. Sie müßten nicht einmal Vermögenswerte verkaufen, was bei einer Einzelperson der Fall wäre.

Als erstes sollte der souveräne Schuldner seine Devisenwerte zur Aufstockung wichtiger Importe benutzen: Ersatzteile, Kraftstoffe, Medikamente, Nahrungsmittel und alles andere, was für die Volkswirtschaft wichtig ist und für die Dinge, die nicht im Inland produziert werden können. Das gäbe ein Polster, falls Lieferanten unmittelbar nach der Zahlungseinstellung nicht bereit wären, mit dem Land in Handelsbeziehungen zu treten.

Einfach die alten Schulden streichen

Zweitens und vor der formellen Zahlungseinstellung sollte der souveräne Schuldner seine flüssigen Mittel auf Banken und in Länder transferieren, denen er kein Geld schuldet. Regionalbanken – im Gegensatz zu multinationalen – in Singapur, auf den Bahamas oder den Cayman Island oder Ungarn kommen in Frage.

Ungarn spielt zunehmend eine größere Rolle auf dem internationalen Finanzsektor. Ein Land, das die Schuldenzahlungen eingestellt hat und freundschaftliche Beziehungen zum Ostblock unterhält, könnte in Budapest ebensogut wie in London oder New York für seine Importe zahlen und die Zahlungen für seine Exporte erhalten.

Diese Abwehrmaßnahmen würden in Anbetracht zu erwartender Vergeltungsschläge durchgeführt. Doch würden solche Vergeltungsschläge überhaupt kommen? Wahrscheinlich nicht einmal, und wenn ja, so wären sie zumindest unwirksam.

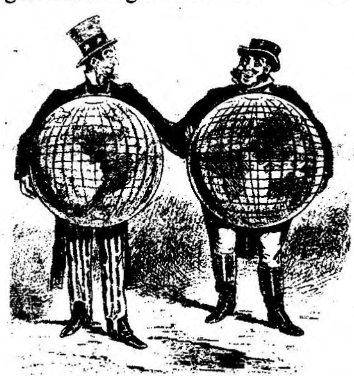
Wie könnte sich nun ein Land, das die Schuldenzahlungen eingestellt hat, an der Weltwirtschaft beteiligen? Einfach, indem es verkündet, daß alle alten Schulden gestrichen sind, doch daß alle künftigen Verpflichtungen voll erfüllt werden.

Genauso gehen bankrotte Firmen und Einzelpersonen in den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Industrieländern heute vor. Gläubiger geben bereitwillig neue Kredite an solche Leute und die jetzt eingegangenen, neuen Verpflichtungen werden voll erfüllt. Ein vom Gericht bestimmter Vermögensverwalter liquidiert das vor dem Bankrott existierende Vermögen des Schuldners zugunsten der Gläubiger. Nur in diesem Fall gäbe es keinen Vermögensverwalter, die Banken müssen in die Röhre gucken.

Die Vorteile für die zahlungssäumigen Länder sind sofort sichtbar und offenkundig: die Zinszahlungen hören auf und die unmittelbaren sowie künftigen Belastungen in Milliarden Dollar Höhe, die über ihren Köpfen schweben, werden mit einem Federstrich hinweggefegt – wie sie bei der Kreditvergabe geschaffen wurden.

Wenn die Staubwolke dann verflogen ist, sollten die gleichen Banken, die ihr Kapital verloren haben, auch wieder bereit sein, mit dem säumigen Land Geschäfte zu machen. Wer stellt schließlich ein höheres Kreditrisiko dar – jemand, der mit einem Schuldenberg kämpft, oder ein schuldenfreier Kreditnehmer?

Selbst Lord Bauer, der nach Auslandsinvestition verlangt – um Exporte zu erzeugen, so daß die existierenden Kredite bezahlt werden können –, könnte davon beeindruckt sein. Jede vernünftige Person, die im Ausland investiert, würde es vorziehen, in eine schuldenfreie Volkswirtschaft zu investieren als in eine Volkswirtschaft, in der auf Befehl der Banken ruinöse Steuern erhoben werden und Vermögen beschlagnahmt wird. □



Frankreich

Geistliche Verwirrung der Kirche

Beat Christoph Baeschlin

Als Karl Marx im Meßbrevier der katholischen Kirche Frankreichs ehrende Erwähnung erhielt, war ein klares Zeichen einer absoluten Neuorientierung gesetzt. Ein weiteres Zeichen für die geistliche Verwirrung, die im offiziellen Katholizismus herrscht, bescherte diesen Sommer der Bischof von Evreux bei Paris, Monsignore Gaillot.

Monsignore Gaillot reiste nach Südafrika, um den in Ciskei eine Gefängnisstrafe absitzenden französischen Kommunisten Albertini, Sohn eines kommunistischen Lehrerehepaars, freizubekommen. Albertini hatte für die südafrikanischen Terroristen Geld- und Waffentransporte ausgeführt. Damit leistete er indirekte Beihilfe zu den scheußlichen Morden mit benzingefüllten Autoreifen.

Kirchliche Hilfswerke fördern Atheismus

Im Sog der von Moskau gelenkten hysterischen Haßkampagne gegen Südafrika hatte der Bischof die Unterstützung der terroristischen Morde als gott-gefällige Tat bewertet. Natürlich erhielt die Reise des Bischofs überschwänglichen Beifall seitens der Kommunisten und der französischen Massenmedien. Es war ein billiger Applaus. Der nutzlose Eifer des Bischofs war durch Geltungssucht und Eitelkeit bestimmt.

Die liebedienerische Kriecherei des Bischofs vor den Kommunisten steht in grellem Gegensatz zu der trägen Gleichgültigkeit der tonangebenden Kirchenfürsten gegenüber den kommunistischen Christenverfolgungen. Hat man je gehört, daß Monsignore Gaillot oder irgendein anderer französischer Bischof in den Ostblock gereist wäre, um die Freilassung von Leuten zu erbitten, die ihres christlichen Glaubens wegen in Arbeitslagern oder psychiatrischen Kliniken schmachten?

Das mit dem Segen und der Zustimmung von Frankreichs Bischöfen wohlversehene Hilfswerk »Katholisches Komitee gegen den Hunger und für die Entwicklung« hat die Zeitung »Le Figaro« gerichtlich eingeklagt wegen übler Nachrede und Verleumdung. Die angesehene bürgerliche Zeitung hatte die kommunismus-freundlichen Machenschaften des offiziellen katholischen Hilfswerkes beim Namen genannt.

Das Gericht wies die Klage ab und stellte nachdrücklich fest, daß es keine Verleumdung sei, dem Hilfswerk vorzuwerfen, es predige der dritten Welt Marxismus und Klassenkampf im Gewande der »Theologie der Befreiung«.

Das am 10. Februar 1987 ausgesprochene Gerichtsurteil bestätigte, was im Kreis der französischen Katholiken schon längst vermutet worden war. Die Wirkung blieb nicht aus. Die übliche Fastenzeit-Kollekte wurde vom Großteil der Gläubigen boykottiert. Die Gebefreudigkeit war derart geschwunden, daß ein beträchtlicher Teil der Mitarbeiter des Hilfswerkes entlassen werden mußte.

Finanzielle Opfer für die marxistische Revolution

Gleichzeitig mit den zwanzig Kündigungen mußten zahlreiche Hilfsprojekte aufgegeben werden. Es hatte sich gezeigt, daß das katholische Kirchenvolk nicht geneigt ist, finanzielle Opfer zu bringen, um den Vormarsch des sowjetischen Gott-

losentums zu fördern und die marxistische Revolution anheizen zu helfen.

Die dem Vatikan nahestehende Zeitschrift »Trenta Giorni« hat in ihrer Juli-Nummer eine Anzahl katholischer Hilfswerke aufgezählt, die kirchlich getarnte Unterstützung an marxistische Bewußtseinsbildung und kommunistische Subversion betreiben. Es sind da folglich Machenschaften aufgedeckt, die die Methoden der Hilfstätigkeit des Genfer »Weltkirchenrates« nachahmen, wonach die kirchlichen Werke ungeniert in den Dienst der sowjetischen Gesamtstrategie gestellt werden.

Unter den karitativen Werken, die katholische Kirchengelder für den internationalen Kommunismus und den Vormarsch des Gottlosentums einsetzen, nennt »Trenta Giorni« zum Beispiel »Pax Christi International«, das seinen Sitz in Antwerpen hat.

Im gleichen Sinn ist die »Internationale Zusammenarbeit für Entwicklung und Solidarität« mit Sitz in Brüssel erwähnt. Das eingangs erwähnte französische Hilfswerk »Katholisches Komitee gegen den Hunger und für die Entwicklung« ist diesem internationalen Konglomerat angeschlossen.

»Trenta Giorni« weist nach, wie da ganz unangefochten eine großangelegte Desinformationskampagne über Zentralamerika geführt wurde. Dabei seien Hunderttausende von Dollar zugunsten des sandinistischen Regimes in Nicaragua geflossen, zum Teil in Form von Entwicklungshilfe oder in Form von Werbung in Europa und in den USA. Die Zeitschrift stellt fest, daß nicht nur in Frankreich, sondern überall in Westeuropa eine wahre Mafia am Werk sei, um katholische Hilfsgelder den revolutionären Regimen und Guerillas zuzuschanzen.

Einsatz gegen Volk und Vaterland

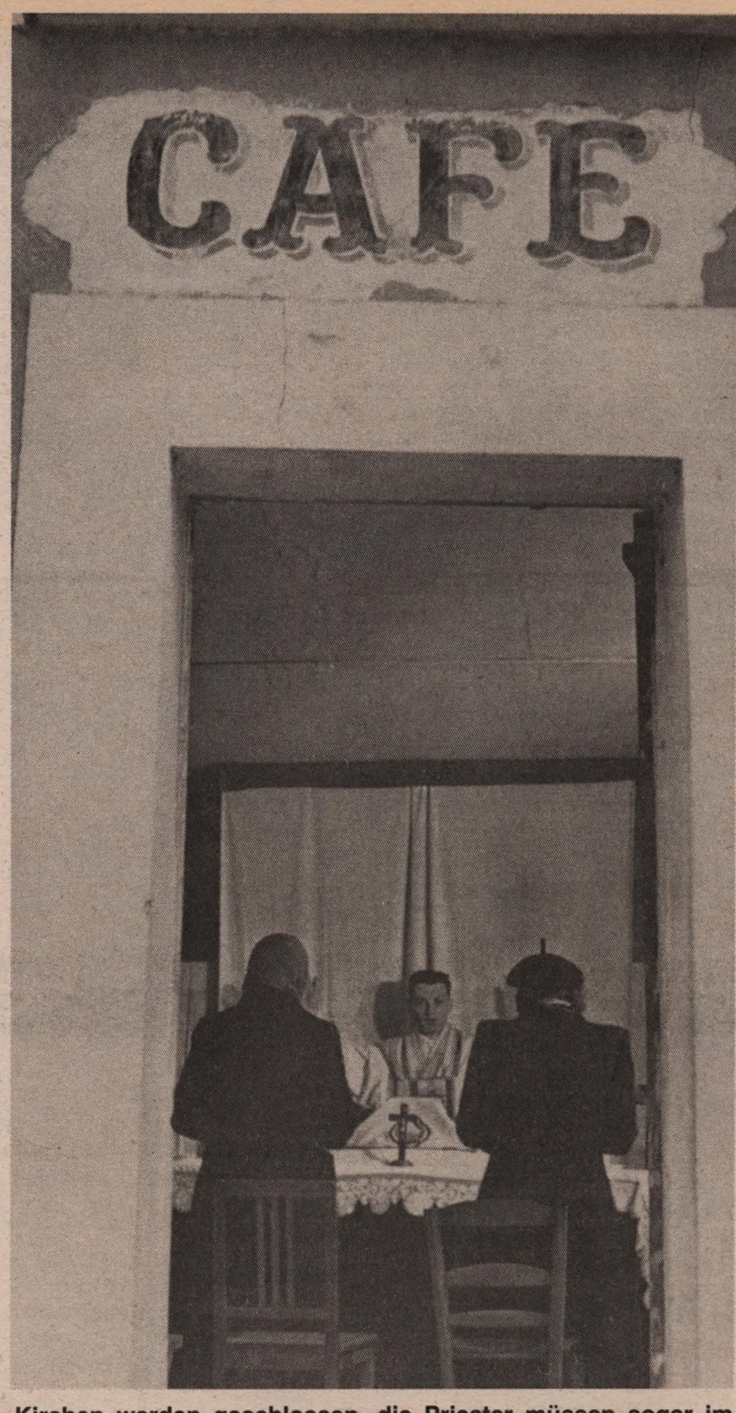
Es paßt leider durchaus in dieses düstere Bild, daß die tonangebenden Kirchenleute die Bestrebungen der ideologisch-politischen Linken gegen Volk und Vaterland stramm unterstützen.

Die Freimaurer-Zeitung des französischen »Groß-Orient«, »Humanismus«, erwähnte in ihrer Nummer von April 1987 einen Aufruf zur Verbrüderung, der im November 1985 von den Kirchen, den Freimaurer-Logen und von den antirassistischen Bewegungen unterzeichnet worden ist. »Humanismus« nennt das »einen wichtigen Schritt, der diese verschiedenen Organisationen zusammengeführt hat, um einen von allen gebilligten moralischen Grundsatz zu verteidigen«.

Man muß wissen, daß die »antirassistischen Organisationen« mehr oder weniger eindeutige Kampfgruppen im Dienst der politischen Linken und Extrem-Linken sind.

Wenn man das in Betracht zieht, erkennt man, daß die Kirchen sich vorletztes Jahr ganz unverhohlen in die Front der ideologischen und politischen Linkskräfte eingereiht haben.

Zu bemerken ist noch, daß es heißt: die Kirchen, nämlich die katholische Kirche Frankreichs und die Eglise réformée de France als die zweitstärkste christliche Gemeinschaft des Landes. Daß die reformierte Kirche in diesem Chor freudig mitsingt, ist keine Überraschung. Denn da wird der Sozialismus seit langem höher bewertet als das Evangelium. Zudem übt der makabre Genfer »Weltkirchenrat« den nötigen Druck aus, um die protestantischen Kirchen zu Hilfskräften des internationalen Kommunismus abzuwerten.



Kirchen werden geschlossen, die Priester müssen sogar im Café die Messe zelebrieren, viele Gotteshäuser werden den Mohammedanern zur Verfügung gestellt.

Tummelplatz aller Völkerschaften

Mehr noch als in allen anderen Ländern Westeuropas gebärden sich die tonangebenden Kirchenleute Frankreichs als Vorkämpfer einer schrankenlosen Einschleusung von artfremden und nicht-christlichen Einwanderern. Ganz besonders zeichnet sich der Kardinal-Erzbischof von Lyon, Primas von Frankreich, als Förderer dieser volksfeindlichen Politik aus.

Die nationalistische Tageszeitung »Present« weist nachdrücklich darauf hin, daß die Überflutung des Landes mit artfremden Einwanderern von den Links-Ideologen planmäßig gefördert wird, um die christliche Vergangenheit und Herkunft Frankreichs auszulöschen. Und dieses Bestreben wird ausgerechnet von den Spitzen der katholischen Kirche unterstützt.

Zudem stößt der Erzbischof von Lyon bei jeder Gelegenheit sein Wehgeschrei aus: »Es gibt nicht genügend Moscheen für unsere lieben Einwanderer!« Er ergreift jeden Vorwand, um Kirchen als »unbenützt« zu bezeichnen und sie den Mohammedanern als Kultstätten zuzuweisen.

So wird das Land zu einem Tummelplatz aller Völkerschaften und Rassen und zu einem Nebeneinander aller denkbaren Religionen umfunktioniert.

Mit einer wahren Lust am eigenen Untergang beteiligen sich die Spitzen der christlichen Geistlichkeit an diesem heimtückischen und frevelhaften Werk der Volkszerstörung. Der intellektuelle Terror der Linken hat bewirkt, daß auch die Kirchen sich bewegen ließen, die angeblich »moralischen« Werte der linksextremen Ideologie an die Stelle des Evangeliums zu setzen. □

Europa-Journal

Protestanten keine Einwände gegen Freimaurerei

Keine »generellen Einwände« hat die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) gegen eine Mitgliedschaft evangelischer Christen in Freimaurerlogen, die in der Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr 250 Jahre alt werden. Eine Entscheidung über eine Mitgliedschaft bleibe dem »freien Ermessen des einzelnen« überlassen.

In ihrem Gottesverständnis und in ihrem ethischen Wollen stehe die Freimaurerei in keinem ausschließenden Gegensatz zum Christentum. Freimaurer gehörten unterschiedlichen Konfessionen an. Deshalb gebe es insgesamt keine bindende Interpretation des Gottesglaubens im biblischen Verständnis. Die Aussage über Gott und Jesus Christus sowie über die Bedeutung der Bibel würden daher von den einzelnen Freimaurern unterschiedlich akzentuiert.

Damit unterscheidet sich die Haltung der EKD, die seit 1973 nach einem Treffen zwischen Vertretern der EKD und Freimaurern unverändert Bestand hat, deutlich von der Position der katholischen Kirche und auch evangelikaler Kreise, die den Freimaurern unter anderem spiritistische Praktiken vorwerfen.

Die katholische Deutsche Bischofskonferenz vertritt in einer Erklärung von 1980 die Ansicht, daß eine Zugehörigkeit zur Freimaurerei die »Grundlage der christlichen Existenz« in Frage stelle. Die Freimaurer verträten einen »Relativismus«, der eine »objektive Wahrheitserkenntnis« verneine.

Auch die anglikanische Kirche in England hat ihre Gemeindemitglieder vor den Gefahren der Freimaurerei gewarnt. Mit 394 gegen 52 Stimmen hatte die Generalsynode auf einer Tagung im Sommer in New York festgestellt, daß einige Riten dieses Geheimbundes gotteslästerisch und mit der christlichen Lehre unvereinbar seien.

Der Großmeister der Vereinigten Großlogen von Deutschland, Ernst Walter (Düsseldorf), kündigte vor kurzem an, daß man in Zukunft offensiv gegen den Vorwurf der »Geheimbündelei« vorgehen wolle. »Geheimnisse, die man verraten könnte, gibt es nicht«, sagte Walter. Seinen Angaben zufolge sind in der Bundesrepublik etwa 15 000 »Logenbrüder« in 400 Logen aktiv.

Der Frankfurter Philosophie-Professor Alfred Schmidt, Mitglied der »Loge zur Einigkeit«, wies darauf hin, daß Freimaurerei keine Religion sei. Sie habe jedoch »metareligiöse Züge« und lebe aus einem »fruchtbaren Widerspruch: dem aufgeklärten Geist einerseits und dem esoterischen Wissen andererseits«.

Prominente Freimaurer, die sich öffentlich zu ihrer Zugehörigkeit bekennen beziehungsweise bekannten, sind der ehemalige hessische Ministerpräsident Holger Börner, der frühere österreichische Bundeskanzler Fred Sinowatz sowie der verstorbene Verleger Axel Springer. □

Augsburger Bischof ordnet Visitation des Engelwerkes an

In der Juni-Ausgabe brachten wir unter dem Stichwort »Katholische Kirche« einen Beitrag »Auferstehung der jüdischen Sekte ›Engelwerk‹«. Zu der Zeit war der Redaktion noch nicht bekannt, daß der Bischof von Augsburg Monsignore Dr. Wilhelm Imkamp mit der »kanonischen Visitation der Niederlassungen des Opus Angelorum im Bistum Augsburg mit Datum vom 20. Februar 1987« beauftragt hatte.

Auf Wunsch des »kanonischen Visitators« stellte die Redaktion sämtliche Unterlagen, Gutachten und Auszüge aus dem Handbuch des Engelwerks zur Verfügung. Ob allerdings eine verordnete Visition wirklich die Magie und den Aberglauben des Engelwerks durchleuchten wird, erscheint fraglich, da eine objektive Darstellung durch Mitarbeiter der katholischen Kirche für diese zu einem »Himmelfahrtskommando« werden könnte.

Der Kern des heutigen Engelwerks ist als eine Art Geheimgesellschaft entstanden. Den Mitglieder wird Geheimwissen geoffenbart und sie legen eine Art Gelübde ab, dieses Wissen auch geheimzuhalten und nicht an Außenstehende weiterzugeben. Diese Geheimhaltungspflicht ist von den Mitgliedern durchweg gehalten worden, so daß es immer noch schwierig ist zu sagen, was nun wirklich geheimgehalten wird.

Die katholischen Theologen des Engelwerks sind anscheinend der Meinung, daß wir nun in der Endzeit leben, in der der Kampf zwischen guten und bösen Geistern besonders heftig wird. Dieser Endkampf wird in erster Linie als Kampf zwischen Engeln und Teufeln angesehen. Die Menschen sind den Geistwesen ziemlich hilflos ausgeliefert. Um nicht den bösen zu verfallen, müssen sie sich den guten zuwenden, sie verehren, sich ihnen weihen. □

Terrorismus zielt auf den Papst

»Der Papst soll das primäre Angriffsziel für internationale Terroristen sein«, schreibt Großbritanniens »Daily Mail« unter Bezugnahme auf geplante Proteste von Zionisten, Homosexuellen und anderen. Alle Berichte weisen auf eine breit angelegte Reaktivierung terroristischer Netzwerke in Europa hin.

Zehn amerikanische Soldaten und ein griechischer Fahrer wurden im August in der Nähe von Athen schwer verletzt, als eine ferngesteuerte Autobombe neben ihrem Bus explodierte. Am folgenden Tag nahm die Terroristenorganisation »17. November« den Anschlag auf sich, die im Frühjahr Bomben in Athener Nachtclubs gelegt hat, die von amerikanischen Soldaten besucht wurden. Es handelte sich hier um den schwersten Anschlag gegen amerikanisches Personal in Europa seit einiger Zeit.

Geheimdienstquellen warnten davor, daß sich im gegenwärtigen Klima der Krise am Golf verschiedene Terroristennetzwerke in Europa wahrscheinlich zusammentun werden.

Belfast war das Zentrum für eine der heftigsten Demonstrationen der IRA seit mehreren Monaten.

In Westdeutschland warnte der Chef des Verfassungsschutzes, Böden, davor, daß sich die Terroristen der Roten-Armee-Fraktion neu gruppiert hätten, um eine neue Welle von Angriffen gegen hohe amerikanische Offiziere, Top-Industrielle und Sicherheitspersonal zu planen.

In Spanien ist das baskische Separatistennetzwerk der ETA fast täglich aktiv gegen militärische und polizeiliche Ziele.

In Frankreich herrscht Alarmbereitschaft, nachdem ein Polizist bei einem Anschlag korsischer Terroristen getötet und drei weitere verwundet worden sind.

In Genf wurde im August ein Pilot der iranischen Luftwaffe, der im Februar übergelaufen war und um politisches Asyl ersuchte, von zwei Männern exekutiert – der erste derartige Mord durch iranische Agenten in Genf. □

KGB beschäftigt Kriegsverbrecher

Den »Baltic News« zufolge, einem katholischen Newsletter, der in Australien veröffentlicht wird und über Themen zu den »eingenommenen Staaten« Li-

tauen, Lettland und Estland berichtet, ist ein sowjetischer Kriegsverbrecher als Vertreter des Rats für religiöse Angelegenheiten – der mit dem KGB verbunden ist – in Litauen angestellt.

Wie es in dem Bericht heißt, war Oberst Petras Raslanas einer der Organisatoren des berüchtigten Rainiai-Forest-Massakers, das sich in der Nacht vom 24. auf den 25. Juni 1941 ereignete. In dieser Nacht wurden 73 litauische »politische« Gefangene durch Sowjettruppen gefoltert, verstümmelt und getötet, unter ihnen viele Jugendliche.

Die Verursacher des Massakers, von denen viele noch in der UdSSR leben, wurden nie vor Gericht gestellt. □

Russen auf dem Weg zur Industrialisierung des Weltraums

»Die Russen sind jetzt auf dem Weg zur Industrialisierung des Weltraums weit voraus und werden Vorteile erlangen, die ihnen die weltweite wirtschaftliche Führung eintragen werden«, sagte Alan Bond, der Konstrukteur des Hotol-Raumfahrzeugmotors der Londoner »Times«.

Bond leitet die Raumfahrtabteilung der britischen Atomenergiebehörde. Er meinte: »Im Augenblick planen die Sowjets immerhin die Weltwirtschaftsherrschaft. Wenn unser politisches System dieser Bedrohung begegnen will oder sie schlagen, müssen wir die Raumfahrtentwicklung als ein umfangreiches Engineeringprojekt behandeln, das zusammengesetzt ist aus vielen Elementen, mit detaillierter Planung, so daß jeder Teil eine Rolle innerhalb eines Gesamtplans hat. Das ist das, was die Sowjets mit ›Energia‹ (ihrer neuen Super-Startrakete) und dem Rest dieses Programms gemacht haben.«

Bond wies darauf hin: »Die Amerikaner glauben das alles noch nicht. Die Vereinigten Staaten behandeln die Erforschung des Weltraums eher wie ein Hobby.«

Der ehemalige amerikanische Astronaut Joseph Allen bestätigte die Warnungen Bonds. Die Vereinigten Staaten werden zum »Portugal des Weltraums«, sagte er, das Land, das früh in die Neue Welt kam, doch dann zurücktrat und den anderen die Erforschung überließ. Wenn die amerikanische Weltraumstation in den neunziger Jahren dieses Jahrhunderts verwirklicht wird, so Allen, werden die Russen »bereits Wohnungen dort bauen«.

Der Astronaut Pete Conrad, ein Veteran des Apollo-Mondlande- und Skylab-Programms, fügte hinzu: »Wenn Sie mich fragen, wer die Daten über den Flug zum Mars zusammenträgt, so würde ich sagen, die Sowjets. Ein Flug zum Mars dauert ungefähr 450 Tage. Sie werden Erfahrungen mit Menschen im Weltraum von bis zu 300 Tagen haben, wenn ihr derzeitiger Flug von Erfolg gekrönt sein wird. Unser längster Flug dauerte etwa 85 Tage.«

Der »Times« zufolge gehen Conrads Ansichten »wie ein Echo durch das Land, als ob eine Trompete zum Alarm geblasen hätte«. Ein Beweisstück war die Titelgeschichte des US-Nachrichtenmagazins »Newsweek« über das amerikanische Raumfahrtprogramm mit dem Titel »Verloren im Weltraum«. □

Die Ozonschicht schwindet

In ihrem jüngsten Bericht für den Umweltausschuß des Europäischen Parlaments nennt die französische Abgeordnete Simone Martin die Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) als Hauptverantwortliche für die fortschreitende Zerstörung der Ozonschicht. Ohne diese Schicht sind die Menschen nicht ausreichend gegen das Sonnenlicht – insbesondere die ultravioletten Strahlen – geschützt. Die Folge ist eine drastische Zunahme von Hautkrebs und Augenerkrankungen.

Seit 1979 beobachten Wissenschaftler aus aller Welt, daß regelmäßig im September und Oktober ein Loch in der Ozonschicht über der Antarktis entsteht. Noch ist umstritten, ob die FCKW für dieses Phänomen verantwortlich sind. Einig sind sich die Forscher jedoch darin, daß diese chemischen Substanzen bereits zu einer besorgniserregenden Verringerung der Ozonschicht und zu ihrer Verlagerung nach unten geführt haben.

Leider sind die gefährlichen FCKW in einer Vielzahl von Produkten enthalten. Die Palette reicht von Spraydosen (Aerosole) über Feuerlöscher und Polsterungen für Autositze bis zu Mikrochips.

In den Vereinigten Staaten und Kanada ist die Verwendung von FCKW bei der Herstellung von Sprühdosen bereits seit 1978 untersagt. Die Europäische Gemeinschaft hat sich dagegen bisher mit einer 30prozentigen Kürzung des Einsatzes von FCKW in Aerosolen begnügt. Nach Angaben von Simone Martin haben die europäischen Hersteller sich zwar an diese Einschränkung gehalten. Gleichzeitig konnten sie aber ihre Stellung auf dem Verpackungsmarkt ausbauen und ihre Ausfuhren erheblich steigern. Der schwindsüchtigen Ozonschicht war damit wenig geholfen. □

Antarktis in Not

Auf den ersten Blick erscheint die Antarktis als schier endlose Eiswüste. In Wirklichkeit leben jedoch im Südpolargebiet zahlreiche Tier- und Pflanzenarten. Allerdings ist ihr Lebensraum nach Ansicht des britischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments, James Moorhouse, zunehmend durch den Eingriff des Menschen bedroht. In seinem Bericht, den der Ausschuß für Außenwirtschaftsbeziehungen jetzt verabschiedet hat, fordert der Abgeordnete deshalb gemeinsame Anstrengungen der zwölf Mitgliedsländer zum Schutz der Antarktis.

Zwar liegt der Südpol nicht vor Europas Haustür, aber immerhin machen zwei EG-Staaten – Frankreich und Großbritannien – Souveränitätsansprüche auf die Antarktis geltend. Außer diesen beiden Ländern haben sieben weitere EG-Staaten – Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Griechenland, Italien, die Niederlande, Spanien – den Antarktis-Vertrag unterzeichnet. In dem seit 1961 geltenden Abkommen verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, das Südpolargebiet weder für militärische Zwecke noch für Kernversuche zu nutzen.

Das Vertragsgebiet umfaßt alle Bereiche südlich des 60. Breitengrades, das heißt also nicht nur den Kontinent, sondern auch Meereszonen. Das Abkommen erlaubt ausdrücklich wissenschaftliche Forschung zu friedlichen Zwecken. Von Fischfang oder dem Abbau von Bodenschätzen ist im Vertrag jedoch nicht die Rede.

Nach Ansicht von Moorhouse stellt jedoch gerade der von der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten massiv betriebene Fischfang in den antarktischen Gewässern eine ernsthafte Bedrohung für zahlreiche Tierarten dar. So sei der Kabeljaubestand innerhalb von 20 Jahren auf 10 Prozent seiner ursprünglichen Stärke geschrumpft.

Ein weiteres Sorgenkind sei der Krill, der Fischen und Seevögeln als Nahrung diene. Die UdSSR verwende diese Mikroorganismen bei ihrer Butter- und Wurstproduktion, und auch Südkorea beginne sich für den Krill zu interessieren. Dagegen würden die im Südpolargebiet lebenden Wale von den Fangbooten in Ruhe gelassen.

Unter dem antarktischen Eis schlummern zudem noch reiche Erz-, Kohle- und vermutlich auch Erdölvorkommen. Das Europäische Parlament befürwortet daher in seinem Bericht eine internationale Vereinbarung über den Abbau der Mineralien. Gelegenheit hierzu biete sich 1991 bei einer Verlängerung des Vertrages, der 1991 offiziell auslaufe. □

Weltregierung

Der Schlüssel ist der Freihandel

Peter Blackwood

Ronald Reagan, angeblich der konservativste Präsident der Vereinigten Staaten in diesem Jahrhundert, hat vielleicht mehr für die Förderung der Sache einer Weltregierung getan als irgendeiner seiner Vorgänger. Obwohl das lächerlich erscheinen mag, ist es dennoch eine Tatsache. Reagan gelang dies durch seine eifrige Befürwortung des Freihandels, was zwangsläufig zu einer »Eine-Welt-Ordnung« führt.

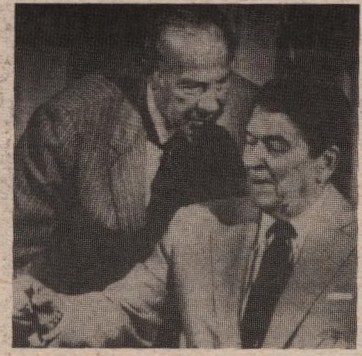
In seiner Ansprache beim Jahrestreffen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Jahr 1986 verlangte er nach einer »wahren Weltwirtschaft« und bezeichnete den Protektionismus als größte Bedrohung für diese neue Weltordnung.

So Reagan: »Meine Freunde, ich denke, daß die Herausforderung, der wir uns gegenübersehen, darin besteht, eine wahre Weltwirtschaft aufzubauen, die die Verschiedenheit unserer Nationen achtet, während sie gleichzeitig ungehinderten Handel und Investitionen unter unseren Völkern ermöglicht.

Wir sind in den letzten vierzig Jahren einen weiten Weg gegangen, um hierhin zu kommen. Wir haben jetzt diesen Punkt erreicht und es ist Zeit für eine Bestandsaufnahme, um in einer offenen Geisteshaltung die nächste Etappe der Reise zu planen und sie zu beginnen.

Während die Expansion Amerikas von Vorteil ist, müssen auch die anderen Industrieländer ebenfalls ihren gerechten Anteil zum Weltaufschwung beitragen und eine wachstumsorientierte Politik einführen.

Nun können sich dabei natürlich einige Verschiebungen ergeben, doch wir müssen verstehen, daß wir alle auf dieses Ziel hinarbeiten müssen, wenn wir zusammen wachsen und gedeihen und zu Wohlstand kommen wollen.«



US-Außenminister Shultz mit Präsident Reagan bei der Planung der Vorbereitungen zum Wirtschaftsgipfel.

Anders ausgedrückt, sagte der amerikanische Präsident hier, wenn wir zusammen zu Wohlstand gelangen wollen, müssen viele von uns leiden, und sie können jede Wette darauf abschließen, daß diejenigen, die am meisten zu leiden haben werden, die gleichen sind, die die Kosten für die wirtschaftliche Entwicklung der »neu industrialisierten Länder« getragen haben, nämlich die amerikanischen und westdeutschen Steuerzahler.

Die Verschiebungen, die der US-Präsident meint, sind das Sterben der nationalen Industrien in den Vereinigten Staaten und auch in der Bundesrepublik Deutschland sowie die Umwandlung der Länder in eine sogenannte Dienstleistungsgesellschaft, die in vielen Teilen des Landes zu hoher Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung geführt hat und auch künftig der Konjunktur stark zusetzen wird, wenn das so weitergeht, denn die Vereinigten Staaten zum Beispiel werden dadurch im Hinblick auf alle Industrieartikel – vom Stahl bis zu Kleidungsstücken – vom Ausland abhängig.

Reagan zufolge haben die in der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds vertretenen Länder »unter einer Wirtschaftsverfassung gelebt. Seit ihrer Annahme haben wir 40 Jahre weit verbreitete und größere Prosperität gehabt als je zuvor«.

Reagan lobt den Aufstieg Europas und Japans zu gleichstarken Wirtschaftsmächten wie die Vereinigten Staaten und verlangt nach koordinierten Maßnahmen unter den Industrieländern, um der dritten Welt den Wohlstand zu bringen. Die größte Bedrohung für diese neu sich entwickelnde Wirtschaftsordnung, so sagte er, sei der Protektionismus.

Reagan: »Ich habe die große Depression erlebt. Ich habe gesehen, was der sogenannte Protektionismus der Welt gebracht hat. Nichts war geschützt. Alles wurde zerstört.«

Der US-Präsident argumentierte, daß alle Länder ihre Binnenmärkte für ausländische Waren öffnen müßten, und ignorierte dabei, daß die erfolgreichsten Länder jene sind, die ein streng protektionistisches Modell verfolgen, wofür Japan das beste Beispiel ist.

Die Vereinigten Staaten – beherrscht durch ausländische Wirtschaftsinteressen und seiner Grundindustrie beraubt – sind vielleicht das beste Beispiel dafür, was einem Industrieland passiert, wenn es seine Märkte durch Billigwaren aus dem Ausland überschwemmen läßt.

Der amerikanische Präsident verlangte auch erhöhte weitere Kreditvergaben durch die Weltbank und den IWF zur Förderung des weltweiten Wachstums, was bedeutet, daß der amerikanische Steuerzahler weitere Milliarden Dollar einschießen muß, damit sie an die Länder der dritten Welt ausgeliehen werden können, um dort Industrien zu entwickeln, die dann wieder mit den amerikanischen und europäischen Unternehmen in Wettbewerb treten.

Die Einführung einer wahren Weltwirtschaft, an der alle Länder beteiligt wären, würde eine starke, übernationale Macht erfordern, die darauf achten müßte, daß die Spielregeln eingehalten werden. Ein Weltwirtschaftssystem mit starkem Durchsetzungscharakter wäre eine Weltregierung. Daran gibt es nichts zu rütteln.

Sobald der Rahmen für ein Weltwirtschaftssystem einmal geschaffen sein wird, innerhalb dessen jedes Land einen Teil seiner Freiheit, wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen, die den Interessen seiner eigenen Bürger von größtem Nutzen wären, aufgegeben hat, wird eine Weltregierung existieren, egal wie sie genannt wird.

Der amerikanische Präsident ist nicht das einzige Mitglied seiner Regierung, das diese Ansichten propagiert. US-Außenminister George Shultz bat anläßlich seiner Zeugenaussage vor dem »Iran-Contra«-Untersuchungsausschuß des amerikanischen Kongresses, seine Bemerkungen mit einer vorbereiteten Rede zu beschließen, und bekam dies auch genehmigt.

In seiner Rede vor dem Ausschuß tadelte Shultz Mitglieder des US-Kongresses, weil sie hier und da ihren Unwillen zum Ausdruck gebracht haben, sich zu sehr in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen. Shultz verurteilte eine solche Haltung und meinte, es sei einfach eine Tatsache, daß sich die Welt geändert hat und die Vereinigten Staaten nicht mehr die beherrschende Kraft in der Welt sind, und daß es jetzt wichtiger sei als je zuvor, daß die USA in Weltangelegenheiten ein hohes Profil bewahren, so daß sie in der kommenden »One-World«-Ordnung eine führende Rolle spielen können. □

Weltregierung

Die Macht der Absprache-gremien

Peter Blackwood

Eine mächtige Welt-Schattenregierung, die seit Jahrhunderten durch eine reiche Elitegruppe aufgebaut wird, entscheidet darüber, wie und sogar ob Sie leben. Die Schattenregierung schafft Krieg und Frieden, Rezessionen, Depressionen und Prosperität. Sie überflutet die Wirtschaft mit Geld oder schränkt die Geldversorgung ein. Sie erzeugt Inflation und Deflation.

Die Elitegruppe entscheidet darüber, wer als US-Präsident kandidiert, und sagt dem gewählten amerikanischen Präsidenten dann, was er zu tun hat. Die Geschichte von Nationen und deren Führern verlaufen günstig oder ungünstig, je nach dem, welche Entscheidungen hinter verschlossenen und bewachten Türen gefällt wurden.

Die Quelle ihrer Macht ist Geld, denn Geld bedeutet Macht. Sie verfügen über keine nationale Loyalität, »provinzieller Nationalismus« ist bei ihnen sogar verpönt.

Die Welt gehört ihnen. Landesgrenzen dienen lediglich als geographische Bezugspunkte. Sie kontrollieren die großen multinationalen Unternehmen, und die Interessen der Vereinigten Staaten oder irgendeines anderen Landes rangieren erst an zweiter Stelle hinter dieser Weltmacht.

Die Welt gehört ihnen

Die Netzwerke, innerhalb derer diese straffe Welt-Schattenregierung arbeitet, sind weit verzweigt, doch sehr diszipliniert. In wichtigem Ausmaß kontrollieren sie das Weiße Haus, egal wer der amerikanische Präsident ist. Sie kontrollieren auch den amerikanischen Kongreß, egal welche Partei die Führung in Washington besitzt oder die Persönlichkeiten, die mit jeder Wahl wechseln.

Die wichtigsten Komponenten des operierenden Zweiges der Weltregierung sind die Bilderberger, die Trilaterale Kommission, der Council on Foreign Relations (CFR) und der Club of Rome.

Viele der führenden Persönlichkeiten gehören den verschiedenen Gremien gleichzeitig an, so daß die an der Spitze – auf der Rothschild-Rockefeller-Ebene – getroffenen Entscheidungen einheitlich durchgesetzt werden können. Mitglieder am Rande dieser Gruppierungen, von denen sich viele des unheilvollen Programmes nicht bewußt sind, das sie unterstützen, reichen bis in den amerikanischen Kongreß hinein, das Weiße Haus und die Bürokratie, die Mogulen der Establishment-Medien und sogar in die Gewerkschaften.

Die Harmlosigkeit der nützlichen Idioten

Diese Mitglieder am Rand sind vielfach jene, die diese unheilvollen Gruppierungen stark unterstützen in dem ernsthaften Glauben, die mächtigsten Finanziers dieser Welt würden sich mit den führenden Politikern hinter verschlossenen Türen treffen, um die Not der menschlichen Rasse zu mindern.

Diese Randmitglieder, von de-

Weltregierung

Die Macht der Absprachegremien

nen jeweils immer andere an den Treffen hinter verschlossenen Türen teilnehmen, kommen immer nur in den Genuß von offiziellen Sitzungen, die sich tatsächlich den Anschein von »Harmlosigkeit« geben, wie der Kolumnist Clayton Fritchey einst die Trilaterale Kommission beschrieb. Diese Wasserträger, Kongreßabgeordnete, Mitglieder europäischer nationaler Parlamente, Beamte aus der niederen Ebene von Weißem Haus und Außenministerium, Gewerkschaftsführer und die unbedeutenderen Banker, fühlen sich geehrt und übermannt, wenn sie sich unter die Mächtigen mischen dürfen.

Sie bekommen gerade so viel Wissen, daß sie zu überzeugten Anhängern und Befürwortern der verfolgten Politik werden. Die wirklich bedeutenden Entscheidungen werden getroffen, wenn sich David Rockefeller, Baron Edmund de Rothschild, der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger und ähnliche Topfiguren insgeheim in einer Prunksuite treffen.

So glaubt wahrscheinlich ein Argloser wie Hobart Rowen von der »Washington Post« beispielsweise ernsthaft, daß er für die Menschheit Großes leistet, wenn er von einem Treffen der Trilateralen Kommission in San Francisco zurückfliegt und eine zehnprozentige Steuererhöhung der Benzinpreise pro Liter befürwortet. Rowen durfte – so lange er seinen Mund hielt – im März 1987 an der formalen »Diskussion« der Trilateralen Kommission über die Weltwirtschaft teilnehmen.

Noch bevor die Woche nach dem Treffen der Trilateralen Kommission vorüber war, brachte Rowen die Nachricht über die Steuererhöhung in der »Washington Post« und in dem Leitartikel der Zeitung wurde genau die Position der Trilateralen vertreten. In europäischen Zeitungen verlief der Ablauf und die Stellungnahme zu diesem Thema in der gleichen Weise.

Es ist ein eigenartiges Paradoxon, daß die Teilnehmer aus den Medien weit weniger über das wissen, an dem sie da teilnehmen, als kritische Beobachter der Szene der »Internationalisten«, die vor über 16 Jahren zum ersten Mal über diese unheilvollen Gruppierungen berichteten.

Sie mußten ihre Existenz zugeben

Wie kommt das? Es kommt daher, daß die Medienelite, die die Ehre hat, teilnehmen zu dürfen, es nicht wagt, ihren hochgeschätzten Status zu gefährden, indem sie zu wißbegierig ist. Bevor sie als Randmitglieder zugelassen werden, müssen sie versprechen, über nichts zu berichten außer dem, was die Führer ihnen sagen. Damit werden sie zu Prostituierten des Journalismus.

Sie hinterfragen dann auch nicht, wie der innere Kreis zu den Entscheidungen gelangt, und sammeln auch keine weiteren Beweise als jene, die ihnen mit ausdrücklichen Hinweisen auf deren Verwendung zur Verfügung gestellt werden. Aus dieser Perspektive heraus befürworten und verteidigen sie das Programm der Weltregierung pflichtgetreu und sind sich dabei immer der Tatsache bewußt, ausgeschlossen zu werden, sollten sie die Vertreter der Weltregierung enttäuschen.

Andererseits haben wir seit über zwei Jahrzehnten diese Tabuzone der Treffen durchbrochen und regelmäßig über die Zusammenkünfte berichtet. Dabei wurde wichtiges Beweismaterial und geheime Informationen veröffentlicht. Bei diesem Vorgehen haben wir zum ersten Mal überhaupt über die Existenz der Bilderberger berichtet, die ihr Vorhandensein über ein Jahrzehnt lang geleugnet haben.

Die Bilderberger waren darauf gezwungen, öffentlich ihre Existenz zuzugeben, nachdem wir Fotos von einem Geheimtreffen in einem luxuriösen französischen Badeort im April 1974 veröffentlicht hatten.

Die Fotos, die mit einer Teleskoplinse aus der Ferne aufgenommen waren – über 1000 bewaffnete Polizisten und Wachmänner patrouillierten um das abseits gelegene Hotel –, zeigten Joseph E. Johnson, den ehemaligen Präsidenten der Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden. Die Carnegie-Gruppe hatte eine Invasion Südafrikas durch UN-Truppen geplant, ein interessantes Projekt für eine »Friedensgruppe«, die der Weltregierung zu Diensten ist.

Nach dieser Enthüllung fühlten sich die Bilderberger zwar gezwungen, ihre Existenz zuzugeben, doch sie leugneten weiterhin, in irgendeiner Form von Bedeutung zu sein. Sie begannen, vor ihrem Treffen »Pressekonferenzen« abzuhalten, und stellten sich als eine unwichtige Diskussionsgruppe dar, die nichts von Bedeutung bewirke. Außerdem gaben sie unvollständige »Teilnehmerlisten« aus.

Nach dem Treffen gaben sie eine weitere Pressekonferenz und teilten dann mit, daß sie eigentlich nichts getan hätten.

Die gehorsame Presse schrieb »Herzensgeschichten« über VIPs, die sich getroffen haben, und stellte das Ergebnis als reine gesellschaftliche Begebenheit dar.

Die Zweige der Weltregierung

Beim Bilderberger-Treffen des Jahres 1975 in Cesme, Türkei, deckte ein Reporter die Gegenwart von William F. Buckley jr., der sich selbst als »konservativer« Kolumnist bezeichnet, auf. Kaum ein Jahr zuvor, am 12. Juli 1974, hatte dessen Bruder, der US-Senator James Buckley, an R. O. Gorman aus Douglas Town, US-Bundesstaat New York, geschrieben:

»Offen gesagt, glaube ich nicht an die Theorie, daß es eine Organisation internationaler Banker mit dem Namen Bilderberger gibt oder daß bestimmte Mitglieder unserer Regierung an der Bildung einer solchen Gruppe beteiligt sind.«

Aufgrund der Peinlichkeiten im Zusammenhang mit dem Thema Bilderberger machte David Rockefeller keinen Versuch so zu tun, als würde die Trilaterale Kommission nicht existieren, als er diese im Jahre 1973 gründete. Er folgte der gleichen Linie und tat so, als handele es sich dabei um einen harmlosen Denktank.

Die Trilaterale Kommission wurde zum zweitmächtigsten Zweig der Weltregierung und ihr gehören – mit Ausnahme der Rothschilds – die gleichen Leute an wie den Bilderbergern. Sie dehnten ihren Einfluß auf Japan aus, das nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer bedeutenden Wirtschaftsmacht auf der Welt geworden war, nachdem die zerstörte Insel mit amerikanischen Steuergeldern wieder aufgebaut worden war.

Während die westlichen Establishment-Medien weiterhin nur in schmeichelhaften Kommentaren über diese Gruppen berichten, wenn sie ihnen überhaupt gezwungenermaßen Aufmerksamkeit schenken, haben sich mit uns befreundete Reporter nachdrücklich vertrauliche Unterlagen verschafft und versucht, in die Gruppen zu infiltrieren, indem sie Wachen täuschten und unter anderem versuchten, beispielsweise durch Helfershelfer über den Wasserweg an die Gruppen heranzukommen.

Auf diese Weise gelang es diesen Mitarbeitern, mehrere Stunden in ein Bilderberger-Treffen an einem abgelegenen Ort außerhalb von White Plains, US-Bundesstaat New York, einzudringen, indem sie sich unter die Bilderberger im Hotel mischten. So gelangten sie an die Texte von Reden, die vertraulichen, vollständigen Teilnehmerlisten und die Telefonnummern der Teilnehmer im Hotel sowie an anderes Beweismaterial.

Aufgrund dieser energischen Untersuchungen über die Jahre hinweg weiß die Öffentlichkeit mehr über die Operationen und das Programm der Weltregierung als irgendeines ihrer Randmitglieder, die lediglich an den offiziellen Sitzungen teilnehmen.

Die Vorgänger waren die Illuminaten

Zum Beispiel wußten die Arglosen unter den Bilderbergern und in der Trilateralen Kommission nichts davon, daß im Jahr 1985 bei dem Frühjahrstreffen der Bilderberger und Trilateralen der Reagan-Regierung ein Versprechen über 50 Milliarden Dollar, zu zahlen an den Internationalen Währungsfonds (IWF), entlockt worden war.

Die Zusage wurde beim Wirtschaftsgipfel in Williamsburg, US-Bundesstaat Virginia, im Juni desselben Jahres insgeheim bestätigt. US-Präsident Ronald Reagan hat das Versprechen inzwischen bereits eingelöst.

Radikale Änderungen in der Wirtschaftspolitik und der Weltpolitik allgemein folgen oft auf die Frühjahrstreffen von Bilderbergern und Trilateralen, die ihre gemeinsamen Entscheidungen an den Council on Foreign Relations (CFR), den Club of Rome und andere Zweige der Weltregierung durch die Mitgliedschaft der wichtigsten Personen in allen Gremien übertragen.

Das Bilderberger-Treffen des Jahres 1971 führte zu US-Präsident Richard Nixons Politik der »Détente«, im Rahmen derer David Rockefeller die Sowjetunion und Rotchina besuchte und neue Märkte öffnete. Nixon wertete den Dollar zum ersten Mal in 32 Jahren ab und Spekulanten machten dadurch Millionen.

Jedes Jahr führen die Frühjahrstreffen von Bilderbergern und Trilateralen zu weltweiten Umbrüchen in der Steuer- und allgemeinen Politik. Die Einführung des ECU als Währung unter den Ländern des europäischen gemeinsamen Marktes, die Durchsetzung der Strategischen Verteidigungs-Initiative (SDI) mit der Begründung, daß Riesenprofite gemacht werden können, doch daß sie weltweit durchgeführt werden muß – Großbritannien erhielt daraufhin einen »Forschungs«-Auftrag, der aus amerikanischen Steuergeldern finanziert wurde –, sind nur einige Beispiele aus jüngster Zeit.

Die Führer der Weltregierung sind als »Bilderberger« erst seit dem Jahr 1954 bekannt, als sie in einem Hotel in den Niederlanden mit diesem Namen ein Treffen abhielten. Doch ihre direkten Vorläufer gehen zumindest auf die Jahrhundertwende zurück und indirekt auch auf Adam Weishaupts Gründung der Illuminaten in Bayern am 1. Mai 1776.

Ein Machtmittel ist das Federal Reserve System

Zum ersten Mal wurden die Bilderberger in der Öffentlichkeit von dem verstorbenen Journalisten Westbrook Pegler im April 1957 in einer Kolumne erwähnt. Er schrieb damals über ein Geheimtreffen der Gruppe auf der St.-Simon-Insel vor Brunswick, US-Bundesstaat Georgia. Er brachte Ralph McGill, den Herausgeber der Atlanta »Constitution«, und Arthur Hays Sulzberger, den Herausgeber der »New York Times«, dazu, ihre Teilnahme zuzugeben.

Pegler folgte mit einem Bericht über das Treffen in Jekyll Island, ebenfalls vor der Küste von Georgia, im Jahr 1908, das von US-Senator Nelson W. Aldrich von Rhode Island einberufen worden war, der zum Rockefeller-Clan gehört. Der verstorbene US-Vizepräsident und ehemalige New Yorker Gouverneur, Nelson Aldrich Rockefeller, der Bruder von Banker David Rokkefeller, war ein Namensvetter von Senator Aldrich.

Aus diesem Treffen, so berichtete Pegler, ging das Federal Reserve System hervor, ein privates Konsistorium von Bankern, das den Dollar nach Gutdünken der Weltregierung manipuliert. Es führte auch zur Änderung der Verfassung der Vereinigten Staaten über die Einkommensteuergesetzgebung, die der Öffentlichkeit so gut verkauft wurde, daß sie von der Arbeiterschaft in dem Glauben unterstützt wurde, daß die Reichen nun schließlich auch Steuer zahlen würden.

Hunderte von amerikanischen Millionären einschließlich der Rockefellers zahlen keine Einkommensteuern.

Dieses Geheimtreffen um die Jahrhundertwende mit Finanzleuten aus Europa und den Neureichen Amerikas – den Rockefellers, J. P. Morgan, Paul Warburg und anderen – kann als die erste Sitzung der geheimen Weltregierung angesehen werden. Daß sie so machtvoll waren und der Welt ihren Willen auferlegt haben, läßt sich nicht leugnen, denn sie haben eine Einkommensteuer in den USA eingeführt, die Amerikaner zwang, für Kriege zu zahlen, die noch nicht ausgetragen waren, und eine Art Bundesbank, das Federal Reserve System, zu schaffen, um damit den Reichtum der produzierenden Klasse zu kontrollieren. □

Weltregierung

Komplott zur Weltkontrolle

Peter Blackwood

Die Praxis der internationalen Finanzexperten, sich zusammenzutun, um eine Weltpolitik zu planen sowie hohe Profite für sich selbst, existiert schon seit vielen Jahrzehnten.

Die Treffen dieser weltweiten »Elite« und eine exaktere weltweite Zusammenarbeit wurden in den zwanziger Jahren formell, als sich der Rat für Auslandsbeziehungen, der Council on Foreign Relations (CFR), entwikkelte. Die Banker rekrutierten sich kluge Köpfe aus akademischen und politischen Kreisen und lehrten sie »groß« zu denken – im Namen multinationaler Unternehmen. Doch es gab zunächst viel zu tun und noch mehr Leute mußten auf internationaler Ebene für diese Ziele gewonnen werden.

Im Jahre 1954 – als die Bilderberger ihre erste formelle Sitzung abhielten – wurden systematische Jahrestreffen der Weltregierung eingeführt.

Absolutes Stillschweigen wurde allen auferlegt und die Disziplin war äußerst streng. Weitere zehn Jahre dementierten sie, daß sie überhaupt existierten. Sie sprachen nur untereinander offen. Die Bilderberger waren zum Beispiel überzeugt, daß US-Senator Joseph R. McCarthy, der von der westlichen Presse angeprangerte Antikommunist, innerhalb eines Jahres tot oder per Abstimmung aus dem Amt gejagt sein würde.

McCarthy war tot und die Hinterbliebenen, die jährlich an sein Grab in Appleton im US-Bundesstaat Wisconsin pilgern, grübeln noch immer über das Geheimnis seines Todes nach.

Während Prinz Bernhard der Niederlande in jenen Jahren der ständige symbolische »Vorsitzende« war, waren die wirklichen Makler der Macht unter den Bilderbergern die Rothschilds aus Großbritannien sowie die Rockefellers aus Amerika.
Während Edmond de Rothschild und David Rockefeller in ihren Privatsuiten, wo die wirklichen Geschäfte getätigt werden, auf freundschaftliche Art zusammenarbeiten, hat es zwischen den beiden reichsten Familien auf der Welt immer einen Unterton von Machtkampf gegeben.

In den Jahren nach der Gründung der Bilderberger haben die Amerikaner mit ihren Steuergeldern und die US-Handelspolitik Japan zu einer Weltwirtschaftsmacht gemacht, die nicht mehr länger ignoriert werden konnte. Im Jahr 1971 gründete Rockefeller die Trilaterale Kommission und griff dabei auf Banker und politische Verbündete in Japan und Westeuropa, Kanada und den Vereinigten Staaten zurück; auch Rothschild-Leute nahmen an diesen Treffen teil, doch nicht die Rothschilds direkt.

Die drei Gruppen – CFR, Bilderberger und Trilaterale Kommission – arbeiten gut zusammen und gehen gemeinsam vor. Ihre Führer gehören allen drei Gruppierungen gleichzeitig an, während die Mitglieder am Rande jedes Jahr etwas wechseln.

Zum Beispiel spielt Robert McNamara eine typische Rolle. Er gab im Jahr 1961 den Job als Präsident der Ford Motor Company mit einem Jahresgehalt von 600 000 Dollar auf, um unter US-Präsident John F. Kennedy Verteidigungsminister zu werden, obwohl er ein »Republikaner« war.

Danach wurde McNamara Präsident der Weltbank, wo er als permanenter Vorsitzender des CFR und der Bilderberger-Gruppe weiterhin den Plan der Weltregierung forcierte, die Amerikaner so zu besteuern, daß Projekte in der dritten Welt finanziert werden konnten.

Über drei Jahrzehnte lang haben sich also die drei Hauptzweige der Weltregierung jedes Jahr regelmäßig getroffen. Anders war es in den Jahren zuvor, wo Treffen nur für bestimmte Zwecke einberufen wurden, wie im Jahr 1908, als man das Federal Reserve System vorbereitete und die Einkommensteuer für die Amerikaner geplant wurde. □

In der vorhergehenden Ausgabe von CODE wurde die Teilnehmerliste des Treffens der Trilateralen Kommission im März 1987 vollständig veröffentlicht sowie die Mitgliederliste eines Bilderberger-Treffens.

Weltregierung

Vorbereitung zur Weltherrschaft

Peter Blackwood

Während sie die Weltangelegenheiten als eine Schattenregierung wirksam manipulieren, arbeiten die internationalen Banker letztendlich an einem offiziellen Regime, mit dem die Nationen auf reine Provinzen reduziert werden.

Die Etablierung einer formalen Weltregierung, in der die Vereinigten Staaten und andere westliche Industrienationen ihre Souveränität an ein Weltparlament und einen Weltführer abgeben würden, wurde Teilen der Öffentlichkeit als einziger Weg verkauft, wie ein stabiler Frieden erreichbar ist und wie die Probleme von Krankheit, Hunger und Unwissenheit gelöst werden können. Unter Liberalen ist es gesellschaftlich akzeptabel geworden, eine solche Weltregierung zu unterstützen. Die World Future Society ist ein bedeutender Verfechter einer solchen Weltregierung.

Lob für die Vorzüge einer Weltherrschaft

Zu den Politikern, deren Karriere durch öffentliche Beteiligung an den großen Konferenzen der World Future Society gefördert wurden, gehören in den Vereinigten Staaten: Orville Freeman, Agrarminister unter US-Präsident John F. Kennedy; der ehemalige Abgeordnete des US-Repräsentantenhauses Bob Edgar; der Abgeordnete des Repräsentantenhauses George Brown und der Kinderarzt Benjamin Spock.

Bei einem ausführlichen Vier-Tages-Treffen in Washington im Juni 1984 stand Carol Christiansen, ein Vorstandsmitglied der amerikanischen Vereinigung für den Club of Rome, mit auf dem Programm.

Diese Namen zeigen, welche Unterstützung der De-facto-Weltregierung heute zuteil wird.

Hinzu kamen viele Teilnehmer aus der Regierung der Vereinigten Staaten, dem Statistischen Bundesamt, den Nationalinstituten für Gesundheit, dem Bundesrechnungshof und anderen amerikanischen Behörden.

Vladimir Mykoyan, Pressesprecher an der Sowjetbotschaft in Washington, war ebenfalls ein Teilnehmer der Konferenz.

Weitere Unterstützer der Weltregierung kommen aus akademischen Institutionen und großen internationalen Unternehmen. Insgesamt beläuft sich die Mitgliederzahl der World Future Society auf 30 000.

Im Vorstand der Gesellschaft sitzen Freeman, der jetzt Präsident der Business International Corporation ist; John W. Gardner, ehemaliger amerikanischer Minister für Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt, und Sol Linowitz, der unter dem trilateralen Präsidenten Jimmy Carter den amerikanischen Panama-Kanal verschenkte.

Die Gesellschaft hat wiederholt die Vorzüge einer »Weltherrschaft« gepriesen, um Frieden und allgemeinen Wohlstand zu fördern. Sie verlangte nach der Ratifizierung der »Verfassung für die Vereinigung der Erde« innerhalb von sieben Jahren, die von einer Schwestergruppierung, der World Constitution and Parliament Association von Lakewood, entworfen wurde.

»Eine bestimmte Form der Weltordnung, Weltgemeinschaft und Weltregierung muß geschaffen werden, um die großen und komplexen Weltprobleme zu lösen«, hieß es auf der Konferenz der World Future Society.

Stärkung der Macht der UN

Zusätzlich zum direkten Aktionsprogramm der Gesellschaft und verschiedener unbedeutenderer Gruppen beschreiten die Befürworter einer Weltregierung noch zwei weitere Wege parallel: zunehmende Steigerung der Macht der Vereinten Nationen, bis sie schließlich zu einer Weltregierung geworden ist, wobei jeder Mitgliedsstaat auf die Rolle einer Provinz reduziert worden ist; Schaffung eines Staatenbundsystems auf regionaler Ebene, um die Verwaltung zu erleichtern. Dieses wiederum würde Führer wählen, die ihrerseits eine Weltregierung wählen.

Die Vereinigten Staaten kamen diesem Kurs im Jahr 1974 gefährlich nahe und erneut im Jahr 1976. Daß der Versuch, diesen schicksalhaften Schritt zu unternehmen, im Jahr 1976 eindringlich abgewehrt wurde, zeigt deutlich, daß die Amerikaner ihren Willen durchzusetzen vermögen, wenn ein bißchen Licht in das Dunkel der Unwissenheit fällt.

Im Jahr 1974 fehlten im amerikanischen Repräsentantenhaus nur noch wenige Stimmen, um ein Gesetz zu verabschieden, mittels dessen die Vereinigten Staaten zu einer »Föderalistischen Atlantischen Union« geworden wären. Eine solche Union von NATO-Ländern sollte ein Gericht bekommen, das dem Obersten Bundesgericht der USA übergeordnet wäre, und eine Wirtschaftskommission, die über dem nationalen Handelsministerium stünde. Auch in anderer Hinsicht hätten die Vereinigten Staaten ihre Souveränität aufgegeben.

Ein solcher Schritt ist von jedem US-Präsident seit Dwight D. Eisenhower befürwortet worden. Er wird dargestellt als wirksameres Mittel zur »Bekämpfung des Kommunismus« als ein reines Militärbündnis.

Die internationalen Banker lieben den Kapitalismus mehr, als daß sie den Kommunismus verabscheuen können; ein großer Teil ihres Reichtums kommt aus Geschäften mit der Sowjetunion, den Ostblockländern und Rotchina. Doch das Thema »Bekämpfung des Kommunismus« ist ein wirksames Werkzeug zur Irreführung der öffentlichen Meinung.

Bereits des Sieges ganz sicher

Das Schlagwort »Bekämpfung des Kommunismus« hat viele Anhänger angezogen, die sonst wahrscheinlich nicht gekommen wären. Ein Beispiel dafür war Dr. Walter Judd, ein nach China entsandter medizinischer Experte, der später ein stark antikommunistisch eingestellter amerikanischer Kongreßabgeordneter wurde. Er sprach sich für diesen Schritt aus.

Die Internationalisten waren sich im Jahr 1976 ihres Sieges ganz gewiß, da die Watergate-Wahlen zu einem liberalen amerikanischen Kongreß geführt hatten.

Ein Teil ihrer Strategie war eine vollständige Nachrichtensperre. Während ein Journalist kaum argumentieren konnte, daß eine solche anhängige Gesetzgebung nicht von Interesse für den Zeitungsleser war, erschien weder in Wort noch in Schrift eine einzige Zeile über die bevorstehende Abstimmung über die Atlantische Union in den Establishment-Medien.

Einige Presseleute hatten jedoch die Tatsachen aufgedeckt und an die Öffentlichkeit gebracht, daß eine Abstimmung über diese Frage im amerikanischen Kongreß bevorstünde. Die Öffentlichkeit wurde über die Bedeutung dieser Frage informiert.

So wurde die Atlantische Union im liberalen Kongreß mit 37 Stimmen abgelehnt, während sieben Stimmen mehr zwei Jahre zuvor Amerika zur Aufgabe seiner Souveränität verurteilt hatten.

Die amerikanischen Kongreß-Abgeordneten erläuterten ihre Haltung in rein pragmatischen Begriffen. Viele sagten, sie seien »verblüfft« gewesen über die Lawine von Briefen, Telegrammen und Anrufen über eine bevorstehende Abstimmung, von der sie gedacht hätten, die Öffentlichkeit wisse gar nichts darüber.

Diese Tatsache beweist deutlich, daß es nicht zu einer Weltregierung kommen muß. □

Sowjetunion

Wie die USA den Kreml finanzierten

John Ashbrook

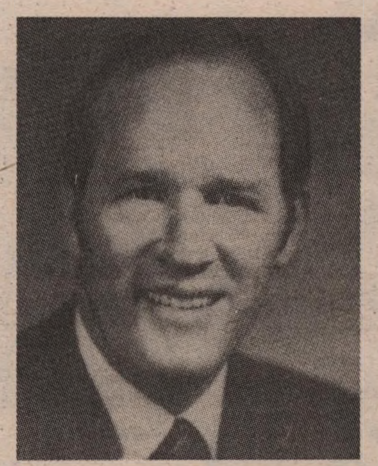
Die Sowjetunion braucht die Vereinigten Staaten für ihr Überleben. Die sowjetische Wirtschaft könnte ohne amerikanische Hilfe nicht wachsen. Ashbrook, verstorbenes Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses, schildert in dem folgenden Beitrag – er wurde bereits 1973 verfaßt – die materielle und finanzielle Hilfe, die die Amerikaner den Sowjets seit der Revolution im Jahr 1917 auf öffentlicher und privater Ebene geleistet haben.

Korea, Ungarn, Kuba, Ostdeutschland, Vietnam, Tschechoslowakei, Naher Osten, Afghanistan – überall ist die Gegenwart der Sowjetunion spürbar. An keinem dieser Orte der Weltgeschichte ist jedoch die Sowjetunion ein Verfechter des Friedens. Sowjetinvasionen und sowjetische Hilfe für andere aggressive Länder hingen immer von ihrer Fähigkeit ab, Kriegswaffen zu produzieren – hingen also von der sowjetischen Technologie ab.

Der alte Spruch seit 1917

Eine sowjetische Technologie gibt es jedoch nicht. Was man heute darunter versteht, das kam zu 90 bis 95 Prozent direkt oder indirekt aus den Vereinigten Staaten oder ihren Verbündeten. Dies mag unglaublich klingen, doch die Tatsachen bestätigen diese Aussage. Die Sowjetaggression hängt von amerikanischen Waffen und westlicher Technologie ab.

Die Vereinigten Staaten und die NATO haben tatsächlich die Sowjetunion, ihre industriellen und militärischen Fähigkeiten geschaffen. Diese Aufgabe hat 50 Jahre gedauert. Seit der Revolution des Jahres 1917 ist sie durchgeführt worden durch Handel und den Verlauf von Anlagen, Ausrüstung und durch die Leistung technischer Unterstützung.



John Ashbrook berichtete dem US-Kongreß, wie Amerika das kommunistische System in der Sowjetunion gefördert hat.



Michaeil Suslov, Ideologe des sowjetischen Politbüros, behauptet, Zweck der Detente sei ein Angriff auf den Westen.



US-Technologie machte den Bau des riesigen Kama-LKW-Werks im sowjetischen Kamaz möglich.

Wenn man den Sprechern der amerikanischen Regierungen oder einigen Journalisten zuhört, bekommt man den Eindruck, daß der Handel mit der Sowjetunion ein neues Wunderheilmittel für die Weltprobleme und insbesondere Amerikas Probleme darstellt. Das stimmt jedoch nicht ganz.

Frieden durch Handel? Die Vorstellung, daß der Handel mit der Sowjetunion Frieden bringen könnte, geht zurück auf das Jahr 1917. Der früheste Zeitpunkt war Dezember 1917 – wenige Wochen nach dem Beginn der bolschewistischen Revolution. Realisiert wurde sie im Jahr 1920, als die Bolschewisten an der Macht waren.

Damals brauchten die Bolschewisten Lieferungen aus dem Ausland, um zu überleben. Im letzten Jahr brauchten die Sowjets Weizen. Damals und heute sind der einzige Ort, wo sie das bekommen, was sie brauchen, die Vereinigten Staaten. Hat die amerikanische Regierung jemals diese Chance genutzt, um für Amerika als Gegenleistung etwas herauszuholen? Nein.

Im Gegenteil mußten die amerikanischen Steuerzahler obendrein den Weizenhandel mit den Sowjets auch noch mit mehreren Millionen Dollar an Steuergeldern subventionieren.

50 Jahre das gleiche Desaster

Aus diesem Geschäft hat die amerikanische Regierung offenbar überhaupt nichts gelernt, denn sie hat den Sowjets die Meistbegünstigungsklausel und andere Konzessionen gewährt. Auf den Vorschlag einiger, die Sowjets sollten dafür auch etwas zurückgeben, antwortete das US-Außenministerium, wir könnten uns nicht in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion einmischen.

Die scheint jedoch für das US-Außenministerium keine Gültigkeit für andere lateinamerikanische oder afrikanische Länder sowie befreundete Staaten zu haben.

Amerikanische Finanzzeitungen berichten ständig von weiteren Krediten durch die Export-Import-Bank, amerikanische Regierungsbehörden und amerikanische Banken. Die New York First National City Bank hat noch Millionen Dollar an offenen Forderungen gegenüber der Sowjetunion. Ganz zu schweigen von den Schulden, die die Sowjets bei amerikanischen Steuerzahlern haben.

Die Geschichte des amerikanischen Aufbaus der Sowjetunion ist und wird unterdrückt, ein großer Teil der Schlüsselinformationen ist immer noch streng vertraulich, zusammen mit anderen Fehlern der Washingtoner Bürokratie.

Fünfzig Jahre Geschäfte mit den Sowjets waren ein wirtschaftlicher Erfolg für die UdSSR und ein politisches und wirtschaftliches Desaster für die Vereinigten Staaten. Es hat den Krieg nicht gestoppt und hat der Welt nicht den Frieden gegeben. Da-

Sowjetunion

Wie die USA den Kreml finanzierten

für hat es den Sowjets verstärkte industrielle und militärische Macht verliehen und die Fähigkeit, das unaufhörliche Ziel der Beendigung der Weltrevolution zu erfüllen.

Die Vereinigten Staaten geben jährlich Milliarden Dollar für die Verteidigung aus, eine Verteidigung, die durch die Bedrohung und Aggression der Sowjetunion und anderer kommunistischer Staaten nötig ist. Während die USA Milliarden für die Verteidigung ausgeben, unterstützen sie daneben weiterhin den angeblichen Feind, gegen den sie sich verteidigen.

Werfen wir einen Blick auf die Aussage Stalins, die dieser gegenüber dem amerikanischen Botschafter Avarell Harriman gemacht hat und die letzterer an das amerikanische Außenministerium wie folgt weitergab:

»Etwa zwei Drittel der großen Industrieunternehmen in der Sowjetunion sind mit amerikanischer Hilfe oder technischer Unterstützung gebaut worden.«

Sowjetischer Fortschritt kam aus dem Westen

Das stimmt, mit Stalins eigenen Worten, zwei Drittel der sowjetischen Industrie wurde mit amerikanischer Hilfe geschaffen. Ein großer Teil des restlichen Drittels wurde durch Firmen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und anderen gebaut.

Stalin hätte auch sagen können, daß Sprengstoff-und Munitionsfabriken von den Vereinigten Staaten gebaut oder geliefert wurden.

Von 1930 bis 1945 waren eigentlich nur zwei Dinge – synthetischer Gummi SK-B und der Ramzin- »Zwangsdurchlauf«-Kessel – und etwa eine Handvoll unbedeutenderer anderer Systeme wirklich das Ergebnis sowjetischer Technologie. Fast jeder andere, wichtige technologische Fortschritt kam aus dem Westen.

Mindestens 218 Firmen aus dem Westen waren zwischen den Jahren 1930 und 1945 an dem Aufbau der sowjetischen Industrie und des Militärs beteiligt. Davon kamen 139 aus den Vereinigten Staaten.

Der westliche Aufbau sowjetischer Technologie hat zur Expansion der Sowjets in Osteuropa, der Berliner Blockade und zu sowjetischer Hilfe an Nordkorea und das kommunistische China beigetragen, während sie gleichzeitig gegen die Vereinigten Staaten gekämpft haben. Die massive technische Unterstützung setzt sich bis zum heutigen Tag fort.

Heute hängt die Fähigkeit der Sowjetunion militärisches Gerät zu bauen, Raketen nach Kuba zu verschiffen, Waffen nach Nordvietnam zu schicken und



Der Staudamm des Dnjeper wurde unter der Leitung des amerikanischen Oberst Cooper gebaut.

für den Einsatz gegen Israel zu liefern – von ihrer einheimischen Industrie ab.

Etwa Dreiviertel des sowjetischen Militärhaushaltes geht in den Einkauf durch sowjetische Fabriken. Diese Ausgaben der Sowjetindustrie geben Sinn. Keine Armee verfügt über eine Maschine, die Panzer produziert. Panzer werden aus Stahl, Kunststoffteilen und Gummi hergestellt. Der Stahl, Kunststoff und das Gummi wird in sowjetischen Fabriken nach militärischen Spezifikationen wie in den Vereinigten Staaten produziert.

Ebenso werden Raketen nicht in Raketenmaschinen hergestellt. Sie werden aus Aluminiumlegierungen, rostfreiem Stahl, elektrischer Verdrahtung, Pumpen und anderen Einzelteilen hergestellt. Das Aluminium, der Stahl, der Kupferdraht und die Pumpen werden auch in sowjetischen Fabriken produziert.

Mit anderen Worten, das sowjetische Militär bekommt seine Komponenten und sein Material von der sowjetischen Industrie. Es gibt wie in den USA in der Sowjetunion eine Rüstungsindustrie. Wie anderswo hängt auch die sowjetische Militärbasis von der sowjetischen Industriebasis ab.

Vom Westen geschaffene Sowjetindustrie

Wie in anderen Industriestaaten kann Stahl für Verbrauchsgüter oder Waffen verwendet werden. Wenn die USA die sowjetische Industriekapazität aufbauen, bauen sie gleichzeitig die militärische Kapazität der UdSSR auf.

Diese Argumentation ist eigentlich einleuchtend. Doch die Politiker in Washington akzeptieren diese von gesundem Menschenverstand geleitete Argumentation nicht und haben sie nie akzeptiert.

Werfen wir einen Blick auf die Sowjetindustrie, die die Teile und Materialien für die Rüstung liefert: die Gewehre, die Panzer und die Flugzeuge.

Fortgeschrittene Waffentechnologie hängt von hoch entwickelten Computern ab. Zwischen 1959 und 1970 hat General Electric über seine europäischen Tochtergesellschaften eine Reihe von Computern mittlerer Kapazität an die Sowjetunion verkauft. Die sowjetische Computer-Technologie war der des Westens immer um Jahre hinterher. General Electric hat damit zum Fortschritt der Sowjets beigetragen.

Auch IBM und RCA haben über ihre Tochtergesellschaften den Sowjets Computer verkauft. Computer waren der Hauptartikel in jeder Handelsexpansion mit der UdSSR, die von Henry Kissinger gefördert worden ist.

Die Sowjets verfügen über das größte Eisen- und Stahlwerk auf der Welt. Es ist von der McKee Corporation gebaut worden und eine Nachahmung des amerikanischen Stahlwerks in Gary im US-Bundesstaat Indiana.

Die gesamte sowjetische Eisen- und Stahltechnologie kommt aus den Vereinigten Staaten und deren Verbündeten. Die Sowjets verwenden den Siemens-Martin-Ofen, amerikanische Elektroöfen, amerikanische Streifenwalzwerke, Sendzimir-Walzwerke und so weiter, alles entwickelt im Westen und im Rahmen friedlicher Handelsbeziehungen in die Sowjetunion importiert.

Die Sowjets verfügen über die größte Rohrmühle in Europa – mit einer Jahresproduktion von einer Million Tonnen. Das Zubehör ist von Fretz-Moon, Sa-

lem, Aetna Standard und Mannesmann. Das sind ganz offensichtlich keine sowjetischen Firmennamen.

Die gesamte Rohrerstellungstechnologie stammt aus den Vereinigten Staaten und deren Verbündeten. Wenn man jemand aus dem Gebiet der Raumfahrttechnologie kennt, sollte man ihn einmal fragen, wie viele Kilometer Rohre für eine Rakete benötigt werden.

Die Sowjets besitzen die größte Handelsmarine auf der Welt – etwa 6000 Schiffe. Etwa Zweidrittel dieser Schiffe wurden außerhalb der Sowjetunion gebaut. Ungefähr Vierfünftel der Maschinen für diese Schiffe wurden ebenfalls außerhalb der UdSSR produziert.

Kein Schiffsmotor ist in der UdSSR konstruiert

Es gibt keine Schiffsmotoren sowjetischer Konstruktion. Jene, die in der UdSSR gebaut werden, werden mit ausländischer technischer Unterstützung hergestellt. Im Werk von Bryansk werden die größten Dieselmotoren für Schiffe gebaut. Im Jahr 1959 schloß das Werk von Bryansk ein technisches Unterstützungsabkommen mit Burmeister & Wain in Kopenhagen – einem NATO-Verbündeten –, das als friedlicher Handel vom amerikanischen Außenministerium genehmigt wurde.

Die Schiffe, die vor Jahren Sowjetraketen nach Kuba transportierten, hatten genau diese Burmeister & Wain-Motoren. Die Schiffe gehörten zur Poltava-Klasse. Einige haben in Dänemark hergestellte Motoren und einige haben dänische Motoren, die in Bryansk in der Sowjetunion gebaut worden sind.

Etwa 100 Schiffe wurden in Haiphong für den Transport sowjetischer Waffen und Lieferungen beim Angriff Hanois eingesetzt. 84 dieser Schiffe konnte man identifizieren. Keiner der Hauptmotoren dieser Schiffe war in der Sowjetunion konstruiert und hergestellt worden. Alle größeren und schnelleren Schiffe beim Vorstoß in Haiphong waren außerhalb der UdSSR gebaut.

Die gesamte Schiffsbautechnologie in der UdSSR kommt direkt oder indirekt aus den Vereinigten Staaten oder deren NATO-Verbündeten.

Wie sieht es in der sowjetischen Fahrzeugindustrie aus? Sämtliche Technologie für Automobile, Lastwagen und Motoren in der Sowjetunion kommt ebenfalls aus dem Westen, vor allem aus den Vereinigten Staaten. Das sowjetische Militär verfügt über mehr als 300 000 Lastwagen – alles aus von Amerika gebauten Fabriken.

Bis zum Jahr 1960 befand sich das größte Automobilwerk in der UdSSR in Gorki. Gorki produziert viele der Lastkraftwagen, die die amerikanischen Piloten auf dem Ho-Chi-Minh-Pfad sahen. Gorki produziert den Träger für die GAZ-69 Raketenabschußvorrichtung, die gegen Israel eingesetzt wurde.



Josef Stalin bestätigte, daß zwei Drittel der sowjetischen Industrie mit amerikanischer Hilfe geschaffen wurde.



Lenin ging bereits von der Tatsache aus, daß die Sowjetunion für ihr Überleben die Wirtschaft der USA braucht.

Dort wird auch der sowjetische Jeep und ein halbes Dutzend anderer Militärfahrzeuge hergestellt. Die gleichen Fahrzeuge wurden beim arabischen Angriff auf Israel eingesetzt. Und Gorki wurde von der Ford-Motor-Company im Rahmen friedlicher Handelsbeziehungen gebaut.

Im Jahr 1968, während in Gorki Fahrzeuge zum Einsatz in Vietnam und Israel gebaut wurden, ist weitere Ausrüstung für Gorki in den Vereinigten Staaten bestellt und von dort geliefert worden.

Ebenfalls im Jahr 1968 kam es zu dem sogenannten Fiat-Handel, das Geschäft zum Bau eines dreimal so großen Werks wie Gorki in Wolgograd (Stalingrad). Dean Rusk und Walt Rostow erzählten dem US-Kongreß, dies sei friedlicher Handel – im Fiat-Werk könnten keine Militärfahrzeuge hergestellt werden.

Die Öffentlichkeit sollte sich jedoch nicht für dumm verkaufen lassen. Jedes Automobilwerk kann Militärfahrzeuge herstellen. In jedem Militärfahrzeug mit Geländegängigkeit kann ein Motor eingebaut werden, wie er in dem sowjetischen Fiat-Werk hergestellt wird.

Desinformation für die westliche Öffentlichkeit

Der Begriff »Fiat-Handel« ist zudem irreführend. Fiat in Italien stellt keine Ausrüstung zur Fahrzeugproduktion her, die Fiat-Werke in Italien haben amerikanische Ausrüstung. Fiat entsandte 1000 Arbeiter zur Montage des Werks in die UdSSR – doch über die Hälfte, vielleicht sogar weit mehr als die Hälfte der Ausrüstung kam aus den Vereinigten Staaten von Gleason, TRW of Cleveland und New Britain Machine Company.

Inmitten eines Krieges also, indem zu jener Zeit 46 000 Amerikaner und zahllose Vietnamesen durch sowjetische Waffen umgekommen waren, hat die amerikanische Johnson-Regierung die sowjetische Fahrzeugproduktion verdoppelt. Das sind die unbestrittenen Tatsachen.

Im Jahr 1971 erhielten die Sowjets Ausrüstung und Technologie für das größte Schwerlastwagenwerk auf der Welt, bekannt unter dem Namen Kama-River-Werk. Es wird jährlich 100 000 Zehntonner-Lastkraftwagen produzieren, das ist mehr als alle US-Hersteller zusammen. Es wird auch das größte Werk auf der Welt sein.

Wird das Lkw-Werk Kama über Militärpotential verfügen? Die Sowjets selbst haben diesse Frage beantwortet. Der Kama-Lkw wird um 50 Prozent produktiver sein als der Zil-130-Lkw. Der Zil-130-Lkw ist ein sowjetischer Standard-Militär-Lkw.

Wer hat das Zil-Werk gebaut? Es wurde von der Arthur J. Brandt Company in Detroit gebaut.

Das Kama-River-Werk wird allerdings nur eine Unternehmung geringen Ausmaßes sein, wenn die Verhandlungen zwischen General Motors und der Sowjetunion von Erfolg gekrönt sein werden. General Motors verhandelt über den Bau eines riesigen Schwerlastwagenwerks in Sibirien, das doppelt so groß werden soll wie das Kama-River-Werk.

Der sowjetische T-54-Panzer ist in Vietnam im Einsatz. Er war in Kontum, An Loc und Huc sowie gegen Israel eingesetzt. Den Konstruktionsunterlagen zufolge verfügt der T-54 über eine Christie-Aufhängung. Christie war ein amerikanischer Erfinder, kein Russe. Woher haben die Sowjets eine Christie-Aufhängung? Haben sie sie gestohlen? Aber nein, warum sollten sie? Sie haben sie gekauft. Sie haben sie von der amerikanischen Firma Wheel Track Layer Corporation einfach gekauft.

Im Dezember 1971 fragte ich den amerikanischen Staatssekretär Davis vom Handelsministe-

Sowjetunion

Wie die USA den Kreml finanzierten

rium – er ist Maschinenbauingenieur –, ob die Kama-Lkws in der sowjetischen Armee eingesetzt werden können. Davis gab keine Antwort, doch ich erhielt einen Brief vom Ministerium, der völlig richtig war. In dem Brief wurde bestätigt, daß die Kama-Lkws in der sowjetischen Armee eingesetzt werden könnten. Wurde diese Tatsache bei der Erteilung der Exportlizenz berücksichtigt?

Diese Unterlagen werden im Sicherheitsinteresse der USA geheimgehalten. Also liefert die Regierung den Sowjets Militärtechnologie, doch sie möchte nicht, daß die Öffentlichkeit davon erfährt.

Natürlich bedarf es einer Menge Selbstvertrauen schwarz auf weiß zuzugeben, daß man Fabriken zur Produktion von Waffen und Vorräten für ein Land baut, das Waffen und Vorräte zum Töten von Amerikanern liefert. Viele Amerikaner haben gegen diese selbstmörderische Politik protestiert. Und was geschah?

Auf dem Weg zur neuen Weltordnung

Wenn man in einer liberalen Welt lebt, wird man bald feststellen, daß es in Ordnung ist, gegen amerikanische Hilfe für Südvietnamesen zu protestieren, doch niemals gegen US-Hilfe für die Sowjets. Die Ausrede ist: Russische Wissenschaftler werden verfolgt und Juden dürfen nicht ausreisen und darum darf man keine unfreundlichen Dinge über die Sowjets sagen.

Drängt man auf eine weitergehende Erklärung, dann bekommt man zu hören: Zunächst haben wir da die Fulbright-Linie, das heißt friedlicher Handel. Die Sowjets sind mächtig. Sie haben ihre eigene Technologie. Was man macht ist eine Art Freundschaft aufzubauen. Es ist ein Weg zu einer neuen Weltordnung.

Will man diese Fakten nicht schlucken, bekommt man erzählt: »Die Sowjets werden milder.«



Die russische Revolution wurde nur durch die finanzielle Komplizenschaft der US-Banker ein Erfolg.

Der Einsatz sowjetischer Waffen in den Krisengebieten der Welt läßt jedoch nicht auf Besänftigung schließen, sondern mehr auf vorsätzliche Aggression. Heute schicken die Sowjets noch mehr Waffen in den Nahen Osten. Zu welchem Zweck?

Niemand hat jemals Beweise, stichhaltige Beweise dafür geliefert, daß Handel zu Frieden führt. Warum nicht? Weil es keine solchen Beweise gibt. Es ist eine Illusion.

Es stimmt, daß Frieden zu Handel führt. Doch das ist etwas anderes als das, was heute passiert. Erst braucht man Frieden und dann kann man Handel treiben. Das heißt aber nicht, daß man Frieden bekommen wird, wenn man Handel treibt.

Den Teufel an der Nase herumführen

Es ist sogar die Frage, ob der Handel mit den Sowjets gut für das Geschäft ist. Im Jahr 1926 hatte ein führender sowjetischer Sprecher folgendes über den Ost-West-Handel und die Konzessionen des Westens in der Sowjetunion gesagt:

»Auf der einen Seite lassen wir kapitalistische Elemente zu, wir lassen uns dazu herab, mit ihnen zu arbeiten; auf der anderen Seite ist es unser Ziel, sie vollständig zu beseitigen, sie zu besiegen, sie wirtschaftlich wie gesellschaftlich zu vernichten. Es ist ein wilder Kampf, in dem wahrscheinlich Blut wird fließen müssen.«

Kurz vor Breschnews Besuch in den Vereinigten Staaten sagte ein Führer der Kommunistischen Partei in Moskau: »In der Politik können Sie Bündnisse mit dem Teufel höchstpersönlich schließen, wenn Sie sicher sind, daß Sie den Teufel an der Nase herumführen können.«

Von Samuel Gompers im Jahr 1920 bis hin zu George Meany haben die wichtigsten amerikanischen Gewerkschaften ständig gegen die Handelspolitik protestiert, mit der die Sowjetunion aufgebaut wurde. Weil Gewerkschaftsmitglieder in der UdSSR ihre Freiheit verloren und Gewerkschaftsmitglieder in den USA, in Korea und Vietnam starben, wissen die Gewerkschaften Bescheid und es kümmert sie auch offensichtlich.



Niemand anders aber sonst kümmert sich darum, Washington nicht, das Big Business nicht, die Parteien der Vereinigten Staaten nicht. Die einzige Reaktion aus Washington und jeder amerikanischen Regierung besteht darin, den Skandal zu vertuschen. Das sind Dinge, über die man nicht spricht. Das Tarnungsmanöver über den friedlichen Handel bleibt der Öffentlichkeit erhalten.

Die nackte Tatsache aber ist, daß die Amerikaner sich durch die unverantwortliche Politik einen Feind geschaffen haben und dieser Feind alles daran setzt, mit totaler Macht die Weltrevolution zu vollenden. Die Tragödie ist, daß intelligente Menschen das zweideutige politische Gerede über Weltfrieden, eine neue Weltordnung und die Sanftmut der Sowjets geschluckt haben.

Es bedarf einer besonderen Art intellektueller Kurzsichtigkeit den Sowjets Material und Technologie zu liefern, wenn sie ständig am Untergang der westlichen Zivilisation arbeiten.

Und was ist mit dem Argument, daß Handel zu Frieden führen wird? Amerikanisch-sowjetischen Handel gibt es seit mehr als fünfzig Jahren. Der erste und zweite Fünfjahresplan wurde durch amerikanische Firmen verwirklicht. Diese Politik fortzusetzen, die ein totales Scheitern bedeutet, heißt mit dem Leben mehrerer Millionen Amerika und zahlloser Verbündeter spielen.

Man kann die sowjetische Militärmaschine nicht am einen Ende aufmöbeln und sich dann beschweren, daß das andere Ende zurückgeschlagen und angegriffen hat.

Leider wird der Preis für diese unmoralische Politik nicht von den Politikern gezahlt. Er wird gezahlt von den Bürgern, den Bauern, Studenten und der arbeitenden Klasse. Der Bürger, der für die Musik zahlt, hat keinen Einfluß darauf, was gespielt wird, er kennt nicht einmal die Melodie. □

Sowjetunion

Profitable Geschäfte der Banker

Mike Blair

Es ist eine bekannte und anerkannte Tatsache, daß die US-Regierung im Bündnis mit einigen ungeheuer reichen amerikanischen Bürgern die Übernahme Rußlands durch die Kommunisten finanziert hat. Nicht so bekannt ist dagegen, daß große westliche Firmen und Banken heute eine für beide Seiten erträgliche Handelsbeziehung zu der Sowjetunion unterhalten. Es existiert sogar eine halbamtliche, doch höchst geheime Organisation zur Förderung des Flusses westlicher Produkte und westlicher Technologie in die Sowjetunion. Diese Gruppe ist bekannt unter dem Namen amerikanisch-sowjetischer Wirtschafts- und Handelsrat (USTEC).

Bei der USTEC handelt es sich um eine Geheimorganisation, bestehend aus den Führern der Großbanken, des Big Business und großen Rüstungsfirmen – dem harten Kern des amerikanischen Militärindustriezweiges –, die sich mit ihren Gegenspielern in der Sowjetunion zusammengetan haben, das heißt mit den Spitzenfunktionären der Sowjetregierung.

Angeblich eine private Organisation

Trotz der Behauptungen der USTEC selbst und der amerikanischen Regierung, daß es sich um eine rein private Organisation handele, trägt die US-Regierung aktiv dazu bei, die USTEC und ihre Ziele insgeheim zu unterstützen.

In Schreiben an Privatpersonen, die Fragen zu der Gruppe gestellt haben, gab die US-Regierung an, daß es sich um »eine private amerikanische binationale Organisation handelt, die in keiner Beziehung zur amerikanischen Regierung steht«.

Die Zeitschriften der USTEC jedoch, die geheim und nicht allgemein der Öffentlichkeit zugänglich sind, doch zu denen sich Richard Landkamer, ein sorgfältiger Rechercheur und Detektiv, Zugang verschafft hat, strafen diese Behauptung Lügen. Landkamer hat den größten Teil des Materials zu diesem Artikel geliefert.



Sowjetchef Leonid Breschnew bespricht mit US-Präsident Richard Nixon Handelskonzessionen mit den UdSSR.

Das folgende stammt von Seite 8 des »USTEC-Journal«, Band 1, Nr. 1: »Der amerikanisch-sowjetische Handels- und Wirtschaftsrat ist das Ergebnis von Washingtoner Gipfelgesprächen aus dem Jahr 1973, die zwischen Präsident Richard Nixon und Generalsekretär Leonid Breschnew stattfanden, und wurde durch ein vom ehemaligen Finanzminister George Shultz und dem sowjetischen Außenhandelsminister N. S. Patolichev unterzeichneten Protokoll ins Leben gerufen.

Der Vorstand wurde durch Handelsminister Frederick B. Dent einberufen, der eine Gruppe von 26 Vorstandsmitgliedern und die gleiche Anzahl Sowjetvertreter versammelte. Beim zweiten Vorstandstreffen in Moskau im Oktober 1974 wurde die Zahl auf jeder Seite auf 28 erhöht.«

Unterstützung durch die US-Regierung

In der ganzen Geschichte der USTEC haben verschiedene amerikanische Handelsminister zusammen mit ihren sowjetischen Gegenspielern routinemäßig als »Ehrendirektoren« fungiert. Diese und andere Regierungsvertreter haben dann verschiedene Funktionen in ihrer offiziellen Eigenschaft als Vertreter der US-Regierung innerhalb der USTEC wahrgenommen.

Der kürzlich verunglückte amerikanische Handelsminister Malcolm Baldrige nahm an dem neunten Jahrestreffen der USTEC in Moskau im Dezember 1985 teil. Er hielt bei diesem Treffen eine Rede, deren Text im »USTEC-Journal«, Band 11, Nr. 1 (1986), abgedruckt ist.

Seine einleitenden Worte waren die folgenden: »Ich freue mich, heute abend hier zu sein und der Arbeit des amerikanisch-sowjetischen Handels- und Wirtschaftsrates meine Unterstützung und die der US-Regierung geben zu können.

Vor mehr als zehn Jahren half das Handelsministerium bei der Gründung des Rats und die Ereignisse seither haben gezeigt, daß dies eine kluge Entscheidung war. Der Rat hat eine besondere Rolle gespielt bei der Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.«

Was genau ist der Zweck dieser Schattengruppierung und wie ist sie entstanden? Der Plan für die Gruppe entstand bei dem Gipfel zwischen US-Präsident Richard Nixon und dem sowjetischen Generalsekretär Leonid Breschnew im Jahr 1973, der tatsächlich nur sehr wenig Ergebnisse gebracht hat. Eines war eine unbrauchbare Vereinbarung, die von beiden unterzeichnet worden war, eine »Vereinbarung über die Verhinderung eines Atomkrieges«.

Nixon wollte aus innenpolitischen Gründen positivere Ergebnisse – seine Präsidentschaft war aufgrund des Watergate-Skandals gefährdet und er brauchte dringend einen außenpolitischen Erfolg, um wieder Initiative zu zeigen.

Breschnew seinerseits wollte eine von US-Senator Henry Jackson eingebrachte Gesetzesnovelle abwürgen, die die Meistbegünstigungsklausel für jedes Land untersagt hätte, das seinen eigenen Bürgern Auswanderungsbeschränkungen auferlegt.

Die Gründung der USTEC

Aus diesem Treffen ging USTEC hervor. Nachdem sie in eine Sackgasse geraten waren und im Hinblick auf positive Ergebnisse nicht viel erreicht hatten, waren beide Partner vorübergehend etwas gestoppt. Dann lag plötzlich ein Plan auf Nixons Schreibtisch, der das skizzierte, was die USTEC werden sollte, eine Organisation bestehend aus Vorstandsmitgliedern amerikanischer Firmen und sowjetischer Regierungsfunktionäre.

Die Idee wurde Don Kendall zugeschrieben, dem damaligen Vorstandsvorsitzenden der Pepsi Company, der gerade einen Handel Wodka gegen Pepsi mit der Sowjetunion zustande gebracht hatte.

Nixon konnte zu seinen Kritikern nach Hause zurückkehren

Sowjetunion

Profitable Geschäfte der Banker

mit der Nachricht, daß er in Richtung Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion einen großen Schritt weitergekommen war, während Breschnew – obwohl nicht erfolgreich bei der Beseitigung der Jackson-Novelle – das Gefühl hatte, daß er sich bei der Umgehung der Handelsrestriktionen auf die Hilfe der amerikanischen Top-Geschäftsleute würde berufen können.

Die nachfolgende Beschreibung der Gründung der USTEC findet sich in dem Buch »Red Carpet: The Connection Between the Kremlin and America's Most Powerful Businessmen – Armand Hammer, Averell Harriman, Cyrus Eatan, David Rokkefeller, Donald Kendall« von Don Finder:

»Ende des Jahres 1972 lud Kendall David Rockefeller, Al Wentworth – der gerade zum Vertreter der Chase Manhattan Bank in Moskau ernannt worden war –, Helmut Sonnenfeldt aus dem US-Außenministerium und Georgi Arbatov, den sowjetischen Amerika-Experten, zum Abendessen im F-Street-Club in Washington ein, um den Vorschlag des Handelsrats zu besprechen. Da es seine Idee war, wollte Kendall offenbar der amerikanische Vorsitzende sein, doch er fragte Rockefeller, ob dieser die Führung übernehmen wolle.

›Nun, wissen Sie, ich bin schon für diese Sache‹, sagte Rockefeller, ›aber ich kann wirklich nichts mehr annehmen. Don, warum machen Sie es nicht?‹

Kendall antwortete rasch, daß er es machen würde.

Bei dem Gipfel im Juni 1973 hatte Breschnew ein Protokollschreiben dabei, auf dem Kendalls Name als amerikanischer Vorsitzender bereits vorgedruckt war. Nixon hatte natürlich keinerlei Einwände.

Als der Gipfel vorüber war, ließ der Präsident Kendall eine Liste von Direktoren aufstellen, wobei ihm das Handelsministerium half. Kendall wartete auf mit einer Liste der Top-Manager amerikanischer Unternehmen, die in großem Umfang Handel mit der Sowjetunion betrieben. Dazu gehörten David Rockefeller, Armand Hammer, Reginald Jones von General Electric, C. Peter McColough von der Xerox Corporation, Howard Clark von American Express, Frank Carey von IBM und Samuel Casey von Pullman.

Sie kamen tatsächlich zusammen

Diese und andere bildeten den 25köpfigen Vorstand der mächtigsten Geschäftsleute Amerikas.

US-Handelsminister Frederick Dent erklärte sie für ausgewählt



Lenin verlangte von den Kapitalisten des Westens das Seil, mit dem die Sowjets sie eines Tages aufhängen.

und informierte sie darüber, daß sie für den neuen Handelsrat verantwortlich seien. Milton Rosenthal erinnert sich an das Wahlverfahren für den Vorstand und meint, es sei eine Art ›russische Wahl gewesen‹: ›Ich schaute mir die Informationsunterlagen an, die man uns gegeben hatte, und dort stand, daß ich ein Vorstandsmitglied war, und ich frage: Wer hat mich da gewählt?‹

Er denkt daran, wie er sich die großen Namen anschaute und dachte: ›Hier sind die Top-Manager von der Bank of America, General Motors, IBM, Xerox, 3M und so weiter. Machen die Witze? Glauben die wirklich, sie würden diese Leute dazu bringen, zwei Tage im Jahr zu opfern, um zur gleichen Zeit zusammenzukommen?‹

Sie kamen tatsächlich.

Der nominelle Daseinsgrund für die Gruppe ist die Förderung des Handels zwischen den beiden Supermächten, wobei argumentiert wird, daß die beiden Länder nicht gegeneinander Krieg führen werden, wenn sie aktiv und für beide Seiten nutzbringenden Handel treiben.

Der Hauptnutznießer des Ost-West-Handels ist jedoch die Sowjetunion. Obwohl private Firmen in den Vereinigten Staaten recht ansehnlich vom Handel mit den Sowjets profitieren, profitiert die amerikanische Nation als Ganzes weder in strategischer noch militärischer Hinsicht. Die Sowjets allerdings ziehen einen ungeheueren Nutzen aus dem Fluß westlicher Waren und Technologie, da die meisten Produkte, die sie importieren, militärischer Natur sind oder die jeweilige Technologie zumindest militärischen Zwecken angepaßt werden kann.«

Weitere praktische Schritte zur Förderung

In einer Publikation des amerikanischen Verteidigungsministeriums »Soviet Military Power« (1983) heißt es: »Eine Analyse von fast 800 Fällen, in denen die Sowjets westliche Technologie erwarben, liefert einen Einblick in die sowjetischen Gesamtprogramme zum Einkauf militärisch wichtiger Technologien aus dem Westen und Japan. In diesen Fällen handelt es sich bei den von den Sowjets erworbenen Technologien zu mehr als der Hälfte entweder um Elektronik und Computer oder Produktionsausrüstung.

Vieles haben die Sowjets durch geheime Sammlung und Umgehung von Embargos erworben. Doch während die illegale und versteckte Ansammlung von Technologie zwar von Bedeutung war, sollte festgestellt werden, daß die Mehrzahl auf legalem Weg von den Sowjets gekauft worden ist.

Schlüsselfertige Anlagen und der legale Kauf von Verfahrensausrüstungen mit entsprechenden Anleitungen sind wahrscheinlich der wertvollste langfristige Technologietransfer, wobei der Wert weitgehend von dem Umfang an Einweisungen und Schulung abhängt, der bei der Transaktion mitgeliefert wird.«

Die USTEC hat vom 8. bis 10. Dezember 1986 in New York ihr Jahresmitgliedertreffen abgehalten. Die Zeitschrift, in der über das Treffen berichtet wurde, enthielt ein Unterstützungsschreiben von Reagan: »Wie ich dem Generalsekretär in Genf und Island mitgeteilt hatte«, schrieb der amerikanische Präsident, »befürworten die Vereinigten Staaten eine Verbesserung der politischen Atmosphäre, die die Expansion friedlichen Handels mit der Sowjetunion ermöglichen wird.

Die Minister Baldrige und Aristov werden die praktischen Schritte zur Förderung der Handelsbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern diskutieren.«

Das »USTEC-Journal«, eine schillernde Publikation mit Artikeln amerikanischer und sowjetischer Funktionäre über die Geschichte des amerikanisch-sowjetischen Handels und verschiedener Projekte, die sich in der Entwicklung befinden, sowie Bereichen, die reif sind für Expansion, ist nicht generell an je-

dem Zeitungsstand erhältlich. Es ist sogar sehr schwer, ein Blatt in die Hände zu bekommen, und es ist auch nicht erhältlich von der USTEC direkt, von den amerikanischen USTEC-Vorstandsmitgliedern oder verschiedenen amerikanischen Regierungsbehörden, die an den Aktivitäten der Gruppe teilgenommen haben.

Das Blatt ist voll von Anzeigen amerikanischer Firmen, die den Sowjets eine breite Palette westlicher Technologien und Produkte anbieten. Die Anzeigen erscheinen manchmal sowohl in Englisch als auch in Russisch. Zu den Firmen, die sich an der USTEC beteiligen, gehören einige der größten Rüstungsbetriebe der Vereinigten Staaten wie General Electric und Rockwell International.

Das Zusammenwachsen mit den Sowjets

Die jüngste Anzeige der General Electric lautet: »Als eines der Produktionsunternehmen mit der größten Diversifizierung auf der Welt teilt General Electric die Sicht der Sowjetunion im Hinblick auf eine industrielle Zukunft mit großen Wachstumsmöglichkeiten. General Electric bietet progressive Kooperation . . . eine Fülle weltweiter Erfahrung . . . und eine breite Palette von Produkten und Ressourcen, die die Effizienz, Produktivität und Leistung fördern.«

Eine Anzeige von Allan Bradley, der sich selbst als den »weltweit bevorzugten Lieferanten industrieller Automatisierungsprodukte« beschreibt, lautet: »Über 600 in der UdSSR installierte und produzierende Systeme.«

Die Firma stellt programmierbare Steuergeräte, Antriebe, Schaltvorrichtungen, numerische Steuerungen, elektronische Bauteile und schlüsselfertige Automatisierungssysteme her.

Die Firma beschreibt sich in der Anzeige als »eingeführter Lieferant« der Automobilindustrie, der Maschinen- und Werkzeugindustrie, der Landgewinnung und Wasserversorgung und der Hüttenindustrie bei den Sowjetministerien. Die Firma gehört zu Rockwell International.

Eine andere Anzeige der Archer Daniels Midland Corporation, ein Agrarproduktkonzern, zeigt Karten von der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, die aneinander angrenzen. Im Anzeigentext heißt es: »Während der Handel zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten sich ausweitet, wachsen wir immer mehr zusammen.

Das gilt insbesondere in bezug auf Lebensmittel, Viehfutter und andere Agrarprodukte. Jene, die mit der Archer Daniel Midland Company Handel treiben, sind mit Amerikas großer Quelle verarbeiteter Agrarprodukte direkt verbunden.«

Agrarexporte in die Sowjetunion machen den größten Teil des amerikanisch-sowjetischen Handels – etwa 75 Prozent der Gesamtsumme – aus. Doch der Drang der Sowjets zum Erwerb westlicher Technologie setzt sich rasch fort und die Nutzung der USTEC zum Erwerb westlichen Know-how ist ein Weg, den die Sowjets gehen, um dies zu erreichen.

Das Argument der amerikanischen Mitglieder der USTEC lautet, Frieden könne nur durch Handel erreicht werden, doch sie leugnen nicht, daß sie auch von Profitmotiven geleitet werden. Die Sowjetunion ist ein ungeheuer großer, fast unerschlossener Markt für Verbrauchsgüter, und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes mit dem sich daraus ergebenden Anstieg im persönlichen Wohlstand würde für die amerikanischen Unternehmen eine Vielzahl von Märkten liefern.

Sowjetexperten und amerikanische Militärstrategen sind sich jedoch darin einig, daß eine gesunde Konjunktur die Grundlage für ein wirksames Militär ist. Durch Aufbau der sowjetischen Wirtschaft machen die Vereinigten Staaten die Militärbedrohung durch die Sowjetunion also nur noch größer, denn dadurch werden im Inland der UdSSR Ressourcen freigesetzt, die für militärische Zwecke genutzt werden können.

Lenins Ausspruch, daß die Kapitalisten des Westens im Wettbewerb stehen und den Sowjets damit den Strick liefern, mit dem man den Westen aufhängen kann, ist dabei, in Erfüllung zu gehen. □

Sowjetunion

Die helfenden Hände der USA

Mike Blair

Zahlreiche einflußreiche Amerikaner haben den Sowjets in den dreißiger und vierziger Jahren eine helfende Hand gereicht, als das kommunistische Regime in Moskau darum rang, sich als wichtige Industriemacht zu etablieren.

Dem sowjetischen Sprecher Georgi Arbatov, Kreml-Experte für amerikanische Angelegenheiten, zufolge standen eine Reihe bekannter Führer aus der amerikanischen Politik, Wirtschaft und Industrie zur Verfügung, um die Sowjets zu unterstützen, als das kommunistische Regime Hilfe brauchte.

Hammer kam aus eigener Initiative

Arbatov hebt die Hilfe Armand Hammers hervor und bemerkt, daß der Ölmagnat unter »den ersten Amerikanern war, die Geschäftsbeziehungen mit dem ›neuen Rußland‹ etablierten. Er kam aus eigener Initiative und wir hießen ihn willkommen.«

Hammer unterhält bis zum heutigen Tage enge Beziehungen zu den Kreml-Bossen.

Arbatov erwähnt auch die Hilfe von W. Averell Harriman und wies darauf hin, daß das Familienunternehmen »über eine Schürfbefugnis zur Mangangewinnung verfüge«.

Harriman hat die großen sowjetischen Manganvorkommen erschlossen. Mangan wird für die Herstellung von gehärteten Stahllegierungen, wie sie auch in militärischen Panzerungen Verwendung finden, benötigt.

Sodann wurde Harriman der »Sowjetexperte« Amerikas und hatte im Zweiten Weltkrieg eine Amtsperiode lang den Posten des amerikanischen Botschafters in der UdSSR inne. Er war weitgehend verantwortlich für den stetigen Fluß von »Pacht- und Leihhilfe« sowie anderer Unterstützung und Materiallieferungen an die Sowjets während des Krieges.

Ein früherer amerikanischer Botschafter in der UdSSR, Joseph E. Davies, schrieb in seinem 1941 erschienenen Buch »Mission to Moscow«, daß Harriman eifrig dabei war, Wege und Mittel auszuarbeiten, um Materiallieferungen ohne Verzug nach Rußland zu bekommen.

Er war auch einer aus einer Handvoll Leute, die weitgehend für die Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik seit etwa 1940 verantwortlich sind. Bis zum heutigen Tag ist er ein Fürsprecher der Verständigung mit der Sowjetunion.

Hilfe beim ersten sowjetischen Wasserkraftwerk

Arbatov hat auch hohes Lob übrig für Oberst Hugh L. Cooper, einen amerikanischen Elektrotechniker, der bei der Entwicklung der heutigen Industriemacht UdSSR eine wichtige Rolle gespielt hat. Cooper tat weitaus mehr, als beim Bau des ersten großen sowjetischen Wasserkraftwerkes mitzuhelfen.



Armand Hammer, ein Öl-Milliardär, ist seit Lenins Zeiten einer der engsten amerikanischen Freunde der Sowjets, indem er alle Pläne des Kreml fördert.

Georgi Arbatov, sowjetischer Amerikaexperte (links), begrüßt bei einer Abrüstungskonferenz seinen alten Freund Cyrus Vance, den früheren amerikanischen Außenminister.

Davies sagte im Jahr 1941 folgendes über Coopers Bemühungen: »Saporoze ist eine Stadt mit 125 000 Einwohnern im Herzen der großen Industrieregion Don-Basin und ist ein typischer Teil des gigantischen Plans der sowjetischen Regierung im Hinblick auf die Industrie.

Diese Region liegt um den Dnjepr-Damm herum, auf halbem Weg zwischen den großen Eisenerz- und Kohlevorkommen in der Ukraine.

Seit der Zeit von Katharina der Großen – Katharina II., 1729 bis 1796, regierte von 1762 bis 1796 – sind Versuche unternommen worden, den Dnjepr schiffbar zu machen und an dieser Stelle Dämme zu errichten. Nach vielen Fehlschlägen wurde schließlich unser amerikanischer Oberst Cooper von der sowjetischen Regierung für diese Aufgabe ausersehen.

Es gelang ihm. Dieser sogenannte Dnjepr-Damm oder Cooper-Damm ist der größte Damm der Welt mit Ausnahme des Boulder-Damms.

Um dieses große Reservoir elektrischer Energie wurde im Laufe von vier bis fünf Jahren eine große Anzahl großer Produktionsanlagen gebaut. Praktisch über Nacht wurde die Stadt Saporoze errichtet. Es sah aus wie das, was man in einer Pioniergemeinde erwarten würde, geschaffen zum Zweck der Effektivität, Unterkunft und Dienstleistungen für eine Industriegemeinde. Die Straßen waren rechtwinklig geführt wie eine amerikanische Durchschnittsstadt in der Prärie.

Wir kamen hierher, um die Beziehung zwischen Damm und den Industrien zu untersuchen, denen er diente. Was wir sehen wollten, war die Stadt selbst, den Cooper-Damm, das riesige Stahlwerk, das im Begriff war, fertiggestellt zu werden – gebaut von einem anderen amerikanischen Experten, Henry Jenkins –, und das Aluminiumwerk, das einzigartig war in Rußland – von Frankreich gebaut – und eines der größten der Welt.

Wir fuhren mit dem Wagen über den riesigen Damm und ver-

brachten mehrere Stunden in den Turbinenräumen. Man sprach in großer Bewunderung und Zuneigung von Oberst Cooper.

Der Dammbau, so sagten sie, wurde im Jahr 1927 begonnen und war im Jahr 1932 fertig. Der Boulder-Damm (Hoover-Damm) war erst im Jahr 1936 fertiggestellt. Der sowjetische Damm wurde im Jahr 1941 teilweise und im Jahr 1943 völlig zerstört und zwischen 1944 und 1949 wieder aufgebaut.

Die Hilfe der USA geht bis heute weiter

Er versorgte ein Gebiet von 80 000 Quadratmeilen. Die größte Reichweite für die Stromübertragung betrug 500 Meilen. Für die Winterzeit gibt es weitere Dampferzeuger-Hilfsanlagen. Eine dieser Anlagen verfügt über etwa 2000 Nebenstationen in den landwirtschaftlichen Gebieten, von denen aus Strom in ein ländliches Elektrizitätsnetz geht, vergleichbar den Versorgungsplänen der amerikanischen Elektrizitätsgesellschaften TVA und REA.«

Davies berichtet in seinem Buch weiter: »In der Nähe des Dammes war zu der Zeit eine amerikanische Firma mit der Montage eines Warm- und Kaltbandwalzwerkes und einer Adjustage befaßt. Die amerikanischen Maschinen für diese Anlage allein, so sagte der Direktor, kosteten vier Millionen Dollar. Es gab nur zwei andere vergleichbare Feinblechwalzwerke auf der Welt, und diese beiden befanden sich in den Vereinigten Staaten. Nach Fertigstellung würden die Stahlwerke 35 000 Leute beschäftigen.«

In den verschiedenen Fertigungsstätten, die Davies besichtigte und beschrieb, stellte er fest, daß die meisten Maschinen entweder »amerikanische oder deutsche Fabrikate waren«.

Und so geht es weiter. Die amerikanische Hilfe an die kommunistische Regierung im Kreml hält bis zum heutigen Tag an und stützt damit die kommunistischen Mächte, die auf die Vollendung der Weltrevolution aus sind. □

Sowjetunion

US-Know-how für die Modernisierung

Mike Blair

Die Vereinigten Staaten gaben der Sowjetunion in den zwanziger und dreißiger Jahren unumwunden massive technologische Unterstützung, was dazu beigetragen hat, das kommunistische Regime zu der Industriemacht werden zu lassen, die es heute ist.

Georgi Arbatov ist Direktor des Instituts für amerikanische und kanadische Studien in Moskau, Mitglied des Zentralkomitees der sowjetischen Kommunistischen Partei und ein Vertreter des Obersten Sowjet. Er ist der Experte des Kreml für Amerika.

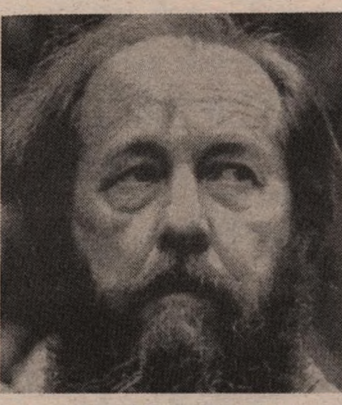
Ein großes Risiko für die USA

In einem Interview skizzierte Arbatov, wie sehr die Vereinigten Staaten den Sowjets in jenen frühen Jahren bei der Entwicklung der UdSSR geholfen haben.

Arbatov: »Es gab viele Beispiele amerikanischen guten Willens, einer realistischen Annäherung und wahrhaft großzügige Bemühungen.

Anfang der zwanziger Jahre, zu einer Zeit großer wirtschaftlicher Belastungen und Hungersnot in unserem Land, kamen viele – etwa 10 000 Amerikaner – über die Gesellschaft für technische Unterstützung nach Sowjetrußland, um beim Wiederaufbau unseres Landes mitzuhelfen.

Amerikanische und sowjetische Arbeiter und Spezialisten arbeiteten Seite an Seite und schufen Farmen und andere Betriebe. Zu diesem Zweck wurden beträchtliche Geldsummen in den Vereinigten Staaten aufgebracht.



Alexander Solschenizyn erinnert den Westen daran, daß die Chinesen an Versprechen gegenüber den Kommunisten gebunden sind.

Die Amerikaner haben sogar ein großes persönliches Risiko auf sich genommen, wenn man die antikommunistische Hysterie, die in den USA zu jener Zeit herrschte, in Betracht zieht.«

Arbatow fährt fort: »Doch das Gefühl der Solidarität und das große Interesse an dem einzigartigen revolutionären Experiment waren stärker. Gleichzeitig fanden es immer mehr amerikanische Geschäftsleute lukrativ, mit Sowjetrußland ins Geschäft zu kommen. Wir boten ihnen Verträge zu guten Bedingungen an, und sie kamen.

Die Gesamtzahl amerikanischer Geschäftsleute, die mit uns Geschäfte machten, belief sich zu jener Zeit auf 2000. Anfang der dreißiger Jahre arbeiteten etwa 40 US-Firmen hier, einschließlich solcher Giganten wie die Ford Motor Company und General Electric.

Dummköpfe lernen nie dazu

Viele tausend amerikanische Arbeiter und Spezialisten arbeiteten hier. Zu jenen, die beim Bau unseres ersten großen Automobilwerkes in Gorki mithalfen, gehörten Walter und Victor Reuther, die später in der amerikanischen Arbeiterbewegung Berühmtheit erlangten.

Einige Amerikaner bekamen hohe Auszeichnungen durch unseren Staat wie Hugh Cooper, der uns dabei unterstützte, das erste große Wasserwerk zu bauen.«

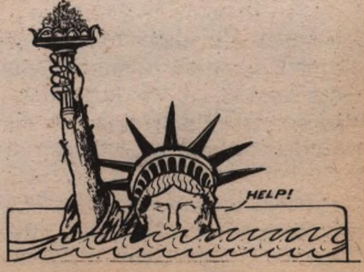
Die Lieferung von Technologie und Ausrüstung für die Entwicklung der Wasserkraftwerks-Einrichtungen an die Sowjetunion kommt der augenblicklichen Vereinbarung mit Rotchina gleich, gemäß der die Vereinigten Staaten Atomkraftwerke entwickeln werden.

Die unglaublichste Eröffnung machte Arbatov hingegen, als er sagte: »Im Jahr 1931 gingen nicht weniger als 40 Prozent der gesamten amerikanischen Exporte an Industrieausrüstung in die Sowjetunion.«

Amerikanische Firmen rüsten sich bereits zum Geschäft mit Rotchina, um die lange Einkaufsliste der Pekinger Führung an technologischem Bedarf zu erfüllen.

Alexander Solschenizyn bemerkt, daß es die meisten amerikanischen Journalisten von den »Dächern pfeifen«, daß Rotchina an Versprechungen gebunden ist, und daß der Westen immer wieder vergißt, daß die Kommunisten bereits »vielfach betrogen haben«.

Doch die Geschichte ignorierend, hilft Uncle Sam den kommunistischen Regimen weiterhin weltweit. □



USA

Die Schulden wachsen immer schneller

Martin Burns

Die Linie des Establishments in bezug auf die amerikanische Wirtschaftspolitik ist erstaunlich flexibel und soll das Volk dazu bringen, die Weisheit zu akzeptieren, die von höherer Stelle geliefert wird. Die Männer und Frauen, die das US-Finanz- und Handelsministerium und das Federal Reserve System leiten, wissen, was am besten für den Bürger ist, schließlich verfügen sie über die statistischen Analysen und Computerausdrucke.

Stückweise wird diese Weisheit der Publikums- und Finanzpresse zugänglich gemacht. Probleme werden unter dem Blickwinkel ihrer Establishment-Lösungsvorschläge diskutiert und immer im Hinblick auf die Aufrechterhaltung jenes so schwer erfaßbaren Wertes, genannt Vertrauen.

Hohe Sozialausgaben und zu viele Steuern

Vertrauen ist schließlich, was die Bankkunden davon abhält, eines Morgens vor ihrer Bank Schlange zu stehen und ihre Bankeinlagen sofort in bar zu verlangen, Geld, was einfach nicht vorhanden ist.

Als Ronald Reagan sein Amt antrat, war das Problem zu viele »Sozialausgaben« und zu hohe Steuern. Die Steuern sind im Jahr 1981 zwar gekürzt worden, doch die Ausgaben wurden kaum angetastet.

Dann wurde das Defizit zum Problem und die Steuersenkung des Jahres 1981 wurde teilweise wieder aufgehoben, indem die Gewerbesteuer angehoben wurde, indem Abzüge gekürzt und »Befolgungsmaßnahmen« der Steuerbehörde (IRS) verstärkt wurden. Als dies scheiterte, sollte der Gramm-Rudman-Hollings-Gesetzentwurf einem verschwenderischen US-Kongreß Disziplin auferlegen.

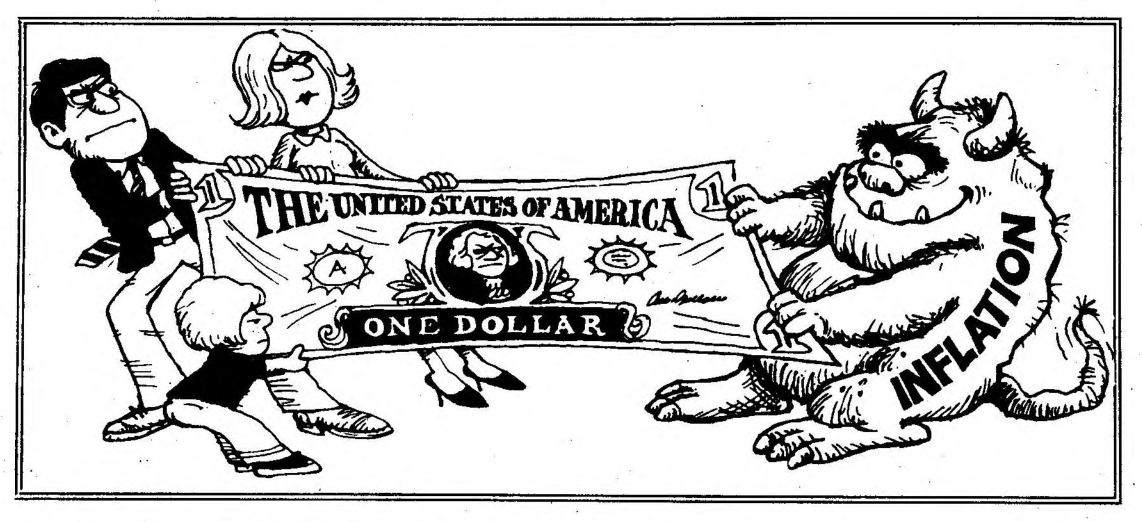
Jetzt, wo Gramm-Rudman Realität ist, sehen sich die Amerikaner schließlich mit der Steuerrealität konfrontiert – schmerzliche Kürzungen in Militär- und Sozialausgaben werden vorgenommen und die Einnahmen werden weiter »verstärkt« durch höhere Verbrauchersteuern.

Die Wahrheit ist jedoch, daß die USA bei den Ausgaben der öffentlichen Hand nicht der Realität ins Auge sehen. Es ist schlimm genug, daß die Regierung bei Millionen von Amerikanern hohe, schwebende Schulden hat, den Amerikanern, die hoffen, eines Tages Sozialversicherungsbeiträge und Beamtenpensionen zu kassieren, und daß Amerikas Infrastruktur – die Straßen, Brücken, Dämme und Flughäfen – schneller kaputtgehen als sie repariert werden können.

Diese Probleme werden in der Establishment-Presse diskutiert, um Steuererhöhungen zu rechtfertigen, da hier jährlich Hunderte von Milliarden Dollar verbraucht werden.

Doch das wahre Problem ist viel größer als diese »sicheren« Diskussionsthemen und wird von der amerikanischen Establishment-Presse ignoriert sowie von der Bürokratie, die über diesem beispiellosen Durcheinander steht, falsch dargestellt, wenn es überhaupt erwähnt wird.

Die Bruttoschuld des Bundes der amerikanischen Staaten, also der USA, betrug im Jahr 1940 50,696 Milliarden Dollar und stieg bis zum Jahr 1986 auf 2,112 Billionen Dollar. In den Jahren des Zweiten Weltkrieges gab es eine größere Schuldenexplosion. In den unmittelbaren Nachkriegsjahren sanken absolut gesehen die Schulden mehr oder wenig; sie stiegen dann aber bis 1982 auf 1,146 Billionen Dollar an.



Die Schulden-Eskalation in den USA

Das Establishment erzählt den Amerikanern seit Jahren, daß die Schlüsselzahl nicht der Schuldenbruttobetrag in Dollar sei, sondern die Schulden als Prozentsatz des Bruttosozialprodukts (BSP) zu sehen sind. Die USA seien ein reiches, wachsendes und produktives Land, dessen Schuldenlast, relativ gesehen, sinkt.

Im Rückblick sieht auch die Schulden-Eskalation in den unmittelbaren Nachkriegsjahren nicht so schlecht aus. Sie fielen in den Jahren 1947 und 1948 sogar im Dollar-Nennwert. Die hohe Schuldenlast von knapp 271 Milliarden Dollar (1946) wurde bis zum Jahr 1955 nicht überschritten.

Im Jahr 1962 stiegen die Schulden auf 300 Milliarden Dollar und neun Jahre später – im Jahr 1971 – überschritten sie 400 Milliarden Dollar.

Ein Jahrzehnt später – im Jahr 1981 – hatte sich diese nominelle Schuld auf 150 Prozent – knapp über eine Billion Dollar – erhöht. Das war allerdings in einer Zeit der am längsten anhaltenden Inflation, die die USA seit dem Bürgerkrieg erlebt hat, und die Schulden fielen tatsächlich als Prozentsatz vom BSP von 38,7 Prozent auf 33,6 Prozent.

Das folgende Jahr – das Steuerjahr 1982 –, das erste volle Steuerjahr in der Reagan-Regierung, war das erste Jahr überhaupt mit einer dreistelligen Zahl an Defiziten, die über 100 Milliarden Dollar hinausgingen. In diesem Jahr stiegen die Schulden auch wieder als ein Prozentsatz des BSP und sie sind seither rasch auf über 51 Prozent des BSP angestiegen.

Reagan wurde mit dem Versprechen gewählt, die verschwende-

rischen Regierungsausgaben unter Kontrolle zu bekommen. Statt dessen hat er routinemäßig jedes Jahr Defizite fabriziert, die die kumulativen Schulden bis 1944 (204 Milliarden Dollar) – auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkrieges – noch überschreiten und fast dem entsprechen, was in den Zeiten des Vietnam-Krieges zwischen 1965 und 1975 noch hinzukam (221 Milliarden Dollar).

Schuldenexplosion auch ohne Krieg

Ich erinnere mich an eine der letzten Handlungen des Kongresses im Jahr 1980, nach der Wahl von Reagan zum Präsidenten und nach der Wahl eines republikanischen Senats. Die Schuldengrenze sollte auf 995 Milliarden Dollar angehoben werden.

Die Grenze mußte angehoben werden, und doch hatten die Demokraten im vorhergehenden Kongreß mit den republikanischen Vorschlägen zur Anhebung auf »realistischere« 1,2 Billionen Dollar kurzen Prozeß gemacht. Sie wollten die Grand Old Party (Republikaner) als eine ihrer ersten Handlungen bei der Machtübernahme im Jahr 1981 dazu zwingen, die Schulden über die »symbolische« Eine-Billion-Grenze hinaus anzuheben.

Die Republikaner waren außer sich vor Wut. Sie behaupteten, sie würden gezwungen, sämtliche Ausgabenprogramme zu finanzieren, die die Demokraten seit dem New Deal dem Land aufgehalst hätten. Köpfe würden rollen und Dinge würden sich wandeln, das erzählten sie zumindest den Demokraten und dem amerikanischen Volk.

Ja, die Dinge wandelten sich tatsächlich: es wurde schlimmer.

Nach Scheinkürzungen in den Ausgaben im Inland und einer im Jahr 1981 durchgeführten Steuersenkung – die stückweise jetzt wieder aufgehoben ist –, hat die republikanische Regierung die öffentliche Schuld bis zum Jahr 1986 auf 2,112 Billionen Dollar gebracht und damit mehr als verdoppelt.

Diese massive Schuldenexplosion trat auf, ohne daß ein Krieg geführt wurde und in einer Zeit allgemeinen wirtschaftlichen Wohlstandes, wobei lediglich die Rezession der Jahre 1981/82 eine Ausnahme war.

Sollten die USA eine weitere Rezession erleben oder in einen Krieg in Mittelamerika oder dem Nahen Osten verwickelt werden, würden die US-Schulden mit Sicherheit noch rascher explodieren mit möglicherweise destabilisierenden Folgen für die Wirtschaft.

Das Establishment gibt dem Volk die Schuld für diese Misere. »Das amerikanische Volk will all diese Regierungsprogramme, doch es ist nicht bereit, die Steuern dafür zu bezahlen«, wird den US-Bürgern gesagt.

Die Wahrheit ist natürlich, daß die Politiker der beiden großen Parteien um Wählerstimmen wetteifern, indem sie Interessengruppen mit Ausgabenprogrammen bestechen. Die Republikaner sind daran ebenso schuld wie die Demokraten – ungeachtet ihrer Rufe nach »steuerlicher Verantwortung«.

David Stockman schrieb dazu in seinem Buch »The Triumph of Politics« im Jahr 1986: »Zwischen den Jahren 1956 und 1977 hat der Kongreß 13 wichtige Gesetze zur Erweiterung und Liberalisierung von Sozialversicherungsprogrammen verabschiedet. Dazu gehörten im Jahr 1956 das Invaliditätsprogramm, im Jahr 1965 die Gesundheitsfürsorge für über 65jährige, große Erhöhungen der Versicherungsleistungen Anfang der siebziger Jahre und die automatische Indexierung der Sozialversicherung im Jahr 1972. Mehr als zwei Jahrzehnte lang haben durchschnittlich 80 Prozent der Republikaner im Repräsentantenhaus und 90 Prozent der Republikaner im Senat für diese Expansionsprogramme gestimmt.«

Die Schulden steigen weiter und schneller

Die Republikaner haben sich unter die Verschwender begeben. Jetzt müssen sie die Bücher frisieren, um vor dem amerikanischen Volk und dem Rest der Welt ihre gesetzeswidrigen Handlungen mit den öffentlichen Geldern zu verbergen. Zu diesem Zweck müssen sie zahlreiche buchhalterische und fiskalische Kniffe anwenden, die für die Öffentlichkeit und auch den Kongreß nicht sofort offenkundig sind.

Daß sie dies tun, ist offensichtlich. Viele Amerikaner glauben, die gesamte Staatsschuld sei die Summe aller Defizite aus der Vergangenheit. Das ist nicht der Fall.

Zwischen den Jahren 1990 und 1991 wird die amerikanische Bruttostaatsschuld voraussichtlich um 135,4 Milliarden Dollar steigen, wenn nach dem Gramm-Rudman-Gesetz der Haushalt einen Überschuß von 1,3 Milliarden Dollar ausweist.

Diese Schuldenerhöhung basiert tatsächlich darauf, daß dieser Überschuß erreicht wird; sollte sich der Haushalt im Jahr 1991 im Defizit befinden – was sicher der Fall sein wird –, so wird dieser Schuldenanstieg noch größer sein.

US-Senator William Proxmire schätzt, daß eine mäßige Rezession zu jährlichen Defiziten von 300 bis 400 Milliarden Dollar führen werde, da die Steuereinnahmen fallen und die Nachfrage nach öffentlichen Beitrags- und Dienstleistungen in die Höhe schnellen könnten.

Das würde in Zahlen bedeuten, daß der voraussichtliche Anstieg der US-Schulden auf knapp unter drei Billionen Dollar bis zum Jahr 1991 zu erwarten ist.

Das Establishment versucht den Umfang sowohl des Jahresdefizits als auch der kumulativen Staatsschuld vor dem amerikanischen Volk zu verbergen. Diese Details werden im allgemeinen in der Berichterstattung an den Kongreß im dunkeln gelassen.

Es ist fast so, als wollte der US-Kongreß gar nicht wissen, was wirklich vor sich geht, aus Furcht davor, daß man ihn nicht dazu zwingen möge, wirklich rigorose Entscheidungen in der Ausgabenpolitik zu treffen.

Eine der heimtückischsten Methoden des Herunterspielens des Umfangs des gegenwärtigen Defizits ist die »kreative« Behandlung der Überschüsse im staatlichen Treuhandvermögen, insbesondere der Sozialversicherung. Als Ergebnis der kürzlich durchgeführten Erhöhungen in den Sozialversicherungssteuern verfügen die Treuhandfonds für Sozial-, Alters- und Hinterbliebenenversorgung und der Treuhandfonds für die Gesundheitsfürsorge der über 65jährigen derzeit über große Überschüsse; sie nehmen jährlich Milliarden Dollar mehr ein, als sie an Versicherungsleistungen auszahlen.

Monopoli spielen mit dem Geld anderer

Das ist eine kluge, doch nicht ausreichende Vorbereitung für die »Zeit der Not«, die um das Jahr 2010 herum ausbrechen wird, wenn die Baby-Boom-Generation – die heutige Jugend – ins Rentenalter kommen wird.

Der derzeitige Überschuß in jedem dieser Fonds wird der Einnahmenseite zugeschrieben, wenn das Defizit eines jeden Steuerjahres errechnet wird. Wenn im Jahr 1991 nach derzeitigen Planungen ein Überschuß von 1,4 Milliarden Dollar gemäß Gramm-Rudman-Gesetz nötig sein wird, wird ein Defizit von 65,6 Milliarden Dollar an anderer Stelle gegen einen geplanten Überschuß von 67 Milliarden Dollar bei den Einnahmen in der Sozial-, Alters- und Hinterbliebenenversorgung und der Gesundheitsfürsorge für die über 65jährigen aufgerechnet. Andernfalls gäbe es keinerlei Hoffnung, die Zielsetzungen des Gramm-Rudman-Gesetzes zu erreichen.

Diese Überschüsse werden jedoch nicht als Banknoten der Federal Reserve Bank unter den Tisch gekehrt. Sie werden in Wertpapieren des US-Schatzamtes investiert, deren Zinsen in die Treuhandfonds gehen.

Das Schatzamt ist ebenso verpflichtet, diesen Überschuß und die Zinsen darauf an künftige Sozialversicherungsempfänger und Empfänger der Krankenversicherungsleistungen zu zahlen, wie es Kapitalsumme und Zinsen an ausländische Käufer von Schatzamt-Schuldscheinen und die Kapitalsammelstellen zahlt, die Staatsanleihen in ihren täglichen Monopoli-Spielen mit dem Geld anderer Leute verwenden.

Die Überschüsse in diesen beiden Treuhandfonds werden bei der Berechnung des Defizits des Jahres 1991 oder des Defizits ir-

USA

Die Schulden wachsen immer schneller

gendeines anderen der letzten Jahre nicht als Staatsschuld gerechnet. Die einfache Logik der doppelten Buchführung sollte verlangen, daß die Erhöhung der Bruttostaatsschuld durch den geplanten Kauf von 67 Milliarden Dollar an neuen Staatspapieren sich in den Defizitzahlen jenes Jahres widerspiegelt, doch diese logische Forderung wird einfach ignoriert.

Ein weiteres offenkundiges Beispiel ist der Treuhandfonds der amerikanischen Bundesluftfahrtbehörde. Dieser Fonds hat derzeit einen Überschuß von acht Milliarden Dollar, Gelder, die nach dem Gesetz für den Bau und die Modernisierung von Flughäfen und den Betrieb sowie die Verbesserung des Kontrollsystems im Luftverkehr bestimmt sind.

Die Überschüsse dieses Fonds werden ganz genauso behandelt wie jene des Sozialversicherungs-Systems: sie werden in Staatspapieren angelegt, doch nicht gegen die derzeitigen Defizite aufgerechnet.

Zu einer Zeit, wo die amerikanischen Flughäfen und das US-Luftverkehrs-Kontrollsystem gefährlich überlastet sind, sitzt die Reagan-Regierung aus etatmäßigen Gründen auf diesen Geldern und setzt damit die Sicherheit der Passagiere aufs Spiel.

Verschleierung von Defiziten

Wenn diese Gelder für die sie bestimmten Zwecke freigegeben würden, wie das der Fall sein sollte, könnten Flugreisen sicherer sein, und es würden Zehntausende dringend benötigter Arbeitsplätze geschaffen – doch da dies unter den derzeitigen Buchhaltungspraktiken dazu führen würde, daß sich das Defizit für jeden Dollar an Überschußgeldern, der für benötigte Verbesserungen ausgegeben würde, um einen Dollar erhöht, werden die Horrorgeschichten im amerikanischen Flugreiseverkehr wahrscheinlich noch viele Jahre Tatsache bleiben.

Das Herumjonglieren mit den Überschüssen in den Treuhandfonds des Staates ist die bevorzugte Art der amerikanischen Regierung, das derzeitige Defizit herunterzuspielen; das Herunterspielen des Ausmaßes der gesamten amerikanischen Ausgaben-Verpflichtungen erfolgt bevorzugt durch die Existenz »noch nicht ausgegebener, jedoch bereits verplanter Etatüberschüsse«.

Es gibt zwei Komponenten bei den noch nicht ausgegebenen, jedoch bereits verplanten Etatüberschüssen: die sogenannten ausgegebenen, jedoch noch nicht angewiesenen Haushaltsmittel und die noch nicht ausgegebenen Haushaltsmittel. Ausgegebene, jedoch nicht angewiesene Haushaltsmittel sind bereits eingegangene Verbindlichkeiten, das heißt Beschaffungsaufträge, die bereits unterzeichnet wurden, für die die Regierung jedoch noch keine Zahlungen geleistet hat.

Zum Beispiel kann das amerikanische Verteidigungsministerium Hunderte oder gar Tausende von Panzern und Kampfflugzeugen zur Lieferung in künftigen Jahren bestellt haben, die Gelder dafür jedoch noch nicht zugewiesen haben.

Oder das US-Innenministerium hat vielleicht zweckgebundene Beträge für den Erwerb neuer Nationalparks und nationaler Monumente zur Verfügung, aber die Orte dafür noch nicht ausgewählt oder zuvor ausgewählte Standorte noch nicht erworben. Wenn vom Gesetz zugelassen – und das ist oft der Fall – kann diese Ausgabenermächtigung in künftige Steuerjahre übertragen werden.

Ob es sich nun um ausgegebene oder noch nicht ausgegebene Haushaltsmittel handelt, beide Arten von bereitgestellten Geldern stellen offizielle Verpflichtungen der amerikanischen Regierung dar, Geld auszugeben, das sich nicht in der Bruttostaatsschuld widerspiegelt. Während es sich bei diesen Verpflichtungen nicht um Kreditoren im streng buchhalterischen Sinn handelt, so könnte das doch sehr wohl der Fall sein.

Es kommt selten vor, daß ausgegebene oder nicht ausgegebene Haushaltsmittel dieser Definition abgeschrieben werden oder nicht verausgabt verfallen.

Im Jahr 1986 betrug die gesamte kumulative, nicht verausgabte Ausgabenbewilligung für die künftigen Jahre 1025,9 Milliarden Dollar. Im Jahr 1985 verfielen lediglich 5,7 Milliarden Dollar an Ausgabenbewilligungen nicht verausgabt.

Dazu gehören Verschwendung, Betrug und Mißbrauch

Diese Gesamtsumme an nicht verausgabten Ausgabebewilligungen kommt tatsächlich als nicht bestätigter Zusatz zu der Bruttostaatsschuld von zwei Billionen Dollar hinzu und sie wächst jedes Jahr. In dem Augenblick, wo diese Gelder dann ausgegeben werden, vergrößert sich die Bruttostaatsschuld weiter.

Es ist absolut zwecklos zu glauben, das Ausmaß der Staatsverschuldung könne zu irgendeinem Zeitpunkt in naher Zukunft reduziert werden. In jede Diskussion über Defizite müssen die berühmten Begleiter Verschwendung, Betrug und Mißbrauch miteinbezogen werden.

Und Ronald Reagan wollte beim Amtsantritt als Präsident der Vereinigten Staaten dies alles in Ordnung bringen!

Die Wahrheit ist, daß dem Ausschuß des US-Repräsentantenhauses für Regierungs-Transaktionen zufolge jährlich etwa 50 Milliarden Dollar aus dem Bundeshaushalt und der Kreditaufnahme der öffentlichen Hand verlorengehen, gestohlen, unrechtmäßig verwendet oder fehlgeleitet werden. Diese Verluste sind zurückzuführen auf Schlamperei, Bestechlichkeit oder andere Unzulänglichkeiten in der Regierung und der sie tragenden Bürokratie.

Das beinhaltet auch regelrechte Diebstähle wie den eines Angestellten im US-Verkehrsministerium, der mit Hilfe der Computer seines Ministeriums 800 000 Dollar veruntreute; Angestellte der Steuerbehörde, die unrechtmäßige Steuerrückzahlungen an sich selbst oder ihre Kollegen veranlaßten, sowie den um sich greifenden Wed-Tech-Skandal.

Wed-Tech ist typisch für den Betrug, wie er in dem »Reservierungsprogramm für Minderheiten« im Zusammenhang mit der Vergabe von Staatsaufträgen üblich ist und in den US-Justizminister Edward Meese direkt verwickelt ist, der dazu beigetragen hat, die Vergabe von Regierungsaufträgen zu erleichtern.

Fast 50 Prozent des Geschäftskreditbestandes im US-Handelsministerium sind im Rückstand oder Verzug. Die Mittelstandsbehörde genießt den Ruf, daß sie Kreditanträge nicht in angemessener Weise analysiert und Kredite auf gänzlich unangemessener Basis genehmigt.

Das US-Justizministerium ist nachlässig bei der Handhabung von eingezogenen Vermögenswerten, insbesondere jenen von Drogenhändlern. Yachten, Autos und Flugzeuge, die beschlagnahmt worden sind, wurden für etwa 50 Prozent ihres Wertes veräußert.

Kostenlose Lebensmittelabschnitte im Wert von über einer Milliarde Dollar werden jährlich zuviel ausgegeben und nur ein Prozent dieses Betrages wird wieder hereingeholt.

Der Diebstahl und Verlust von Schecks des amerikanischen Schatzamtes ist ungeheuer groß, doch der genaue Umfang wurde aufgrund unangemessener Buchhaltungsverfahren im Schatzamt niemals genau festgestellt. Seltsamerweise jedoch versucht das Schatzamt selten die Legitimation des ursprünglichen Schecks festzustellen, wenn ein Duplikat ausgestellt worden ist.

Das Herumspielen mit den Treuhandfonds, noch nicht ausgegebene, doch bereits verplante Etatüberschüsse und Verschwendung sind die offensichtlichen Gründe dafür, daß Defizit und Schulden in der amerikanischen Regierung nicht unter Kontrolle sind.

Es fehlt eine korrekte Buchführung

Es gibt viele Regierungsbehörden oder halbstaatliche Behörden, die ohne ordnungsgemäße Buchführung arbeiten und deren Einnahmen und Ausgaben nirgendwo in den derzeitigen Defiziten oder der Bruttostaatsschuld erscheinen. Es handelt sich dabei nicht um die schwebenden Verbindlichkeiten der Sozialversicherung und anderer staatlicher Rentensysteme. Die-

se Gelder – von denen wie gesagt es jetzt Überschüsse gibt – werden durch die Möglichkeiten und die Bereitschaft künftiger Generationen Steuer zu zahlen und anderweitige Beschaffung von Geld für die künftigen Rentner finanziert.

Es geht hier vielmehr um Organisationen wie die ländliche Elektrizitätsbehörde und die amerikanische Eisenbahnverwaltung, deren Hauptarbeit getan ist und die für ihre Gläubiger oder den Staatssäckel kaum eine Gefahr darstellen, bis hin zu weitaus bedeutenderen Behörden wie die Strategic Petroleum Reserve, die Pension Benefit Guarentee Corporation (Pensionsversicherungsverein) und den amerikanischen Postdienst.

Sollte eine dieser Behörden größere Verluste erleiden, kann man sicher sein, daß das amerikanische Schatzamt ihnen auf Dank der sogenannten Privatisierung der Post, die vormals den Steuerzahlern gehörte, wie es die amerikanische Verfassung vorschreibt, hat die Post langfristige Schuldscheine im Wert von 1,5 Milliarden Dollar, die an die Federal Financing Bank zahlbar sind.

Ein Organ mit potentiell endlosen Verbindlichkeiten ist der Pensionsversicherungsverein (PBGC), der garantieren soll, daß Angestellte mit Anspruchserwerb auf Pensionszahlungen von seiten des Arbeitgebers diese bei Antritt des Ruhestandes auch gezahlt bekommen. Doch da Importe zunehmend die amerikanischen Produkte verdrängen, sind viele amerikanische Firmen zusammengebrochen und ihre schwebenden Verpflichtungen wurden vom PBGC übernommen.

Andere Firmen verwickeln sich doch nicht die staatliche Anleihegarantien – bei der Bruttostaatsschuld mitgezählt werden, werden sie jedoch nicht gegen die bereitgestellten Mittel aufgerechnet und somit nicht gegen das Defizit des laufenden Jahres.

Zusammen mit dem Herumspielen bei den Treuhandfonds-Überschüssen ist das ein Hauptgrund dafür, daß die amerikanische Staatsschuld stärker ansteigt als das zugestandene Defizit.

Zum 31. Oktober 1984 verfügte die Federal Financing Bank über Vermögenswerte von insgesamt 145 Milliarden Dollar einschließlich Geldern, die an die Farmverwaltung, die Export-Import-Bank, die Tennessee-Valley-Behörde und verschiedene andere Programme der Ministerien für Gesundheit, für Erziehung, für Städteplanung, des Innen- und Transportministeriums gingen,



die eine oder andere Art und Weise unter die Arme greifen beziehungsweise sie aufkaufen wird.

Dies geschah im Jahr 1984 zum Beispiel mit der Continental Illinois Bank, indem den Einlegern ihre Gelder selbst in Höhe von über 100 000 Dollar pro Einleger von der Federal Deposit Insurance Corporation garantiert wurden. Die US-Regierung würde für eines ihrer eigenen Geschöpfe sicher nicht weniger tun.

Keiner kennt die wahre Staatsschuld

Die US-Post macht derzeit Überstunden und arbeitet soeben auf Rentabilitätsschwelle – ohne Gewinn und Verlust. Offiziell jetzt unabhängig vom Staat, erhöht sie ihre Gebühren nach Bedarf, um angemessene Einnahmen sicherzustellen.

in »Umstrukturierungsmaßnahmen«, um »wettbewerbsfähiger« zu werden und ergreifen damit die Gelegenheit, ihre Pensionszahlungsverpflichtungen abzuladen. Damit übernimmt die gänzlich staatliche Organisation deren künftige Pensionszahlungsverpflichtungen.

Der Hauptmotor für die Erhöhung der Gesamtschulden bei Ausgleich des US-Haushalts ist – wenn man den Prophezeiungen für das Jahr 1991 beispielsweise Glauben schenken darf – die Federal Financing Bank.

Diese Bank, in dessen Aufsichtsrat der amerikanische Finanzminister den Vorsitz führt, wurde im Jahr 1973 zur Koordinierung der Kreditaufnahme durch Regierungsbehörden geschaffen, die einen über die direkt vom Kongreß bewilligten Gelder hinausgehenden Finanzbedarf haben. Während diese Kredite – und 177 Millionen Dollar zur Finanzierung des 101 Meilen großen Washingtoner U-Bahn-Systems zusätzlich zu den zuvor erwähnten Programmen.

Wann endet das Katz-und-Maus-Spiel?

Jeder, der in der Gegend von Washington gelebt hat, wird berichten, daß es sich dabei um ein völlig unrentables Projekt handelt, dessen Einnahmen aus den Fahrtkosten lediglich etwa 50 Prozent der Betriebskosten dekken, ganz zu schweigen von der Rückzahlung der Baudarlehen und Kredite für den Wagenpark.

Der Bedarf der Federal Financing Bank ist unter Umständen endlos. Der amerikanische Finanzminister muß einen qualifizierten Kreditantrag der Behörde innerhalb von 120 Tagen nach Antragstellung genehmigen, selbst wenn er ihn nicht genehmigt, kann er ihn nur um vier Monate hinauszögern.

Was passiert, wenn die kumulative Wirkung dieser Kredite droht die Schuldengrenze zu überschreiten? Der US-Kongreß muß den Höchstbetrag anheben, um es der Regierung zu ermöglichen, ihre Geschäfte zu tätigen. Dies führt häufig zu einem Katz-und-Maus-Spiel zwischen der gegenwärtigen Regierung und dem Kongreß über Dinge, die zu der umfassenderen Frage der unkontrollierten Ausgabenwirtschaft in keinem Zusammenhang stehen, mit dem Ergebnis, daß die Regierung davon bedroht ist, völlig lahmgelegt zu werden, bis die Schuldengrenze wieder erhöht wird.

Regierungsbehörden, die Kredite vergeben – wie das US-Innen- und Transportministerium an die Washingtoner U-Bahn –, können ihre Darlehensbewilligung »erhöhen«, indem sie ihre Forderung an die Federal Financing Bank verkaufen und den Erlös dieses »Verkaufs« in unbegrenzter Form für die Zukunft wieder verleihen. Sollte sich der Kredit als zweifelhafte Forderung erweisen, ist wieder einmal der Steuerzahler der Dumme.

Noch heimtückischer ist allerdings die Möglichkeit der Federal Financing Bank, »garantierte« Bundesanleihen in direkte Regierungsanleihen zu verwandeln. Dies geschieht einfach durch Kauf staatlich garantierter Darlehen wie Studentendarlehen oder Auslandskredite zum Kauf von militärischer Hardware. Die Federal Financing Bank bekommt dann den »Gewinn«, wenn die Zinsen gezahlt werden, doch sie muß auch den Verlust zu 100 Cents je Dollar tragen, wenn der Kreditnehmer zahlungsunfähig wird.

Durch die indirekte Kreditvergabe der Federal Financing Bank an Regierungsbehörden und den Kauf staatlich garantierter Anleihen durch diese Bank ist es einfach möglich, die Staatsausgaben zu erhöhen, indem diese Ausgaben als Kredite gezählt werden. Kredite sind schließlich für den Kreditgeber Vermögenswerte, da sie Zinsen einbringen. Doch Kredite für Zwecke der öffentlichen Hand werden öfter zu politischen als zu wirtschaftlichen Zwecken aufgenommen. □

USA

Der Mann hinter George Shultz

Michael Collins Piper

Während der amerikanische Oberstleutnant Oliver North Zeugenaussagen in den Anhörungen des US-Kongresses im Iran-Israel-Contra-Waffenskandal machte, wurden er sowie sein Anwalt, Brendan Sullivan, fast zu Volkshelden.

Der Anwalt, der den amerikanischen Außenminister George Shultz bei diesen Anhörungen vertrat, versuchte sich vielmehr behutsam vor den Kameras der Fernsehstationen zu verstecken, als Shultz seine Aussage machte. Doch wie sorgfältige Beobachter feststellen konnten, hat er in den Pausen den Kopf mit seinem Mandanten zusammengesteckt. Wer war dieser Mann, der Shultz beratend zur Seite stand? Kein anderer als der umstrittene Abraham Sofaer.

Interessenkonflikt wurde übergangen

Abraham Sofaers Name ist in den Vereinigten Staaten nicht allgemein bekannt, doch denjenigen, die sich etwas mit den Doppelt-Loyalen beschäftigen, schon vertraut. Der offizielle Rechtsberater im US-Außenministerium ist ein herausragender Establishment-»Deichsler« und bekannt für seine unerschütterliche Hingabe, mit der er die Interessen Israels innerhalb der amerikanischen Außenpolitik fördert.

Angesichts der Schlüsselrolle, die Israel in dem iranischen Waffenskandal spielte, sollte Sofaer aufgrund seiner Affinität zu Israel eigentlich von der Beeinflussung von Zeugenaussagen im Zusammenhang mit dieser Affäre disqualifiziert werden.

Doch dieser scheinbare Interessenkonflikt ist offenbar ohne Bedeutung für den US-Senator Daniel Inouye und das Mitglied des Repräsentantenhauses Lee Hamilton, die beide die Anhörungen leiteten.

Beobachter wiesen darauf hin, daß ihr Verhalten vielleicht auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß beide selbst langjährige und überzeugte Verfechter Israels sind, die wie viele andere Ausschußmitglieder von pro-israelischen politischen Aktionskomitees große Summen an Wahlkampfbeiträgen angenommen haben.

Es war Inouye, der zusammen mit Hamilton einen privaten Handel mit israelischen Beamten abgeschlossen hat, in dem garantiert wurde, daß jede Zeugenaussage, die sie machen würden im Zusammenhang mit ihrer Rolle im Skandal, nicht veröffentlicht werden würde. Deshalb sollte es keine wirkliche Überraschung sein, daß keiner der beiden Einwände gegen einen wichtigen pro-israelisch eingestellten Vertreter als Berater von US-Außenminister Shultz erhoben hat.

Sofaers Hintergrund ist äußerst interessant. In Indien als Sohn frommer, jüdischer Eltern geboren, kam er im Jahr 1948 in die Vereinigten Staaten. Hier schrieb er sich an der Yeshiva-Universität ein, die für eine ausgezeichnete Schulung von Rabbinern und Theologen sehr bekannt ist, und die er im Jahr 1962 abschloß.

Anschließend machte er an der Universität von New York einen juristischen Abschluß und arbeitete dann für Richter J. Skelly Wright, ein sehr liberales Mitglied des amerikanischen Berufungsgerichts im Distrikt von Columbia, und für den Beigeordneten am Obersten Bundesgericht der USA, Richter William Brennan.

Der Ruf steht auf dem Spiel

Nach einer kurzen Beschäftigungszeit als Anwaltsassistent in New York City und Rechtsprofessor an der Columbia-Universität nahm Sofaer eine Berufung zum Bundesrichter am US-Distriktgericht für den südlichen Distrikt von New York an, ein Posten, wo er für geschickte, juristische Taschenspielertricks in zahlreichen Fällen, die vor sein Gericht gebracht wurden, viel Beifall erhielt.

In seinem Richteramt gelangte er zu weitverbreiteter internationaler Publizität, als er einem Prozeß von ungeheuer großem Interesse für den Staat Israel und Partisanen des Nahost-Staates vorsaß, die die israelische Lobby in den USA ausmachen; es handelte sich dabei um das Verfahren in Sachen Verleumdungsklage des israelischen Generals Ariel Sharon gegen »Time-Magazin«.

»Es war ein historischer Prozeß, bei dem Israels Ruf ins Wanken geraten war. Sofaers Fähigkeit, juristische Argumentation zu einer selbstgebastelten Schlußfolgerung zu führen, beherrschte das Ergebnis. Die Geschworenen kamen zu dem Ergebnis, daß der ›Time‹-Bericht, in dem Sharon für das Flüchlingsmassaker durch libanesische Hilfskräfte, die unter seinem Kommando standen, verantwortlich gemacht wurde, falsch und verleumderisch war, ein Urteilsspruch, der jeder bekannten Tatsache über diese Greueltat zuwiderlief.«

Doch die Geschworenen waren auch der Meinung, daß »Time« nicht wirklich vorsätzlich handelte, eine Einschränkung, die dem Nachrichtenmagazin mehrere Millionen Dollar an Schadensersatzkosten einsparte. Sofaers Fähigkeit als juristischer Taschenspieler ermöglichten es zwei Schlüsselgruppierungen, die in einen bitteren Establishment-»Familienkampf« verwikkelt waren, aus dem Kampf zu kommen, jeder mit der Behauptung, den »Sieg« davongetragen zu haben.

»Wie ein guter Soldat . . .«

Kurz nachdem er in so hervorragender Weise den Vorsitz im Sharon-Prozeß geführt hatte, wurde Sofaer von US-Präsident Ronald Reagan nach Washington berufen, der den Richter zum Rechtsberater im Außenministerium ernannte. Das war im Juni 1985 – kurz vor Ausbruch des Pollard-Spionageskandals, der zu weitverbreiteter Skepsis über die vielgerühmte »spezielle« Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und Sofaers Favorit Israel führte.

»Warum sollte ein Mann bereit sein, eine Lebensaufgabe als Richter aufzugeben, um eine scheinbar weniger sichere Position wie die Ernennung anzunehmen, die er im Außenministerium antrat?«

Diese Frage stellte ich einem ehemaligen Diplomaten, der mit den amerikanischen Nahost-Angelegenheiten sehr vertraut ist. Die Antwort von ihm lautete: »Die israelische Lobby benötigte einen alten und verläßlichen Freund Israels wie Sofaer in dieser Schlüsselposition im US-Außenministerium, insbesondere zu einer Zeit, wo sich die amerikanisch-israelischen Beziehungen zu enträtseln begannen als Folge des Aufruhrs über den israelischen Spionageskandal.

Wie ein guter Soldat, der seinem Land gegenüber loyal ist, akzeptierte Sofaer den Posten und spielte schließlich eine Schlüsselrolle in der Untersuchung des Außenministeriums im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit.«

Der amerikanische Präsident ernannte Sofaer zum Vorsitzenden eines amerikanischen Rechtsteams, das damit beauftragt wurde, den Fall Pollard näher zu untersuchen. Und gemäß seinem Ruf als wertvoller Freund Israels ging Sofaer recht milde mit den israelischen Vertretern um, als er sie nach der Beziehung zu dem amerikanischen Verräter befragte, der in den Vereinigten Staaten für Israel spioniert hatte; Sofaer gewährte ihnen Immunität als Gegenleistung für ihre Kooperation! □

Nicaragua

Amerikas Fehler

George Nicholas

Schon im Jahr 1961 drängte ein führender Staatsmann und Soldat aus Mittelamerika, General Miguel Ydigoras Fuentes, der damalige Präsident von Guatemala, die Vereinigten Staaten, die sowjetischen Übergriffe in die westliche Hemisphäre mittels einer Marine-Blokkade zu beseitigen.

Der Vorschlag wurde jedoch vom inneren Kreis der Liberalen, den Verfechtern von »One World« und den Israel-Anhängern in Washington torpediert, die Schlüsselpositionen im Weißen Haus und im amerikanischen Außenministerium innehatten.

Strategische Irrtümer und viele Tabus

Im Jahr 1985 wurde das Konzept einer Marine-Blockade zur Eindämmung des kommunistischen Einflusses – diesmal in Nicaragua – erneut vom honduranischen Präsidenten Dr. Roberto Suazo und General Victor Mejias, dem Präsidenten Guatemalas, aufgebracht. Wie bei früheren Gelegenheiten wurde es vereitelt durch hochrangige Berater in der US-Regierung , denen der Schutz ihrer bürokratischen Imperien wichtiger war als das Nationalinteresse der USA.

Der effektive Einsatz einer Seeblockade, um die Kommunisten aus Mittelamerika herauszuhalten und die Macht der Aufständischen zu brechen, war lange ein Tabuthema unter hochrangigen Vertretern der nationalen Sicherheit der USA.

»Die meisten der Beamten im amerikanischen Verteidigungsministerium und im Geheimdienst, die in Washington tätig sind, vertreten bestimmte persönliche Interessen im Zusammenhang mit der Doktrin der ›Gegenrevolte‹ und der ›Kriegführung geringer Intensität‹, sobald sie einmal eine bestimmte Stufe in der Hierarchie erreicht haben«, sagte Dr. Janet Newswome, eine Physikerin, die an der Princeton-Universität auf strategische Studien spezialisiert ist.



John F. Kennedy machte beim Umgang mit den Kommunisten in der amerikanischen Hemisphäre schwere politische Fehler.

»Auf inoffizieller Ebene geben einige von ihnen zu, daß eine Marine-Blockade vielleicht die wirksamste militärische Maßnahme in Mittelamerika und der Karibik wäre. Doch sie behaupten, das würde die strategische Doktrin wie die Gegenrevolte untergraben, auf die sich die Macht der heutigen Verteidigungs-Hierarchie stützt.«

In einer Reihe von Interviews mit Verteidigungsexperten wie Dr. Newsome und diplomatischen sowie Geheimdienstquellen läßt sich die verborgene Geschichte amerikanischer strategischer Irrtümer und politischer Fiaskos in Mittelamerika rekonstruieren.

Mit der Schweinebucht fing alles an

Im Mai 1961 nahm US-Präsident John F. Kennedy unter peinlichen Umständen an einer Gipfelkonferenz mittelamerikanischer Staatsmänner in Costa Rica teil. Kaum einen Monat zuvor war der Versuch seiner Regierung, die Diktatur Fidel Castros in Kuba zu stürzen, im Debakel der Schweinebucht schmählich gescheitert.

Nachdem die offiziellen Sitzungen vorüber waren, nahm Ydigoras Kennedy für ein Gespräch unter vier Augen zur Seite. Das Staatsoberhaupt Guatemalas wies darauf hin, daß Castro dabei sei, Kuba in den »ersten sowjetischen Satelliten in der Karibik« zu verwandeln.

»Wir haben zunehmende Beweise für eine aggressive kubanische Infiltration und Subversion in meinem Land«, sagte Ydigoras, »die ausreichen würden, Castro zu dem Thema zur Rede zu stellen sowie ihm den Krieg zu erklären, wenn er dem nicht nachkommt.«

Sobald sich Kuba und Guatemala offiziell im Kriegszustand befinden würden, so der General, wären die Vereinigten Staaten durch Vereinbarungen und Vertragsbestimmungen der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) ermächtigt, ein Marine-Embargo gegen die beiden kriegführenden Parteien zu verhängen.

»Das würde auf eine Blockade Kubas hinauslaufen«, schlußfolgerte Ydigoras, »und Castro könnte in diesem Stadium dem Druck und den schwächenden Auswirkungen eines solch entscheidenden US-Manövers nichts entgegensetzen. Er müßte entweder nachgeben oder fallen.«

Zwölf Jahre nach diesem Treffen sah sich der nicaraguanische Präsident Anastasio Somoza – wie Ydigoras schon immer ein unerschütterlicher Verbündeter der USA – kubanisch-kommunistischer Subversion in seinem Land gegenüber.

In einem inoffiziellen Treffen mit US-Präsident Jimmy Carter, dem lediglich der Militärberater Somozas, Oberst Domingo Torres Lena, und Zbigniew Brzezinski, der nationale Sicherheitsberater des Weißen Hauses, beiwohnten, drängte das nicaraguanische Staatsoberhaupt Carter, »meine Regierung nicht der Mittel und der politischen Unterstützung zu berauben, die wir brauchen, um die Subversion durch die Kommunisten zu stoppen«.

Man überließ es Israel

Somoza schlug eine engere Zusammenarbeit zwischen dem amerikanischen Verteidigungsministerium und der nicaraguanischen Nationalgarde vor, mehr Austausch in Geheimdienstsachen bezüglich Gegenrevolte und eine amerikanische Schulungsmission von bis zu 100 Feldinstrukteuren, die im Dschungelkrieg spezialisiert sind.

»Brzezinski war anfangs dafür«, sagte ein Informant aus dem Weißen Haus, der mit den Protokollen des Treffens vertraut ist. »Doch Cyrus Vance (US-Außenminister unter Carter) griff Somozas Vorschlag an und argumentierte dahingehend, daß das nicaraguanische Regime ›reif ist für den Sturz‹, die Situation verlange Somoza zugunsten ›neuer Kräfte‹ fallenzulassen.

Als sich Andrew Pastor, Carters eigener Direktor des nationalen Sicherheitsrates für Lateinamerika, auf die Seite von Vance schlug, war Nicaraguas Schicksal besiegelt.«

Carter hat den Vorschlag des loyalen Staatsmanns aus Mittelamerika nicht nur abgelehnt, sondern Nägel mit Köpfen gemacht und die Hilfe für das Land gänzlich gestrichen. Er überließ es Israel, die Lücke mit teuren militärischen Lieferungen von fragwürdigem Nutzen zu füllen.

Obwohl er sich der kommunistischen Bedrohung in Mittelamerika bewußter ist als seine Vorgänger, scheint Präsident Reagan dabeizusein, ihre strategischen Irrtümer zu wiederholen.

»Die antikommunistischen Freischärler in Nicaragua, bekannt unter dem Namen Contras, haben gute Absichten und viel Mumm«, sagte Dr. Newsome. »Das Problem ist, daß sie als Söldner des CIA in den Kampf geschickt werden, anstatt eine autonome, nationalistische Kraft zu sein. Das untergräbt ihre Chancen auf einen Sieg. □

Nicaragua

Israels Profite beim Waffenhandel

Charles M. Fischbein

Während die amerikanische Regierung unter Ronald Reagan alles unternahm, um Unterstützung für die in Nicaragua kämpfenden antikommunistischen Contras zu bekommen, machte Israel Millionengewinne beim Verkauf von Waffen an beide Seiten in diesem Krieg.

Israel liefert schon seit langem Waffen nach Nicaragua. Schon im Jahr 1950 hat Shimon Peres, damaliger israelischer Verteidigungsminister, der Regierung Somoza Unterstützung und Waffen zur Verfügung gestellt.

Waffen für beide Seiten

Die Verbindungen Israels zu prominenten Politikern in Nicaragua begannen damit, daß Israel der Somoza-Familie etwas schuldete für die Unterstützung, die es im Unabhängigkeitskrieg des Jahres 1948 bekommen hat. Da viele jener, mit denen Israel in seinem Unabhängigkeitskrieg zu tun hatte, ihre Treueschwüre und politischen Überzeugungen in der Zwischenzeit in eine andere Richtung gelenkt haben, hat Israel wichtige Kontakte sowohl zu den Contras als auch zu den Sandinisten geknüpft.

Seit dem Jahr 1950 haben prominente israelische Waffenproduzenten und hochrangige israelische Diplomaten häufig Reisen nach Nicaragua unternommen. Im Jahr 1975 besuchte Uzi Galili zusammen mit dem Führer der Arbeiterpartei und ehemalige israelischen Verteidigungsminister Yigal Allon Nicaraguas Anastasio Somoza.

Dieses Treffen bereitete den Boden dafür, daß Israel im Jahr 1978 zu einem wichtigen Waffenlieferanten Nicaraguas wurde, nachdem die gesamte militärische und Zivilhilfe von den Vereinigten Staaten gestrichen wurde.

Diplomaten, die den Verhandlungen im Jahr 1979 beiwohnten, in denen man versuchte, Somoza zum Rücktritt zu bewegen und die Führung einem »geeigneteren« Regime zu übergeben, sagen, Somoza habe sich auf nichts einlassen wollen, weil er eine Lieferung von 10 000 Galil-Gewehren und 5000 Uzi-Maschinenpistolen plus Mörsern und Lastkraftwagen aus Israel erwartete.

Dadurch fühlte sich Somoza stärker, als er in Wirklichkeit war, und es brachte die Vereinigten Staaten um jegliche Chance, durch Verhandlungen eine Beilegung zu erreichen, die verhindert hätte, daß das Land in kommunistische Hände fällt.



General Hernandez, Kommandeur der Streitkräfte von Honduras (links), und US-General Galvin bei der Einweihung eines Spezialausbildungszentrums in Honduras.

Die israelische Presse berichtete von ständigen Waffen- und Flugzeuglieferungen an die Regierung Somoza, und gleichzeitig baten die Vereinigten Staaten Israel, die Waffenlieferungen zu stoppen.

Neue Kunden mit Geld aus Kuba und der UdSSR

Das Verlangen der Amerikaner basierte auf zwei Anliegen. Zum einen wiesen Geheimdienstberichte auf den bevorstehenden Sturz Somozas hin. Anhaltende Waffenlieferungen, so behaupteten amerikanische Experten, würden direkt in die Hände der Kommunisten fallen, wenn sie an die Macht kämen, und zweitens machten es die fortgesetzten Lieferungen israelischer Waffen unmöglich, in der Regierung einen Wechsel zu gemäßigteren, pro-amerikanischen Kräften zu erreichen.

In den letzten Tagen des Somoza-Regimes setzte die Nationalgarde Nicaraguas israelische Arava-Transportflugzeuge ein, um Dörfer zu bombardieren und Zivilisten zu töten, was zu einer weiteren Radikalisierung der somozafeindlichen Gruppen führte.

Während sich die sandinistischen Streitkräfte in Richtung Managua vorwärtsbewegten, fielen ihnen große Mengen israelischer Angriffsgewehre und anderer hochtechnisierter Ausrüstung in die Hände, die sie bis zum heutigen Tag gegen die Contra-Kräfte und US-Berater einsetzen.



US-Präsident Reagan mit nicaraguanischen Rebellen. Von links: Arturo Cruz, Reagan, Adolfo Colero und Alfonzo Robelo.

Nachdem die Sandinisten die Macht übernommen hatten, wurde den israelischen Waffenhändlern klar, daß sie einen neuen Kunden hatten mit neuen Geldmitteln aus der Sowjetunion und Kuba. Sie nahmen mit den Vertretern der Sandinisten über kubanische Kontakte Verbindung auf.

Bald nachdem die sandinistischen Streitkräfte nun die volle Kontrolle über Nicaragua hatten, haben die israelischen Waffenhändler ihre Kontakte zu den Sandinisten geknüpft, um sie mit Ersatzteilen, Munition und weiteren Waffen sowie Lastkraftwagen zu versorgen.

Angesichts der engen Bindungen zur Somoza-Familie ist es



Anastasio Somoza, ehemaliger Verbündeter der USA, gehörte ebenfalls zu den Opfern der neuen »aufgeklärten Politik«.

nicht überraschend, wenn Israel alte Beziehungen zu Contra-Führern aufrechterhielt, während es neue Verträge mit den sandinistischen Streitkräften unterzeichnete. Sie machten damit mehr Geld als je zuvor, indem Israels Waffenhändler an beiden Seiten in dem Konflikt die Waffen verkauften.

Als ob man den Contras zeigen wollte, daß sie nicht die einzigen in Nicaragua sind, die von israelischen Waffen profitieren, veröffentlichte das vom Staat kontrollierte Fernsehen und die Zeitungen ein Foto von einer Sandinista-Delegation, die Fidel Castro ein neu gekauftes Galil-Gewehr überreichte.

Eine weitere Taktik, die Israel benutzt, um Waffen an die Sandinisten zu verkaufen, ohne daß dabei eine direkte Spur nach Israel führt, ist der Verkauf von wieder instand gesetzten sowjetischen Waffen. In vielen vergangenen Kriegen, einschließlich der Invasion in den Libanon, haben israelische Verteidigungsstreitkräfte eine große Menge sowjetischer Waffen von den Arabern gekapert und sie haben inzwischen mit dem Umbau und der Wiederinstandsetzung derartiger gekaperter Sowjetwaffen einen höchst lukrativen Industriezweig aufgebaut.

Alte Liebe rostet nicht

Um großen Problemen mit dem amerikanischen Kongreß aus dem Weg zu gehen, verkauft Israel viele von diesen sowjetischen Waffen an die sandinistischen Streitkräfte zusammen mit ihren Lieferungen von neueren Waffen.

Das Land hat mit den sandinistischen Militärführern dahingehend eine Abmachung getroffen, daß nur ihre Elitestreitkräfte neue israelische Waffen benutzen werden und die Streitkräfte im Feld die wieder instand gesetzten sowjetischen Waffen. Sollten diese Truppen an der Front gefangengenommen oder geschlagen werden, kommt Israel dann nicht in Verlegenheit dadurch, daß man bei den Sandinisten große Mengen israelischer Waffen findet.

Während Israel als Freund der Vereinigten Staaten hingestellt wird, der die Contras mit Waffen und militärischer Schulung versorgt, sind die US-Medien nur wenig geneigt, darüber zu berichten, daß das Land auch an die Sandinistas neue Waffen und instand gesetzte Sowjetwaffen liefert, obwohl das in Israel selbst inzwischen ein offenes Geheimnis ist.

In Israel herrscht schon lange der Brauch, in Konflikten beide Seiten mit Waffen zu beliefern.

Es hat schon Fotos gegeben von Contra-Rebellen und pro-sandinistischen Kräften, die in Honduras alte Mauser-Gewehre mit sich führten. Sie stammen aus dem Ersten Weltkrieg, doch wurden sie in Israel bis vor 20 Jahren noch verwendet. Sie wurden eingezogen, wieder instand gesetzt und von dem gleichen Händler an Contras und prosandinistische Kräfte in Honduras verkauft, der wie folgt zitiert wird:

»In Israel werden alte Waffen niemals weggeworfen. Sie verschwinden nie. Im Recycling werden sie immer in irgendeinem entfernten Winkel der dritten Welt landen.«

In diesem Fall liegt der entfernte Winkel der dritten Welt vor den Toren Amerikas und die destabilisierende Kraft Israels kostet nicht nur das Leben vieler amerika-freundlicher Contra-Kämpfer, sondern gefährdet auch amerikanische Militärberater in Honduras und anderen Ländern, die versuchen, die Ausbreitung des Kommunismus in dieser Region der dritten Welt zu stoppen. □

Kanada

Bedacht auf die eigenen Grenzen

John Bishop

Kanada, Amerikas riesiger Nachbar im Norden, hat eine neue Verteidigungspolitik eingeführt, die kanadische Interessen in den Vordergrund stellt. Offenbar hat Kanada eine Lektion gelernt, die den Politikern der amerikanischen Regierung im 20. Jahrhundert größtenteils entgangen ist.

Während die führenden amerikanischen Politiker die USA in eine internationale Verwicklung nach der anderen verstricken und dabei die Richtlinie »Amerika zuerst« völlig ignorieren, hat die kanadische Regierung jetzt in ihrer Verteidigungspolitik das Motto »Kanada zuerst« angenommen.

Rückzug aus der NATO

Die Regierung des progressiv konservativen Premierministers Brian Mulroney hat in dem Versuch, die schweren militärischen Verschlechterungen einer zwanzigjährigen Verteidigungspolitik unter der Liberalen Partei von Premierminister Pierre Elliott Trudeau zu reparieren, eine Reihe wichtiger Schritte zum Wiederaufbau der kanadischen Streitkräfte unternommen.

Unter Trudeau war Kanadas Militär in einen Zustand geraten, wo die traditionellen kanadisch-amerikanischen Bemühungen, den nordamerikanischen Kontinent vor einem sowjetischen Angriff zu verteidigen, ernsthaft gefährdet waren.

Doch beim Wiederaufbau seiner bewaffneten Streitkräfte legt die Regierung Mulroney weniger Betonung auf ihre Verpflichtungen mit der NATO und die Verteidigung Europas, sondern konzentriert sich mehr auf die Verteidigung der Arktik mit den Grenzen zur Sowjetunion.

Der kanadische Verteidigungsminister Perrin Beatty verkündete vor kurzem die geplante Rücknahme der Verpflichtung gegenüber der NATO, fünftausend kanadische Soldaten für den Fall eines Angriffs durch die Sowjetunion nach Norwegen zu entsenden.

In der Arktis orten und zerstören

Das militärische Aufbauprogramm, das über einen Zeitraum von 15 Jahren die Ausgaben von mindestens 115 Milliarden Dollar verlangt, umfaßt 3,8 Milliarden Dollar für den Kauf von zehn oder zwölf neuen Atom-U-Booten, die feindliche Unterseeboote in den eisigen Gewässern der Arktis orten und zerstören sollen.

Mit den neuen U-Booten kommt Kanada in die gleiche Ausgangsposition wie Großbritannien und Frankreich, was dieses Potential angeht, und es liegt damit noch vor Rotchina. Die Regierung Mulroney plant, die kanadische Marine noch mehr zu erweitern, indem die Überwasserflotte durch insgesamt zwölf neue U-Bootjäger ergänzt werden soll.

Kanada ist über das Eindringen sowjetischer U-Boote in kanadische Gewässer sehr besorgt. Im Jahr 1977 entdeckte eine Gruppe Eskimos einen Kommandoturm mit einem roten Stern, der in der kanadischen Baffin Bay aus dem Wasser herausragte. Es wurde auch berichtet, wie sowjetische Froschmänner aus U-Booten in kanadisches Territorium eindrangen.

Kanada plant, auch seine Armee mit neuen Kampfpanzern und die Militärreserven um 30 000 Mann aufzustocken. Sie haben bereits begonnen, ihre Luftwaffe durch ein Geschwader von F-18-Düsenabfangjägern amerikanischer Bauart zu ergänzen, die zu ihren in der Aktis operierenden Kampfeinheiten hinzugekommen sind. Die F-18 fliegen jetzt Einsätze, um das sowjetische Bear-Aufklärungsflugzeug abzufangen und im Auge zu behalten, das regelmäßig vor Kanadas Küste hin- und herfliegt.

Die Kanadier schließen sich den Vereinigten Staaten bei der fünf Milliarden Dollar kostenden Modernisierung der Frühwarnsysteme an, die Nordamerika seit den fünfziger Jahren vor sowjetischen Angriffen geschützt haben. □

Nicaragua

Unkenntnis im US-Kongreß

James P. Tucker

Der junge amerikanische Kongreß-Abgeordnete hatte sich so für das marxistische Regime in Nicaragua engagiert, da er mit einer Reise nach Managua belohnt wurde. Er kehrte ziemlich verblüfft nach Washington zurück.

Dort, so sagte der junge Kongreß-Abgeordnete in einem Interview mit der »Washington Post«, habe er festgestellt, daß das Leben unter dem Kommunismus in Nicaragua schrecklich sei, und er würde in Erwägung ziehen, für die Hilfe an die antikommunistischen »Contras« zu stimmen. Der Fall dieses jungen Mannes illustrierte eines der großen Probleme im amerikanischen Kongreß: abgrundtiefe Unkenntnis.

Sie lesen so wenig wie möglich

Es wäre nicht nötig gewesen, daß der junge Kongreß-Abgeordnete nach Nicaragua reist, um die Tatsachen kennenzulernen, er hätte einfach nur aus dem Kapitol-Gebäude hinausgehen müssen und hätte die gleichen Informationen bekommen.

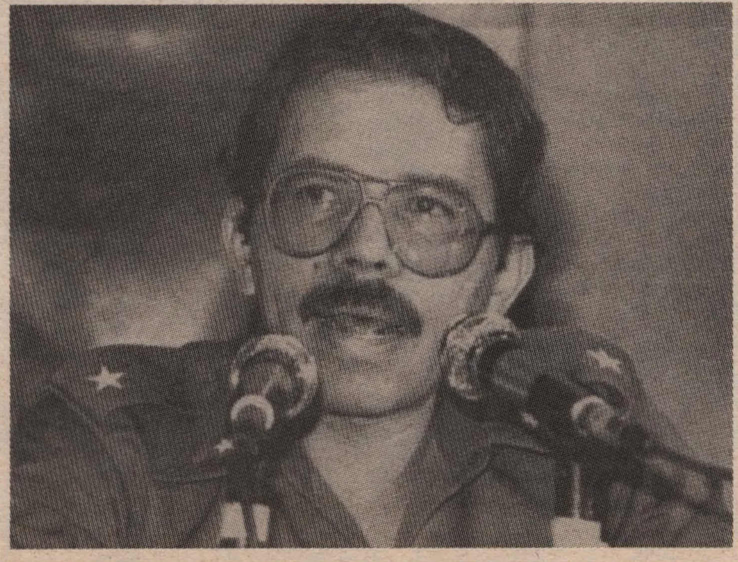
Bei zahlreichen Gelegenheiten haben Geistliche aller Glaubensrichtungen sich den politischen und militärischen Führern nicaraguanischer Widerstandskräfte angeschlossen und anschauliche Augenzeugenberichte kommunistischer Greueltaten in Nicaragua geliefert.

Langjährige Vertreter aus dem amerikanischen Kongreß, jene, die über die Jahre hinweg für oder mit Kongreß-Abgeordneten gearbeitet haben, während Mitglieder ausscheiden oder sterben und neue Gesichter auftauchen, werfen dem heutigen Kongreß in Washington die größte Unkenntnis vor, die sie jemals erlebt haben.

Viele der amerikanischen Kongreß-Abgeordneten, die eine Parallele ziehen zwischen Amerikas verheerender und blutiger Intervention in Indochina und der Sorge über einen sowjetischen Landekopf in der westlichen Hemisphäre, kennen einfach die Monroe-Doktrin nicht.

Einer der Kongreß-Beamten meinte allen Ernstes – es gab keinerlei Hinweise dafür, daß er damit einen Witz machen wollte –, daß mindestens 50 Kongreß-Abgeordnete mindestens einmal im Jahr einen Wiederauffrischungskurs in amerikanischer Geschichte brauchen.

Es gibt Kongreß-Abgeordnete, die um die 30 Jahre alt sind und vor einem Fernseher aufwuchsen und niemals einen Klassiker gelesen haben, die in früheren Generationen noch fester Bestandteil des Erwachsenwerdens waren.



Daniel Ortega, das Oberhaupt des sowjetischen Satelliten Nicaragua, versprach eine »Revolution ohne Grenzen«.

Gefahr für die westliche Sicherheit

Das ist einer der Gründe dafür, daß sie in dem Kampf, der in Nicaragua wütet, keine ernste Bedrohung der US-Sicherheit erkennen können. Sie verurteilen lauthals die Auswüchse der Contras in ihrem Kampf zur Rettung ihres Landes vor dem Kommunismus und ignorieren die Augenzeugenberichte noch viel größerer Greueltaten auf seiten der kommunistischen Regierung.

Der Kommunismus hat eine weltweite Tradition darin, seinen Kurs zu verkünden und an seinem Programm festzuhalten. Als Kuba der erste sowjetische Satellit in der westlichen Hemisphäre wurde, verkündete Fidel Castro, er werde die »Revolution exportieren«, und genau dies tut er in Nicaragua, El Salvador und anderswo.

Als Oberhaupt des zweiten sowjetischen Satelliten Nicaragua verkündete Daniel Ortega eine »Revolution ohne Grenzen«.

Beide Staaten haben von der Sowjetunion militärische und andere Unterstützung in Milliarden-Dollar-Höhe erhalten und man ist eifrig dabei, die Vereinigten Staaten in dieser Hemisphäre zu isolieren.

Doch diese amerikanischen Kongreß-Abgeordneten stimmen gegen eine 100-Millionen-Dollar-Hilfe für die tapferen Contras, während sie gleichzeitig Amerikas irrationale Finanzierung der marxistischen Regierung von Mozambique im für Washington fernen Afrika unterstützen. Auch die Sowjetunion schickt den Marxisten in Mozambique ihre Hilfe.

Wenn die Kongreß-Abgeordneten die Monroe-Doktrin verstehen würden, könnten diese Männer erkennen, wie absurd es ist, eine Parallele zwischen Vietnam und Nicaragua zu ziehen – darin sind sich die Bürokraten im Kongreß einig.

Einige von ihnen verstehen wenigstens ein bißchen etwas davon: die Ermahnung, daß sich die Vereinigten Staaten nicht in die europäischen Angelegenheiten einmischen dürfen. Natürlich würde sich diese Theorie heute logischerweise auch auf Asien, Afrika und andere Teile der östlichen Hemisphäre erstrecken.

Nur wenige verstehen den zweiten Teil der Monroe-Doktrin, daß die Vereinigten Staaten in ihrer Hemisphäre keine Einmischung von seiten ausländischer Mächte tolerieren dürfen.

Krankhafte Oberflächlichkeit

Wenn die Verantwortlichen im US-Kongreß und der Bürokratie zu James Monroes Zeiten – also vor einem Jahrhundert – sehen konnten, daß die Präsenz eines Feindes in der westlichen Hemisphäre eine Gefahr für die Sicherheit der Vereinigten Staaten darstellt, um wie vieles größer muß die Gefahr dann heute sein, im Zeitalter von Flugzeugen und Raketen?

Das Bewußtsein in der amerikanischen Öffentlichkeit hat sehr stark zugenommen aufgrund der Iran-Contra-Anhörungen, in denen Oberstleutnant Oliver North Amerika mit seinen patriotischen Fürsprachen zugunsten der Sache der Contras aufgerüttelt hat.

Doch dazu war ein Fernsehauftritt nötig. Hätte North nur ein Buch geschrieben, hätte das kaum eine Wirkung gezeigt, denn die Amerikaner haben wie ihre Kongreß-Abgeordneten, die sie wählen, angesichts leichter Fernsehunterhaltung das Bücherlesen ganz vergessen. □

Geheimdienste

Die Spiele in Afrika

Martin Mann

Mit Hilfe ausgeklügelter Geheimtaktiken und amerikanischen Steuergeldern verschafft sich der Mossad, Israels Geheimdienst, Kontakte und Unterstützung in den Ländern Afrikas. Auf diesem Kontinent hat der Kleinstaat in Nahost nur wenig Freunde.

Nach dem Oktober-Krieg 1973, in dem Ägypten der ganzen Wucht israelischer Aggression ausgesetzt war, brachen 31 afrikanische Staaten die diplomatischen Beziehungen zu dem Kleinstaat ab. Doch in den vergangenen zwölf Monaten haben zumindest sieben dieser Länder – die Elfenbeinküste, Kamerun, Liberia, Togo, Botswana, Malawi und Lesotho – zugestimmt, ihre formellen Beziehungen zu Israel wieder aufzunehmen.

Leibwächter für Bananen-Diktatoren

Der Wandel ist das Ergebnis einer versteckten Kampagne von Mossad-Agenten zur Eroberung des schwarzen Kontinents, sagten afrikanische Quellen im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York.

»In den sechziger Jahren umwarb Israel in Geldnot steckende, afrikanische Länder mit verlockenden Wirtschaftshilfeprogrammen«, sagte Dr. Maneer Ali Sankari, ein UN-Experte, der sich mit den Volkswirtschaften früherer Kolonialländer befaßt. »Doch in den letzten Jahren haben sie ihre Vorgehensweise geändert. Jetzt handelt es sich bei der israelischen Vorhut oft um Geheimdienstagenten, die mit Angeboten für eine sogenannte Sicherheitshilfe kreuz und quer über den Kontinent ziehen. Sie versprechen polizeiliche Ausrüstung, Schulung im Gegenterrorismus, selbst Leibwächter für Diktatoren von Bananen-Republiken, die ihrem eigenem Volk nicht trauen.« Diese Vorschläge sind auch mehr als nur Gerede, behaupten UN-Experten.

Am 12. September 1985 stürmten von Polizeiwachtmeister Thomas Quinwonkpa angeführte Militärrebellen den Präsidentenpalast in Monrovia, Liberia, um den gewalttätigen Präsidenten Samuel Doe zu stürzen. Doch der Coup wurde von Mossad-Agenten niedergeschlagen, die den Palast, bewaffnet mit Maschinengewehren und Handgranaten, bewachten.

»Die isrealischen Sicherheitsleute waren einer nach dem anderen als Geschäftsleute getarnt nach Liberia gekommen«, erzählte Major André Babacar, ein kenianischer Infanterieoffizier vom Militärverbindungsbüro der UN. »Sie bewachten nicht nur Doe, sondern heuerten insgeheim auch Informanten an, um die Opposition zu infiltrieren. Als die Rebellen ihren Angriff führten, warteten die Israelis schon auf sie.«



Mobotu Sese Seko von Zaire traf bei seinem Besuch in Washington mit US-Außenminister George Shultz zusammen.

Neun Monate nach dem gescheiterten Coup nahm Liberia nach dreizehnjähriger Pause seine diplomatischen Beziehungen zu Israel wieder auf.

Angst vor dem Zorn der Landsleute

»Das gleiche passierte in Togo«, erinnerte sich Babacar. »Abtrünnige Offiziere stürmten den Palast, um General Gnassingbe Eyadema, den regierenden Machthaber, zu stürzen. Doch der Angriff wurde von Agenten des Mossad abgewehrt. Anfang des Jahres 1987 tauschten Togo und Israel Botschafter aus.« Die Zahl unpopulärer afrikanischer Diktatoren, die sich an den Mossad wenden, um sich vor ihrem eigenen Volk zu schützen, nimmt zu, sagen UN-Quellen.

Mobuto Sese Seko, der korrupte und grausame Diktator von Zaire, der Milliarden auf ausländischen Bankkonten liegen hat, während sein Land Hunger leidet und stagniert, wäre schon vor Jahren »am Balkon seines eigenen Palastes aufgehängt worden«, so ein afrikanischer Diplomat, »wenn er nicht über ein ganzes Bataillon von Mossad-Agenten verfügen würde, die ihn vor dem Zorn seiner eigenen Landsleute schützen«.

Auch im Kamerun sorgen Mossad-Söldner für die persönliche Sicherheit von Präsident Miko Biya, behaupten diese Quellen. Selbst ein so umstrittener Staatschef wie König Hassan von Marokko soll angeblich über israelische »Berater« verfügen, die ihm helfen an der Macht zu bleiben.

Der Präsidentenschutz ist bei weitem nicht die einzige Dienstleistung, die der Mossad seinen afrikanischen Kunden anzubieten hat. »Die Israelis leihen auch Kidnap-Teams und Mordkommandos zu vernünftigen Preisen aus«, sagte ein diplomatischer Attaché aus Nahost. »Wenn Sie nicht warten wollen, bis Ihre Gegner den ersten Schritt machen und statt dessen beschließen selbst als erster zuzuschlagen, können Sie dem Mossad den Auftrag für die Schmutzarbeit geben.«

Agenten sind billiger als Wahlen

Von anderen UN-Quellen wurde dies bestätigt und sie führten dabei den Fall von Dr. Umaru Dikko an, den ehemaligen nigerianischen Finanzminister, der am 4. Juli 1985 von drei Typen mit einem Transportwagen in London von der Straße weg entführt wurde.

Dank dem raschen Eingreifen von Scotland Yard wurde er Stunden später – unter Drogen gesetzt – in einer Kiste gefunden, die dabei war an Bord einer nigerianischen Verkehrsmaschine verladen zu werden. Ein Mossad-Agent hockte, mit einer Spritze bewaffnet, neben dem Entführten in der Kiste, die von zwei anderen israelischen Geheimdienstagenten bewacht wurde.

»Als Dr. Dikko zu einer Gefahr für die nigerianische Militärregierung wurde – er lebte im Exil und erzählte viele Geschichten über Korruption, die zu Hause herrschte – wurde der Mossad angeheuert, um diesen gefährlichen Rivalen zu kidnappen«, erläuterte Babacar. »Es gibt zunehmende Beweise dafür, daß Dr. Dikko nicht das einzige Opfer war, das von Geheimteams des Mossad ›liquidiert‹ worden ist.«

Unter den Politikern Afrikas kursiert der Spruch, daß es billiger und einfacher sei den Mossad anzuheuern als Wahlen abzuhalten. Israel, so scheint es, feiert in Afrika ein Comeback als das Land mit den anzuheuernden Schlägertypen. □

Geheimdienst

CIA half Mossad bei Vanunus Entführung

Martin Mann

Mordechai Vanunu ist der Atomtechniker, der im vergangenen Jahr Israel verlassen hat, um die Welt vor dem Arsenal an Vernichtungswaffen zu warnen, über das der Kleinstaat verfügt. Wie aus hochrangigen diplomatischen Quellen im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York zu erfahren ist, wurde Vanunu in einer Geheimaktion, die gemeinsam von Agenten des israelischen Geheimdienstes, Mossad, und dem CIA inszeniert worden war, gekidnappt.

In einer Untersuchung, die von dem italienischen Richter Dr. Domenico Sica in Rom – wo Vanunu wahrscheinlich im Oktober des vergangenen Jahres verschwunden ist – hinter verschlossenen Türen durchgeführt worden ist, kam heraus, daß er wahrscheinlich von einer attraktiven jungen blonden Frau mit dem Namen oder dem Pseudonym »Cindy«, die als Lockvogel agierte, in eine Falle gelockt worden ist.

Peinlichkeit für Washingtoner Bürokratie

Obwohl ihr richtiger Name unbekannt ist, so meinte ein Informant, der Zugang hat zu Nahost-Geheimdienstdaten, handelt es sich bei ihr vermutlich um eine geschiedene Amerikanerin, die mit Anfang Zwanzig von Miami, Florida, nach Israel gezogen ist, um dort ihre College-Ausbildung abzuschließen, und später als Geheimdienstagentin für den CIA und gelegentlich für den Mossad arbeitete.

Der Bericht, daß diese Frau und andere CIA-Agenten an Vanunus Entführung – die selbst von der standhaft pro-israelisch eingestellten britischen Premierministerin Margaret Thatcher als »terroristischer Gewaltakt« verurteilt wurde – beteiligt waren, hat Washingtoner Beamte wie eine Bombe getroffen. Es hat neue Fragen über das streng geheime Programm amerikanisch-israelischer Geheimoperationen aufgeworfen, das seit dem Jahr 1983 bekannterweise eine Reihe gewalttätiger, illegaler und gefährlicher Geschehnisse hervorgebracht hat.

In inoffiziellen Gesprächen mit einigen meiner bestinformiertesten UN-Quellen und einem erfahrenen italienischen Reporter, der mit den Untersuchungen eng verbunden war, konnte ich die Details über Vanunus Entführung durch ein amerikanisch-israelisches Team rekonstruieren.

Als qualifizierter Techniker, der fast zehn Jahre lang bei dem unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen arbeitenden Atomforschungszentrum des Kleinstaats in Dimona, Israel, beschäftigt gewesen ist, beobachtete Vanunu mit Sorge die umfangreichen Bemühungen seiner Regierung, ein Schreckensarsenal mit über 200 Atombomben und einer Wasserstoffbombe aufzubauen.

Medienkönig alarmiert den Mossad

Ernüchtert über den »Kriegs-Zionismus« und dem, was er in der Folge als »Lügenpolitik« bezeichnete, verließ Vanunu Israel im Winter 1985/86 stillschweigend, ging nach Australien und konvertierte zum Christentum.

Im Herbst 1986 machte ein Freund, der Vanunus Geschichte kannte, die Londoner »Sunday Times« darauf aufmerksam.

Vanunu wußte um das Atomwaffen-Potential seines Landes, doch nicht um die Schwierigkeiten, die westliche Presse dazu zu bringen, eine Geschichte zu veröffentlichen, die die Interessen Israels schädigen würde. Als wichtigstes Verbindungsglied im weltweiten Verlagsimperium des Medienkönigs Rupert Murdoch hatte die »Sunday Times« die Möglichkeit, eine solche Sensationsmeldung zu veröffentlichen. Doch Murdoch ist ein engagierter Verfechter Israels, der mit Vanunu seine eigenen Pläne hatte.

Eine vollständige Unterdrükkung von Vanunus Bericht, das erkannte Murdoch, war nicht möglich. Er wäre von einer anderen Zeitung aufgegriffen worden. So ordnete Murdoch eine Untersuchung von Vanunus Darstellungen an und informierte gleichzeitig die israelische Botschaft in London, indem er um »offizielle Reaktion« bat.

Die offizielle Reaktion des Kleinstaats auf Vanunus Enthüllungen war vorhersehbar. In der Öffentlichkeit wurde der Techniker als Lügner und Betrüger denunziert und seine Geschichte als Schwindel dargestellt. Insgeheim mobilisierten sie geheime Mossad-Aktionsteams in Westeuropa, um den gefährlichen Überläufer »zurückzuholen«.

Es war zu erfahren, daß Shimon Peres, Israels damaliger Premierminister, persönlich für Vanunus Entführung sorgte und half, den Boden dafür zu bereiten. In einem geheimen Telefongespräch mit dem Weißen Haus beschwerte er sich, daß Vanunu ein Subversiver und ein Sicherheitsrisiko sei, der versuchen würde, dem Meistbietenden Atomwaffen-Geheimnisse zu verraten.

Peres meinte, auf einer seiner Listen potentieller Kunden würde auch der sowjetische Geheimdienst stehen, und er bat um die Hilfe der USA, um diese undichte Stelle zu stopfen.

»Vanunu ist weder ein Spion noch ein Kommunist«, meinte ein italienischer Journalist, der den Fall einen Monat lang untersucht hat, um die Veröffentlichung einer Artikelserie von Vanunus Bruder Meir vorzubereiten. »Er ist ein anständiger Mensch, der sein Land aus Gewissensgründen verlassen hat und einen totalen Atomkrieg verhindern will. Doch um freie Hand zu bekommen und vor allem die Hilfe des CIA für seine Entführung zu gewinnen, stellte Peres ihn in den schwärzesten Farben dar.«

Routinemäßige Muskelarbeit für den Mossad

In der zweiten und dritten Septemberwoche 1986 setzte die »Sunday Times« auf Murdochs Anweisung hin ein Spezialteam recherchierender Reporter auf Vanunu an, die ihn einem harten Kreuzverhör unterzogen – was später von einem Informanten als »Verhör dritten Grades« bezeichnet worden ist.

»Es hat Vanunu verärgert und entmutigt zugleich und er fing an, der Überzeugung zu sein, daß sein Bericht niemals veröffentlicht werden würde«, sagte der italienische Journalist. »Seine Niedergedrücktheit wurde geschürt von einer neuen Bekannten, die er in London kennengelernt hatte, einer attraktiven Blondine namens Cindy.«

Cindy, die ihren eigenen Aussagen nach eine in Rom lebende, amerikanische, freie Schriftstellerin war, sagte Vanunu, sie sei sicher, er würde seine Zeit verschwenden, wenn er versuchen wollte, der »Sunday Times« seine Geschichte zu beweisen. Sie lud ihn ein, mit ihr nach Rom zu fliegen und eine Woche lang in ihrer Wohnung zu verbringen, wobei sie ihm gleichzeitig sexuelle Intimitäten und das Zusammentreffen mit anderen internationalen Journalisten versprach.

Müde, entmutigt und angezogen von der lebhaften jungen Amerikanerin, fiel Vanunu auf ihre Schmeicheleien herein. Am 30. September 1986 flogen die beiden mit einer Maschine der British Airways nach Rom, die um 18.30 Uhr Ortszeit auf dem Leonardo-da-Vinci-Flughafen in Fiumicino landete.

»Der Rest war eine routinemäßige Muskelarbeit für den Mossad«, fügte der italienische Journalist hinzu. □

Iran nur Spitze des Eisberges

George Nicholas

Die folgenschweren Waffengeschäfte mit dem Iran und Nicaragua waren nur zwei Episoden in einem Vierjahresprogramm gemeinsamer amerikanisch-israelischer Geheimoperationen. Dies Programm führte die Reagan-Regierung in eine Reihe von Geheimdienstfiaskos und Debakel von Sonderoperationen, bei der zumindest ein hochrangiger CIA-Beamter durch Folterungen sein Leben lassen mußte.

Einzelheiten darüber, was ein Experte der Gegenspionage als »die verschlagensten und illegalsten Tarnaktionen und Taktiken in der amerikanischen Geschichte« bezeichnet hat, wurden in einer Reihe von vertraulichen Gesprächen mit gut informierten Fachleuten auf dem amerikanischen nationalen Sicherheitssektor in Washington und mit diplomatischen Beobachtern im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York aufgedeckt.



Noel C. Koch hat im US-Verteidigungsministerium ein Anti-Terror-Kommando geführt.

Koch hat das Kommando

Diesen Experten zufolge hat US-Präsident Ronald Reagan persönlich eine Strategie der engeren Zusammenarbeit zwischen dem israelischen Geheimdienst, Mossad, und dem amerikanischen CIA bereits im Januar 1983 gebilligt.

General Richard Secord, eine Schlüsselfigur in den jüngsten Iran-»Contra«-Anhörungen in Washington, und sein Kollege, der ehemalige Oberstleutnant der Luftwaffe, Richard Gadd, die beide vor kurzem aus dem Amt schieden, haben zu jener Zeit geheime Gelder zum Aufbau einer Frontorganisation in einem Vorort von Washington Anfang Februar 1983 erhalten.

Die Partnerschaft Secord/Gadd begann fast sofort mit dem Geschäft und lieferte einem streng geheimen Aktionsteam aus amerikanischem Militärpersonal aus der Delta-Force-Einheit der amerikanischen Sonderstreitkräfte und kommando-trainierten Mossad-Agenten logistische Unterstützung sowie Lufttransportmöglichkeiten.

Das Team wurde mit »Präventivschlägen« gegen verdächtige islamische Extremisten im Nahen Osten beauftragt.

Um diese Geheimaktionen und andere amerikanisch-israelische »Antiterror-Projekte« durchzuführen, wurde ein streng geheimes Kommando im amerikanischen Verteidigungsministerium unter Staatssekretär Noel C. Koch im Pentagon eingesetzt. Koch vertritt seit langem die Interessen Israels und ist von Reagan mit der Führung von Sonderstreitkräften und untergeordneten Operationen betraut worden.

Ein erfahrener Experte für Gegenterror, William Buckley, wurde zum Ausführenden dieses Sonderkommandos ernannt.

Der Mossad wurde um Rat gefragt

Buckley, 55 Jahre alt, hatte sich seine Sporen Ende der sechziger Jahre im Gegenterrorismus als zweiter Befehlshaber des berüchtigten Phoenix-Programms des CIA in Vietnam verdient, wo Tausende verdächtiger Vietcong von antikommunistischen Mordkommandos getötet worden sind. Es war eine umstrittene Rolle, die Buckley persönlichen Angriffen durch kommunistische Propaganda ausgesetzt hatte.

Im Mai 1983 – nachdem der Stationschef des CIA in Beirut, George Ames, in einem terroristischen Bombenanschlag ums Leben gekommen war – betrachtete CIA-Direktor William Casey Buckley als dessen Nachfolger. Es war eine wichtige, doch gefährliche Berufung. Konnte Buckley, der dem sowjetischen Geheimdienst bereits als wichtiger Experte des Gegenterrors bekannt war, es überhaupt tun?



Richard Secord bekam Gelder für eine geheime amerikanische Frontorganisation.

Casey fragte den Mossad um Rat. Oberst Uri Treichler, der den israelischen Geheimdienst zu jener Zeit im gemeinsamen Gegenterror-Team vertreten haben soll, hat Casey angeblich versichert, daß Buckley der beste Mann für Beirut sei und er seinen Job ohne Störung durch Terroristen würde ausführen können.

Dies erwies sich – wie zahlreiche andere geheimdienstliche Einschätzungen des Mossad – als ein tragischer Irrtum.

Buckley kam nach Beirut und übernahm den geheimen CIA-Posten im Juni 1983. Ende Dezember war er eine Geisel militanter islamischer Rebellen, die ihn als Schlüsselagenten des amerikanischen Geheimdienstes identifiziert hatten.

In den darauffolgenden Monaten wurde Buckley von seinen Entführern immer härter verhört und gefoltert, damit er eine Reihe hoch wichtiger CIA-Operationen preisgibt. Sein Gesundheitszustand verschlechterte sich immer mehr und er starb wahrscheinlich Anfang des Jahres 1986 in der Gefangenschaft.

»Der Mossad hat sich in der Einschätzung von Buckleys Überlebenschancen im Libanon total geirrt«, sagte ein Washingtoner Experte, der selbst ein erfahrener CIA-Vertreter in Nahost ist. »Und mehr als das, sie waren verantwortungslos; sie waren der Meinung, daß sie jemand von Buckleys Rang in Beirut brauchten, und bekamen ihn dort hin, ungeachtet der Konsequenzen.«

Das Chaos der Sonderoperationen

Das Fiasko Buckley war einer der versteckten Gründe für Kochs Weggang aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium im vergangenen Jahr.

Doch eine Reihe anderer doppelt-loyaler Bürokraten der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten, die in solche Fiaskos verwickelt sind, sind immer noch auf ihren Posten und werden erst dann zur Rechenschaft gezogen, wenn der US-Kongreß den Mut haben wird, einen genauen Blick auf das Chaos von Sonderoperationen in der Reagan-Regierung zu werfen. □

Politik mit falschen Geheimberichten

Sasha Rakoczy

Bei ihrer Anhäufung militärischer Streitkräfte im Persischen Golf, wo zur Zeit die größte amerikanische Luft- und See-Kriegsflotte seit Vietnam stationiert worden ist, handelt die Reagan-Regierung aufgrund von Geheiminformationen eines ausländischen Spionagedienstes, dessen Ziel es ist, die Vereinigten Staaten in einen Krieg zu treiben.

Sehr gut informierten Nahost-Quellen zufolge wurde nicht nur die gegenwärtige Krise am Persischen Golf, sondern auch andere verhängnisvolle jüngste amerikanische Schritte von »Täuschungsagenten« inszeniert, die für den Mossad, Israels Geheimdienst, arbeiten. In einem jüngsten, vertraulichen Gespräch zitierte ein Verteidigungsexperte aus der Golfregion im Range eines Admirals das folgende Beispiel.



Gaddafi wurde ganz offensichtlich durch Täuschung und Desinformation in die Konfrontation mit den USA gelockt.

Mit Unwahrheiten gefüttert

Als Präsident Ronald Reagan eine Handvoll Marinesoldaten in den kriegsgeschüttelten Libanon geschickt hat, basierte seine Entscheidung auf geheimen Mossad-Berichten, die ihm versicherten, daß das kleine Kontingent in der Lage sein würde, das Land um seine neue »Nationalregierung« herum zu »stabilisieren«.

»Bei dieser ›Nationalregierung‹ handelte es sich um eine Koalition israelischer Marionetten, die von dem Mossad eingesetzt worden waren«, erläuterte dieser hochrangige Militärexperte. »Doch Reagan wurde hier irregeführt. Es wurde ihm nicht gesagt, daß seine Marinesoldaten eine Regierung stützen würden, die keine Machtbefugnis hat und vom Volk gehaßt wird. Als sie im Libanon landeten, waren sie frisches Fleisch für einen Kessel, in dem es bereits wie verrückt kochte.

Es war klar, daß sie vernichtet werden würden. Doch der wahre Bösewicht und Verantwortliche für den Tod der 241 Amerikaner war der Mossad.«

Andere Nahost-Diplomaten, die mit dieser Beurteilung übereinstimmten, fügten hinzu, daß der Mossad den CIA, das amerikanische Außenministerium und das Weiße Haus mit »buchstäblich Dutzenden von falschen und unwahren Agentenberichten« gefüttert hat, um die USA in eine heftige Kraftprobe mit dem starken Mann Libyens, Oberst Muammar al Gaddafi zu zwingen.

»Die Konfrontation zwischen Reagan und Libyen, die zum Tod von Gaddafis adoptierter Tochter durch einen amerikanischen Luftangriff führte – sie war noch ein Baby –, war ein bilderbuchhaftes Täuschungsmanöver des Mossad von Weltklasse«, bestätigte ein Journalist, der vor kurzem von einer ausgedehnten Nahostreise nach New York zurückgekehrt ist.

Sorgfältig geplante Falschinformationen

»Mitte des Jahres 1982, zu Beginn des Spiels, entsandte der Mossad einen Sonderkurier mit einem streng geheimen Bericht nach Washington, der das Weiße Haus alarmieren sollte, daß ein von Gaddafi entsandtes Mordkommando auf dem Weg in die USA sei, um den Präsidenten zu ermorden«, berichtete er.

Von dieser speziellen Falschinformation weiß man jetzt, daß sie von dem Mossad erfunden worden ist. »Es gab noch andere«, fügte der Journalist hinzu, »die alle dazu dienen sollten, Gaddafi als ›den gefährlichsten Terroristen auf der ganzen Welt‹ erscheinen zu lassen, wie das ›Newsweek‹-Magazin sein Titelbild in jener Zeit überschrieb.«

Nach Ansicht erfahrener Experten ist Gaddafi ein fanatischer Anhänger des Islam und ein militanter arabischer Nationalist mit einem Hang zur Gewalt. Doch er hat niemals – nach Meinung von Informanten, die ihn gut kennen – die Absicht gehabt, Reagan zu ermorden oder Gewaltakte in den Vereinigten Staaten zu unterstützen, wo es Anhänger Israels sind, die die übelsten Terrorakte organisieren und durchführen, wie mehr als ein arabischer Beobachter feststellte.

Sorgfältig geplante israelische Falschinformationen standen hinter der Entscheidung des amerikanischen Präsidenten, die geheimen Waffengeschäfte mit dem Iran und den nicaraguanischen, antikommunistischen Streitkräften, bekannt unter dem Namen Contras, gutzuheißen. Diese Schritte, die die republikanische Regierung der USA zu ihrer für sie schädlichsten Konfrontation mit dem Kongreß geführt hat, waren völlig und ganz von dem Mossad manipuliert, der ungeachtet der amerikanischen Interessen seine eigenen Ziele verfolgte.

Konnten die Vereinigten Staaten wirklich etwas erreichen, wenn sie sich auf inoffizieller Ebene den Führern im Iran genähert hätten und den Boden für Waffenlieferungen bereiten? Der Mossad hat die Vereinigten Staaten in dieses Spiel »hineingezogen«, wie es der amerikanische Außenminister George Shultz nannte, mit einer langen Reihe irreführender und verlogener Geheimdienstberichte.

Der Weg zum Frieden liegt woanders

Um sicherzugehen, daß Reagan auch auf dieses Täuschungsmanöver hereinfällt, so sagen Nahost-Experten, haben hohe Mossad-Beamte unter Führung des stellvertretenden Chefs David Kimche das Weiße Haus in den Jahren 1984 und 1985 besucht, um auf den amerikanischen Präsidenten Einfluß zu nehmen.

»In den letzten fünf Jahren hat der Mossad das Weiße Haus über die Realitäten in Nahost systematisch und absichtlich falsch informiert und getäuscht«, sagte ein hochgestellter arabischer Delegierter, dessen Aussagen die vorherrschende Meinung unter Nahost-Diplomaten widerspiegelt. »Jetzt haben sie den US-Präsidenten davon überzeugt, daß er seine Präsenz am Golf durch eine Kanonenboot-Diplomatie spürbar machen muß.

Die Vereinigten Staaten werden in einen weiteren falschen Schritt hineingezogen, denn der Weg zum Frieden und einer willkommenen amerikanischen Präsenz in unserer Region liegt in der entgegengesetzten Richtung.« □



Nazijagd

Das Phänomen der Schauprozesse

John Springfield

Der 66jährige pensionierte amerikanische Automobilarbeiter John Demjanjuk, steht in Jerusalem vor Gericht. Er ist der Mittäterschaft angeklagt bei der Ermordung von rund 900 000 Juden im polnischen Konzentrationslager Treblinka während des Zweiten Weltkrieges.

John Demjanjuk, der in der Ukraine geboren ist und im US-Bundesstaat Cleveland lebte, wurde die amerikanische Staatsbürgerschaft entzogen und man brachte ihn nach Israel, damit er dort wegen seiner angeblichen Verbrechen vor Gericht gestellt werden könnte. Man beschuldigte ihn, der sadistische Lagerwachposten mit dem Spitznamen »Iwan der Schreckliche«, eine Art Josef-Mengele-Nachahmung, gewesen zu sein.

Das Opfer eines Phänomens

Der unglückliche Demjanjuk ist fast sicher unschuldig, und er wird fast ebenso sicher zum Tode verurteilt und hingerichtet werden. Er ist das jüngste Opfer eines Phänomens des 20. Jahrhunderts, bekannt unter dem Namen »Schauprozeß«.

Schauprozesse hatten ihren Ursprung in einer Reihe seltsamer Ereignisse, die in Moskau zwischen den Jahren 1936 und 1938 stattfanden. Lenins bolschewistische »alte Garde« – Grigori Zinoviev, Lev Kamenev, Aleksey Rykov, Nikolai Bukharin und andere – wurde unter der Anklage des Verrats, der Verschwörung und der Planung der Ermordung Josef Stalins – unter Mitwirkung des Exilanten Leon Trotzki – vor Gericht gestellt.

Eine ungläubige Welt hörte und beobachtete, wie sich das Drama entfaltete; lammfromme Angeklagte bekannten sich zu den unerhörtesten Anschuldigungen. »Ich fordere, daß Hunde, die durchdrehen, erschossen werden«, ereiferte sich Andrei Vyshinsky, der sowjetische Staatsanwalt, »jeder einzelne von ihnen«.

Nicht ein einziges nachprüfbares Beweisstück wurde dem Gericht vorgelegt, und die kriecherischen Geständnisse der Angeklagten waren das einzige, worauf das Verfahren und die Urteilssprüche basierten.

Es ist eine Frage der Spekulation, warum die Angeklagten keinen Versuch unternahmen sich zu verteidigen und sich sogar gegeneinander zu überbieten schienen in dem Geständnis der absurdesten Anklagen. Die verschiedensten Theorien wurden zur Erklärung dieses gleichgültigen Verhaltens vorgebracht. »Die alten Bande revolutionärer Disziplin« und »Versuche ihre Familien zu retten« wurden genannt; doch all diese Theorien sind reine Spekulation.



Nürnberger Gerichtshof am 20. November 1945. Zweite Reihe von rechts: Hermann Göring, Rudolf Hess, Joachim von Ribbentrop und Wilhelm Keitel.

Die Antwort liegt hinter den Mauern des Kreml verborgen. Alle 16 Angeklagten wurden für schuldig befunden und anschließend erschossen.

Nürnberg kann überall passieren

Wie sein sowjetischer Vorläufer war der Washington-Prozeß gegen Aufständische im Jahr 1944 ein rein politisches Ereignis, das von der amerikanischen Regierung als Propaganda-Instrument gegen ihre politischen Gegner inszeniert worden war.

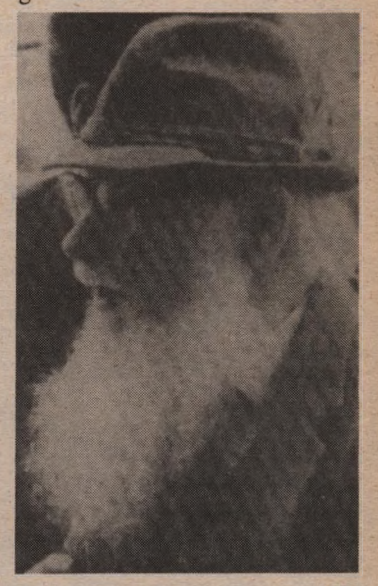
Die Angeklagten, eine heterogene Sammlung von deutsch-amerikanischen Bundisten, »Silbershirts« und verschiedenen »Isolationisten« wurden beschuldigt, eine Verschwörung geschaffen zu haben, um Ungehorsam, Untreue, Meuterei in der amerikanischen Armee hervorzurufen.

Es gab keinerlei Hinweis dafür, daß die Angeklagten zu diesem Zweck jemals zusammen gehandelt oder mit ihren Handlungen irgendein bestimmtes Gesetz gebrochen hätten. Die meisten Angeklagten kannten sich sogar noch nicht einmal.

US-Staatsanwalt Francis Biddle, der später beim Nürnberger Schauprozeß der vorsitzende amerikanische Richter war, wurde von US-Präsident Franklin D. Roosevelt unter Druck gesetzt, die Angeklagten im Juli 1942 vor Gericht zu stellen.

Die Anklageschrift war jedoch nicht korrekt verfaßt worden, so daß der tatsächliche Prozeß erst fast zwei Jahre später begann. Er entwickelte sich rasch zu einer Farce. Er zog sich acht Monate lang hin und wurde danach aufgrund des Todes des den Vorsitz führenden Richters zu einem ergebnislosen Verfahren deklariert.

Dieser Washingtoner Schauprozeß zeigte, daß ein politischer Prozeß sowjetischen Stils nicht erfolgreich zu Ende geführt werden kann, wenn er in Übereinstimmung mit den herrschenden amerikanischen Gesetzen durchgeführt wird.



Karl Linnas wurde vom US-Justizministerium als angeblicher Kriegsverbrecher in die UdSSR abgeschoben, wo er kurz nach Eintreffen bei einer Operation starb.

Dieser Prozeß lieferte aber Lektionen von unschätzbarem Wert für die alliierten Mächte, die bereits dabei waren, die Prozesse gegen eine Reihe deutscher Kriegsgefangener vorzubereiten.

Die spektakulärsten Schauprozesse bis jetzt waren die Nürn-

Nazijagd

Das Phänomen der Schauprozesse

berger »Kriegsverbrecher«-Prozesse des Jahres 1946. Die überlebenden Führer eines hilflosen und niedergestreckten Deutschland wurden verhaftet und öffentlich zur Schau gestellt, wie dereinst die Häuptlinge des eroberten Galliens in Ketten gelegt und durch die Straßen Roms zu Zeiten Kaiser Trajans geführt wurden.

Die Scheinheiligkeit der Anklagen

Da sie die Besatzungsmacht einer geteilten Nation ohne Gesetz und Regierung waren, unterlagen die alliierten Siegermächte keinerlei konstitutionellen Zwängen und konnten so im Verlauf des Prozesses ihre eigenen Regeln aufstellen.

Die 21 Angeklagten, die während des ganzen Verfahrens schäbig gekleidet und unterernährt waren, wurden vier verschiedener Verbrechen beschuldigt: Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und eines »gemeinsamen Planes oder einer gemeinsamen Verschwörung zur Durchführung« der in den ersten drei Anklagepunkten aufgeführten Taten.

Die eindeutige Scheinheiligkeit dieser Anklagen wird jedem klar, der auch nur über eine elementare Kenntnis der Ereignisse des Zweiten Weltkrieges verfügt. Franklin D. Roosevelt, Henry Morgenthau, Lavrenty Beria, »Bomber« Arthur Harris of Britain und Ilja Ehrenberg waren nur einige weniger der Berühmtheiten auf seiten der Alliierten, die für Verbrechen verantwortlich waren, die mindestens ebenso abscheulich gewesen sind, wie jene, die vielleicht von den unglücklichen Angeklagten in den Nürnberger Prozessen begangen wurden.

Elf wurden gehängt, zwei freigesprochen, einer beging Selbstmord und der Rest erhielt Freiheitsstrafen von zehn Jahren bis lebenslänglich. Rudolf Heß wurde zu »lebenslänglich« verurteilt und starb erst in diesem Jahr im Spandauer »Kriegsverbrecher«-Gefängnis in Berlin.



Rudolf Heß, der Stellvertreter Adolf Hitlers, mit seinem Sekretär Martin Bormann bei der Ankunft im Führerhauptquartier.



John Demjanjuk (links stehend) bei der Eröffnung seines Prozesses vor dem Gericht in Israel.

Während nichts darüber bekannt ist, daß eine Siegermacht jemals Verantwortung übernommen hat für das Heraufbeschwören von Feindseligkeiten oder die unmenschliche Behandlung von Zivilisten, sobald ein Krieg zu Ende war, wurde mit den Nürnberger Schauprozessen wieder etwas eingeführt, was es seit dem Dreißigjährigen Krieg (1618 bis 1648) in Europa glücklicherweise nicht mehr gegeben hatte.

Nach Nürnberg bemerkte der britische Feldmarschall Bernard Montgomery sarkastisch: »Das Führen eines erfolglosen Krieges ist zu einer Straftat geworden, für die man gehängt werden kann.«

Der rote Faden des Dramas

Trotz der zeitlichen und räumlichen Unterschiede gibt es einen roten Faden, der sich durch diese drei Schauprozesse zieht: In allen Fällen waren die Angeklagten entweder unbekannte und machtlose Personen oder sie wurden von der Regierung »machtlos« gemacht, bevor sie vor Gericht gestellt worden sind. In allen Fällen wurden die Angeklagten Monate oder Jahre vor Beginn des Prozesses in den Medien verleumdet.

Mit Ausnahme des Moskauer Prozesses handelte es sich bei den von der Anklage vorgebrachten Beweisen um weitgehend »unbestätigte Zeugenaussagen«, während eindeutige Beweise zugunsten der Angeklagten in der Regel von dem Gericht nicht zugelassen wurden.

Der »Prozeß« gegen John Demjanjuk ist kein Prozeß im üblichen Sinne. Er ist teils Leidenschaft, teils Ritual. Das Beweismaterial wie die Zeugenaussagen Toter würde selbst vor albanischen oder ugandischen Gerichten nicht bestehen können.

Das ganze wäre lächerlich, wenn nicht das Leben eines Unschuldigen auf dem Spiel stünde. Wie in jedem Schauprozeß bilden die Richter ein Team. Das Verfahren ist ein Staatsakt und das Ergebnis eine ausgemachte Sache. Die Rollen der Richter und des Opfers sind nur Dekoration und passiver Natur. Der aktive Teil des Dramas wird von der Anklage und den Zeugen der Anklage gespielt.

Die Anklage benutzt das Opfer als Resonanzboden für offizielle Regierungspropaganda, während die Zeugen – normalerweise weinende und halb hysterische »Überlebende« – dem Publikum über die Massenmedien etwas vorspielen.

Das Drama endet mit dem Verlesen der Urteile, die bereits zuvor von der Exekutive der Regierung beschlossen worden sind. □

Zitate

Dritter Weg

Ali Akbar Hashemi Rafsandschani, iranischer Parlamentspräsident: »Tatsache ist, daß der islamische Weg jetzt als eine Möglichkeit neben dem Sozialismus und dem Kapitalismus vorhanden ist. Die Moslems, die vor uns gekämpft haben, hatten ein solches Vorbild nicht. Aber jetzt hat man begriffen, daß es diesen Weg gibt und daß er durchführbar ist. Der Erfolg, den wir beim Sturz des früheren iranischen Regimes, das vom Kapitalismus abhängig war, hatten, fand eine große Resonanz. Für Länder der dritten Welt und für die Besitzlosen ist unser Widerstand gegen Kommunismus, Imperialismus und Kapitalismus eine Hoffnungsbasis, die sie spüren können. Im Libanon haben die Moslems deswegen die Amerikaner, die Franzosen und die Israels alle auf einmal herauswerfen können.«

Pflichtübung

Heiner Geißler, CDU-Generalsekretär: »Viele haben es sich in unserer Wohlstandsgesellschaft bequem gemacht. Es ist offenbar für viele – auch für manche Politiker – auf die Dauer sehr anstrengend, sich ständig mit den Alltagsproblemen von zwei Teilen Deutschlands auseinanderzusetzen. Da und dort sind selbst die politischen Gedenkveranstaltungen zum 17. Juni und 13. August zur bloßen Formalie verkrustet. Dies ist ein falsches Verständnis von praktizierter Deutschlandpolitik.«

DDR

Franz Josef Strauß, bayerischer Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender: »Wir müssen wissen, daß wir das Wesen der DDR nicht verändern können, aber wir können gewisse Dinge im gegenseitigen Umgang verbessern. Deshalb handele ich nach Max Weber: Verantwortungsbewußtsein, Augenmaß und Leidenschaft. Dinge, die man ändern kann, ändern; Dinge, die man nicht ändern kann, hinnehmen, und um die Gnade bitten, zwischen beiden unterscheiden zu können. Verantwortungsbewußtsein heißt, zu helfen, das zu tun, was ich als Christ gute Werke nennen möchte. Leidenschaft für die gute Sache, aber nicht sterile Aufgeregtheit. Honecker ist kein verkappter Demokrat, noch kann ich in ihm einen brutalen Schergen Stalins sehen. Er ist in eine Konstellation eingebunden. Er weiß es, und wir wissen es, und daraus ergeben sich die Möglichkeiten.«

Einsicht

Richard von Weizsäcker, Bundespräsident: »Nur wer die Vergangenheit verleugnet, ist in der schrecklichen Gefahr, sie zu wiederholen.«

Schießbefehl

Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Soziales: »Ich weigere mich, in eine Diskussion darüber einzutreten, welche Qualen schlimmer sind. Kein Mensch darf gequält werden. In Chile kein Kommunist und in der DDR kein Bürger, der nach Freiheit verlangt. Ich habe keinen Zollstock, der Qualen mißt. Wichtiger ist: Es darf niemand gequält werden! Dann erübrigt sich die Frage nach dem Mehr oder Weniger. Für den, der zu Unrecht ins Gefängnis geworfen wird, ist es das Schlimmste, was ihm passieren kann. Kein Mensch darf gequält werden, wie auch immer die Mechanismen sind. Es ist ein Fortschritt, daß die DDR die Todesstrafe abgeschafft hat. Aber: Der Schießbefehl ist eine Form der Todesstrafe. Der Schießbefehl ist die Todesstrafe ohne Prozeß. Es wird geschossen auf Menschen, die nichts anderes wollen als zu anderen Menschen zu kommen – anderswo leben.«

Einheit

Helmut Kohl, Bundeskanzler: »Das Bewußtsein für die Einheit der Nation ist wach wie eh und je, und ungebrochen ist der Wille, sie zu bewahren. Die Menschen in Deutschland leiden unter der Trennung. Sie leiden an einer Mauer, die ihnen buchstäblich im Wege steht und die sie abstößt.«

Kirche

Joseph Kardinal Höffner, ehemaliger Erzbischof von Köln und langjähriger Vorsitzender der katholischen Deutschen Bischofskonferenz: »Wäre die Kirche nur eine geschichtliche Erscheinung, hätten wir Christen, vor allem die Bischöfe und Priester, sie längst zugrunde gerichtet.«

Frömmigkeit

Desmond Tutu, anglikanischer Erzbischof und Friedensnobelpreisträger: »Ich werde der Welt sagen, wann wir den Punkt erreicht haben, an dem wir Gewalt anwenden müssen, um ein ungerechtes Regime zu stürzen. Ich werde das Signal geben, wenn die Gewalt anfangen wird.«

Heimat

Hans von Keler, Bischof der evangelischen Landeskirche in Württemberg: »Es könnte sich einst als gefährlich erweisen, daß wir jahrelang nicht mehr gewagt haben, Begriffe wie ›Vaterland‹, ›Heimat‹ und ›Nation‹ in den Mund zu nehmen.«

Krieg

Carl Friedrich von Weizsäcker, Physiker und Philosoph: »Ich glaube, daß auf die lange Frist in der Tat die heutige weltliche Aufgabe darin besteht, die Institution des Krieges zu überwinden. Das heißt nicht, die Atomwaffen zu überwinden, sondern eine politische Ordnung zu überwinden, in deren Rahmen überhaupt Waffen benutzt werden. Und daß man solche politische Institutionen überwinden kann, dafür gibt es Beispiele. Man hat die Sklaverei als Institution abgeschafft, man hat das Fehderecht als Institution abgeschafft. Man wird auch den Krieg als Institution abschaffen können. Die Gefahr ist nur, daß das nur durch einen letzten ungeheuren Krieg passieren wird. Wenn man nun liest, was die biblischen Propheten gesagt haben oder gar was Jesus in der Bergpredigt sagt, dann ist das ganz klar, daß Jesus nirgends davon spricht, daß man Waffen benutzen soll. Weder Atomwaffen noch andere Waffen. Man wird also das, was Jesus in der Bergpredigt gesagt hat, dann vollziehen lernen, wenn man den Krieg überwindet. Aber damals war die Frage, soll ich deshalb sagen, wenn jemand zum Beispiel Offizier in der Bundeswehr ist: Du kannst kein Christ sein, wenn Du das bist? Ich bin auch heute noch der Meinung, man soll ihm sagen: Du kannst ein Christ sein und das tun. Nur bitte überleg' Dir dann sehr gut, was Du tust und was Du nicht tust.«

Helden

Johannes Steinhoff, Träger des Ritterkreuzes mit Eichenlaub und ehemaliger Vier-Sterne-General der Bundeswehr: »Ob der modische Egalismus der modernen Massengesellschaft Vorbilder im Sinne des Helden überhaupt zuläßt, ist eine berechtigte Frage. Diese lassen einen ja kleiner erscheinen! Ich bin jedoch überzeugt, daß die junge Generation – in meinem Fall die Enkel – nach Vorbildern hungert. Sie möchte sich durchaus an Persönlichkeiten und Leitbildern ausrichten. Bei aller selbstbewußten Abgeklärtheit, die heute der mündige Bürger zur Schau trägt, gehört es zur Seele und Charakter einer Nation, ›Helden‹ zu haben, die sich vorbildlich und selbstlos für ihre Mitmenschen einsetzen. Unsere Geschichte wäre dann belanglos und total unbewältigt, wenn wir uns nicht entschließen könnten, der jungen Generation Koordinaten zu geben, in die klar und unmißverständlich moralische Größe da eingeordnet wird, wo sie hingehört.«

Hollywood

Papst Johannes Paul II. »Eure Industrie bringt Euch unter extremen Erfolgsdruck, ohne Euch zu sagen, was Erfolg wirklich ist. In Eurem ständigen Umgang mit Bildern lauft Ihr Gefahr, sie als Wirklichkeit zu verstehen. Indem Ihr die Träume von Millionen zu erfüllen versucht, könnt Ihr selbst in einer Phantasiewelt verlorengehen.«

Erkenntnis

Karl Popper, österreichisch-britischer Philosoph: »Durch unser Wissen unterscheiden wir uns nur wenig, in unserer grenzenlosen Unwissenheit sind wir alle gleich.« □

Die Post und das Waldsterben

Wolfgang Volkrodt

Wie groß der inzwischen durch Hochfrequenz-Einwirkung in unserer Umwelt und bei Menschen angerichtete Schaden ist, läßt sich nur schätzen. Von 20 Milliarden DM wird unter Einbeziehung noch zu erwartender Folgeschäden gesprochen. Solche sind zum Beispiel unbewohnbar gewordene Alpentäler, weil der Lawinen- und Geröllschutz im Gefolge von abgestorbenen Wäldern nicht mehr existiert. Gesundheitsschäden bei Menschen sind in den 20 Milliarden DM noch nicht enthalten.

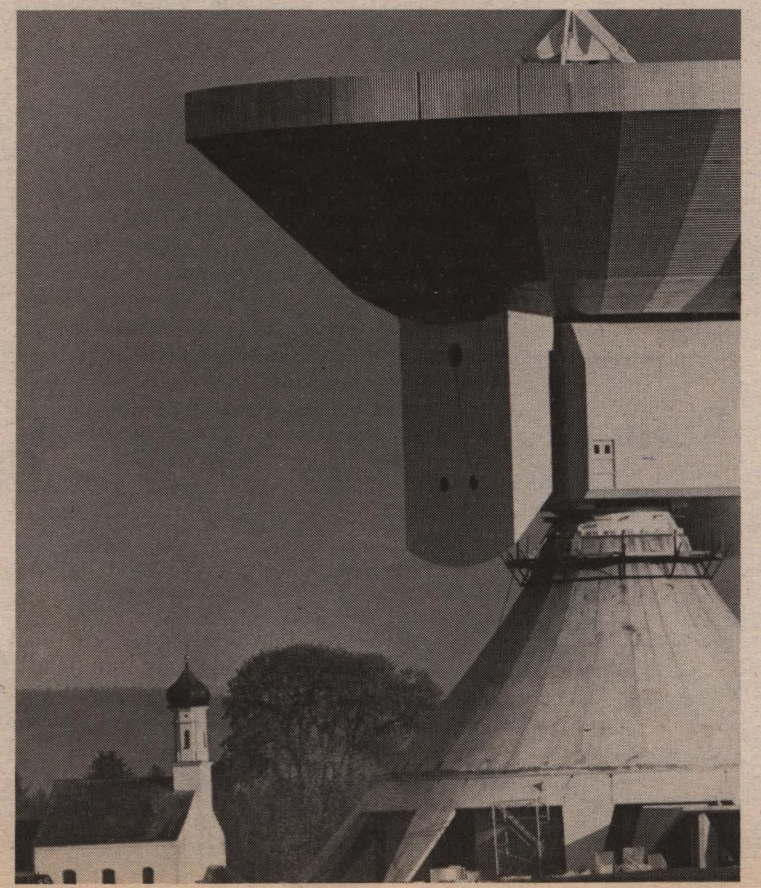
Wenn es nach dem Willen einiger Zeitgenossen ginge, soll die Wahrheit über die primäre Waldschädenursache möglichst noch viele Jahre verschwiegen werden. Bis dahin ist die Schadenssumme eventuell auf mehrere hundert Milliarden DM angewachsen. Der Staat ist überfordert, Entschädigungszahlungen in vorbenannter Höhe zu leisten. Zudem ist der Staat kein Wohltätigkeitsverein. Er wird alles daransetzen, die wahren Schadenverursacher ausfindig zu machen, um sie zur Kasse zu bitten.

Bäume verwerten radiofrequente Energie

Das kann für einige Unternehmen den Bankrott bedeuten. Zumindest wird das Image und die Glaubwürdigkeit von Unternehmen, die bewußt die Wahrheit über die zu hohe elektromagnetische Umweltbelastung unterdrückt haben, schweren Schaden nehmen. Die Industrie, die sich mit der Hochfrequenz (HF) beschäftigt, läuft Gefahr, von der Bevölkerung ähnlich wie die Atomenergie-Industrie verteufelt zu werden.

Eine solche negative Entwicklung dürfte weitsichtigen Unternehmern auf dem HF-Gebiet wohl kaum ins Konzept passen. In den USA ist man diesbezüglich schon einige Jahre weiter als bei uns. Dort finanzieren Großunternehmen der Elektrotechnik mit eigenem Geld Forschungsarbeiten zur Klärung von Risiken durch elektromagnetische Felder und Wellen. Wann wird man damit auch bei uns zwecks Imagepflege soweit sein?

Die seit etwa 1940 vorliegenden Erkenntnisse, daß zusätzlich zu Licht und Wärme auch radiofrequente Energie mit Wellenlängen zwischen etwa ein Zentimeter bis etwa 20 Meter bis zur Erdoberfläche gelangt, wurden von Biologen und Medizinern bis heute zu wenig beachtet.



Sie wissen zwar, daß in der Natur im Überlebenskampf manche exotische Energiequelle wie Unterwasser-Schwefelthermen genutzt wird, und daß die Natur überaus erfindungsreich ist, um jedmögliche Energiequelle anzapfen zu können. An die radiofrequente Energie von der Sonne und aus dem Weltraum, wo es kaum einen Winkel ohne Vorhandensein der Wasserstofflinie mit 21 Zentimeter Wellenlänge gibt, hat man bis heute kaum gedacht.

Die Energie der natürlichen Strahlung

Um radiofrequente Energie mit Wellenlängen oberhalb etwa ein Zentimeter verwerten zu können, bedarf es resonanzfähiger Antennensysteme. Über solche verfügen tatsächlich die Nadel- und Laubbäume. Von HF-Technikern wird daran kein Zweifel angemeldet: Nadelkollektive und Blattrippen sind ganz eindeutig nach den Gesetzen für Antennen im Zenti- und Dezimeter-Wellenbereich bemessen. Da bei diesen Wellenlängen die Beschattungsregeln des kurzwelligeren Lichts nichts mehr gelten, profitieren hiervon insbesondere die weit im Inneren liegenden Schattenblätter der Bäume.

Die Energie der natürlichen radiofrequenten Strahlung aus dem Weltall ist mit einer Strahlungsdichte von etwa 0,01 mW/cm^2 relativ klein. Für ein Buchen- oder Eichenblatt mit zum Beispiel zehn Quadratzentimeter Oberfläche bedeutet dies aber immerhin an einem Sommertag ein zusätzliches Energieangebot von rund fünf Ws.

Im Nahbereich von Mikrowellensendern wird laut VDE 0848 eine Strahlungsdichte von 2,5 mW/cm^2 zugelassen. Ein sich hier befindliches Buchenblatt würde dann statt mit fünf Ws aus natürlicher Strahlung einem Strahlenbombardement von 1250 Ws ausgesetzt sein.

HF-Ingenieure für die Richtfunktechnik werden entgegenhalten, daß bei nur wenigen Watt Sendeleistung die Strahlungsdichte in Richtfunktrassen weit unter den VDE-Grenzwerten liegt. Aber daß sie in 5 Kilometer Entfernung vom Sendemast immer noch über dem Dreifachen der radiofrequenten natürlichen Strahlung liegt, kann nicht ausgeschlossen werden.

Es hat den Anschein, daß ein HF-Energieangebot vom Vierfachen dessen, wofür die biologischen Antennen unserer Bäume bemessen sind, auf die Dauer bereits zu viel ist. Doch wo sind hierfür überzeugende Beweise?

Die Augen reichen bereits zur Aufklärung primärer Waldschädenursachen. Diese Erfahrung mußte ich machen, nachdem ich anfangs der zu hohen Mikrowellenbelastung in unserer Umwelt mit Meßgeräten auf der Spur war. Forstbotanikern ist es nicht möglich, HF-Meßwerte richtig zu interpretieren. Ihre Meßinstrumente sind die Augen. Mit ihnen ordnen sie die Bäume in die verschiedenen Waldschadenstufen ein und registrieren, an welchen Berghängen oder Kämmen die Waldränder oder Solitärgehölze am stärksten geschädigt sind.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist der Bericht des Forstamtsleiters von Hilders in der Rhön über das Waldsterben am Stirnberg, weil es sich um einen typischen Demonstrationsfall für die Schadwirkungen gro-

ßer HF-Sendeanlagen handelt. Im Umfeld des Stirnbergs liegen in 6,5 Kilometer Luftlinie die leistungsstarken NATO-Radarsender der Wasserkuppe mit bevorzugter Ausrichtung nach Osten.

Durch Augenschein selber überzeugen

In 3,5 Kilometer Luftlinie steht der Bundespost-Sendemast des Heidelsteins, der neben UKW- und Fernsehantennen eine Vielzahl von Richtfunkantennen trägt. Beide Sendeanlagen sind aus dem nur noch aus unbelaubten »Zahnstochern« bestehenden Wald am Stirnberg deutlich zu erkennen.

Geht man talwärts und kommt in Bereiche, von denen aus die Sender nicht mehr sichtbar sind, vermindert sich die Waldschadensstufe. Hier kommt nur noch Streustrahlung hin. Gleiches gilt für die zu den Sendeanlagen abgelegenen Waldränder am Ost- beziehungsweise Nordostrand des Stirnbergs.

Wer dies nicht glaubt, der fahre zum Stirnberg und überzeuge sich mit eigenen Augen.

Die vom Forstamt Hilders durchgeführten Exkursionen zum Demonstrationswald am Stirnberg werden übrigens inzwischen durch Erläuterungen über die benachbart stehenden starken HF-Sendeanlagen ergänzt.

Vor Ort sollten sich Bundespostminister Schwarz-Schilling und Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner persönlich auseinandersetzen, wessen Sendeanlagen die schlimmeren Waldkiller sind. Daß die Richtfunksendeanlagen der Bundespost durchaus nicht harmlos sind, läßt sich in Gebieten, die frei von Radareinwirkung sind, eindeutig demonstrieren.

Vor einigen Jahren konnte man den Verlauf der Richtfunktrassen noch aus für jedermann erhältlichen Bebauungs- oder Raumordnungsplänen entnehmen. Inzwischen ist es nahezu unmöglich, von Fernmeldeämtern Auskünfte über den aktuellen Verlauf von Richtfunktrassen zu erhalten. Warum verweigert die Bundespost solche Auskünfte? Fürchtet sie die Aufklärung von Zusammenhängen zwischen Waldschäden und Richtfunk?

Dies werden in Zukunft Luftbildaufnahmen in Falschfarbentechnik bewirken. Fallen die durch ihre Einfärbung auf den Fotos leicht erkennbaren Zonen mit erhöhten Waldschäden mit dem Verlauf von Richtfunktrassen oder andersartigen Sendekeulen zusammen, so kann das kein Zufall sein, sondern ermöglicht eine juristisch unanfechtbare Identifizierung der Waldschädenverursacher.

Elektromagnetische Felder und Wellen in biologischen Systemen

Seit einigen Jahren gibt es den Forschungsbereich Biomagnetismus. Man hat herausgefunden, daß die im Zusammenhang mit der Herztätigkeit beim Menschen auftretenden Felder lediglich eine Stärke von einem Tausendstel des Erdmagnetfeldes haben. Die von Hirnströmen beim Hören verursachten Felder liegen bei 1:100 000 des Erdmagnetfeldes.

Zwischen allen lebenden Zellen von Organismen gibt es einen regen Informationsaustausch auf elektrischem Weg. Da hierbei nur sehr geringe Energien zum Einsatz kommen, wird vermutet, daß bei der Kommunikation in biologischen Systemen supraleitende Effekte bei Raumtemperatur und der Josephson-Effekt genützt werden. Die neuesten Ergebnisse bei der Erforschung der Supraleitung erhärten solche Vermutungen.

Der verwertbare Wellenbereich für die Kommunikation in und zwischen Lebewesen läßt sich leicht angeben. Ionisierende Strahlen kurzwelliger als UV-B scheiden wegen Zellzerstörung aus. Es verbleiben Wellenlängen zwischen dem des sichtbaren Lichts und langwelliger als Netzfrequenz – beispielsweise Alpha-Wellen beim Schlaf.

Wissenschaftlich geklärt ist, daß unser Gehirn als holographisch strukturiertes Datensuch- und Auswertungssystem zu betrachten ist. Der Datenspeicher aber befindet sich nicht in Gehirnzellen, sondern muß in der eingefalteten Ordnung eines elf-dimensionalen Universums gesucht werden.

Bei Vergleich der Arbeitsgeschwindigkeit unseres Gehirns bei komplexen Aufgaben mit der von modernen elektronischen Datenverarbeitungsanlagen kommt man zu dem Ergebnis, daß hierzu elektromagnetische Signale im Hochfrequenzbereich notwendig sind. Über die Art der Ankoppelung des Gehirns an den höherdimensionalen »Universalspeicher« existieren zur Zeit mehr Spekulationen als begreifbare Forschungsergebnisse.

Grundsätzlich darf nicht ausgeschlossen werden, daß die Überlagerung starker technischer Felder und Wellen biologische Kommunikations- und Datenverarbeitungssysteme in Verwirrung bringen kann und bei längerer Einwirkung zu bleibenden Gesundheitsschäden führt.

Heutige HF-Technik ist lebensfeindlich

Diesen Sachverhalt hat man bisher zu verschleiern versucht, indem man sich bei der Festlegung von Grenzwerten auf die rein thermischen Wirkungen der HF-Energie beschränkte. Daß es auch verhängnisvolle nicht-thermische Wirkungen gibt, weiß man zum Beispiel in der UdSSR seit längerem und hat daher dort die HF-Grenzwerte bei etwa einem Tausendstel der des Westens fixiert.

Der UdSSR-Grenzwert für HF-Techniker für eine Expositionsdauer von maximal acht Stunden mit 0,01 mW/cm^3 ist identisch mit der Strahlungsdichte der aus dem Weltall kommenden radiofrequenten Strahlung. Man glaubt somit, einem Menschen ohne Gesundheitsrisiko für acht Stunden am Tag eine Verdoppelung der normalen radiofrequenten HF-Belastung zumuten zu können. Für werdende und stillende Mütter wird lediglich eine Überhöhung von zehn Prozent zugelassen.

Welche Strahlungsdichten andere Lebewesen wie zum Beispiel unsere Bäume auf die Dauer schadlos vertragen, weiß man bisher nicht genau. Diese Wissenslücke versucht nunmehr das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen zu schließen. Es wurde mir mitgeteilt, daß es den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gebeten habe, sich nachfolgender Frage anzunehmen: »Wie beeinflussen Leistung, Frequenz, Modulationsart und Pulsrate modulierter Mikrowellenfelder bestrahltes Gewebe und pflanzliche Zellen?«

Wenn dieserart die Bundesregierung Unsicherheit bei der Beurteilung von HF-Risiken und einen bestehenden Handlungsbedarf erkennen läßt, so dürfte die bisher demonstrierte Selbstsicherheit der HF-Industrie in Zukunft kaum noch angebracht sein.

Die einzige Obrigkeit, auf die man sich zwecks Festhalten an den gegenwärtigen zu hohen Grenzwerten berufen könnte, ist das US-Pentagon. Nach der Kritik von US-Forschern an den zu hohen Grenzwerten in den USA ließ das Pentagon sinngemäß verlautbaren: »Jegliche Verminderung des Leistungsvermögens von HF-Kommunikationssystemen bedroht die nationale Sicherheit der USA, ganz gleich, ob hierbei die Gesundheit der Zivilbevölkerung Schaden nimmt.«

Das Waldsterben ist nur die Spitze eines uns alle bedrohenden Eisbergs. Inzwischen mehren sich die Hinweise auf sich zum Teil seuchenartig ausbreitende Gesundheitsschäden bei Menschen durch zu hohe HF-Umweltbelastung. Jeder dritte Deutsche leidet inzwischen an dubiosen allergischen Reaktionen. Bei jedem achten Deutschen sei ein ständiges Rauschen oder Klingeln im Ohr zu hören, das auf die Dauer wahnsinnig zu machen droht.

Inzwischen gibt es eine Vielzahl von Berichten, die auf erhöhte Krebsrisiken oder Erbschäden im Gefolge von HF-Einwirkungen hinweisen. Sie werden bei uns nicht ernst genommen. Anders in den USA. Dort verteilt zum Beispiel in diesem Jahr das Electric Power Research Institute 2,5 Millionen Dollar für Forschungsarbeiten zur Klärung von Schadwirkungen von elektromagnetischen Wellen. Unter anderem wird hiermit eine Studie über Blutkrebs bei Kindern finanziert. □

Weitere Informationen bei Dr.-Ing. Wolfgang Volkrodt, Waldsiedlung 8, D-8740 Bad Neustadt.

Technik

Spekulation um Flugkreisel

Gunther Burkhardt

»Der Weg zum Licht« hieß ein Beitrag im September-Heft über Flugkreisel oder über die geheimste Wunderwaffe V-7 des Zweiten Weltkrieges. Wir stellten dabei vier verschiedene Flugkreisel vor: Haunebu I, Haunebu II, Haunebu III und Vril I. Zu den einzelnen Typen veröffentlichten wir eine Reihe von technischen Einzelheiten. Diese Veröffentlichung hat ein lebhaftes Echo hervorgerufen und der Redaktion wurde immer wieder die Frage nach der Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit gestellt. Um etwaigen Spekulationen entgegenzuwirken, möchten wir die Ergebnisse eigener Recherchen vorlegen.

Die Flugkreisel- oder Flugscheiben-Entwicklung hat mit absoluter Sicherheit in der Zeit des Dritten Reiches stattgefunden. Die Entwicklungen wurden von mindestens vier Abteilungen wahrgenommen, die jedoch zum Teil nicht voneinander wußten. Eine dieser Gruppen wurde von Dr. Schumann geleitet. In dieser Forschungsabteilung wurde das Problem des Tachyonenantriebs prinzipiell gelöst.

Vom Typ »Haunebu I« gab es während des Zweiten Weltkriegs zwei Stück, mit denen 52 Erprobungsflüge durchgeführt wurden. Vom Typ »Haunebu II« waren es sieben Maschinen, mit denen 106 Erprobungsflüge gemacht wurden. Der »Haunebu III« war nur einmal vorhanden und hatte 19 Erprobungsflüge absolviert. Siebzehn Exemplare gab es vom Flugkreisel »Vril I«, mit denen 84 Erprobungsflüge erfolgreich abgeschlossen wurden.

Diese Tatsachen werden von verschiedenen Insidern der Problematik bestätigt. Allerdings blieb man ansonsten weitgehend verschlossen bis ablehnend bei einer Stellungnahme zu diesem Thema. Man betonte immer wieder, jene Gruppe, denen die Schulwissenschaftler den Spitznamen »die Hellseher« gegeben hätten, seien von der nationalsozialistischen Führung besonders gefördert worden, namentlich aufgrund der Gefühle, der Krieg könne eine verzweifelte Lage für Deutschland bringen.

In der Zeit der Entwicklungsphase während des Zweiten Weltkrieges muß es sehr viele verschiedene Pläne für Flugscheiben gegeben haben. Die meisten dieser Pläne und Entwürfe sind jedoch nicht verwirklicht worden.

Unter diesen Plänen befand sich auch der eines riesigen Fluggeräts, das einem Zeppelin ohne Leitwerke ähnelte. Eine Schnittzeichnung davon wurde gesehen. Die Bezeichnung lautete »Andromeda-Gerät«. Aus der Schnittzeichnung war ersichtlich, daß dieser zeppelinartige Flugkörper drei Flugscheiben transportierte – eine große und zwei kleine. Aber dies soll auch nur einer der vielen Pläne gewesen sein.

Teleskopische Aufnahme eines Flugkreisels. Fotografiert am 13. Dezember 1952, 9.10 Uhr, bei Palomar Cardens in Kalifornien.



Die Entwicklung für die Flugscheiben fand in einer streng geheimen SS-Abteilung statt unter der wahrscheinlichen Bezeichnung »SS-E-IV«, hier wurden auch die »Haunebu«-Typen entwickelt und geplant.

Aufbau von Reserven

Angeblich hat Hitler bereits im Jahr 1941 bei Ausweitung des Krieges zu einem Weltkrieg frühzeitig mit der Eventualität eines totalen Zusammenbruchs gerechnet und zu jener Zeit den Aufbau von »Reservekräften« befohlen. Es ist daher denkbar, daß zu diesem für die deutschen U-Boote noch günstigen Zeitpunkt Material und Mannschaften an einen sicheren Ort befördert wurden, der vielleicht in »Neuschwabenland« in der Antarktis lag.

Die »SS-E-IV« dürfte dort gearbeitet haben. Das hieße, daß die »Haunebu«-Flugscheiben außerhalb des Gebietes des Deutschen Reiches entstanden und also ohne Beeinträchtigung durch die Ereignisse im Mai 1945 weiter betrieben worden sind – jedenfalls so weit das Vorhandensein des notwendigen Materials es erlaubte.

SS-Abteilungen hatten nachweislich geplant, bei Friedensschluß Hitler vorübergehend in Schutzhaft zu nehmen, um die NSDAP zu entmachten und eine neue, bessere Struktur in Großdeutschland zu schaffen. Dies waren dieselben SS-Kreise, aus denen sich auch die Mitarbeiter der Abteilung »E-IV« zusammensetzten.

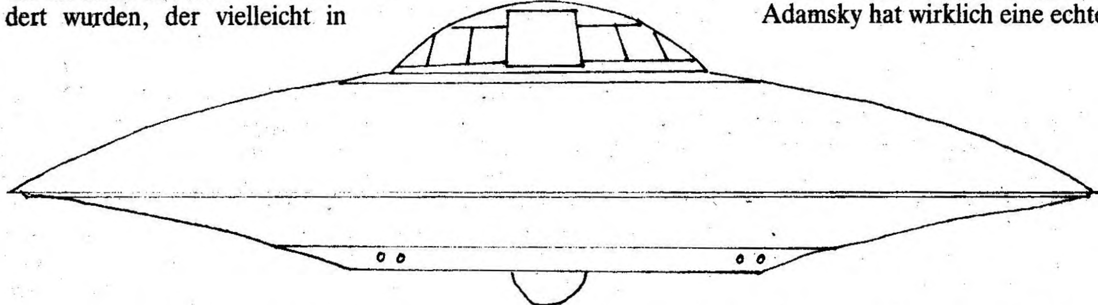
Als die Kriegsentwicklung einen annehmbaren Frieden für Deutschland immer unmöglicher erscheinen ließ, bereiteten jene SS-Abteilungen das »letzte Bataillon« weiter vor.

In der verzweifelten Lage, in der sich das Deutsche Reich 1945 befand, soll in der Tat das einzig vorhandene »Haunebu III« mit einem Freiwilligenkommando in die Weiten des Weltalls geschickt worden sein, um durch ein eventuelles Bündnis mit Bewohnern anderer Welten eine winzige Chance zu versuchen. Dieser anscheinend absurde Gedanke wird leichter begreifbar, wenn man die esoterischen Glaubenssätze kennt, die seinerzeit in jenen Kreisen hochgehalten wurden.

Ernstzunehmende Quellen behaupten, der Mars sei erreicht worden. Weiteres liegt im völlig Unbekannten. Auf alle Fälle scheint das Vordringen ins Weltall – etwa bis zum Mond – kein Problem gewesen zu sein.

Wie bizarr die Denkart und Handlungsweise der geheimen Entwicklungsabteilungen des Dritten Reiches gewesen sein muß, geht aus einer Andeutung hervor: Es sei möglich, daß »Jenseitige« bei den Entwicklungsarbeiten geholfen hätten. Was hier allerdings unter »Jenseitige« zu verstehen ist, konnte man leider nicht genauer feststellen.

Das Vorhandensein einsatzfähiger deutscher Flugscheiben bis in die Gegenwart hinein scheint ein unleugbares Faktum zu sein. Über die Ausmaße dieses freien deutschen Kampfpotentials kann nur spekulativ gesprochen werden. Wahrscheinlich handelt es sich nunmehr nur noch um einige wenige Flugscheiben. Die Anzahl der seriös anmutenden UFO-Sichtungen schließt aber auch die phantastischsten Möglichkeiten nicht aus.



Der deutsche Flugkreisel Vril 1

Wie echt sind UFO-Fotos?

Ein Bild einer solchen UFO-Sichtung hat George Adamsky am 13. Dezember 1952 bei Palomar Gardens im US-Bundesstaat Kalifornien um 9.10 Uhr fotografiert. Das Foto wirkt verblüffend echt. Nehmen wir an, Adamsky hat wirklich eine echte Flugscheibe per Zufall fotografiert. Er behauptet übrigens, bei diesem Flugobjekt handelt es sich um ein venusisches Erkundigungsschiff.

Wenn man die Zeichnung von »Haunebu II« aus dem Jahr 1943 mit der Fotografie von Adamsky aus dem Jahr 1952 vergleicht, fällt einem sofort die verblüffende Ähnlichkeit auf. Es ist nun durchaus denkbar, daß Adamsky an die deutschen Pläne der Flugscheibenentwicklung gekommen ist und er sich anhand dieser Unterlagen ein Modell bastelte.



Ein Flugkreisel über San Francisco. Experten halten diese Aufnahme für eine Fälschung.

Übrigens ist der Co-Autor von Adamskys Buch »Fliegende Untertassen sind gelandet«, Desmond Leslie, ein Verwandter von Winston Churchill, dem britischen Premierminister während des Zweiten Weltkrieges. Über diesen Weg bestand die Möglichkeit, daß Adamsky an die »Haunebu«-Unterlagen aus der deutschen Kriegsbeute herangekommen ist.

Nach dem Foto vom Dezember 1952, das wie gesagt echt zu sein scheint, tauchten eine ganze Reihe Bilder auf, deren Echtheit zu Zweifeln Anlaß gibt. Zu offensichtlich ist bei den später aufgetauchten Bildern zu erkennen, daß es sich ganz offenkundig um ein Modell handelt. Verhärtet wird diese Vermutung, da alle späteren Fotos mit dem ersten echten Bild übereinstimmen, soweit sich das per Modell nachbasteln ließ und soweit es auf dem echten Foto erkennbar war, um die entsprechenden Details in ein Modell zu übertragen.

Zum Beispiel war das Oberteil der Kuppel auf jenem ersten echten Foto aufgrund der Perspektive nicht zu sehen. Und genau in diesem einen Punkt weichen die späteren Fälschungen von den deutschen Plänen ab.

Und natürlich steht die Frage im Raum, warum George Adamsky und ein Verwandter von Churchill freiwillig ein deutsches Flugscheibenmodell als »UFO« gefälscht haben, wenn nicht ein äußerer Anstoß dies erzwungen hätte, nämlich das erste echte Zufalls-Foto vom 13. Dezember 1952.

Wenn Adamsky später sogar auch das zeppelinförmige Mutterschiff präsentiert, so paßt auch dies in das vermutete Gesamtbild: Die Pläne zu einem solchen Mutterschiff hatten bestanden. Es war auch zur Aufnahme mehrerer verschieden großer Flugscheiben gedacht. Der Verwandte Churchills mag an diese Unterlagen gekommen sein, die auch uns zugänglich wurden. □

Magische Weltsicht

Vierte Folge und Schluß

Ralf Flar

Alle, die heute auf der Erde leben, alle unsere Vorfahren und alle jene Menschen, die noch nach uns kommen werden, hatten einst einen geistig-seelischen Körper und lebten in »Ilu«, im Gottesreich des ewigen Lichts, als Kinder der Gottheit. Zusammen mit einem Drittel aller »Gotteskinder« sind wir Abtrünnige geworden – aus Bosheit die einen, aus purer Neugier die anderen – und folgten El Schaddai, dem Satan, der eine völlig neue, großartige Welt zu schaffen versprach und dafür »Gott« genannt werden wollte.

Was El Schaddai aber aus den schädlichen, von der Gottheit nicht verwendeten Stoffen der Antimaterie zu schaffen vermochte, war der Pfuhl der Hölle. Er und jene Schar, die schon zuvor aus dem Gottesreich ausgezogen war, schwuren Gott und der Welt des Lichts Kampf und Vernichtung. Und allen, die nicht ihn als »Gott« anbeten wollten, drohte er mit Auflösung und Tod, drohte mit einer Macht, die er nicht besaß, denn all sein Sein baute auf Lüge.

Vom Gottesreich zum Höllenpfuhl

Während also wir – angezogen von dem merkwürdigen Neuen, das El Schaddai mit seiner Hölle geschaffen hatte – das Reich der Gottheit verließen, da schuf Gott den Kosmos mit der Erde und ähnlichen Welten als ein »Rettungsboot« für die Abtrünnigen, die da ausgezogen waren, ohne die Schrecken der Hölle zu kennen, der sie entgegenstrebten.

Auf dem weiten Weg vom Gottesreich hin zum Höllenpfuhl verloren wir alle unser Bewußtsein, verloren unsere seelisch-geistigen Körper, wurden zu Funken geistig-lebendigen Samens, wie wir einst gewesen waren zum Zeitpunkt der Ur-Schöpfung im Gottesreich.

Wie nun die neue Schöpfung – das »Diesseits« – durch die Gottheit vollendet war, mit der dazugehörigen »Stufenleiter« der jenseitigen Welten und dem grünen Land, da begann das Wiedererwachen unseres seelisch-geistigen Lebens in neuen, in irdischen Körpern in der diesseitigen Welt. Es ist daher kein Zufall, wenn die Darwinsche Evolutions-Theorie noch immer bloß eine unbewiesene Theorie geblieben ist.

Nach einer langen Zeit friedlichen irdischen Lebens entdeckte dann der Satan die Welt Erde. Er ließ sich dort durch Propheten des Bösen – wie Moses – offenbaren und behauptete wieder, er, El Schaddai, sei Gott. Und wieder, wie schon zuvor im Gottesreich, fanden sich genug von uns, die El Schaddai, der sich jetzt auch Jahve, Zebaoth und anders nennen ließ, als »Gott« anzubeten bereit waren und seinem Höllengebot folgen wollten. Und El Schaddai versprach jenen, die die Seinen sein wollten, die Herrschaft über alle anderen Menschen und Völker.

Der erste Schritt auf dem Heimweg

In Christus kam sodann Gott selbst auf die Welt Erde, um den Menschen den Weg der Wahrheit zu weisen und zugleich durch sein Selbstopfer deutlich zu machen, wer die Anbeter des Satans sind, des Schaddai, des Jahve.

Unser Erdendasein ist also der erste Schritt der Bewährung auf dem Heimweg in das Gottesreich. Wir sind in der Tat nicht zu unserem Vergnügen auf dieser Welt – sondern um die Erkenntnis zu erlangen, was das Gute und was das Böse bedeutet. In der Gegenwartsideologie von Selbstsucht, »Selbstverwirklichung«, Wohlstandsegoismus und Ablehnung der Pflicht ist die Stimme des Satans deutlich zu erkennen.

Wer sind wir? Woher kommen wir? Wohin gehen wir? Die drei großen Fragen der Menschheit. Sie sind eigentlich damit beantwortet worden. Die Konsequenz daraus ist für jeden einzelnen eine durchaus aktuelle.



Ein Engel mit dem Schlüssel zum Abgrund. Die Schulwissenschaft nennt diesen Abgrund heute »schwarze Löcher«.

Das Gottesreich ist das Reich des ewigen göttlichen Lichts (Ilu). Es ist das Reich der Ur-Schöpfung aus dem Ilu – die Ewigkeit. Dieses Gottesreich ist auch unser aller ursprüngliche Heimat, aus der wir – als seelisch-geistige Wesen – einst auszogen, um El Schaddai, dem Scheitan, zu folgen, während die Mehrzahl der »Gotteskinder« im Reich Ilu und in Treue zur Gottheit verblieb.

Sinn und Ziel all unseren Seins ist die Bewährung in der Erkenntnis, um schließlich heimzufinden in die ursprüngliche Heimat: das Gottesreich, die Welt des ewigen Lichts.

Die jenseitigen Welten, von denen wir einige – oder gar alle – nach unserem Erdenleben zu durchwandern haben, sind von unterschiedlicher Art. Sie gleichen einer Stufenleiter, die von der Nähe zur Hölle bis an die Nähe zur Welt des ewigen Lichts reicht.

Je nach dem Grad der Erkenntnis, das heißt je nach Frequenz der Bewußtseinsschwingung, gelangen wir nach unserem Erdendasein in eine dieser unserer Schwingungsfrequenz entsprechenden jenseitigen Welten – bis wir schließlich die lichteste erreichen, vor der aus die Heimkehr in die Ewigkeit, das Gottesreich, möglich ist.

Das Geheimnis der schwarzen Löcher

Das grüne Land ist wie ein weiter »Kanal«, der an den jenseitigen Welten entlangläuft, diese miteinander verbindet und auch bis an das Diesseits heranreicht.

Durch das grüne Land können die in den jenseitigen Welten lebenden seelisch-geistigen Wesen andere, lichtere, jenseitige Welten erreichen, sofern sie deren Schwingungsfrequenz erworben haben. Aber im grünen Land können sich auch solche jenseitigen Wesen begegnen und treffen, die sich aufgrund ihrer unterschiedlichen Schwingungsfrequenzen in den ihnen gemäßen jenseitigen Welten nicht »besuchen« können.

Mittels magischer Prozesse ist es diesseitigen Menschen möglich, das grüne Land zu besuchen; ein Vordringen in die jenseitigen Welten ist indes für Diesseitige nicht möglich.

Das grüne Land ist zugleich auch vielen aus dem Höllenpfuhl kommenden Wesen der Finsternis zugänglich; denn es ist ein quasi schwingungsneutraler Kanal, dessen monotone Grundfrequenz es allen Wesen öffnet. Diese »Grundfrequenz« des grünen Landes wird in den hohen magischen Prozessen diesseitig erzeugt.

Die »Welten des Schlafes« – richtiger: die Sphäre des Schlafes – haben wir alle schon in diesem oder jenem Traum von ferne gesehen. Die Sphäre des Schlafes ist die erste Sprosse hinüber zu den jenseitigen Welten, die wir nach unserem irdischen Sterben erfahren. Dort erwachen wir wieder, von dort aus gelangen wir in die unserer Schwingungsfrequenz gemäße jenseitige Welt.

Die Hölle ist eine ebenso real existierende Welt wie alle anderen jenseitigen und diesseitigen Welten real existieren. In ihr herrscht El Schaddai mit seiner teuflischen Schar, die ihm beim ersten Auszug aus dem Gottesreich folgte.

Die Hölle grenzt an die dunkelste der jenseitigen Welten und an die fernsten Ausläufer des grünen Landes, ohne mit diesen direkt verbunden zu sein. Dennoch ist es den Teufeln ohne weiteres möglich, in das grüne Land einzudringen – nicht jedoch in die jenseitigen Welten.

Wenn die Hölle die Welt der Finsternis genannt wird, so bedeutet dies jedoch nicht, daß es kein Licht in ihr gäbe. Es herrscht dort nur ein völlig anderes Licht, als das Licht des Gottesreichs ist, und auch ein ganz anderes, als es das irdische Licht des Diesseits darstellt. Das Licht der Hölle ist ein grell-flackerndes, sengendes Rot und Gelb in den finsteren Höhlen des höllischen Pfuhls.

Während der letzten 20 Millionen Jahre hat es El Schaddai verstanden, im diesseitigen Kosmos Ableger seines Pfuhls höllischer Finsternis zu schaffen. Die Schulwissenschaft nennt diese die »schwarzen Löcher«.

Das Tor zum göttlichen Licht

Babilu, Bab Ilu, »Tor zum göttlichen Licht«, so lautete der ursprüngliche Name des alten Babylon. Im Neubabylonischen wurde Babil – Bab II – »Tor der Gottheit« daraus. Ganz wesentlich ist jedoch der altbabylonische Ursprung, das Bab'ilu. Hier wird das Wissen um jenes göttliche Licht deutlich, in dem das Wesen Gottes lebendig ist: Gott ist das Licht.

Das Bab (Tor) zum Ilu (göttlichen Licht) verstand sich demnach als eine Brücke, die vom Diesseits aus, durch das grüne Land und über die jenseitigen Welten hinweg, zum Reich Gottes führt.

Das alte babylonische Reich »Babilu« ist in den Zeittafeln des Bersorus Jahrhunderttausende zurückreichend bezeugt. Die gewaltigen Zeitspannen, die für Babylon (Babilu) durch Bersorus festgehalten wurden, sprengen anscheinend den Rahmen der rationalen Wissenschaft – und doch sind sie durch eben diese Wissenschaft bestätigt worden. Ähnlich weit zurückreichende Zeittafeln, die Maneto für Ägypten anfertigte, sind größtenteils verschollen.

Es ist also Gewißheit, daß schon vor mehr als hunderttausend Jahren eine hoch kultivierte Menschheit die Erde bevölkerte – denn man darf annehmen, daß zu jenen Zeiten Ur-Babylons und Ur-Ägyptens auch in anderen Erdteilen Hochkulturen blühten, etwa im südamerikanischen Raum.

Wenn also von der um 26 000 Jahre zurückliegenden Katastrophe die Rede ist, bei der »Thule« versank, so spricht dies für den langen Zeitraum der bereits zuvor bestandenen Kulturen. Man kann daher leicht der Definition zuneigen, daß mit »Thule« kein bestimmtes Land gemeint war, sondern die gesamte Erde, wie sie war, bevor der Satan mit den Seinen sie erreichte.

Die Erkenntnis des göttlichen Lichts, wie sie im alten Babilu vorhanden war, kündet von der Gottesnähe dieses Reiches, das sich dem Licht zuwendete und die Finsternis ablehnte. □



Vatikan

Die Krise der Kirche

Werner Nicolai

In dem Maß, wie der Glaube schwindet, wächst die Zahl derer, die sich bei Astrologen und Hellsehern Rat holen, weil sie sich vor der Zukunft fürchten. Ihre Hoffnung indessen richtet sich nur noch auf irdisches Wohlergehen, während die Liebe in ihnen erkaltet.

Eine Beeinträchtigung des Glaubens ist aber auch dort zu verzeichnen, wo Prophezeiungen christlicher Seher vergangener Zeiten willkürlich und leichtfertig gedeutet werden. Jede echte Prophezeiung entstammt dem absoluten Vorherwissen Gottes; für sie sind Jesu Weissagungen der Maßstab. Jesus weinte zum Beispiel über Jerusalem, weil er das Schicksal der Stadt und ihrer Bewohner kannte. Obwohl er es offenbarte, gingen Hunderttausende zugrunde, weil sie nicht erkannten, »was zum Frieden dient«.

Am 19. September 1846 erblickten zwei Hirtenkinder, Melanie und Maximim, in den Bergen von La Salette eine weinende Frau von unvergleichlicher Schönheit: die Mutter des Herrn weinte über die Bewohner der Erde, die sich nicht bekehren und bessern wollten.

Über die beiden Kinder richtete sie eine Botschaft an die Welt, damit doch noch die verdienten Strafgerichte Gottes abgewendet würden wie einst in der Stadt Ninive, die auf die Strafandrohung des Propheten Jonas hin Buße tat, so daß Gott sie verschonte.

Innerhalb der folgenden 25 Jahre fanden drei Kriege statt: 1864 kämpften Österreich und Preußen gegen Dänemark, 1866 Preußen gegen Österreich und 1870/71 ereignete sich der Deutsch-Französische Krieg. Diese Kriege und zahllose andere Übel, die der Menschheit drohen würden, hatte die heilige Frau von La Salette angekündigt: »Die Gesellschaft steht am Vorabend der schrecklichsten Geißeln und der größten Ereignisse; man muß erwarten, von einer eisernen Zuchtrute beherrscht zu werden und den Zorneskelch Gottes zu trinken.«

»Man muß erwarten«, hatte die Heilige Jungfrau gesagt. Das bedeutet, daß dies alles nicht hätte eintreten müssen; indem sie die unzähligen Sünden, Ungerechtigkeiten, Laster und Verbrechen nennt, erhofft sie die Abkehr von all dem Bösen, das den »Arm ihres Sohnes so schwer« macht, so daß sie seine Hand, die Jesus zur Strafe erhoben hat, »nicht mehr zurückhalten kann«.

Papst Pius XII. hatte seinerzeit das Anliegen von La Salette so formuliert: »Ihr wollt das Geheimnis von La Salette wissen? Hier ist es: Wenn ihr nicht Buße tut, werdet ihr alle zugrunde gehen.« Die Botschaft von La Salette hat nicht nur nichts von ihrer Aktualität verloren, sondern an Bedeutung gerade heute noch zugenommen.

Rufen wir uns den Wortlaut einiger Teile der Botschaft von La Salette in Erinnerung: »Wenn mein Volk sich nicht unterwerfen will, bin ich gezwungen, die Hand meines Sohnes fallen zu lassen. Sie ist aber so schwer und drückend, daß ich sie nicht mehr zurückhalten kann. Wie lange leide ich schon für euch! Wenn ich will, daß mein Sohn euch nicht aufgibt, bin ich gezwungen, ihn unaufhörlich zu bitten. Und ihr, ihr macht euch nichts daraus. Ihr könnt bitten und tun, was ihr wollt, niemals könnt ihr die Mühe wiedergutmachen, die ich für euch auf mich genommen habe. Ich habe euch sechs Tage zum Arbeiten gegeben, den siebten habe ich mir vorbehalten, und man will ihn mir nicht zugestehen. Das macht den Arm meines Sohnes so schwer.«

Vatikan

Die Krise der Kirche

Die Sünden gegen das zweite und dritte Gebot, von Maria zu Anfang ihrer Botschaft genannt, wiegen besonders schwer. Johannes Maria Höchst hat diesen Zustand zutreffend erläutert, indem er schrieb: »Die Heilige Jungfrau klagt nur Beleidigungen an, die der Person Gottes unmittelbar zugefügt werden, sei es nun durch Gotteslästerung oder durch die Vernachlässigungen des Gebetes, der Messe und der Sonntagsruhe – Beleidigungen, deren Schwere wir oft unter dem Vorwand vergessen, unser Wille habe wenig Anteil daran. Aber ebenso wie die Furcht Gottes der Anfang der Weisheit ist, so ist auch die Verachtung Gottes, sei sie nun positiv oder negativ, der Anfang aller sozialen Übel.«

Die Priester fordern Bestrafung heraus

Sodann beklagt sich Maria über die Priester, Diener ihres Sohnes, die »durch ihr schlechtes Leben, durch ihre Ehrfurchtslosigkeit und den Mangel an Frömmigkeit bei der Feier der heiligen Geheimnisse, durch die Liebe zum Geld, zur Ehre und zu Vergnügungen . . . Kloaken der Unreinigkeit geworden« sind.

»Ja, die Priester fordern die Bestrafung heraus, und die hängt über ihren Häuptern. Unheil den Priestern und gottgeweihten Personen, die durch ihre Untreue und ihr schlechtes Leben meinen Sohn aufs neue kreuzigen. Die Sünden der gottgeweihten Personen schreien zum Himmel und rufen nach Rache.«

Doch nicht nur die Priester fordern den Zorn Gottes heraus, auch die »Oberen, die Führer des Volkes Gottes haben das Gebet und die Buße vernachlässigt, und der Teufel hat ihre Einsicht verdunkelt. Sie sind jene irrenden Sterne geworden, die der alte Teufel mit seinem Schweife nach sich zieht, um sie zu verderben.«

Wir werden zu untersuchen haben, ob ein Zusammenhang besteht mit einer weiteren Prophezeiung: »Die Kirche wird eine schreckliche Krise durchmachen.« Hierzu muß ein weiterer Hinweis der heiligen Frau von La Salette mit einbezogen werden: »Mögen jene, die an der Spitze religiöser Gemeinschaften stehen, auf der Hut sein vor denjenigen Personen, die sie aufnehmen wollen, weil der Teufel jede Bosheit anwenden wird, um in die religiösen Orden Leute einzuschleusen, die der Sünde ergeben sind.«

Die Mächte der Finsternis

Wir wissen, daß die sogenannte »Aufklärung« in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sehr zur Verweltlichung vor allem des höheren Klerus beitrug. Nicht nur die französischen Enzyklopädisten – d'Alembert, Diderot, Voltaire –, nicht nur Adam Weishaupt, der Gründer des Illuminatenordens, und nicht allein bestimmte deutsche Philosophen bekämpften auf verschiedenen Ebenen die Kirche, sondern der »aufklärerische Geist drang auch in die katholische Theologie ein. Die protestantische Aufklärungsliteratur wurde eifrig studiert. Man eiferte gegen die veraltete und verrottete Scholastik in der Theologie, gegen die jesuitische Kasuistik, forderte Toleranz. Die Kirchengeschichte, vor allem das Kirchenrecht wurden benutzt zu Schmähungen gegen Kirche und Papsttum, die Rechte des Papsttums bestritten, die Kirche dem Staat untergeordnet. Moral und Pastoraltheologie standen auf dem Standpunkt eines platten Nützlichkeitsdenkens; überall zentrifugale Bestrebungen: Los von Rom.

Die Fakultäten an den Universitäten der rheinischen Kurstaaten waren völlig aufklärerisch. Die theologischen Fachblätter dienten der Aufklärung. Diese zersetzten und lähmten das praktische kirchliche Leben: Feindschaft gegen die Orden, Bewegungen gegen Zölibat, lateinische Kultsprache, Liturgie, Zeremonien und für Nationalkirchen; Verwässerung der Gesang- und Gebetbücher sind charakteristische Zeichen der Aufklärung.«

In jene Zeit fällt auch die von Bischof Scipione de Ricci einberufene Diözesansynode von Pistoia (18. bis 28. September 1786), auf der die falschen Grundsätze des Febronius, alias Joh. Nikolaus Hontheim, dem Trierer Weihbischof, sowie zahlreiche Häresien vorgebracht wurden. Papst Pius VI. hat in seiner Apostolischen Konstitution »Auctorum fidei« vom 27. August 1794 die Irrtümer der Synode von Pistoia verurteilt.

Nach dem Sturz von Napoleon kommt zu den allgemein bekannten Formen des Kampfes gegen die Kirche – durch die Mächte der Finsternis – ein weiteres, erfolgversprechendes Element hinzu: die Unterwanderung der Hierarchie. Freiherr von Engelhardt bringt dazu aufschlußreiche Einzelheiten heraus. Wie anhand einiger weniger Zitate deutlich wird, haben weder die Aufdeckung und Verurteilung jener Verschwörung durch die damaligen Päpste noch auch die eindringlichen Warnungen der Heiligen Jungfrau die Kirche vor der »schrecklichen Krise« bewahrt, in der sie sich heute befindet. Ganz deutlich ist das Fernziel ausgesprochen worden: »Das, was wir suchen müssen und erwarten, wie die Juden den Messias, ist ein Papst nach unseren Bedürfnissen.«

Die Termiten der Gesellschaft

Man geht zur Jugend, um sie im Sinn der Geheimgesellschaften zu beeinflussen, man lockt einflußreiche Männer in die Logen und man bestärkt die Massen in ihrer Unzufriedenheit gegen die bestehenden Verhältnisse. »Der Traum der geheimen Gesellschaften wird sich aus dem einfachen Grund erfüllen, und zwar deshalb, weil er auf den Leidenschaften der Menschen aufgebaut ist.«

Die den Mitgliedern der Hochventa (italienische Großloge) gegebenen Instruktionen sind recht anschaulich: »Es gibt eine Art Insekten, die die Gelehrten Termiten nennen. Diese Termiten nagen im Innern der Balken eines Hauses, und mit einer bewundernswerten Kunst verstehen sie es, die Außenseite des Holzes, das sie so angenagt haben, unbeschädigt zu lassen. Aber diese Außenseite ist so dünn, daß der Finger des Menschen, der sich darauf stützt, den Balken zusammenbrechen läßt. Dieses Verfahren der Termiten ist bei allen Geheimgesellschaften im Gebrauch. Die Hochventa wandte es gegen den Heiligen Stuhl an. Der Plan, den ihre Mitglieder entworfen hatten, entspricht den Wünschen der Weisesten. Das heißt, sie wollen zerstören, ohne daß es den Anschein hat, daß sie angreifen. Der Plan wurde angenommen und ist seit 1820 auf dem Weg der Ausführung.«

Die mit diesem Vorhaben betraute Gruppe sind die Carbonari: »Aus der Zahl der Geheimgesellschaften heraus muß man hier eine neugegründete Gesellschaft nennen, die sich in ganz Italien verbreitet hat, ebenso wie in anderen Ländern, und die, obwohl sie in mehrere Zweige geteilt ist und verschiedene Namen trägt, den Umständen gemäß doch nur tatsächlich eine Gesellschaft darstellt, sowohl was die Gemeinsamkeit der Meinungen und Ansichten als auch ihre Verfassungen betrifft. Am häufigsten wird sie mit dem Namen Gesellschaften der Carbonari bezeichnet. Sie täuschen eine ganz besondere Hochachtung und einen wunderbaren Glaubenseifer für die katholische Religion vor und für die Lehre und Person unseres Heilandes Jesus Christus, den sie manchmal die unerhörte Kühnheit haben, ihren Großmeister und das Haupt ihrer Gesellschaft zu nennen. Aber diese Reden, die sanfter als Öl zu sein schienen, sind nichts anderes als die Methoden, deren sich die hinterlistigen Menschen bedienen, um die um so sicherer zu treffen, die nicht auf ihrer Hut sind. Sie kommen zu euch wie die Schafe, aber sie sind nichts anderes als reißende Wölfe.«

Man ruft einen der fähigsten Männer nach Rom: Nubius, einen jungen Mann von noch nicht 30 Jahren. Er schreibt am 3. April 1924 an einen der Verschwörer mit Namen Volpe: »Ein gewisser Teil der Geistlichkeit beißt mit bewundernswürdiger Lebhaftigkeit auf die Angel unserer Lehren. Das ist der Priester, der niemals ein anderes Amt hat als das, die Messe herzusagen, keinen anderen Zeitvertreib kennt als den, im Café auf die zweite Stunde nach dem Ave Maria zu warten, um schlafen zu gehen. Dieser Priester, der müßigste aller Müßiggänger, die die Ewige Stadt bevölkern, scheint mir dazu geschaffen zu sein, als Instrument für die Geheimgesellschaften zu dienen.

Er ist arm, heißblütig, unbeschäftigt, ehrgeizig, er weiß sich von den Gütern der Welt enterbt, er glaubt sich von der Gnadensonne viel zu weit entfernt, um sich die Glieder daran wärmen zu können, und er klappert in seinem Elend mit den Zähnen, indem er gegen die ungerechte Verteilung der Ehren und der Güter der Kirche murrt.

Der Einfluß der Freimaurer

Wir fangen an, diese gedämpfte Unzufriedenheit zu benutzen, die sich die angeborene Sorglosigkeit kaum zu gestehen wagt. Dieser Zutat von Priesterstatisten ohne Funktion . . . fügen wir soviel wie möglich eine Mixtur von korsischen und genuesischen Priestern hinzu, die alle mit der Tiara im Reisesack nach Rom kommen. Seitdem Napoleon auf ihrer Insel geboren wurde, gibt es keinen einzigen Korsen, der nicht glaubt, ein päpstlicher Bonaparte zu sein. Dieser Ehrgeiz dient uns dazu, den Weg, den wir gehen, zu befestigen und zu erleuchten, und ihre Klagen, bereichert durch all die Kommentare und Flüche, bieten uns Stützpunkte, wie wir sie niemals erträumt haben würden. Die Erde gärt, der Keim entwickelt sich, aber die Ernte ist noch weit entfernt.«

Doch die Päpste sind wachsam. Sowohl Pius VII., der am 17. September 1821 eine Bulle gegen die Carbonari erläßt, als auch Leo XII., dessen Konstitution vom 13. März 1825 gegen die Freimaurer und Carbonari gerichtet ist, sind gut informiert. Und als die Hochventa sich auf ihrem Höhepunkt wähnt und ihr alles zu gelingen scheint, schleudert Papst Pius VIII. die einzige Enzyklika seiner kurzen Regierungszeit gegen sie.

In »Traditi humilitati« vom 24. Mai 1829 bezeichnet er »als die Hauptursache des Verfalls der Religiosität und der politischen und sozialen Ordnung die Gleichgültigkeit in Glaubenssachen, das Treiben der Bibelgesellschaften, die Angriffe gegen die Heiligkeit des Ehebandes und gegen die Dogmen und Einrichtungen der Kirche, besonders auch die geheimen Gesellschaften. In dem Einfluß der Freimaurer auf den Unterricht und die studierende Jugend und in der Zügellosigkeit der heranwachsenden Jugend sah er die ernstesten Gefahren und Vorboten neuer Stürme.«

Treffend hat Maria diese Entwicklung bezeugt, als sie sagte: »Da der heilige Gottesglaube in Vergessenheit geraten sein wird, wird jeder einzelne sich selbst führen und seinesgleichen überlegen sein wollen. Man wird die bürgerlichen und kirchlichen Obrigkeiten abschaffen, jede Ordnung und jede Gerechtigkeit werden mit Füßen getreten; man wird nur Menschenmord, Haß, Eifersucht, Lüge und Zwietracht sehen, ohne Liebe zum Vaterland und zur Familie.«

Gerade heute ist diese Prophezeiung eine uns täglich bedrängende Realität – aus der Vergangenheit kommend und in eine ungewisse, gefahrvolle Zukunft führend.

Furchtbare Zeichen für die Welt

Am 20. Juni 1961 verstarb die stigmatisierte Helena Aiello aus Süditalien, die während der Karfreitagspassion, ähnlich wie Therese Neumann aus Konnersreuth, die Gabe der Sprachen sowie Visionen hatte. Zu ihr sagte einmal die Jungfrau Maria:

»Höre genau zu und offenbare es der ganzen Welt: Mein Herz ist traurig. Die Menschen leben verstockt in ihren Sünden. Der Zorn Gottes ist sehr nahe. Bald wird die Welt heimgesucht mit großen Drangsalen, blutigen Revolutionen, schrecklichen Orkanen und der Überschwemmung durch Ströme und Meere. Ruf es hinaus, bis die Priester Gottes ihre Ohren meiner Stimme leihen, die Menschen zu warnen, daß die große Strafe nahe ist. Wenn die Menschen nicht mit Gebet und Buße zu Gott zurückkehren, wird die Welt in einen neuen und schrecklichen Krieg gestoßen werden.«

Auf ihre Frage nach den Zeichen für das kommende Geschehen hatte ihr Jesus am 8. April 1955, am Karfreitag, erwidert: »Es sind die Zeichen, die kein menschlicher Verstand begreifen kann, so wie die Tränen meiner Mutter. Es sind furchtbare Zeichen für die Welt, Zeichen der Zerstörung und des Todes, weil mein Blut zertreten, mein Namen und jener meiner Mutter beschimpft wird. Wie viele Beleidigungen erdulde ich von den schlechten Christen und von den mir geweihten Seelen, die wie ein Schwammpapier geworden sind.«

Und am 7. November 1956 spricht noch einmal die Gottesmutter zu ihr: »Tochter meines Herzens, höre: Betet und laßt beten, um von meinem Sohn, der Quelle jeglicher Gnade, Gerechtigkeit und Liebe und Barmherzigkeit für diese Menschheit zu erlangen. Die Menschen sind von Sinnen und wollen nicht zu Gott zurückkehren. Ich bin die Mutter der Gerechten und der Sünder. Die Menschen betäuben sich immer mehr in der Sünde; sie führen kein frommes Leben mehr. Mein Herz blutet, weil zahllose Seelen zugrunde gehen. Rufe es laut durch die Täler und über die Berge, daß eine schreckliche Züchtigung kommen wird, wenn sich die Menschen nicht bekehren. Ein Krieg wird kommen, der Völker und Nationen vernichten wird.«

Ist das nicht die gleiche Sprache, die zu La Salette und in Fatima zu vernehmen war? Muß nicht die liebevolle Sorge der Gottesmutter um uns, die wir sie unablässig betrüben und weinen machen, einen jeden aufrütteln aus Gleichgültigkeit und Eigenliebe, und sollten wir nicht bemüht sein, die Bitten der Gottesmutter zu erfüllen? So viele Dinge beschäftigen uns Tag für Tag, die unnötig, ja vielleicht sündhaft sind. Überdenken wir einmal all das, was wir Freizeitbeschäftigung nennen und was wir zur Erholung glauben nicht entbehren zu können. Ach, wie tief sitzen doch manche unserer schlechten Gewohnheiten.

Die Botschaft vom 13. Juli 1917 in Fatima ist eine erschütternde und aufwühlende Katechese der Jungfrau Maria über die vier letzten Dinge: Tod, Gericht, Himmel, Hölle. Den drei Kindern – Lucia, Francisco und Jacinta – wiederum Hirtenkinder wie in La Salette – wurde in einer besonderen Vision die Hölle in ihrer schaurigen Realität gezeigt, um auf die allerschlimmste Gefahr, die einer Menschenseele droht, hinzuweisen. Alle anderen Gefahren, die den Menschen ängstigen, sind nichts im Vergleich zu der ewigen Verdammnis.

Doch auch darüber gibt Maria genaue Auskunft: »Wenn man meine Bitten erfüllt, wird sich Rußland bekehren und es wird Friede sein. Wenn nicht, so wird es in der Welt seine Irrtümer verbreiten, es wird Kriege und Verfolgungen der Kirche hervorrufen; viele Gute werden gemartert werden; der Heilige Vater wird viel zu leiden haben; mehrere Nationen werden vernichtet werden . . . Am Ende aber wird mein unbeflecktes Herz triumphieren.«

Der Teufel hat ihre Einsicht verdunkelt

Es ist eingetreten, was der Menschheit angedroht wurde, nämlich daß ein zweiter, noch schlimmerer Krieg folgen werde, wenn man nicht aufhören würde, Gott zu beleidigen. Wir erkennen hier die Fortsetzung der Botschaft von La Salette. Die Geschichte hat gezeigt, was geschieht, wenn Prophezeiungen in den Wind geschlagen werden. So ist auch die oben geführte Weissagung durch den Mund der Helena Aiello, daß ein weiterer Krieg kommen wird, »der Völker und Nationen vernichten wird«, sehr ernst zu nehmen.

Aus den wenigen, hier angeführten Prophezeiungen ist leicht zu erkennen, was in die Gegenwart paßt und was gerade höchst aktuell ist. Dazu möge noch ein Satz hinzugefügt werden, den Maria in La Salette sagte: »Die schlechten Bücher werden auf Erden überhand nehmen, und die Geister der Finsternis werden überall eine Lockerung in allem verbreiten, was den Dienst Gottes angeht; sie werden eine große Macht über die Natur haben.«

Die »Lockerungen« nach dem Vaticanum II können selbst von denen nicht mehr bestritten werden, die sie herbeigeführt und durch ihr Tun bewiesen haben, daß sie »die Oberen und Führer des Volkes Gottes« sind beziehungsweise waren, denen der »Teufel ihre Einsicht verdunkelt« hat, so daß sie »jene irrenden Sterne geworden« sind, wie bereits gesagt wurde.

Was die Macht der bösen Geister über die Natur betrifft, so ist dies wohl in den Zusammenhang mit den Worten Marias zu stellen: »Es werden an allen Orten außerordentliche Wunder geschehen, weil der wahre Glaube erloschen ist, und das falsche Licht die Welt erhellt.« □

Vatikan

Treffen mit jüdischen Führern

Der Vatikan hat sich zu einem »wichtigen« Treffen mit Führern amerikanischer Juden in Rom bereit erklärt. Die Zusammenkunft von Papst Johannes Paul II. mit zionistischen Vertretern fand am 1. September 1987 in Castel Gandolfo statt. Vorher hatte Kardinal Johannes Willebrands, Leiter der vatikanischen Kommission für religiöse Beziehungen mit Juden, in einem Telefongespräch mit Rabbi Mordechai Waxman, dem Vorsitzenden des internationalen jüdischen Komitees über interregionale Beratungen, zugesichert, daß das Treffen das Klima zwischen der katholischen Kirche und den israelitischen Religionsgemeinschaften in aller Welt verbessern werde.

Die aus je neun Mitgliedern bestehende Delegation unter dem Vorsitz von Kardinal Willebrands und von Rabbiner Mordechai Waxman bezeichneten das Ergebnis der »Arbeitssitzung« mit dem Papst als sehr zufriedenstellend. Nach einigen Mißverständnissen sei nun eine Entspannung eingetreten.

»Wir sind auf dem Weg zu positiven Beschlüssen«, sagte Waxman nach Verhandlungen mit dem vatikanischen Staatssekretär Kardinal Casaroli. Offiziell war die Aussprache als »interreligiöser Dialog« deklariert worden. Von jüdischer Seite wurden auch politische Themen angeschnitten, wie der Antisemitismus, der Fall Waldheim und die Anerkennung Israels durch den Vatikan.

Die Spannungen zwischen dem Vatikan und jenen »amerikanischen Judenführern«, die enge Verbindungen zu dem Whisky-König Edgar Bronfman haben, waren in der letzten Zeit sehr ausgeprägt. Im Juli, nachdem Bronfmans Jüdischer Weltkongreß unbegründete und von den Sowjets erfundene Geschichten über die »Nazi-Vergangenheit« des österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim propagiert hatte, brachte der Papst seine Mißbilligung über derartige Gunstbezeugungen gegenüber dem Kreml zum Ausdruck, indem er Waldheim eine persönliche Audienz erteilte.

Das Treffen mit Papst Johannes Paul II. war der erste persönliche Dialog mit Vertretern des Judentums; bei vorangegangenen Begegnungen handelte es sich um den formellen Austausch vorbereiteter Reden. Erst während des zweiten vatikanischen Konzils im Jahr 1965 bereinigte die katholische Kirche theologisch ihr Verhältnis zu den Juden, indem sie den Vorwurf zurückzog, »die« Juden seien »Gottesmörder«, und den Antisemitismus bedauerte. Aus den liturgischen Texten der katholischen Kirche wurden inzwischen antisemitische Passagen getilgt.

Das Christentum, so sagten die Konzilsväter, sei ohne seinen Ursprung im Judentum nicht denkbar. Papst Johannes XXIII. soll gegen Ende seines Lebens gebetet haben: »Vergib uns, daß wir Dich in ihrem (der Juden) Fleisch zum zweiten Mal ans Kreuz schlugen.« □

Mekka

Revolten waren ein Coup-Versuch

Ayatollah Khomeini sollte zum »geistigen Führer aller Moslems« proklamiert werden, wenn es den Führern des Iran gelungen wäre, bei den Unruhen in Mekka Ende Juli in Saudi-Arabien einen Putsch zu inszenieren.

Es ging um einen Sechs-Punkte-Plan, in dem die iranischen Unruhen in Mekka lediglich das erste Stadium darstellten, hieß es in der saudiarabischen Tageszeitung »Okaz«.

»Okaz«, die immer die Meinung der Regierung wiedergibt, behauptete, ihr Bericht basiere auf den vorläufigen Ergebnissen einer Untersuchung der Unruhen, bei denen über 400 Menschen starben.

Im ersten Stadium des Putschplans sollten die Eingänge der großen Moschee in Mekka während der Nachmittagsgebete blockiert werden und iranische Demonstranten – in einigen Berichten wird behauptet, daß es 15 000 Revolutionsgardisten in Zivil gewesen sein sollen – sollten dann zu diesem Zeitpunkt die Proklamation Khomeinis zum »heiligen Imam der Moslems« fordern.

Dann wollten sie »die Pilger und Menschen, die zu den Gebeten gekommen waren, bitten, den Führern der Demonstration und der Position Khomeinis beizupflichten«.

Der vierte Punkt des Plans beinhaltete, daß Qom, Khomeinis Amtsbezirk im Iran, zur »heiligen Stadt und zum Wallfahrtsort für alle Moslems erklärt werden und damit an die Stelle Mekkas und der heiligen Stätten in Saudi-Arabien treten sollten«.

Die iranischen Demonstrationsführer planten auch den Imam der großen Moschee zu töten sowie jeden, der sich ihnen entgegen stellen würde. Die letzte Phase des Plans beinhaltete das »Verbrennen von Teilen der Kaaba«, dem Aufbau im Heiligsten der großen Moschee, das die Moslems anschauen, wenn sie ihre Gebete sprechen, damit die »Gläubigen sich abwenden«.

Einige führende iranische Terroristen befanden sich in Mekka, um den Putsch zu überwachen – so die iranischen Mujahedeen, die jetzt mit dem Irak verbündet sind. Zu den Planern des Putsches gehörten unter anderem General Sayad Shirazi, Khomeinis persönlicher Vertreter im obersten Verteidigungsrat; Sadeq Khalkhali, ein Parlamentsmitglied und Spitzenterrorist; Fakredeen Hedjazi, ein Parlamentsmitglied aus der Nähe von Hezbollah im Libanon; Ayatollah Mehdi Karrubi, der Anführer der iranischen Pilger. □

Brasilien

400 000 Fälle von Aids

Es gibt 400 000 Fälle von Aids-Erkrankten in Brasilien, erklärte der Koordinator des Nationalprogramms für die Kontrolle übertragbarer Geschlechtskrankheiten in diesem Land. Lair Guerra de Macedo sagte, über 90 Prozent von ihnen wüßten nicht, daß sie Aids haben, und verbreiten die Krankheit weiter unter der 130 Millionen Menschen umfassenden Bevölkerung Brasiliens.

Offiziell sind lediglich 1835 Fälle registriert, doch es befinden sich nach ihren Schätzungen derzeit über 3000 Fälle in den Krankenhäusern, die vermutlich daran sterben werden.

Tuberkulose ist vom neunten Platz der Todesursachen im Jahr 1983 auf den zweiten Platz im Jahr 1986 gestiegen – aufgrund der gleichzeitig auftretenden Aids-Infektionen.

Man befürwortet darum in Brasilien den Bau separater Krankenhausflügel für Aids-Patienten, da sie derzeit lediglich in »Einzelzimmern ohne angemessene medizinische Versorgung sterben«.

Nach Aussagen des brasilianischen Gesundheitsministeriums, das im Haushalt keine Gelder für Tests eingeplant hat, wurden Staatsfirmen dazu gebracht, Tests bei allen neu eingestellten Personen durchzuführen. Außerdem ist man dabei, diese Maßnahme mit den Zwangstests als Regelung auch auf dem Privatsektor einzuführen.

Brasiliens Öffentlichkeit wurde aufgerüttelt, als im August berichtet wurde, daß ein Mitglied des brasilianischen Senats an Aids gestorben sei. Die 2200 Angestellten im Präsidentenpalast werden jetzt einem Aids-Test unterzogen, ebenso wie die Gefangenen in den Staatsgefängnissen in Rio. □

Indien

Größte Dürre seit einem Jahrhundert

Der indische Subkontinent erlebt die größte Trockenheit seit fast einem Jahrhundert. Sofortprogramme, um unterirdische Wasserquellen zu erschließen, alternative Pflanzen anzubauen und Saatgut zu verteilen, werden jetzt von einem von Premierminister Rajiv Gandhi geleiteten Ausschuß entwickelt.

Die Monsunregen in diesem Jahr haben nur Teile im Nordosten Indiens erreicht und so blieb es im Nordwesten, in Zentralindien und im Süden völlig trocken.

Die indische Regierung verfügt über einen Vorrat von 22 Millionen Tonnen Getreide, der in solchen Notsituationen verwendet wird. Das größte Problem ist jedoch der Transport von Nahrungsmitteln und Saatgut in die betroffenen Regionen und das einzige »Handbuch« für solche Notsituationen ist der hundert Jahre alte »Kodex für Hungersnot«, der unter britischer Herrschaft aufgestellt wurde.

In den Jahren 1942/43 starben Tausende von Zivilisten in Britisch-Indien wegen mangelnder Transporteinrichtungen für Nahrungsmittellieferungen. Die britischen Herrscher gaben dafür damals dem Krieg die Schuld. □

Polen

Kirche importiert landwirtschaftliches Gerät

Die katholische Kirche in Polen hat die staatliche Genehmigung erhalten für ein von den USA finanziertes 10-Millionen-Dollar-Programm zur Unterstützung des privatwirtschaftlichen Agrarsektors. In Umkehrung ihrer Haltung, die sie fünf Jahre lang in Verhandlungen mit der Kirche vertreten hat, gewährte die Regierung Jaruzelski eine Steuerbefreiung und Zollfreigabe, die es einem Kirchenausschuß ermöglichen wird, dringend benötigte landwirtschaftliche Maschinen und Wasserpump-Einrichtungen im Wert von Millionen Dollar einzuführen.

Kirchenvertretern zufolge haben polnische Behörden auch angedeutet, daß sie jetzt auch die Gründung einer formellen, gemeinnützigen Stiftung zulassen könnten, die von der Kirche getragen würde. Die Stiftung würde das Hilfsprogramm durchführen und versuchen, es mit weiteren Spenden aus dem Ausland sowie geschäftlichen Aktivitäten innerhalb Polens aufrechtzuerhalten.

Joseph Kardinal Glemp hatte im September 1986 angeordnet, das Agrar-Finanzierungsprojekt fallenzulassen mit der Begründung, daß sich nach fünfjährigen Verhandlungen die Unwilligkeit der Regierung, diese Initiative zu akzeptieren, zeige.

Doch seit die polnische Regierung den Papst gegen Ende seines Besuches in Polen scharf verunglimpft hat, sind Kirche und Staat eifrig dabei, sich durch neue Übereinkommen einander wieder zu nähern. □

NATO

General Galvin lobt Null-Option

Der neue NATO-Oberbefehlshaber in Europa, US-General John Galvin, besuchte, sozusagen als erste Amtshandlung, Bonn. Er wollte wohl damit unterstreichen, daß die NATO Westdeutschland für ihren wichtigsten Verbündeten in Europa hält.

Doch General Galvins erste Aussage galt der Unterstützung des Nulloptions-Waffenkontrollvertrages, den sein Vorgänger, General Bernard Rogers, so heftig bekämpft hatte. Die Strategie der NATO, so sagte er, wird durch einen Vertrag über den Rückzug von Mittelstrecken-Atomwaffen nicht gefährdet. Die Bedrohung Westeuropas durch die sowjetischen SS-20 und andere Raketen würde reduziert und der Westen sollte »Ersatzmaßnahmen« ergreifen – im wesentlichen konventionelle Waffen –, um die Lücken zu füllen, die durch die weggefallenen Pershing-II und Cruise-Missiles entstanden sind, fügte er hinzu. □

Iran

Weinbergers Einseitigkeit

»Ich habe es nicht geglaubt und glaube es auch jetzt nicht, daß im Iran noch ein einziges ›gemäßigtes‹ Element vorhanden ist«, sagte der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger vor dem Iran-Contra-Kongreßausschuß, als er seine langjährige Opposition gegen den Verkauf von Waffen an den Iran erläuterte.

Weinberger meinte, die Geheimdienstberichte, die ihm zum ersten Mal im Mai 1985 vorgelegt worden sind und die eine Öffnung gegenüber den »gemäßigten« Elementen in der iranischen Regierung rechtfertigen sollten, widersprachen zahlreichen anderen Geheimdienst-Informationen, die er bis zu jener Zeit sowohl vom CIA als auch von der Defense Intelligence Agency erhalten hatte. Er sagte, er habe sich bei zahlreichen Gelegenheiten gegen die Initiative ausgesprochen.

Weinberger fügte hinzu, daß der verstorbene CIA-Direktor William Casey die Initiative wegen seiner Sorge um seinen entführten Behördenchef im Libanon, William Buckley, unterstützt habe, und weil er der Meinung war, daß sie dem Geheimdienst innerhalb des Iran von Nutzen sein würde. □

Indien

Israel soll aus Sri Lanka heraus

Die indische Regierung wollte in das Friedensabkommen mit Sri Lanka eine Bestimmung aufnehmen, daß die israelische Interessen-Sektion in Colombo geschlossen wird, bestätigte ein Sprecher im israelischen Außenministerium. Diese Klausel wurde jedoch nicht im Vertrag aufgenommen.

Der indische Premierminister Rajiv Gandhi und der Präsident von Sri Lanka Junius Jayewardene haben Anfang August den Vertrag unterzeichnet, um den blutigen Bürgerkrieg zwischen der tamilischen Minderheit indischer Herkunft gegen Sri Lankas einheimische Mehrheit der Sinhalesen zu beenden.

In einem Bericht der Rundfunkanstalt von Sri Lanka heißt es, die israelische Interessen-Sektion in der amerikanischen Botschaft in Colombo würde geschlossen und Sri Lanka würde keine Soldaten mehr zur Schulung nach Pakistan schicken.

Der Bericht wurde am folgenden Tag dementiert, als es im staatlichen Rundfunk hieß, Jayewardene habe sich auf eine Aussage des ehemaligen Premierministers Bandaranaike bezogen, daß diese Maßnahmen ergriffen würden, wenn ihre Partei in Sri Lanka an die Macht käme. □

USA

Neuer Handelsminister ein Moskau-Fan

Die »New York Post« kritisierte US-Präsident Ronald Reagans Ernennung von C. William Verity zum neuen amerikanischen Handelsminister als Nachfolger des verstorbenen Malcolm Baldrige. In einem Leitartikel wurde darauf aufmerksam gemacht, daß »die Förderung des Handels mit Moskau ein Hauptziel« der ehemaligen Führungskraft von Armco Steel gewesen ist.

Verity ist wie sein Vater vor ihm eine Schlüsselfigur in »The Trust«, den finanziellen und politischen Vereinbarungen zwischen der sowjetischen Oligarchie und den westlichen Interessen, verkörpert durch Armand Hammer von Occidental Petroleum, westliche Interessen, die für die Expansion des sowjetischen Weltreichs arbeiten oder im Namen von ausgedachten Geschäften mit der Kreml-Führung.

Während die Zeitung dem US-Senat riet, Veritys Ernennung zu bestätigen, doch seine Aktivitäten in der amerikanisch-sowjetischen Sphäre »genau zu beobachten«, nennt sie als besondere Punkte der Sorge:

»Eine Schlüsselaufgabe des Handelsministers ist es, dafür zu sorgen, daß die Restriktionen im sowjetisch-amerikanischen Handel eingehalten werden, und sich davon zu überzeugen, daß sie vom nationalen Sicherheits-

standpunkt aus angemessen sind. Verity ist jedoch schon seit langem ein lautstarker Kritiker dieser Exportbeschränkungen, insbesondere – seit dem Jahr 1984 – in seiner Eigenschaft als zweiter Vorsitzender des amerikanisch-sowjetischen Handels- und Wirtschaftsrats.« □

Weltraum

Kommerzielle Firma hilft den USA

Die Martin Marietta Corporation verkündete, daß sie einen Vertrag unterzeichnet habe, um zwei Kommunikationssatelliten für die International Telecommunications Satellite Organization (Intelsat) in die geosynchrone Umlaufbahn zu bringen.

Diese Ankündigung kam nur wenige Stunden nachdem das amerikanische Transportministerium seine Genehmigung erteilt hatte, daß Martin Marietta unter der Weltraum-Kommerzialisierungspolitik der Reagan-Regierung Privatsatelliten in die Umlaufbahn bringen kann.

»Die Vereinbarungen zwischen kommerziellen Firmen, die Satelliten in die Umlaufbahn bringen, und deren Kunden beweisen, daß der Weltraum nicht mehr länger allein den Regierungen vorbehalten ist«, sagte die amerikanische Transportministerin Elizabeth Dole bei einer Feier im Washingtoner Hauptquartier von Intelsat. »Er ist vielmehr die Domäne von Unternehmen.«

Martin Marietta, der Hersteller der Titan-Rakete, erhielt von der US-Air Force die Genehmigung, die Abschußeinrichtungen in Cape Canaveral zu benutzen. Die Firma ließ verlauten, daß sie über acht weitere Abschußeinrichtungen verfüge, und ein Vertrag werde demnächst geschlossen mit Hughes Aircraft, um einen ihrer Satelliten für die japanische Regierung in den Weltraum zu bringen.

McDonnell Douglas, die die Delta-Rakete baut, unterzeichnete ebenfalls Verträge mit Hughes, um zwei britische Fernsehsatelliten in den Weltraum zu bringen, sowie einen Vertrag mit der indischen Regierung. □

Nord-Korea

Chemische Waffen aus der UdSSR

Nord-Korea erhält chemische Waffen von der Sowjetunion. Das Nervengas vom Typ Sarin Gb wird angeblich bereits in den Sprengköpfen des nordkoreanischen Raketensystems verwendet. 2100 dieser Raketen sind im Einsatz, wohl hauptsächlich gedacht gegen den Erzfeind Süd-Korea. □

Libyen

Koordinator für revolutionäre Aktivitäten

Libyen hat an seiner Botschaft in Panama-City einen eigenartigen neuen Mitarbeiter erhalten: einen »Koordinator für revolutionäre Aktivitäten in der Karibik«. Angeblich wurde diese Position an einen Herrn Abdal Salaam Ashur vergeben, der in Tripolis als Vize-Direktor des »Weltzentrums gegen den Imperialismus« arbeitete. Ashur, der als Kenner der politischen Situationen in der Karibik gilt, soll wohl die revolutionären Aktivitäten durch beträchtliche Geldzuweisungen an revolutionäres Potential, in diesem Fall extrem linke Gruppen in Haiti, der Dominikanischen Republik und den Windwand-Inseln, vorantreiben. □

Großbritannien

Prinz als Anti-Freimaurer

»Ich will nicht Mitglied irgendeiner geheimen Gesellschaft sein«, hieß es in der »Süddeutschen Zeitung«. Prinz Charles wehrte sich vor 15 Jahren entschieden, als man den britischen Thronfolger anläßlich seines 21. Geburtstages einlud, einer der nobelsten Freimaurer-Logen beizutreten. Der Druck der Traditionalisten bei Hof soll ganz erheblich gewesen sein, denn Britanniens Herrscher, die männlichen Geschlechts selbstredend nur, waren von jeher auch Schutzpatrone eines blühenden Freimaurerwesens.

Mit besonderer Hingabe etwa Edward VII., der feiste, freudenvolle Sproß der Königin Victoria, und als letzter der Großvater von Charles, König Georg VI. Der nahm seinem Schwiegersohn Philipp das Versprechen ab, sich einem der okkulten Bünde anzuschließen. Nur widerwillig unterzog der Gemahl der späteren Königin Elizabeth II. sich dieser Pflicht und ließ die Initiationsriten eines »Lehrlings« bei der Navy Lodge No. 2612 über sich ergehen.

Seit diesem »blöden Spaß« vor 30 Jahren hat der Herzog von Edinburgh sich um seine Bruderschaft indes nicht mehr aktiv gekümmert und sämtliche Angebote zum Aufstieg in höhere Grade der Ordenshierarchie abgelehnt. Sein Argwohn gegenüber einer Tempel-Welt voll Heimlichkeit und düsterer Rituale scheint sich auf den Thronerben fortgepflanzt zu haben. □

Angola

Kuba zahlt mit Menschenleben

Der ehemalige Oberbefehlshaber der Streitkräfte Kubas, Brigadegeneral Rafael del Pino Diaz, teilte dem CIA in Verhören mit, daß die in Angola stationierten Truppen seines Landes mehr als 10 000 Menschen durch Kriegseinwirkung oder Seuchen verloren haben.

Kubas Diktator Fidel Castro legt Wert darauf, daß die nach Angola entsandte Infanterie vorwiegend aus kubanischen Negern besteht, während die Weißen bei der weniger gefährdeten Luftwaffe verwendet werden, deren Sold auch über dem der Infanteristen liegt. Als Gegenleistung muß Kuba für sowjetische Kredite das von Freiheitskämpfern bedrohte kommunistische Regime in Angola vor dem Zusammenbruch schützen. Die Kubaner stellen neben mehreren Heeres-Divisionen beinahe die komplette Luftwaffe der offiziellen angolanischen Streitkräfte. □

Swapo

Haß auf die Weißen

Sam Nukoma, Präsident der südwestafrikanischen Terrororganisation Swapo, hat folgenden Wahlspruch in seinem Büro hängen: »Wir können mit keiner weißen Regierung, sei sie radikal oder liberal, einen Kompromiß eingehen oder irgendeinem multirassischem Unsinn zustimmen. Wir sind entschlossen, jeden Rest der weißen Zivilisation zu zerstören. Die Flüsse im Süden müssen sich rot färben vom Blut der weißen Tyrannen und ihrer Kinder.« □

Mozambique

Briten bilden an sowjetischen Waffen aus

Ehemalige Angehörige des britischen SAS-Regiments helfen, die mit sowjetischen Waffen ausgerüsteten Negertruppen der kommunistischen Regierung von Mozambique auszubilden. Der Zweck ist, die Angriffe der südafrikanischen Streitkräfte, die den aus Mozambique kommenden Terrorbanden nachfolgen, abzuwehren wie auch antikommunistische Rebellen in Mozambique zu vernichten.

Diese Briten, die von britischen Firmen, die finanzielle Interessen in Mozambique verfolgen, unterstützt werden, haben die volle Anerkennung und Genehmigung des britischen Außenministeriums. Sie selbst sind nichts anderes als Terroristen, die für hohen Sold bereit sind, gegen ihre eigene weiße Rasse zu kämpfen. □

Großbritannien

BBC zahlt Wiedergutmachung

Die Londoner BBC mußte an zwei konservative Parlamentsabgeordnete eine große Summe an Wiedergutmachungskosten zahlen, weil das oberste Gericht entschied, daß die beiden in einem Fernsehprogramm als Nazi-Verbrecher und Rassisten schwer verleumdet wurden. Die Gerichtskosten, die die BBC bezahlen muß, und zwar aus den öffentlichen Gebühren der Hörer und Zuschauer, belaufen sich auf etwa eine Million Pfund. □

Brasilien

Arbeitslosigkeit in der Industrie steigt

Im Gegensatz zu den Behauptungen von einem »verbraucherorientierten Wiederaufschwung« von seiten der brasilianischen Regierung verzeichnen jüngst veröffentlichte Statistiken Massenentlassungen vor allem in der Industrie.

In einem Monat gingen über 75 000 Arbeitsplätze in der Produktion, 7800 im Handel und 6000 im Baugewerbe verloren. Nach einem Wachstum, das den ganzen Februar hindurch angehalten hatte, stagnierte der Arbeitsmarkt praktisch seit März. In der ersten Hälfte des Jahres wurden 119 000 neue Arbeitsplätze geschaffen, doch in der Produktion sanken sie um 38 800.

Die Elektroindustrie hat ihre Produktion zwischen 40 und 60 Prozent gesenkt. Die Fahrzeugteile-Herstellung liegt 40 Prozent unter den Werten zum Beispiel des Monats April. Die Exporte haben sich in der ersten Jahreshälfte um 26 Prozent erhöht.

Nicolau Jeha, Planungsbeauftragter des Industrieverbandes von São Paulo, sagte gegenüber der Presse: »Die Regierung sollte sich nicht über eine übermäßige Nachfrage, sondern über die Arbeitslosigkeit Gedanken machen. Der Bresser-Plan hat seine grundlegenden Ziele erreicht: niedrigere Inflation und hohe Handelsüberschüsse. Jetzt muß die Regierung Raum schaffen für Wirtschaftswachstum.«

Nach den Angaben von Jeha wurden die Preise auf Werte von 38 bis 40 Prozent unter dem Niveau festgelegt, wo Firmen Gewinne erzielen können. Als Folge davon müssen viele Industriefirmen Arbeiter entlassen und die Produktion einstellen. Die Erträge sind »gering, dazu eine Konjunkturabschwächung, die sich immer mehr verschlechtert«. □

Aids

Ökologischer Holocaust

Berichte in der britischen Zeitung »Lancet« weisen darauf hin, daß ein neu entdeckter Herpesvirus, der B-Lymphozyt, infizieren soll, auch in T-Zellen wachsen und die zerstören kann, wie es der Aids-Virus tut. Zwei Fälle dieses Virus wurden aus Uganda und einer aus Gambia berichtet.

Dieser Virus, der ursprünglich lymphotropischer Virus der menschlichen B-Zelle genannt wurde, ist als die mögliche Ursache für das Mononukleo-Syndrom (Einkernsyndrom) genannt worden. Da es T-Zellen infizieren kann, schlagen die Entdecker vor, es menschlichen, lymphotropischen Herpesvirus zu nennen.

Dies geht aus einem jüngsten Bericht über einen lymphotropischen T-Zellen-Herpesvirus bei zwei Aids-Krankheitsfällen in Südafrika hervor, von denen einer keine Anzeichen einer HIV-Infektion zeigte, dem herkömmlichen Aids-Virus. Es scheint also, daß zusätzlich zu HIV die vorherrschenden Herpesviren in der nicht immunen Bevölkerung die Fähigkeit erwerben, zunehmend schwere Krankheiten hervorzurufen und ein entscheidendes Potential für Epidemien von Immunschwäche und Krankheiten des Nervensystems darstellen. □

Sowjetunion

Gerichtsakten über Stalins Säuberungsaktionen werden vernichtet

Bis zu 5000 Gerichtsakten monatlich werden von den Sowjets unter dem Vorwand vernichtet, es sei »kein Platz« vorhanden, um sie aufzubewahren, wie es in einem Artikel der nonkonformistischen Zeitung »Glasnost« heißt. Die Akten über Millionen sowjetischer Opfer von Stalins Säuberungsaktionen lagern in den Archiven des Militärgerichts und des Obersten Gerichtshofs.

Wie es in dem Artikel weiter heißt, ist es zwei Präsidenten des Obersten Gerichtshofs mehrere Jahre lang gelungen, »die Akten vor der Vernichtung zu bewahren«. Doch »als Justizminister Vladimir Terebilov Präsident wurde und Sergei Gusev sein erster Stellvertreter, wurde mit dem »Beseitigen« der Akten plötzlich begonnen, und es wird in der Ära Gorbatschow jetzt seit zwei Jahren fortgesetzt. Ursprünglich begann man mit ihrer Verbrennung am Obersten Gerichtshof, doch dies erzeugte eine solch große Rauchwolke über Moskau, daß man den Standort wechselte.

»Im Augenblick«, heißt es in »Glasnost«, »vernichten die Beamten an der Militärakademie die Akten aus dem Jahr 1940 und jene am Obersten Gerichtshof Akten aus den Jahren 1948 bis 1949. Einige Akten werden in die Archive des KGB gebracht, obwohl Bestimmungen existieren, die es verbieten, daß Gerichtsakten von einer Abteilung in eine andere transferiert werden.« □

Mexiko

Verbot für den Verkauf von Blutkonserven

Der Verkauf von Blutkonserven wurde in Mexiko verboten, um die Ausbreitung von Aids einzudämmen. In den Blutbanken von Privatkrankenhäusern waren über 1500 Aids-Fälle aufgedeckt worden, das ist höher als die offizielle Zahl von Aids-Fällen für ganz Mexiko. Der Aids-Experte der Regierung, Estanislao Stanislavski, sagte, während sich die Aids-Krankheitsfälle international jährlich durchschnittlich verdoppeln, verdoppelt sich die Zahl in Mexiko bereits alle sieben Monate.

Das Verbot des Verkaufs von Blutkonserven wurde vom Präsidenten der nationalen Krankenhauskammer, Jesús Gómez, kritisiert. Er sagte, die Blutversorgung im Land sei unzureichend und der Bedarf könne von Spenden allein nicht gedeckt werden. □

Iran

Khomeinis Sohn trifft sich mit Israelis

Ruhollah Khomeinis Sohn Ahmed traf sich Berichten zufolge, die in den Schweizer Tageszeitungen »La Suisse« und »Tribune de Genève« veröffentlicht wurden, in Genf drei Tage lang mit israelischen und amerikanischen Unterhändlern.

Die Treffen entsprangen dem Wunsch der Iraner, »die Verhandlungskanäle offenzuhalten, um einen direkten militärischen Konflikt« im Persischen Golf zu vermeiden. Die iranische Delegation traf auch mit israelischen Unterhändlern zusammen, um den Fall zweier israelischer Gefangener in Teheran zu besprechen.

Ahmed Khomeini soll die Schweiz regelmäßig besuchen. Abgesehen davon, daß er den Verhandlungskanal nach Washington über diesen Weg aufrechterhält, besitzt er mehrere Privatkonten bei Crédit Suisse und Lloyds, wo er eine Kriegskasse in Höhe mehrerer hundert Millionen Dollar für die »Zeit nach der Revolution« angesammelt hat. □

In eigner Sache

Hetze gegen antizionistische Tendenz

Ekkehard Franke-Gricksch

Kritik am Zionismus ist Rechtsextremismus. So einfach ist die Sache. Nach dieser Schablone wird beurteilt und verurteilt, ob es sich dabei um eine Staatsanwaltschaft handelt, um Mitarbeiter des Verfassungsschutzamtes oder um Autoren von sogenannten jüdischen Zeitschriften. Die Formel Antizionismus gleich Rechtsextremismus ist geprägt und danach wird gehandelt. Ungeprüft bleibt dabei die Frage, ob vielleicht sich immer mehr Juden vom Zionismus distanzieren. Man macht sich nicht die Mühe zwischen der jüdischen Religion und dem Zionismus zu unterscheiden.

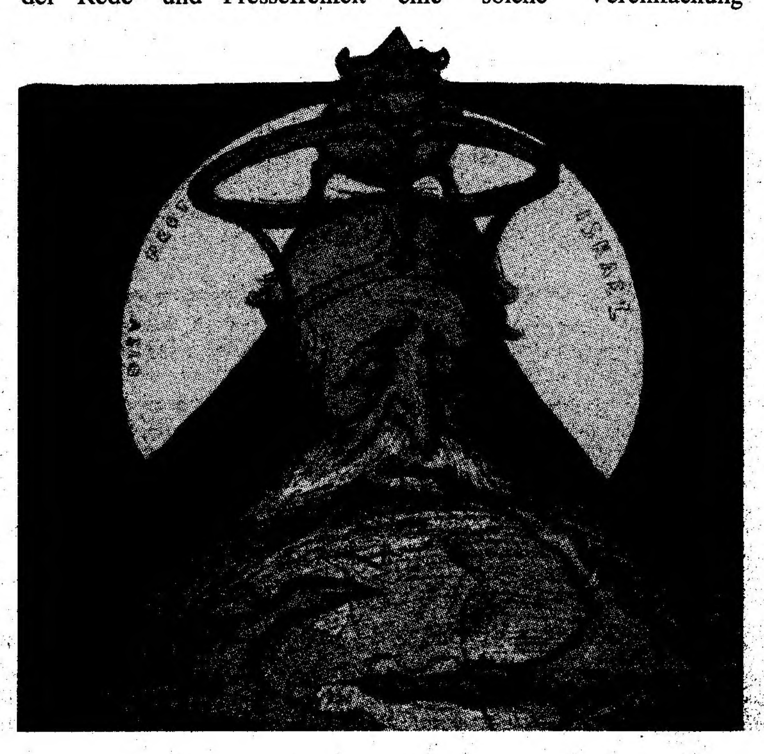
Im deutschsprachigen Raum ist Tatsache, daß jede Kritik am Zionismus und an dem politischen Klima im Nahen Osten sowie die Herausstellung der Forderung nach einer neutralen Politik im Nahen Osten von den Establishment-Medien in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und Schweiz als antisemitisch ausgelegt wird.

Dabei wird vergessen oder einfach mißachtet, daß der Zionismus seit eh und je eine politische Bewegung ist, dem heute weniger als 50 Prozent der Juden angehören sowie die erklärte politische Philosophie der israelischen Regierung – trotz Verurteilung durch die Vereinten Nationen –. Immer mehr Juden werden sich bewußt, daß der Zionismus nichts mit Religion zu tun hat, außer daß er in ihre religiösen und politischen Freiheiten eingreift, indem er Synagogen und jüdische Gemeindehäuser in aller Welt zum Zweck der Spendensammlung und politischer Aktivitäten im Namen Israels benutzt.

Die Anliegen jüdischer Autoren

CODE ist eine Zeitschrift, die einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit bietet, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren, die in CODE regelmäßig schreiben, gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus eintreten.

Eine Reihe Rabbiner unterstützt ausdrücklich die durch das Grundgesetz gewährten Rechte der Rede- und Pressefreiheit und meinen, daß antizionistische Positionen ebenso wie prozionistische Positionen ein Recht darauf haben, dargestellt zu werden.



Die Mitarbeiter und andere jüdische Kreise, die CODE lesen, beobachten und beurteilen, haben dem Verlag und der Redaktion von CODE schriftlich bestätigt: »Als Juden, die unseren jüdischen Glauben und unser jüdisches Erbe verstehen und achten, unterstützen wir, wie es Bestandteil unserer jüdischen Religion ist, das Recht eines jeden Menschen, seine Überzeugung zu äußern.«

Sie haben in diesem Magazin kein Material gefunden, das seiner Natur nach antisemitisch ist, und sie verstehen die von CODE vertretene Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen.

Soweit die Beurteilung der jüdischen Seite unserer Leser und Mitarbeiter. Die Staatsanwältin Frau Ehrmann von der Staatsanwaltschaft Stuttgart kümmert dies alles wenig, sie greift auf die ihr bequeme Schablone zurück und urteilt in einem Schreiben, daß CODE antiamerikanisch und rechtsextremistisch sei.

Unser Einsatz also für die Bedenken der jüdischen Kreise und ihre Kritik am Zionismus wird alles nach gängiger deutscher Rechtsschablone als »rechtsextremistisch« eingestuft, egal, ob eine solche Vereinfachung zwangsläufig zu einem neuen Antisemitismus führt oder nicht. Sollte es zu einer solchen Entwicklung kommen, hofft eine Staatsanwältin und ihr Clan auf neue Denkschablonen, die ihnen dann hoffentlich von den herrschenden Vordenkern ebenfalls geliefert werden.

Auch das Innenministerium Baden-Württemberg denkt entsprechend dieser so vereinfachenden Schablone. Der Aufsichtsreferent, wie man heutzutage Menschen nennt, die früher Tätigkeiten eines Spitzels ausführten, des Innenministeriums Baden-Württemberg, Matthias Strohs, geht mit solchen Wortschablonen einfach und unkompliziert um. Wird er nach dem politischen Charakter von CODE gefragt, äußert er ungeniert: »Sowohl ›Code‹ wie auch das Magazin ›Diagnosen‹ ist uns als antiamerikanisch und rechtextremistisch bekannt.«

Als wir Herrn Strohs selbst fragten, wie er zu dieser Ansicht käme, verkroch er sich und meinte, er habe dieses Urteil nicht aus eigener Erkenntnis gewonnen, sondern er habe diese Charakteristik von Dr. Rannecker, Abteilungsleiter beim Landesamt für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg, übernommen.

Bei einer Rückfrage bei Dr. Rannecker stellte sich heraus, daß sich dieser erst aktenkundig machen müsse.

Ganz nebenbei, wenn unsere Enkel einmal fragen, wie der Bonner Staat es auf eine Verschuldung von einer Billion Deutsche Mark bringen konnte, dann sollte man daran denken, daß mit diesen Schulden unter anderem auch solche beamtete Aufsichtsreferenten und Abteilungsleiter beim Verfassungsschutz bis zu ihrem Lebensende von uns standesgemäß finanziert und unterhalten wurden. Ob unsere Enkel für eine derartige Verschwendung öffentlicher Mittel Verständnis haben werden, dürfte bei dem politischen und gesellschaftlichen Zustand unseres Staates, den wir ihnen hinterlassen, sehr fraglich sein.

So einfach ist es für Zionisten

Eine direkte Hetze gegen CODE erleben wir zur Zeit in den

prozionistischen Zeitschriften der Schweiz. Auch hier werden wir entsprechend der Schablone als »rechtsextremistisch« beurteilt.

Die Schweizer »Jüdischer Rundschau Maccabi« veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 10. September 1987 einen Beitrag unter dem Titel »Antisemitisches Hetzblatt in der GGG-Bibliothek – Eine betrübliche Entdekkung in der Bibliothek der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige (GGG)«:

»Code« – unter diesem Namen erscheint in Deutschland eine monatliche Zeitschrift, die es in sich hat. »Exklusives aus Politik und Wirtschaft«, so die Herausgeber, soll diese Zeitschrift den Lesern vermitteln. Ein Blick durch »Code«, das die meisten (oder fast alle) Artikel aus dem amerikanischen Pendant »Spotlight« übernimmt, löst nach mehrmaligen Stirnrunzeln nur noch konsterniertes Kopfschütteln aus.

Was steht nun in dieser Zeitschrift? Das Inhaltsverzeichnis fast jeder Ausgabe enthält neben den Rubriken Finanzen, Absprachegremien, USA, Internationales, Technik und Wissenschaft, Weltregierung auch eine Rubrik Zionismus. Und fehlt sie einmal, dann findet man genügend Artikel gegen Israel und die »israelische Weltverschwörung« in anderen Artikeln. Diese erstaunliche Ansammlung von Schwachsinn ist reinster Antisemitismus, der unter dem Deckmantel des Antizionismus kaschiert wird. Zur Illustration seien einige Artikelüberschriften der Rubrik »Zionismus« zitiert.

»Israel will US-Präsident Reagan stürzen«. »Die Jagd auf Reagan ist freigegeben«, »Die zwei Seiten der jüdischen Familie: Der Zionismus ist heute weltweit zu einem unübersehbaren Problem geworden. Er ist kein religiöses Phänomen, sondern ein militanter Nationalismus oder Rassismus.« »Wie Israel Amerika zum Narren hält«, »Der Schlüssel für das Blutbad im Libanon« und »Geschäft mit jüdischen Emigranten«.

Da wird nicht nur der Zionismus gebrandmarkt, sondern Marcos für heilig gesprochen, und Barbie ist plötzlich gar kein Kriegsverbrecher mehr. Für »Code« hat Südafrikas Präsident Botha einen viel zu liberalen Kurs, will er doch erreichen, »daß die Weisen dafür stimmen, daß man ihre Rechte nimmt« etc. etc.

Fehlende Kontrolle

Auf die Frage, was diese Zeitschrift in einer öffentlichen Bibliothek verloren hat, konnte kein GGG-Vertreter der JR eine auch nur einigermaßen befriedigende Antwort geben.

Frau Näf, Leiterin der GGG-Bibliothek am Wasgenring, hat damals das Zeitschriftensortiment der Vorgängerin übernommen und die einzelnen Zeitschriften nicht weiter auf ihren Inhalt überprüft. Sie müsse zugeben, diese Zeitschrift überhaupt noch nie gelesen zu haben. Schließlich wählt sie die Zeitschriften aus einer Liste aus, die von der Hauptstelle jeder Nebenstelle angeboten wird. Sie wird nun diese Zeitschrift genauer prüfen und gegebenenfalls aus ihrem Sortiment streichen.

Anders tönte es auf der Hauptstelle. Frau Müska, Verantwortliche für die Zeitschriftenauswahl an der Hauptstelle der GGG-Bibliotheken, kennt »Code«. Auch sie habe von ihrer Vorgängerin »Code« quasi übernommen. Sie finde aber, daß man so eine Zeitschrift dem interessierten Publikum anbieten muß. Auf die Frage hin, ob ihr nicht aufgefallen sei, daß »Code« eine antisemitische Zeitung übelster Art sei, meinte sie, ja das sei schon möglich. Aber »Israel sollte jetzt doch einmal den guten Willen zeigen und der unterdrückten arabischen Bevölkerung entgegenkommen. Wissen Sie, ich war in Israel und habe die Unterdrückung gesehen.« Sie werde sich die Sache aber nochmals »überlegen«. Sehr überzeugend hat sie jedoch nicht gewirkt. Wie Frau Müska erläuterte, sollte sie bei der Auswahl der Zeitschriften mit ihrer persönlichen Meinung zurückhaltend sein.

Schmidt Agence handelt nicht als Zensor

Es scheint verwunderlich, daß eine Volksbibliothek es für nötig hält, ein solches Machwerk in ihrem Sortiment zu führen. Eine Zeitschrift, die nicht einmal auf der Universitätsbibliothek Basel vorhanden ist, und von der in der Schweiz pro Monat zwischen 200 bis 300 Stück verkauft werden. Wie ein Sprecher vom Zeitungsverteiler Schmidt Agence betonte, sind diese Verkaufszahlen unbedeutend. Wahrscheinlich wird »Code« wegen der tiefen Verkaufszahlen bald von den der Schmidt Agence angeschlossenen Kiosken nicht mehr verkauft. Eine Rücknahme dieser Zeitschrift aus inhaltlichen Gründen (sprich Zensur) lehnt die Schmidt Agence jedoch ab. Sie betrachtet es als ihre Aufgabe, jede erscheinende Zeitung oder Zeitschrift zum Verkauf anzubieten, um so die Pressefreiheit zu gewährleisten.

Wie wird jedoch die GGG reagieren? Wird »Code« aus den Regalen verschwinden? Es ist zu hoffen, daß die Verantwortlichen die Einsicht haben, daß es unverantwortlich ist, derartige antisemitische, niveaulose Zeitschriften den Benützern der Bibliothek anzubieten.

Ein Kommentar zu dieser Veröffentlichung erübrigt sich. Vielleicht räumen die jüdischen Blätter wie die Schweizer »Jüdische Rundschau« künftig jüdischen Autoren Platz für ihre Stellungnahmen zu aktuellen Fragen des Zionismus ein. Der Name einer Zeitung, die sich »Jüdische Rundschau« nennt, verpflichtet und sollte eine objektive und umfassende Darstellung aller jüdischen Stimmen bieten. □

Briefe

Betr.: Kulturgeschichte »Magische Weltsicht«, Nr. 8, 9 und 10/87

Die Identität Jahves – Zebaoths – Jehowas mit Satan. Wer dies erkannt hat und mit wachem Geist die traurige Menschheitsgeschichte durchleuchtet, muß bemerken, daß hier die Ursache zu suchen ist an allem Unglück und Niedergang, bewirkt durch diejenigen, die von jenem Ungeist inspiriert wurden.

Richtig zu stellen wäre, daß die urgermanische Rasse schon um 2000 vor Christus ein Reich errichtet und durch Hochseeschiffahrt ausgedehnt hatte, das von Skandinavien über die Pyrenäenhalbinsel bis zum Atlasgebirge reichte, und daß ca. 1225 vor Christus – gezwungen von einer Flutkatastrophe, die den Westteil der Halbinsel Jütland wegschwemmte – jene bodenkultivierenden, unter weiblichen Regenten organisierten Stämme dieser Siedlungsbereiche teils zu Lande teils zu Wasser in den Balkan und nach Kleinasien vordrangen, wo sie den Grundstein legten für den Erzbergbau, eine entwickelte Schiffahrt und eine geniale Lautschrift.

Das Gilgameschepos, von dem das Alte Testament die Schöpfungsgeschichte und die Sintflutdarstellung fast wörtlich übernommen hatte, ist nicht von den Babyloniern, sondern den Sumerern geschaffen worden, die zwischen den Strömen Euphrat und Tigris mit Hilfe von Bewässerungssystemen eine blühende Bodenkultur mit gepflegten Wohnanlagen geschaffen hatten.

Mit Hilfe von semitischen Gastarbeitern und Asylanten, die heimlich bewaffnet wurden, wurde der in einem Schilfkörbchen am Hof des Königs Ur-Zababa angeschwemmte Sargon von Akkad (2350 – 2295 vor Christus) inthronisiert, der die kulturtragende Schicht der Sumerer ermorden ließ, nachdem er selbst als Bediensteter seinen König umgebracht hatte. Daß die Semiten von dem blühenden Gartenland Sumer nur noch Wüste übrig ließen, ist bekannt.

Das Beispiel des Völkermordes an Sumer nahm sich Moses zum Vorbild, der – ebenfalls im Schilfkörbchen am Königshof eingeschleust – die Bedrängung Ägyptens durch die Philister nutzen wollte, um den ägyptischen Mittelstand und die Oberschicht mitternächtens als »Erstgeburt«, das heißt Volkselite, namens des Molochs Jehova zu ermorden.

Von dem Ungeist von Sinai stammte der Gedanke, daß die Nichtgläubigen als Vieh zu behandeln, heimlich zu betrügen und zu übervorteilen, in Unfrieden und Elend gehalten, zu Zwietracht innerhalb des Familienverbandes gebracht, getötet und mit Einschluß von Frauen und Kindern ermordert werden müßten, damit die Auserwählten nach der Vernichtung aller anderen Staaten zur Weltherrschaft gelangen könnten.

Jehowa befahl auch, das Trinkwasser der Ägypter zu vergiften, die Maul- und Klauenseuche unter den ägyptischen Herden und die Pocken unter der Bevölkerung vorsätzlich zu verbreiten.

Nach diesen Weisungen und Rezepten wurde verfahren, als die »Christen« Sklaven und Pöbel in Rom aufzuwiegeln versuchten, unter Tiberius und Nero immer wieder Brandanschläge in der Stadt verübten und die Wehrkraft des Imperiums durch pazifistisches Gedankengut zersetzten; als Händler und Agenten der »Auserwählten« Hunnen, Awaren, Magiaren, Mauren und später Türken anfeuerten, den Wohlstand der Europäer zu rauben und die Ordnungsmacht zunächst der römischen Cäsaren, später der germanischen Stämme zu vernichten, die in Spanien (Westgoten), Nordafrika (Vandalen) und Italien (Ostgoten) die Schirmherrschaft über die römischen Provinzen übernommen hatten und die der Bevölkerung den inneren Frieden gewährten.

Die Herkunft der Kaiserin Theodora mit ihrem Anhang von Mordbanditen verrät das Blutbad am Nikea-Tag, als Belizar den byzantinischen gehobenen Bürgerstand mit einer Mordaktion an 30 000 Menschen erledigte und Narses sich des Staatsschatzes bemächtigte, dessen Verbleib unaufgeklärt blieb.

Mit Hilfe von hebräischen Spionen und Saboteuren vernichteten zunächst Belizar das blühende Vandalenreich in Nordafrika und dann Narses das Ostgotenreich Italien. Die Kampfesmethoden waren Trug und Mord, insbesondere auch durch die Überfälle auf die Frauen- und Kinderlager der Vandalen und vor allem Ostgoten, die wahre Blutorgien waren.

Da Jehowa jedem Fürsten eine vom Volkswillen unabhängige Macht verlieh (Gottesgnadentum), fand er in den abscheulichsten Kriegsfürsten insbesondere im Mischvolk der Franken eine neue Anhängerschaft. Gesteuert von seinem Finanzminister, dem Hebräer Ephraim und dessen Anhang, vernichtete Karl der Große von 772 – 804 Kultur und Volkstum des germanischen Kernvolkes der Sachsen mit Völkermordmethoden, um es Satan und seiner Gefolgschaft zu unterwerfen.

Die Folgen der Christianisierung waren eine rund tausendjährige Leibeigenschaft der enteigneten Bauernschaft, die Unterjochung und Erniedrigung der Frauen und Mütter des Volkes unter anderem auch mit der Ausrottungsmethode der Hexenprozessen, denen manchmal im Jahre bis zu zehn Prozent der weiblichen Bevölkerung zum Opfer fielen.

Dr. Jobst van der Meulen, Celle

*

In diesem Artikel wird Jahve-Jehova angegriffen. In Wirklichkeit ist es so, daß Jehova der Verursacher des Seins ist. Er ist von Ewigkeit zu Ewigkeit und seiner Schöpfermacht verdankt alles sein Leben. Bereits zu Beginn der Menschheit zeigte Jehova Gott seine schützende Hand, indem er dem ersten Menschenpaar alles reichlich gab, was es zum Leben benötigte. Er schuf ihnen ein irdisches Paradies, den Garten Eden. Von da aus sollten sich die Menschen mit ihren Nachkommen die ganze Erde untertan machen, doch der Feind des Lebens erschien, ein Engel wurde abtrünnig, er wurde zum Satan und Teufel und verführte durch die Schlange die ersten Menschen. Sünde, Krankheit und Tod waren die Folge.

Carl Gerhard Pusch, Bad Rothenfelde

Betr.: Bundesrepublik »Rechtsnotstand für Deutsche«, Nr. 9/87

Im folgenden möchte ich versuchen, meine in zehn Jahren gemachten Beobachtungen als Heilpraktiker darzulegen.

Dieses Irresein, Robert K. G. Temple nennt es treffend die neue Krankheit, zeitbedingten Irrsinn »dementia temporalis«, ist Zeichen unserer Zeit.

Zwei herausragende Ursachen sind für diese »Krankheit« wesentlich: einmal, wie ganz richtig vermutet, ist die Medizin im Spiel.

Ähnlich wie auch die Abtreibung in diesem Teil-»Staat« auf Kosten der gesetzlichen Krankenkassen geschieht, so wird auch die Beeinflussung des Menschen durch Psychopharmaka von den Kassen anstandslos kostenmäßig getragen. Diese chemischen Mittel, »Psychopharmaka«, greifen in das Seelenleben des Menschen ein und verändern ihn. Entweder wird der Mensch nun aufgehellt oder beruhigt. Am schlimmsten sind die Wesensveränderungen, die nicht mehr reversibel sind. So kann es in vielen Fällen dazu kommen, daß der Mensch immer mehr in seine synthetische Welt absackt.

Einer meiner Lehrer und Freunde in einem Krankenhaus hatte es 1980 richtig gedeutet, als er sagte, das, was da geschieht, ist »Moderne Inquisition«.

In den sieben Jahren meiner Krankenhaustätigkeit war es relativ leicht, mich von den verheerenden Folgen auf Geist und Gemüt dieser Chemie zu überzeugen. Meistens waren es Frauen unterschiedlichen Alters, die sich als ganz schwere Fälle darstellten.

Die »Wohlstands-Unterernährung« spielt als Ursache für das Fehlverhalten des heutigen Menschen eine andere erhebliche Rolle.

Durch die Ablagerungen in den Gefäßen des Körpers werden Vergeßlichkeit, Gereiztheit, Schlaflosigkeit, Schmerzen im Bauch, Unpäßlichkeiten durch Bauch- und Kopfdruck, immer öfters angetroffen, so daß der normale Ablauf eines Arbeitstages beim heutigen Menschen auf das empfindlichste gestört ist.

Unverantwortliche Fernsehreklame, große Anzeigen in der Regenbogenpresse drängen den Menschen immer mehr auf das falsche Ernährungsgleis. Nicht einmal die Fachpresse ist mehr frei von diesem bösen aber gesteuerten Unfug.

Um die Beantwortung etwas abzurunden, will ich zum Schluß auf eine dritte große Gefahr, die auf uns Menschen täglich einwirkt, hinweisen: Es sind dies die verschiedensten Strahlungen, die auf unseren Körper in negativer Form einwirken.

Das sind zunächst einmal die immer mehr in Haushalte eingebrachten Mikrowellenherde. Prof. Dr. Thomas Till hat über ihre Schädlichkeit bereits berichtet. Dann denke man an die harten Kathodenstrahlungen in unseren Büros durch die bald auf jedem Schreibtisch anzutreffenden Bildschirmgeräte! Das in jedem Haushalt vorhandene Fernsehgerät nicht zu vergessen! Die Strahlung von Radar, Funkwellen und so fort.

Arno Günther, Wuppertal

Betr.: Deutschland »Davor haben sie alle Angst«, Nr. 9/87

Den Entschluß Adenauers und seiner Getreuen, Deutschland-West der westlichen Völkergemeinschaft anzugliedern, kann nur derjenige als Fehlentscheidung bezeichnen, der da meint, Stalin habe 1952 sein Angebot zur deuschen Wiedervereinigung als uneigennütziger Freund der Deutschen gemacht.

Eigentlich sollte nach fast 70 Jahren Sowjetherrschaft jeder wissen, daß Kommunisten der Ansicht sind, es sei gerechtfertigt, die Heilslehre des Sozialismus auch mit Gewalt zu verbreiten. Bekannt sollte auch sein, daß unser westdeutscher Bundespräsident erst kürzlich in Moskau gesagt bekommen hat, man denke in der Sowjetunion nicht daran, das unter Sowjetherrschaft stehende Gebiet Deutschlands freizugeben.

Wenn also die Sowjets einer Wiedervereinigung Restdeutschlands demnächst zustimmen würden, so geschähe dies nur entweder unter dem Vorzeichen von Hammer und Sichel oder unter Bedingungen, die den Kommunisten sehr bald die Machtübernahme auch im heutigen Restdeutschland-West ermöglichen würden.

Das wiedervereinigte Restdeutschland wäre nicht in der Lage, sich gegen einen militärischen Angriff aus Osten zu verteidigen, wir benötigen hierzu das enge Bündnis aller nicht sowjetisch beherrschten Länder Europas; auch könnten wir eine auch nur für eine kurzfristige Alleinverteidigung ausreichende Streitmacht wirtschaftlich nicht verkraften, ganz abgesehen davon, daß man sie uns bei Gewährung der Wiedervereinigung nicht zugestehen würde. Auch politisch wären wir als Nichtmitglied der europäischen Gemeinschaft Erpressungen hoffnungslos ausgesetzt.

Deutsche erweisen sich leider vielfach immer wieder als Träumer; Franzosen sehen im Durchschnitt klarer.

Dr. Helmut Weber, Burgkirchen/Alz